

## DIENSTAG, 18. NOVEMBER 2008

**VORSITZ: LUISA MORGANTINI**

*Vizepräsidentin*

### 1. Eröffnung der Sitzung

*(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.)*

### 2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Bekanntgabe der eingereichten Entschließungsanträge): siehe Protokoll

### 3. Beschluss über die Dringlichkeit

Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 332/2002 zur Einführung einer Fazilität des mittelfristigen finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (KOM(2008)0717 - C6-0389/2008 - 2008/0208(CNS))

**Pervenche Berès**, *Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung*. – (FR) Frau Präsidentin! Diese Diskussion findet heute Abend statt, wenn das Plenum für das Dringlichkeitsverfahren in dieser Frage stimmt. Eine solche Änderung der europäischen Gesetzgebung würde uns ermöglichen, Ländern außerhalb der Eurozone Fazilitäten zur Stützung der Zahlungsbilanzen zu gewähren.

Wie wir alle wissen, geht es aktuell um Ungarn, doch leider müssen wir meines Erachtens auch perspektivisch denken, und deshalb sollten wir diese Fazilität der Europäischen Union aufstocken, um die Mitgliedstaaten unterstützen zu können, darunter auch jene, die außerhalb der Eurozone liegen.

Ich möchte deshalb die Plenarversammlung bitten, für diesen Dringlichkeitsantrag zu stimmen.

*(Das Parlament stimmt dem Dringlichkeitsantrag zu.)<sup>(1)</sup>*

### 4. Direktzahlungen und Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe - Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik durch Änderung bestimmter Verordnungen - Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) - Strategische Leitlinien der Gemeinschaft für die Entwicklung des ländlichen Raums (Programmplanungszeitraum 2007-2013) (Aussprache)

**Die Präsidentin**. – Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache über:

- den Bericht (A6-0402/2008) von Luis Manuel Capoulas Santos im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen an Landwirte im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Förderprogrammen für Landwirte (KOM(2008)0306 — C6-0240/2008 — 2008/0103(CNS));

- den Bericht (A6-0401/2008) von Luis Manuel Capoulas Santos im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik durch Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 320/2006, (EG) Nr. 1234/2007, (EG) Nr. 3/2008 und (EG) Nr. [...] /2008 (KOM(2008)0306 — C6-0241/2008 — 2008/0104(CNS));

- den Bericht (A6-0390/2008) von Luis Manuel Capoulas Santos im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen

---

<sup>(1)</sup> Nähere Einzelheiten: siehe Protokoll.

Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (KOM(2008)0306 — C6-0242/2008 — 2008/0105(CNS));

- den Bericht (A6-0377/2008) von Luis Manuel Capoulas Santos im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zum Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 2006/144/EG über strategische Leitlinien der Gemeinschaft für die Entwicklung des ländlichen Raums (Programmplanungszeitraum 2007-2013) (KOM(2008)0306 — C6-0239/2008 — 2008/0106(CNS)).

**Luis Manuel Capoulas Santos, Berichterstatter.** – (PT) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, Herr amtierender Präsident des Rates, meine Damen und Herren! Es ist mir eine große Freude, Sie alle am Beginn dieser Debatte begrüßen zu können. Dies ist der letzte Akt in einem langen partizipatorischen Prozess der Diskussion und Reflexion über die Gegenwart und Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).

Sie zeugt von der unermüdlichen Arbeit, die über viele Monate, sogar über mehr als ein Jahr hinweg von Parlament, Rat, Kommission sowie praktisch der gesamten Branche der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung in der Europäischen Union in enger Zusammenarbeit geleistet wurde. In dieser Zeit hatte ich Gelegenheit, mir viele Meinungen von Organisationen des Bereichs Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in den verschiedenen Mitgliedstaaten anzuhören und einen Dialog mit Parlamentariern und institutionellen Vertretern vieler, tatsächlich fast aller, Mitgliedstaaten und Institutionen der Gemeinschaft zu führen, angefangen natürlich beim Europäischen Parlament.

Bei meiner Suche nach der bestmöglichen Synthese habe ich an verschiedenen Seminaren und Konferenzen teilgenommen, jedem genau zugehört und auch die über die Medien geäußerten Meinungen beachtet. Ich muss deshalb allen meinen Kollegen danken, die sich mit großem Engagement an dieser Debatte beteiligt haben, aber auch den Koordinatoren aller Fraktionen. Ganz besonders möchte ich die Rolle hervorheben, die Herr Goepel gespielt hat, und zwar nicht nur als Koordinator der PPE-DE-Fraktion, sondern auch als Berichterstatter des Initiativberichts, der den heute hier zur Diskussion stehenden Berichten vorausging.

Auch dem Ausschussvorsitzenden Neil Parish muss ich dafür danken, wie er die Arbeit unseres Ausschusses geleitet hat. Ebenso gilt mein Dank dem Sekretariat des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, denn dort wurde der härteste und technisch anspruchsvollste Teil der Arbeit geleistet.

Schließlich muss ich auch der Kommission, vertreten durch die Frau Kommissarin, für ihre Kooperationsbereitschaft danken, die sie auch durch ihre Abteilungen demonstriert hat, sowie Herrn Barnier für die Art und Weise, in der er permanent mit dem Parlament kommunizierte, sogar bereits vor dem formalen Beginn der französischen Präsidentschaft.

Diese verstärkte Zusammenarbeit war ein gutes und frühzeitiges Beispiel für die Vorzüge einer Mitentscheidung, die, wie ich hoffe, mit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon durch alle Mitgliedstaaten in Kraft tritt, hoffentlich schnellstmöglich.

Diese Debatte mit allen ihren Konvergenzen und Divergenzen zeigt deutlich, wie komplex die europäische Landwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt ist. Sie zeigt darüber hinaus in exemplarischer Weise, welche Bedeutung Europa, die europäischen Institutionen und das Europäische Parlament diesem Thema beimessen. Zu den Vorschlägen der Kommission gingen 1.170 Änderungsanträge ein. Berücksichtigt man dabei die Tatsache, dass in dem zur Verfügung stehenden Zeitraum auch die Sommerpause lag, wird deutlich, wie intensiv die Mitglieder ihre Möglichkeiten zur Teilnahme an dieser Debatte genutzt haben.

Die zwischen vier der wichtigsten Fraktionen in diesem Parlament erreichten Kompromisse – wobei fast 400 Änderungsanträge zu den wichtigsten Fragen in sechs Kompromissen konzentriert werden mussten – belegen auch das Verantwortungsbewusstsein der Abgeordneten, den Geist des Kompromisses und die Bereitschaft, messbare Ergebnisse zu erreichen.

Inhaltlich erachte ich den Bericht als relativ ausgewogen. Er kann eine Antwort auf die aktuellen Herausforderungen und eine gute Richtschnur für die Zukunft sein. Viele Vorschläge der Kommission wurden vom Parlament als positiv anerkannt und akzeptiert.

Folgende Punkte möchte ich besonders hervorheben: die Bestätigung der Notwendigkeit einer gemeinsamen Agrarpolitik als Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft in Europa; die Beiträge der Kommission zu einer gerechteren und für die Öffentlichkeit akzeptableren GAP; die Konzentration auf Vereinfachung und Bürokratieabbau; die Übernahme des Vorschlags, Landwirten mehr Freiraum bei der Auswahl ihrer Optionen der landwirtschaftlichen Produktion zu lassen; die finanzielle Stärkung der ländlichen Entwicklung und die Ausdehnung der Zuständigkeit dieses Teilressorts auf neue

Herausforderungen (Energie, Klima, Wasser, biologische Vielfalt); die Einführung des Prinzips der progressiven Modulation; die den Mitgliedstaaten eingeräumte zusätzliche Flexibilität auf dem Gebiet der GAP (hierbei denke ich an Artikel 68); die Schaffung eines von der Gemeinschaft kofinanzierten Risiko- und Krisenmanagementsystems, die positive allgemeine Richtung, die aus den Debatten zum Modell für die Jahre nach 2013 sowie in der Reaktion der Europäischen Union im Rahmen der WTO-Verhandlungen deutlich wurde, deren Ziel eine gerechte, reziproke Vereinbarung für einen regulierten internationalen Handel mit Landwirtschaftsprodukten ist.

Die Vorschläge der Kommission enthalten jedoch auch Aspekte, die das Parlament und ich als Berichterstatter für weniger positiv erachten. Wie ich bereits bei früheren Gelegenheiten erwähnt habe, sind die Vorschläge der Kommission in einigen Aspekten, beispielsweise in Bezug auf die Instrumente zur Steuerung des Marktes und in Bezug auf den Milchsektor, zu liberal geprägt. Das kann sich als gefährlich erweisen, insbesondere in einer Zeit einer enormen Instabilität und Volatilität der Märkte. Es besteht auch ein Mangel an sozialer Sensibilität, was insbesondere in dem Vorschlag deutlich wird, kleine Landwirtschaftsbetriebe auszuschließen.

Ich denke auch, dass die Kommission mit ihrem Vorschlag zur sozialen und territorialen Kohäsion vom Kurs abweicht, da sie vorschlägt, im Rahmen der neuen Modulation den Mechanismus der Umverteilung von Zahlungen zu beenden. Außerdem glaube ich, dass die Kommission bestimmte Sektoren nicht hinreichend berücksichtigt hat, die gegenüber der aktuellen Krise auf den Märkten besonders anfällig und angesichts des vorgeschlagenen Zeitplans und des Grades der Entkoppelung bis 2013 einem ernsthaften Existenzrisiko ausgesetzt sind. Das betrifft beispielsweise auch den Schafsektor, weshalb wir übereingekommen sind, für diese kleinen Sektoren eine GMO (gemeinsame Marktorganisation) zu schaffen. Diese Sektoren haben ungeachtet ihrer geringen Größe in bestimmten Regionen Europas, wo Alternativen nur sehr schwer zu finden sind, in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht eine große Bedeutung.

Der Bericht und die Abstimmung im Landwirtschaftsausschuss zielten größtenteils darauf ab, einige dieser weniger positiven Aspekte zu korrigieren.

Die fünf Kompromisse, die in Bezug auf die wichtigsten Elemente der Modulation angenommen wurden, sind wichtige Vorschläge des Parlaments. Diese Kompromisse betreffen den Prozentsatz und den progressiven Charakter der Unterstützung für kleine Landwirtschaftsbetriebe, wodurch den Mitgliedstaaten eine größere Freiheit eingeräumt wird, die minimalen Schwellenwerte festzulegen; die Zurückbehaltungsquote nach Artikel 68 und die Ausdehnung ihres Geltungsbereichs; die Verbreiterung des Geltungsbereichs des Versicherungssystems, das nun auch auf die Fischwirtschaft anwendbar ist; die Frage der Kofinanzierung der ländlichen Entwicklung sowie die Ausweitung neuer Herausforderungen. Auch viele andere Vorschläge des Parlaments sind positiv zu sehen. Beispielsweise möchte ich die Bewertung des Beschäftigungsfaktors bei der Berechnung der Zuweisung der Beihilfen und die Respektierung der Anforderungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes als eine der Bedingungen für den Erhalt der genannten Beihilfen hervorheben.

Auch in Bezug auf den schwierigsten Aspekt dieser Frage, den Milchsektor, hat die Kommission eine sehr klare Position eingenommen. In diesem sehr wichtigen Punkt muss angesichts der aktuellen Marktsituation besonders sorgfältig gearbeitet werden.

Zwar respektiere ich grundsätzlich alle Meinungen, jedoch widersprechen einige der geäußerten Ansichten auf einigen Gebieten den meinen grundlegend. Dennoch verdienen auch sie Respekt, und ich bin der Meinung, dass die im Landwirtschaftsausschuss angenommene Position recht vernünftig ist. Ich wünsche mir, dass diese Position im Plenum verabschiedet und vom Rat mit Unterstützung der Kommission bestätigt wird. Eine vernünftige Steigerung der Produktionszahlen innerhalb von zwei Jahren, und zwar zusätzlich zu den 2 %, die wir für 2008 beschlossen haben, sowie eine endgültige Entscheidung zur Zukunft dieses Sektors Anfang 2010, die auf Grundlage der Marktentwicklungen zu treffen ist (ausgehend von einem Anstieg um 4 % in drei Jahren), ist in meinen Augen eine recht vernünftige Position und möglicherweise eine, die zu einem endgültigen Kompromiss führen könnte.

Frau Präsidentin, ich möchte meine Ausführungen damit beschließen, meiner Hoffnung Ausdruck zu verleihen, dass diese Debatte einer Klarstellung der Positionen dient und wir in der Lage sein werden, jenen Konsens zu erreichen, den die Landwirtschaft und die Landwirte von uns erwarten. Ich hoffe, dass wir alle – Parlament, Rat und Kommission – dieser Herausforderung gewachsen sind.

**Michel Barnier**, *amtierender Präsident des Rates*. – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dieses Haus erneut zu besuchen und in diesem entscheidenden Moment zu Ihnen zu sprechen, in dem das Parlament und der Rat nach einer abschließenden Position in dieser Frage eines „Gesundheitschecks“ der gemeinsamen Agrarpolitik suchen.

Uns ist sehr wohl bewusst, dass dieser „Gesundheitscheck“ keine so grundlegende Richtungsänderung wie die Reform von 2003 darstellt, aber doch eine bedeutende Anpassung dieser Reform an eine extrem veränderte Situation.

Insbesondere wird es dadurch möglich, auf eine Situation zu reagieren, die vor einigen Jahren noch völlig unvorstellbar war. Ganz ehrlich: Wer hätte sich diese Markttrends seit 2008 vorstellen können, die zu einem drastischen Anstieg der Preise für landwirtschaftliche Produkte und, wie wir alle wissen, weltweit zu Hungerrevolten führte?

Diese Situation hat gezeigt, in welchem Maße die Landwirtschaft für unseren europäischen Kontinent ein strategisches Gut bleibt, und wie sinnvoll der Begriff der Ernährungssouveränität in diesem Kontext einer erhöhten Volatilität der Preise für landwirtschaftliche Produkte ist.

Zwar betrifft dieser „Gesundheitscheck“ nur Anpassungen, doch aufgrund ihrer Vielzahl und Komplexität bilden diese Anpassungen für uns alle ein Paket, dessen Komplettierung schwierig ist.

Der Rat hat auf allen Ebenen bereits eine umfangreiche Arbeit zur Lösung vieler Probleme geleistet. In diesem Zusammenhang möchte ich der slowenischen Präsidentschaft für ihre wertvolle Arbeit von ganzem Herzen danken. Sie ermöglichte einen sehr konstruktiven Beginn der Arbeit, insbesondere in Bezug auf die Mitteilung der Kommission. Außerdem, meine Damen und Herren, waren es Ihre Berichterstatter, Lutz Goepel und Luis Manuel Capoulas Santos, die an dieser Mitteilung zu den Legislativvorschlägen im Namen des Parlaments gearbeitet haben. Beiden möchte ich ganz herzlich für die Qualität ihrer sehr gründlichen Berichte danken, die eine Vielzahl von Vorschlägen enthielten.

Wie Sie wissen, wollte ich von Anfang an mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten. Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem Parlament konnte ich bereits sammeln, als ich die Ehre hatte, fünf Jahre lang als EU-Kommissar für Regionalpolitik und die Institutionen verantwortlich zu sein. Wie ich Ihnen bereits gesagt habe, wollte ich diese Arbeit im Geiste einer zukünftigen Mitentscheidung leisten.

Die anschließende Arbeit, die das Parlament parallel zur Arbeit des Rates leistete, habe ich mit großem Interesse verfolgt. Dabei war die Zusammenarbeit zwischen uns allen immer von einer Art „erweitertem Dialog“ geprägt.

In dieser Hinsicht habe ich sehr produktive, regelmäßige Diskussionen zum Status der Verhandlungen mit den Mitgliedern des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie innerhalb des Parlaments geführt. Die Gesamtdauer der Sitzungen mit dem Europäischen Parlament oder unter Kollegen summierte sich auf zirka 50 Stunden. In jeder entscheidenden Phase der Verhandlungen haben wir uns mit dem Rat getroffen, und zwar am 27. September und 22. Oktober, nach der Abstimmung im Landwirtschaftsausschuss, sowie am 4. November, wobei wir uns mit der abschließenden Phase der Verhandlungen und der Verfahren der Ratssitzung vom Oktober beschäftigt haben.

An diesem Punkt, meine Damen und Herren, möchte ich ausdrücklich dem Vorsitzenden Ihres Ausschusses, Herrn Neil Parish, für seine aktive Zusammenarbeit im Rahmen dieses Prozesses danken. Ich möchte auch den Vertretern Ihrer Fraktionen, Lutz Goepel, Luis Manuel Capoulas Santos, Niels Busk, Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vincenzo Aita und Sergio Berlato, danken.

Seit wir die Ratspräsidentschaft innehaben, haben wir den Rat regelmäßig auf ministerieller und technischer Ebene über den Status der Arbeit des Parlaments auf dem Laufenden gehalten. Beispielsweise habe ich persönlich auf dem letzten Treffen des Rates der Minister in Luxemburg jeden Minister schriftlich über die Position des Parlaments zu jedem dieser Punkte informiert, die wir im Rat zu diskutieren hatten.

Wenn Sie dann Ihre Meinung geäußert haben, werden wir morgen gemeinsam mit Mariann Fischer Boel in der Lage sein, eine politische Vereinbarung innerhalb dieses Rates zu erreichen. Vor dem Beginn der letzten Phase der Verhandlungen – und ich meine tatsächlich vor dem Beginn – werde ich die Minister über das Ergebnis Ihrer Abstimmung zu diesem „Gesundheitscheck“ informieren.

Meine Damen und Herren, einen Kompromiss zu finden, ist immer schwer, denn viele wichtige Punkte sind noch offen. Es gibt hier unterschiedliche Standpunkte, doch wir sind – bzw. die Präsidentschaft ist – entschlossen, gemeinsam mit der Kommission und ausgehend von Ihrem Votum den bestmöglichen dynamischen Kompromiss zu erreichen.

Die Arbeit im Rat hat gezeigt, dass wir als Minister in vielen Punkten ähnliche Anliegen wie das Parlament haben. In diesem Zusammenhang möchte ich zwei Beispiele anführen: erstens die Suche nach größerer

Flexibilität in Zusammenhang mit Artikel 68 und zweitens die Möglichkeit von besonderen Interventionsmaßnahmen bei Tierseuchen gemäß Artikel 44 der Verordnung über die einheitliche GMO, die in den abschließenden Kompromiss einfließen werden.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen versichern, dass von den heikelsten Fragen zwei eine ganz besondere Bedeutung haben: die Frage der Milch und die Frage der Modulation. Im Rat haben wir Debatten geführt, die mindestens genauso tiefgründig, engagiert und lebhaft waren wie jene, die ich hier im Parlament gehört und beobachtet habe. In beiden Foren wurden die gleichen Bedenken geäußert.

Die Debatte am heutigen Vormittag und die morgige Abstimmung zum „Gesundheitscheck“ sind deshalb sehr wichtige Schritte, die erneut die grundlegende Rolle des Parlaments belegen, die es auch weiterhin spielen muss. In jedem Fall war es dieser Geist, insbesondere der Geist des erweiterten Dialogs und der Mitentscheidung, der meinen Wunsch auf eine Arbeit an diesen Fragen im Namen der Präsidentschaft vor einigen Monaten begründet hat.

Deshalb freue ich mich sehr – was zweifellos auch für die Kommissarin gilt –, Ihnen am heutigen Vormittag zuhören zu können, um einige Ihrer Fragen zu beantworten und diese abschließende Diskussion mit Ihnen zu führen.

**Mariann Fischer Boel, Mitglied der Kommission.** – Frau Präsidentin! Bevor ich mich intensiver dem eigentlichen Gegenstand dieser Diskussion widme, möchte ich Herrn Capoulas Santos für all die Arbeit danken, die er an diesem Bericht geleistet hat. Ich unterschätze definitiv nicht, welch harte Arbeit das war. Wie Herr Capoulas Santos selbst erwähnte, hat die Vielzahl der Änderungsanträge die Versuche, die Mitte der Landebahn zu finden, definitiv nicht erleichtert.

Wir haben nun mehr als ein Jahr über den „Gesundheitscheck“ diskutiert. Diese Diskussionen waren mitunter sehr detailliert, zunächst auf der Grundlage des Goepel-Berichts und nun abschließend auf der Grundlage des Capoulas-Santos-Berichts. Ich denke nicht, dass ich noch einmal betonen muss, wie dankbar ich für die konstruktive Zusammenarbeit bin, die ich immer mit dem Parlament hatte. Dankbar bin auch dafür, dass wir immer versucht haben, zuzuhören und einen Kompromiss zu finden, der nicht zu weit von den einzelnen Positionen entfernt war.

Da ich nur begrenzt Zeit habe, wird es mir absolut unmöglich sein, auf alle Details näher einzugehen. Deshalb möchte ich mich auf einige der wichtigeren Aspekte konzentrieren und mit dem Milchsektor beginnen.

2007 war ein vielleicht etwas eigenartiges, aber definitiv aufschlussreiches Jahr. Eines haben wir 2007 gelernt: Unser Quotensystem hat uns nicht ermöglicht, die Marktnachfrage zu decken. Folglich schossen die Preise für Milchprodukte buchstäblich in den Himmel. Zwar äußerten einige Landwirte mir gegenüber, dass diese Zeit sehr schön gewesen sei, doch das Ergebnis war, dass es aufgrund der erhöhten Produktion in Reaktion auf die höheren Preise zu einem sehr starken Preisverfall kam.

Ich glaube, heute sind wir uns darin einig, dass der Sektor wirklich darum kämpft, einige der Kunden zurückzugewinnen, die er verloren hat, da sie der Meinung waren, die Preise seien zu hoch gewesen. In diesem Zusammenhang schlägt das Parlament eine Anhebung um 1 % vor – allerdings über zwei Jahre. Das heißt, der Anstieg um 2 % wird auf 2010 verschoben.

Ich denke, es ist wichtig, dass wir die Konsequenzen der Entscheidungen, die wir im Milchsektor treffen, noch einmal prüfen. 2010 wäre zu früh. Ich denke, wir sollten an 2011 festhalten, gleichzeitig aber auch verdeutlichen, dass wir bereit sind, 2011 über alles zu diskutieren. Tatsache ist jedoch, dass das Quotensystem 2015 ausläuft.

Darüber hinaus habe ich aus den bereits geführten Diskussionen gelernt, dass dieser Milchfonds unbedingt eingerichtet werden sollte. Ich stimme zu, dass bestimmte flankierende Maßnahmen angepasst oder verabschiedet werden sollten, und ich bin davon überzeugt, dass bei der Arbeit am neuen Artikel 68 noch viel getan werden muss.

Ich gebe zu, dass Artikel 69 in seiner aktuellen Fassung viel zu eng und zu restriktiv ist, um auch perspektivisch angewandt werden zu können. Deshalb eröffnen wir im neuen Artikel 68 neue Möglichkeiten. Wenn wir eine gute Kombination zwischen Artikel 68 und den neuen Möglichkeiten der ländlichen Entwicklung erreichen können, werden wir sicher Lösungen für die speziellen Probleme finden, die wir in einigen Regionen haben.

In Bezug auf die Betriebsprämienregelung und die Entkopplung schlägt die Kommission vor, dass es weiterhin möglich sein sollte, die Zahlung in zwei oder drei Bereichen – Mutterkühe, Schafe und Ziegen – zu koppeln, da uns klar ist, dass Sie in diesen drei Bereichen mit spezifischen Problemen konfrontiert sind. Möglicherweise möchten Sie auch die gekoppelte Zahlung der Prämie für männliche Rinder, Eiweißpflanzen und Trockenfutter beibehalten. Ich bin grundsätzlich der Ansicht, dass es wichtig ist, das System zu entkoppeln. Das ist ein fundamentales Element aller von uns durchgeführten Reformen, und wir müssen erneut jede Möglichkeit zur Vereinfachung unseres Systems nutzen. Ich bin jedoch auch offen für eine Lösung, die im Vergleich zu der von uns vorgeschlagenen weniger kompliziert ist.

Wir haben vorgeschlagen, die Entkopplung in zwei Schritten durchzuführen. Möglicherweise bin ich gemeinsam mit der Präsidentschaft bereit, dies in einem Schritt zu tun, aber mit diesem Schritt bis 2012 – dem letzten Gültigkeitsjahr – zu warten, sodass die Änderungen im Haushaltsjahr 2013 wirksam werden. Sie hatten gefragt, warum wir die Sache komplizierter als nötig gestalten sollten. Wie ich sagte, muss Artikel 68 als ein flexibleres Instrument eingesetzt werden. Es gibt aber auch bestimmte Grenzen. Sie möchten eine Situation, in der Sie 10 % koppeln können. Meines Erachtens sollten wir es nicht dazu kommen lassen, dass eine Entkopplung durch die Hintertür, über den Artikel 68, erfolgt.

Last, not least: Was die Fragen der Modulation, der ländlichen Entwicklung und der neuen Herausforderungen angeht, glaube ich, dass wir angesichts dieser neuen Herausforderungen alle darin übereinstimmen, dass wir mehr Geld benötigen. Der Klimawandel steht auf unserer Agenda ganz oben. Dann müssen wir neue Wege des Umgangs mit unseren Wasserressourcen finden. Wasser ist knapp, aber für die Landwirtschaft extrem wichtig. Das gilt insbesondere für einige südliche Regionen. Deshalb müssen wir neue Technologien einsetzen, um das Wasser möglichst intelligent zu nutzen und Verschwendung zu vermeiden. Dies wäre möglich, erfordert aber definitiv auch Geld.

Deshalb habe ich diesen Transfer von der ersten zur zweiten Säule vorgeschlagen: 8 %, allmählich eingeführt im Laufe der Jahre. Ich weiß, dass wir morgen einen Kompromiss in dieser Frage finden können, möchte jedoch auch betonen, dass definitiv Geld benötigt wird. Das gilt auch für Maßnahmen zur Sicherung der biologischen Vielfalt und für die Milchfrage, die wir in das System eingebaut haben.

Ich werde jetzt nicht auf Einzelheiten der progressiven Modulation eingehen. Ich kenne Ihre Ansichten und weiß, dass Sie jetzt „1, 2, 3“ sagen. Allerdings bin ich sicher, dass wir in dieser Frage einen akzeptablen Kompromiss finden werden.

Ich habe hier nur einige der wichtigsten Punkte angesprochen. Doch ich bin sicher, dass ich Gelegenheit haben werde, nach der Debatte noch einige Antworten zu geben. Gemeinsam mit der Präsidentschaft möchte ich jedoch einen akzeptablen Kompromiss finden. Wir alle wissen, dass man niemals alles bekommt, was man möchte. Deshalb glaube ich, dass wir alle einige Kröten schlucken müssen, um einen Kompromiss zu finden, der dem europäischen Landwirtschaftssektor in einer zunehmend globalisierten Welt zugute kommt.

**Kathalijne Maria Buitenweg**, Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit. – (NL) Frau Präsidentin! Zwar legt der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit viel Wert darauf, eine zuverlässige Behörde zu sein. Das bedeutet jedoch nicht, dass man dort nicht in der Lage ist, größere Veränderungen umzusetzen. Erforderlich ist allerdings, über solche Maßnahmen rechtzeitig zu informieren und den Menschen auch Alternativen anzubieten.

Im vergangenen Jahr hat die Europäische Kommission eine Mitteilung über den Zustand der gemeinsamen Agrarpolitik vorgelegt, die einer radikalen Reform bedarf. Absicht war es, die direkten Subventionen drastisch zu kürzen und die Ergebnisse in den Bereichen Umweltschutz und Beschäftigung zu verbessern. Letztendlich waren wir über die Vorschläge enttäuscht, die nur eine Reihe unerheblicher Kürzungen bei den direkten Subventionen enthielten. Die Landwirte sollten nicht auf der Grundlage ihrer letzten Erträge oder ihres Grundbesitzes subventioniert werden. Der Umweltausschuss würde die Subventionen lieber für die Leistungen gewähren, die die Landwirte im öffentlichen Interesse erbringen – beispielsweise zur Erweiterung der biologischen Vielfalt und Optimierung des Wassermanagements –, sowie für ihre Maßnahmen zum Nutzen der Umwelt, des Tierschutzes und der Lebensmittelsicherheit, die über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehen. Wir würden uns wünschen, dass 2020 entsprechende Maßnahmen in Kraft treten.

Heute Abend diskutieren wir über den Rückgang der Bienenbestände. Zur Verbesserung dieser Situation ist es erforderlich, den Einsatz von Sprühmitteln zu verringern. Darüber hinaus muss die biologische Vielfalt durch die Einführung von Pufferzonen besser geschützt werden. Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang sind die Gentechnologie und die einseitige intensive Landwirtschaft. Ich hoffe, dass wir uns

heute Abend – wie bereits heutige Vormittag – zu einer Art von Landwirtschaft bekennen, in der landwirtschaftliche Nutzung und Naturschutz einander stärken.

**Markus Pieper**, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Entwicklungsausschusses.* – (DE) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Auf dem Weg zu freien Agrarmärkten sind wir ein Stück weiter, sowohl was die Öffnung der Marktordnung als auch die soziale und wirtschaftliche Abfederung der europäischen Politik betrifft.

Ich begrüße ausdrücklich, dass die Kommission bereits einer Reihe von Anregungen des Parlaments sehr positiv gegenübersteht. Danke auch an den Berichterstatter, der viele Anregungen des Regionalausschusses zur Modulation und zur ländlichen Entwicklung aufgegriffen hat. Eine Sache liegt uns aber noch am Herzen: Wir wollen die kleineren Betriebe von den zusätzlichen Mittelkürzungen stärker ausnehmen. Der Regionalausschuss und eine ganze Reihe weiterer Kollegen halten eine Anhebung auf bis zu 10 000 Euro Freigrenze für erforderlich.

Sehr geehrte Frau Kommissarin, dieser Vorschlag ist nicht lächerlich, ich denke, Sie wissen, welches Zitat ich hier meine! Uns ist der Vorschlag sehr ernst, denn es geht darum, den Betrieben auf dem Weg in die Marktwirtschaft Planungssicherheit zu geben, und es geht dabei auch darum, die Versprechen der Agrarreform von 2003 einzuhalten. Gerade die kleineren Betriebe haben mit den Marktturbulenzen der letzten Monate extrem zu kämpfen. Wir sollten sie deshalb politisch stützen. Dieser Vorschlag könnte natürlich spezielle Branchenprogramme einschränken. Aber uns muss hier der Fehler im System bewusst werden. Wir können doch den Milchbauern einerseits nicht die Prämien kürzen und dann den so finanzierten Milchfonds als Rettung anpreisen.

Wenn hier für den Strukturwandel Geld erforderlich ist, muss es aus ungenutzten Agrar- und Strukturgeldern kommen. Dennoch wird die Agrarpolitik solange widersprüchlich und unkalkulierbar bleiben, wie zwischen erster und zweiter Säule hin- und hergeschoben wird. Wir fordern als Regionalausschuss deshalb Planungssicherheit für die Programme der ländlichen Entwicklung und für die Einkommen der Landwirte. Beides wird nur gehen, wenn wir den betrieblichen Ansatz der Ausgleichszahlung und die regionalen Programme künftig strikt voneinander trennen. Dazu bitten wir die Kommission schon heute um Vorschläge.

**Lutz Goepel**, *im Namen der PPE-DE-Fraktion.* – (DE) Frau Präsidentin! Zwei Minuten für ein Jahr verantwortliche Arbeit an diesem „health check“ ist weiß Gott etwas wenig. Ich kann hier nur einige Dinge andeuten. Zur Erinnerung: 8 % Modulation plus 45 % Degression war die Mitteilung der Kommission im November 2007. 4 % progressive, d. h. betriebsgrößenabhängige Modulation im Bericht Goepel erfolgte in der Mitteilung. Darauf kamen 8 % Basis und 9 % progressive = 17 % als Angebot im Vorschlag der Kommission, und wir sind letztlich im Augenblick bei 5 % im Ausschuss in der Abstimmung gelandet. Wichtig war uns, dass alle Modulationsmittel in der Region verbleiben und unabhängig von Betriebsgröße und Rechtsform zur Anwendung kommen.

Sie, Frau Kommissarin, wollten mehr Flexibilität für die Mitgliedstaaten zum Systemwechsel. Das heißt mehr Möglichkeiten zur Einführung weiterer Entkopplung und Lösung von historischen Referenzwerten. Dem kann ich prinzipiell zustimmen. Die Debatten im Ausschuss haben gezeigt, dass dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht in allen Bereichen sinnvoll ist. Auch beim Ausstieg aus kleineren Marktordnungen sollte man das vor allen Dingen im Pflanzenbereich beachten. Neue Herausforderungen, die stärkere globale Beweglichkeit der Märkte, erfordern neue flexible Instrumente. Wir haben zur Unterstützung benachteiligter Regionen auch im Milchbereich den Artikel 68 neu definieren können.

Und schließlich die Milch, das wohl komplizierteste Unterfangen dieser Bewertung. Weil es so kompliziert ist, hätte ich es lieber gesehen, wenn wir diesen Komplex Milch mit Optionen und Begleitmaßnahmen zum Quotenausstieg im Jahre 2010 oder 2011 als einen komplexen Bericht behandelt hätten. Aber der Milchfonds ist auch etwas und wird den Milchbauern besonders in benachteiligten Gebieten eine zusätzliche Unterstützung gewähren. Eine Investitionsförderung für Milchbauern ohne Quotenbindung EU-weit einzuführen, ist auch nicht zu verachten, da es den Kaufdruck auf die Betriebe entschärft.

Ein letzter Satz in eigener Sache: Herzlichen Dank an die Mitarbeiter, auch deshalb, weil es gelungen ist, dieses Paket gegen Ende meiner aktiven Zeit als Parlamentarier unter französischer Präsidentschaft abzuschließen.

(Beifall)

**Stéphane Le Foll**, im Namen der PSE-Fraktion. – (FR) Frau Kommissarin, Herr Minister, Herr Capoulas Santos! Ich möchte ebenfalls das Wort ergreifen. Wie Herr Goepel sagte, sind zwei Minuten zu einem solch wichtigen Bericht keine lange Zeit.

Was ich sagen möchte, ist recht einfach. Ich möchte zunächst die Ausgewogenheit des heute von Herrn Capoulas Santos vorgelegten Berichts verteidigen. Eine Aktualisierung der gemeinsamen Agrarpolitik, die das Ziel des „Gesundheitschecks“ ist, war notwendig. Ebenso notwendig war es aber auch, die Einheit dieser Politik auf europäischer Ebene zu wahren, gleichzeitig jedoch ihr weiterhin zu ermöglichen, eine Politik zu sein, die europaweit die Ziele der Landwirtschaft bestimmt. Diese Ausgewogenheit möchte ich nun anhand von vier Beispielen verteidigen.

Das erste Beispiel sind die Milchquoten, die zu einer Debatte geführt haben, und ich sage ehrlich, meines Erachtens ist die gefundene Position die richtige. Wir müssen in dieser Frage vorsichtig bleiben. All jene, die die Produktionsmengen schnell erhöhen und marktbasierende Mechanismen abschaffen möchten, laufen Gefahr, dass der Milchpreis sinkt und sie sich selbst extrem aufwendige Umstrukturierungsarbeiten einbrocken.

Die Entkopplung der Beihilfen: Auch hier haben wir eine nach meiner Meinung ausgewogene Position gefunden. Die totale Entkopplung gefährdet aber viele Produktionsformen. Wir müssen in Europa verschiedene Formen der landwirtschaftlichen Produktion schützen: Schafe, Rinder, Ziegen und die Pflanzenproduktion durch Kleinbetriebe.

Was die Regulierungsmechanismen betrifft, so können wir tatsächlich den Weg der Versicherungen gehen. Wir müssen jedoch die auch öffentlichen Mechanismen erhalten, die Schutz und Regulierung ermöglichen. Das besagt dieser Bericht, und das ist nach meiner Ansicht sehr wichtig.

Abschließend möchte ich in Bezug auf die allgemeine Entwicklung der Beihilfen und die Art und Weise, in der wir mit ihnen umgehen, noch sagen, dass auf dem Gebiet der Modulierung und der Begrenzung von Artikel 68 wichtige Schritte unternommen wurden. Sie sind ein Schritt in die richtige Richtung, und zwar hin zu einer Situation, in der sichergestellt ist, dass sich unser globales Modell der landwirtschaftlichen Produktion in Richtung Nachhaltigkeit bewegt. Wir müssen immer daran denken, ein Betriebsmodell aufrechtzuerhalten, das auf Einzelpersonen oder Gruppen basiert und drei Ziele berücksichtigt, nämlich ein wirtschaftliches, ein ökologisches und ein soziales Ziel.

**Niels Busk**, im Namen der ALDE-Fraktion. – (DA) Frau Präsidentin! Der „Gesundheitscheck“ wurde als ein Weg vermarktet, der zu Vereinfachungen führen und Bürokratie abbauen sollte. Unter diesen Schlagzeilen haben wir unsere Debatte begonnen. Proklamiert wurde auch, dass wir die Landwirtschaft in der EU für einen intensiveren Freihandel vorbereiten. Das gilt insbesondere für die Zeit nach 2013, wenn der aktuelle Vertrag ausläuft. Gleichzeitig war es für uns in Europa sehr wichtig, dass wir unseren Teil der Verantwortung für die Produktion hochwertiger Lebensmittel übernehmen, und zwar nicht nur für die europäischen Verbraucher, sondern für die gesamte Welt, insbesondere für den immer größeren Teil der Weltbevölkerung, der dringend Nahrungsmittel benötigt.

Der Milchsektor war jener Sektor, in dem wir tatsächlich testen konnten, ob wir in Europa bereit waren, den Anforderungen einer erhöhten Produktion zu entsprechen. In dieser Hinsicht ist es für mich enttäuschend, wenn im Rahmen der Debatte auch die Frage aufgeworfen wird, ob wir eine sogenannte „weiche Landung“ beginnen und den Milchproduzenten, die das möchten, die Möglichkeit zu einer Steigerung ihrer Milchproduktion geben sollten. Für mich ist das ein Signal dafür, dass wir hier in Europa nicht besonders gut auf jene Veränderungen vorbereitet sind, die morgen, insbesondere aber in der Zeit nach 2013, erforderlich sein werden.

Was die Vereinfachung und den Abbau der Bürokratie betrifft – Maßnahmen, mit denen das Leben der Landwirte erleichtert werden soll –, so müssen wir sagen, dass es nicht besonders leicht ist, klare oder reichliche Beispiele dafür zu finden, wie wir die Situation vereinfacht oder Bürokratie abgebaut haben. Die gesamte Problematik der Auflagenbindung, bei der es derzeit große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gibt, ist ein Gebiet, auf dem wir nach meiner Meinung definitiv eine Verbesserung erreichen müssen. Der wichtigste Punkt ist aber, dass diese Überprüfung der Agrarpolitik meiner Meinung nach eine wesentlich klarere Vorstellung von der Richtung vermitteln sollte, in die wir die Landwirtschaft bringen möchten, wenn der Vertrag 2013 ausläuft.

Ein positives Element ist die Politik auf dem Gebiet der ländlichen Entwicklung. Dabei ist es natürlich wichtig, dass die modulierten Ressourcen in ländlichen Gebieten verbleiben, sodass sie tatsächlich nützlich sind. Gestatten Sie mir abschließend noch den Hinweis, dass es besser gewesen wäre, wenn das Parlament sich



enger an den Vorschlag gehalten hätte, den die Kommission vor einiger Zeit vorgelegt hat. Ich glaube, davon hätte auch die europäische Landwirtschaft profitiert.

**Janusz Wojciechowski**, *im Namen der UEN-Fraktion.* – (PL) Frau Präsidentin! Zwei Brüder bekamen von ihren Eltern einen Beutel mit Süßigkeiten geschenkt. „Lass uns die Sachen gerecht teilen“, sagte der ältere Bruder, worauf der jüngere erwiderte: „Ich würde sie lieber so teilen, dass jeder das Gleiche erhält.“ Diese kurze Anekdote steht symbolisch für die Beziehungen zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten, wenn es um die Landwirtschaft geht. Die alten Mitgliedstaaten erhalten mehr, und die neuen nicht selten weniger.

Uns ist durchaus bewusst, dass wir uns in einem Übergangszeitraum befinden, doch warum sollte diese Situation auch über das Jahr 2013 hinaus Bestand haben? Warum sollten die neuen Mitgliedstaaten auch weiterhin proportional nur die Hälfte oder ein Drittel dessen bekommen, was die alten Mitgliedstaaten erhalten? Wir hören immer wieder, das sei gerecht, und es gäbe dafür historische Gründe. Doch wir wollen keine Gerechtigkeit, wir wollen Gleichheit. Eine gewisse Berechtigung hatten die Ungleichheiten im Rahmen des Systems der Produktionssubventionen, das Landwirte begünstigte, die mehr produzierten. Inzwischen sind wir aber zu einem System der Flächensubventionierung übergegangen, und da ist eine solche Diskriminierung nicht mehr gerechtfertigt. Damit muss nach 2013 Schluss sein, und es darf keine Trennung zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten geben. Wir, die neuen Mitgliedstaaten, möchten auch gern alte sein!

(Beifall)

**Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (DE) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Diese Diskussion steht unter keinem guten Stern. Hätten die Iren vernünftig abgestimmt, so hätten wir am 1.1.2009 die Mitentscheidung im Agrarbereich und auch bei den Agrarfinanzen.

Jetzt diskutieren wir unter der alten Ägide, auch wenn der Ratspräsident Barnier uns zugesagt hat, uns zu beteiligen. Das ist ein nettes Angebot, bleibt aber ein frommer Wunsch, weil die Verhältnisse so sind, wie sie eben sind. Das sieht man auch bei den Vorlagen der Kommission. In der ersten Vorlage, die Herr Goepel als Berichterstatter bearbeitet hat – er hat vorhin die Zahlen genannt –, war eine kräftige Degression vorgesehen: 10, 25, 45. Wir vom Parlament haben das aufgenommen, es ist um die Anrechnung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitskosten ergänzt worden. Das wäre eine Umverteilung gewesen, die für 2013 beispielhaft hätte gelten können.

Jetzt haben wir zu befürchten, dass wir 2013 eine lineare Kürzung bekommen. Zu den Zahlen, die von der Kommission jetzt noch genannt wurden, muss man sagen: Der Berg hat gekreißt und eine Maus geboren. Das ist ein lauwarmer Vorschlag, und er hat mit der Diagnose, die Sie richtigerweise aufstellen und der man zustimmen kann, nichts zu tun. Sie haben die wichtigen Punkte vorhin noch einmal genannt: Wasser, Klima, genetische Vielfalt, regenerative Energien, Milch. Das alles muss bedient werden, aber die Therapie, die Sie jetzt vorschlagen, ist geradezu lächerlich.

Lassen Sie mich noch kurz auf den Milchsektor eingehen. Die Situation im Milchbereich kennen Sie. Die Milch läuft über, die Preise sind katastrophal gefallen. Sie geben in Ihrem Vorschlag Gas und erhöhen die Produktionsmöglichkeiten. Marktwirtschaft heißt aber, dass man bedarfsorientiert produziert. Das wäre ungefähr so, als ob die Autoindustrie bei den Gehältern die Weihnachtszeit kürzt oder streicht und eine neue Sonderschicht einlegt, damit noch mehr auf die Halde kommt. Dies ist ein falscher Ansatz, und ich unterstütze, was Herr Goepel vorhin gesagt hat, nämlich dass es sinnvoll wäre, die Milch jetzt nicht im Rahmen des „health check“ zu regeln, sondern dann, wenn wir über die Analysen über die Märkte verfügen, die zwar immer angekündigt werden, aber noch nicht vorliegen, und dass wir dann auch im Milchsektor zu einem vernünftigen Ergebnis kommen, das dem Markt und den Anforderungen der Bauern und Bäuerinnen gerecht wird.

**Vincenzo Aita**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, dass die heutige Debatte und die folgende Abstimmung eine wichtige Phase für die Landwirtschaftspolitik der Gemeinschaft darstellen.

Angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre, besonders aber der letzten beiden Jahre, brauchen wir meines Erachtens eine noch stärkere Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in Europa. Stattdessen haben wir durch diese langwierige Arbeit und die Arbeit von Herrn Capoulas Santos zwar einige Probleme angepackt, doch dies haben wir im Rahmen des alten Systems getan. In den vergangenen beiden Jahren kristallisierten sich für Europa die folgenden beiden Themen, die ich ausdrücklich hervorheben möchte, als zentrale Schwerpunkte heraus. Wir haben mit dem „Gesundheitscheck“ der GAP begonnen, das war im Jahre 2003.

Einige Daten sollten uns Anlass geben, innezuhalten und zu reflektieren, ob wir mit unserer Arbeit auf dem richtigen Wege sind, obwohl in diesen anderthalb Jahren eine exzellente Arbeit geleistet wurde. Viele Arbeitsplätze gehen verloren. Laut Angaben von Eurostat waren es bis zum Jahr 2005 ca. zwei Millionen Arbeitsplätze – die Zahlen von 2007 und 2008 kennen wir noch nicht –, die wir in diesem stabilen, saisonal und durch Familienbetriebe geprägten Beschäftigungssektor verloren haben. Zwischen 2003 und 2005 mussten – laut Eurostat – 611 000 Betriebe geschlossen werden. In Zeiten wie diesen, die von einer wirtschaftlichen Krise geprägt sind, greifen die Mitgliedstaaten den Banken und der Industrie tatkräftig unter die Arme. In keinem Land wird dagegen über den Zustand der Landwirtschaft debattiert, denn man geht davon aus, dass die gewünschten Ergebnisse durch die Gemeinschaftspolitik und die GAP schon erreicht werden.

Mit diesen Maßnahmen handeln wir nach meiner Überzeugung den eigentlichen Interessen der Landwirte zuwider, und wir unternehmen nicht das, was sie eigentlich von uns verlangen: jenen Betrieben zu helfen, die durch die Unterordnung unter die Verarbeitungs- und Vermarktungsbetriebe in Gefahr geraten. Wir dürfen auch eine andere Tatsache nicht aus dem Blick verlieren – ich bin gleich fertig –, und zwar, dass Landwirtschaftsbetriebe in den letzten zwei bis drei Jahren Einkommensanteile zugunsten der Transformation der Vermarktungsindustrie verloren haben.

Über diese Themen hätten wir sprechen sollen, und in diesem Punkt fällt die Bewertung im Hinblick auf die übermorgen stattfindende Abstimmung in der Kammer sehr negativ aus.

**Witold Tomczak, im Namen der IND/DEM-Fraktion.** – (PL) Frau Präsidentin! Die finanzielle Diskriminierung der bäuerlichen Familienbetriebe und der neuen Mitgliedstaaten sind zwei Grundmechanismen der gemeinsamen Agrarpolitik, die die EU schwächen und im Widerspruch zu ihren Hauptzielen stehen. Durch die vorgeschlagenen Veränderungen werden diese Mechanismen nicht beseitigt. Wie sollen wir in der Lage sein, die europäische Landwirtschaft gerecht zu reformieren, wenn wir 95 % aller Landwirtschaftsbetriebe ignorieren? Bei diesen 95 % handelt es sich um Familienbetriebe mit einer Größe von maximal 50 ha. Diese Betriebe erhalten jedoch nur, was aus dem Topf der EU-Agrarsubventionen übrigbleibt. Die reichsten Landwirte, deren Anteil bei nur 1 % liegt, erhalten mehr als 9 Milliarden Euro, anders ausgedrückt: mehr als 90 % aller Landwirtschaftsbetriebe. Eine solche Politik richtet sich gegen die bäuerlichen Familienbetriebe, die aber doch das Rückgrat der europäischen Landwirtschaft sind. Das Ergebnis der aktuellen und der vorgeschlagenen Landwirtschaftspolitik wird eine andauernde Entvölkerung ländlicher Gebiete, eine Schädigung der Umwelt und ein Verlust der Ernährungssicherheit in einigen Regionen, Staaten und in der EU als Ganzes sein.

**Peter Baco (NI).** – (SK) Die Vorschläge der Kommission zur Überwachung der „Gesundheit“ der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wurden unter Bedingungen formuliert, die sich grundlegend von den heutigen unterscheiden. Heute müssen wir insbesondere der zunehmenden Volatilität der Agrarmärkte, der beschleunigten Anpassung an die Weltmarktpreise, der Betonung der unersetzlichen Rolle der Landwirtschaft in der Gesellschaft, der Stärkung der Systeme der GAP und vor allem einer besseren Nutzung des Potenzials der diskriminierten Landwirtschaft in den neuen Mitgliedstaaten eine immer größere Aufmerksamkeit widmen.

Die vom Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung vorgelegten Änderungsanträge stellen leider nur eine teilweise Korrektur der inadäquaten Antwort der Kommission auf die akuten Bedürfnisse dar, mit denen wir heute konfrontiert sind. Beispielsweise hat die Kommission die Umsetzung der progressiven Modulation durchgesetzt, weil sie den Bürgern der EU zeigen wollte, dass sie in der Lage ist, das hohe Niveau der Agrarbeihilfen zu kappen.

Eine solche Vorgehensweise läuft der zunehmenden Notwendigkeit einer stärkeren Konzentration der Produktionsfaktoren zuwider. Es ist jedoch völlig absurd, dass man nicht bereit ist, Vorschläge zu akzeptieren, die darauf hinauslaufen, dass Landwirtschaftsbetriebe nicht als das Eigentum von Großgrundbesitzern betrachtet werden, sondern als rationale, lebensfähige Zusammenschlüsse von Besitzern kleiner Ländereien, die nicht in der Lage wären, miteinander in Wettbewerb zu treten. Folglich muss jeder einzelne Anteilsbesitzer als ein Landwirt akzeptiert werden.

Deshalb fordere ich Herrn Barnier, den amtierenden Präsidenten des Rates, auf, in den Debatten des Rates Platz für den Vorschlag einer Lösung dieses Problems zu schaffen.

**Neil Parish (PPE-DE).** – Frau Präsidentin! Gestatten Sie mir, dass ich meine Ausführungen damit beginne, Kommissarin Mariann Fischer Boel, dem amtierenden Präsidenten des Rates, Herrn Barnier, dem Berichtersteller, Herrn Capoulas Santos, und auch Herrn Lutz Goepel recht herzlich für die gute

Zusammenarbeit zu danken. Mein Dank gilt aber auch allen Mitgliedern des Ausschusses für ihre harte Arbeit. Wir sind 27 Mitgliedstaaten. Zwar haben wir keine 27 Positionen zu diesem Bericht, aber doch trotzdem etliche, und wir kamen im Ausschuss zusammen, um einen – wie ich meine – angemessenen Kompromiss zu erreichen. Gestatten Sie mir, dass ich auch der Kommissarin für ihre Kooperation und Hilfe danke, insbesondere aber auch Michel Barnier, mit dem ich besonders eng zusammengearbeitet habe, wenn wir nicht sogar gemeinsam ein Mitentscheidungsverfahren praktiziert haben.

Wir müssen nun weiter vorangehen, einen Bericht annehmen sowie einen Kompromiss und eine Position erreichen, sodass die Landwirte in Europa genau wissen, wohin sie gehen.

Lebensmittel müssen produziert werden – das haben wir im vergangenen Jahr deutlich gesehen. Darüber hinaus müssen wir die Landwirte von Bürokratie befreien, und wir brauchen Vereinfachung. Außerdem brauchen wir Landwirte, die eigenständig geschäftliche Entscheidungen treffen. Also müssen wir weiter vorangehen. Ja, wir brauchen ein gewisses Krisenmanagement, doch wir dürfen nicht zu den Tagen des Interventionismus zurückkehren. Die Balance muss gewahrt bleiben.

Viele von uns sind ständig mit dem Flugzeug quer durch Europa unterwegs. Wenn wir landen, möchten wir weich landen. Das gilt auch für die Milchquoten. Wir müssen den Markt freimachen. Die Kommissarin sagte, dass im vergangenen Jahr eine große Nachfrage nach Milchprodukten bestanden habe. In diesem Jahr sei sie nicht so groß, doch im nächsten Jahr könnte wieder eine größere Nachfrage bestehen, und wir brauchen ausreichend Flexibilität, um dieser Nachfrage gerecht zu werden.

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sind zwei Seiten einer Medaille. Wir müssen aktiv sein, um sicherzustellen, dass wir den Klimawandel bewältigen und sinnvoll mit den Wasserressourcen umgehen, dass wir Biokraftstoffe und Biogas nicht vergessen und dass wir Europa in eine wirklich gute Position bringen. Wir dürfen keine Rückschritte machen, denn im Hinblick auf die WTO-Verhandlungen befinden wir uns in einer guten Position. Lassen Sie uns weiter vorangehen und die Agrarpolitik tatsächlich reformieren.

**Brian Simpson (PSE).** - Frau Präsidentin! Ich möchte zunächst unserem Berichterstatter für all seine harte Arbeit an diesem heiklen Thema danken.

Ich fürchte jedoch, dass trotz seiner großen Anstrengungen meine nationale Delegation und ich diesen Bericht nicht unterstützen können. Meines Erachtens bedarf die GAP einer radikalen Reform. Sie muss vom alten System der Direktsubventionen zu einem marktorientierten System weiterentwickelt werden, das an Nachhaltigkeit und Umweltschutz orientiert ist und eine effiziente Landwirtschaft anerkennt, anstatt Ineffizienz zu belohnen. Der Bericht selbst ist zwar kein großes Reformdokument, doch weist er den Weg zu künftigen Reformen nach 2013. Deshalb bin ich vom Ergebnis im Agrarausschuss enttäuscht. Dieses Ergebnis hat zur Folge – das ist zumindest mein Eindruck –, dass sich der Ausschuss von einer grundlegenden Reform dieses diskreditierten Systems abwendet.

Insbesondere möchte ich die obligatorische Modulation hervorheben. Ich kann keine Position unterstützen, die zu einer Verringerung der Mittel führt, welche in die ländliche Entwicklung investiert werden, und darüber hinaus darauf verzichtet, die Mitgliedstaaten zur Kofinanzierung neuer Modulationsgelder zu verpflichten. Darüber hinaus kann ich auch die Ansicht des Ausschusses nicht unterstützen, dass wir auf eine vollständige Entkopplung verzichten sollten, doch meine größten Befürchtungen hege ich gegenüber der Kommission. Frau Kommissarin, Ihre Haltung zur verpflichtenden Modulation ist richtig. Ihre Position zur Entkopplung ist richtig. Wir haben nun ausnahmsweise einmal eine Kommission, die die GAP ernsthaft reformieren möchte. Allerdings sieht sie sich mit einem Parlament konfrontiert, das in dieser Frage noch nie zu Ergebnissen in der Lage war und das der Auffassung ist, die Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, könnten durch Festhalten an dem alten, diskreditierten System bewältigt werden. Bleiben Sie stark, Frau Kommissarin, denn Sie haben recht. Leider habe ich Anlass zu der Vermutung, dass dieses Parlament unrecht haben wird.

**Jan Mulder (ALDE).** - (NL) Frau Präsidentin! Wie Sie wissen, bin ich über all die Vorschläge im Zusammenhang mit dem „Gesundheitscheck“ weniger begeistert. Wenn ich Landwirt wäre und hätte im Jahr 2005 berechnet, was ich bis 2013 erwarten kann, wären das – und jetzt muss ich Sie um Nachsicht wegen einer Reihe von Zahlen bitten – aufgrund der Modulation eine Senkung um 8 %, aufgrund der nationalen Reserve eine Senkung um 10 % sowie aufgrund der Kappung hoher Beihilfen möglicherweise eine weitere Senkung um 9 %. Das summiert sich auf eine Senkung um insgesamt 27 %. Wie kann sich ein durchschnittlicher Landwirt zukünftig darauf verlassen, dass eine europäische Regierung ihre eigenen Zusagen einhält? Frau Buitenweg sagte, die 27 % wären inkonsequent, doch ich denke, das ist ein ganz schöner Teil dessen, was versprochen wurde. Ich bin deshalb auch gegen diese Modulation, und ich hielte es für besser, wenn die Kappung dieser Gesamtprämien wesentlich mehr beschränkt würde.

Was diese nationale Reserve betrifft, so glaube ich, wir sollten die eine Möglichkeit, die wir haben, nutzen. Das heißt, wir sollten ein Versicherungssystem entwickeln, das Schutz vor Tier- und Pflanzenkrankheiten bietet, und zwar möglichst in ganz Europa. Die Menschen reisen sehr viel. Deshalb wird Europa früher oder später mit einer weiteren ansteckenden Tierkrankheit konfrontiert sein, ohne dass wir haushaltspolitisch darauf vorbereitet sind. Falls dies erneut passiert, wüsste ich nicht, woher die Kommission die notwendigen Gelder beschaffen sollte. In diesem Punkt würde das Versicherungssystem greifen.

In Bezug auf die Milchquoten bleibt mir nur der Hinweis, dass sich eine zunehmende Anzahl von Märkten international entwickelt. Ich glaube, es wäre für Europa nicht gut, wenn wir beispielsweise den Amerikanern und Brasilianern sagen würden, dass dieser Markt der ihre wäre, wenn sie nur möchten. Auch wir sollten auf diesem Markt aktiv sein. Deshalb ist in Bezug auf die Milchquoten eine „weiche Landung“ erforderlich.

Wir könnten drei Maßnahmen ergreifen: die Zusatzabgabe reduzieren, allmählich die Quoten und die Bezahlung erhöhen und jährlich den nicht ausgeschöpften Teil der Milchquote unter jenen Landwirten verteilen, die ihre Milchquote bereits erfüllt oder übererfüllt haben.

**Gintaras Didžiokas (UEN).** - (LT) Zunächst möchte ich all jenen danken, die so hart an diesen komplizierten, wichtigen, ja, an diesen meines Erachtens wichtigsten gesetzgeberischen Projekten des Jahres mitgewirkt haben, insbesondere dem Berichterstatter, Herrn Capoulas Santos. Ich habe nicht viel Zeit, deshalb kann ich nur auf die wichtigsten Fragen eingehen, die die Landwirte meines Landes bewegen.

Zunächst geht es um die Angleichung der Direktzahlungen nach 13 Jahren. Das ist sehr wichtig. Wenn uns Solidarität, fairer Wettbewerb und der gemeinsame Markt am Herzen liegen, müssen wir dementsprechend handeln. Wir müssen sicherstellen, dass die Beihilfen korrekt zugewiesen werden.

Das zweite sehr wichtige Anliegen ist die Notwendigkeit, die Flächenbeschränkungen abzuschaffen, die gemäß der Bedingung vom 30. Juni 2003 gelten. Wenn wir über Nahrungsmittelknappheit, weltweite Hungersnot und schließlich Biokraftstoffe sprechen, dann sollten wir doch den Landwirten gestatten, die Möglichkeiten der vorhandenen Ressourcen zu nutzen.

Am wichtigsten aber ist, dass wir die Mittel der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union schützen und nicht zulassen, dass der Landwirtschaftshaushalt dubiosen Ideen der unterschiedlichsten Art zugutekommt.

**Alyn Smith (Verts/ALE).** - Frau Präsidentin! Ich gratuliere und danke allen Kollegen, die dazu beigetragen haben, dass wir heute einen so erfolgreichen Abschluss erreichen konnten. Ich verstehe jedoch auch die Enttäuschung der Kollegen, denn wir hätten noch etwas weiter gehen und etwas mehr Ehrgeiz zeigen können. Doch vergessen wir nicht, dass dieser „Gesundheitscheck“ immer nur eine Bestandsaufnahme war. Die grundlegende Reform kommt später, und darauf müssen wir uns heute konzentrieren.

Wenn wir nach vorn ins Jahr 2013 blicken, bleibt mit Sicherheit immer noch eine ganze Menge zu tun. Schließlich ist unsere gemeinsame Agrarpolitik – wie jeder gute Kompromiss – dadurch gekennzeichnet, dass niemand mit ihr besonders glücklich ist. Deshalb greife ich die Bemerkungen von Neil Parish und Herr Pieper auf, die sinngemäß sagten, dass wir unseren Blick in die Zukunft richten und uns überlegen müssten, was mit der gemeinsamen Agrarpolitik erreicht werden soll. Wir müssen insbesondere die Reform des Strukturfonds in dieser Diskussion einbringen, denn die gemeinsame Agrarpolitik in ihrem jetzigen Zustand ist zu kompliziert, verschachtelt und schwierig, als dass sie die Unterstützung der Öffentlichkeit bekommen könnte. Der Strukturfonds hingegen wäre eine wesentlich preiswertere, effektivere Möglichkeit, der Bevölkerung ökologisch einwandfreie Güter zur Verfügung zu stellen. Wir müssen uns daran erinnern, dass die eigentliche Aufgabe der GAP darin besteht, die Produzenten hochwertiger lokaler Nahrungsmittel direkt zu unterstützen. Wenn wir das bedenken, können wir nicht viel falsch machen. Das ist der Hauptpreis, und auf dem Weg dorthin haben wir heute eine weitere Etappe zurückgelegt.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL).** – (PT) Mit gewisser Sorge nehmen wir an dieser Debatte zu weiteren Veränderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) teil, denn im Grunde zielen diese Veränderungen auf eine größere Liberalisierung und Unterordnung unter die internationalen Märkte ab. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass die Landwirtschaft ein strategischer Sektor ist und dass Ernährungssicherheit und -souveränität grundlegende Voraussetzung dafür sind, dass wir der Bevölkerung in unseren Ländern auch weiterhin eine Versorgung mit hochwertigen Nahrungsmitteln garantieren können.

Gleichermaßen inakzeptabel ist der Mangel an sozialer Sensibilität bei dieser gesamten Reform. Die aktuell hohe Arbeitslosigkeit bleibt dabei völlig unberücksichtigt. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Überreste

einer auf Familienbetrieben basierenden Landwirtschaft auch noch zerstört werden. Für besonders schwerwiegend erachte ich die Ankündigung des Endes des Milchquotensystems, die Renationalisierung der GAP und die fortdauernden Ungerechtigkeiten bei der Verteilung von Beihilfen.

Deshalb bestehen wir auf den von uns eingereichten Vorschlägen, die eine Unterstützung für die produzierenden Landwirte garantieren. Dadurch möchten wir auf Preisschwankungen zurückzuführende Instabilitäten in den produktiven Sektoren bekämpfen und einen Niedergang der ländlichen Gebiete sowie eine Versteppung vieler Regionen verhindern.

**Georgios Georgiou (IND/DEM).** - (EL) Frau Präsidentin! Zunächst möchte ich unserem Kollegen Luis Manuel Capoulas Santos und allen anderen recht herzlich danken, die an der Erarbeitung dieses lobenswerten Berichts mitgewirkt haben.

Jene ländlichen Gebiete Griechenlands, in denen die Bevölkerung vom Tabakanbau lebt, gehören zu den ärmsten des Landes. Ich fürchte, dass sie – in absoluten Zahlen ausgedrückt – sogar die ärmste Region Europas sind. Die dort lebenden Menschen leben ausschließlich vom Tabak. Ihr einziges Anliegen ist, das bestehende Tabakssystem bis mindestens 2013 zu verlängern. Sie bitten auch darum, sofern das überhaupt möglich ist, dass die Ungerechtigkeit aus dem Jahr 2004 beseitigt wird und die Tabaksubventionen in Höhe von 50 % im Rahmen der ersten Säule auch weiterhin gewährt werden, wenngleich auch erst ab 2010, um ihre Einkünfte aufzubessern. Dabei handelt es sich eher um ein humanitäres als ein technisches Anliegen.

**Jim Allister (NI).** - Frau Präsidentin! In der verfügbaren Zeit möchte ich mich auf den Milchsektor konzentrieren, denn dieser ist – wie die Kommissarin seit unserem Treffen in der vergangenen Woche weiß – angesichts des Preisverfalls in Unruhe geraten. Dieser Preisverfall bestärkt mich in meiner Ansicht, dass die Abschaffung der Milchquoten ein verfrühter, unbedachter Schritt ist, der nichts zur Stabilisierung des Marktes beitragen wird.

Auch die Verringerung der verfügbaren Instrumente zur Marktsteuerung ist in meinen Augen angesichts der aktuellen Instabilität des Marktes unnötig und unklug. Wenn an diesem Markt ein Grundniveau erreicht und beibehalten werden soll, brauchen wir leistungsstarke Marktsteuermöglichkeiten. Anderenfalls müssen wir uns in Bezug auf den Milchsektor auf eine eher „harte Landung“ einstellen.

Einige Mitgliedstaaten zeigen Flexibilität. Frankreich lenkt nicht verbrauchte Mittel aus dem Schafsektor um, und in Deutschland spricht man über einen Milchfonds. Deshalb bedauere ich, dass die Kommission ihren Handlungsspielraum durch eine unnötige Abschaffung von Maßnahmen zur Marktsteuerung verringern möchte.

#### **VORSITZ: MANUEL ANTÓNIO DOS SANTOS**

*Vizepräsident*

**Agnes Schierhuber (PPE-DE).** – (DE) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Ratspräsident! Mein Dank gilt zuerst dem Berichterstatter des Legislativvorschlags und auch dem Berichterstatter des Initiativberichts. Die Reformen der Jahre 2003 und 2004 waren wichtige Etappen im Prozess der Reformierung der GAP. Die gründliche Überprüfung der GAP ist keine grundlegende Reform, sondern ein weiterer wichtiger Schritt zur Sicherung einer modernen multifunktionalen und wettbewerbsfähigen gemeinsamen Agrarpolitik. An den Prioritäten hat sich nach wie vor nichts geändert. Erstens die Nahrungsmittelproduktion, zweitens Futtermittel und drittens die Bereitstellung von Energie.

Die Bedeutung der Milchproduktion wurde bereits angesprochen, vor allem für die Berggebiete, wo Grünlandwirtschaft oft die einzige Möglichkeit ist. Wir erhalten hier Arbeitsplätze und nicht nur die Landschaft, und das ist mir genauso wichtig. Das „soft landing“ für die Zeit nach 2015 vorzubereiten, ist für mich ein wesentlicher Aspekt. Ich bin derzeit gegen eine generelle Anhebung der Milchquote, weil ich das für problematisch halte. Ich glaube, in einer Zeit, in der wir diesen hohen Milchüberschuss haben, sollten wir vorsichtig sein. Wer den Preis der Lebensmittel immer als Begründung für eine Quotenaufstockung anführt, übersieht total, dass ein Milchbauer nicht einmal 30 % vom Verkaufspreis bekommt, der Verkaufspreis aber – auch in meinem Mitgliedsland – zurzeit in den Supermärkten der gleiche ist wie vor 25 Jahren.

Die Stabilisierung der zweiten Säule, ohne dass die erste Säule ausgehöhlt wird, ist ein wesentlicher Aspekt. Die Aufwertung des Artikels 68 dank der Entscheidungsfreiheit in den Mitgliedstaaten können wir nur begrüßen. Ich freue mich auch über eine Einigung bezüglich eines Milchfonds auch im Zusammenhang mit der Produktion in Berg- und benachteiligten Gebieten.

Abschließend darf ich Folgendes sagen: Ich hoffe sehr, dass Rat und Kommission in diesen Tagen einen Kompromiss finden. Ich bin überzeugt davon, dass die gemeinsame Agrarpolitik weiterentwickelt wird, um auch in Zukunft eine multifunktionelle nachhaltige landwirtschaftliche Produktion in allen Regionen der EU zu haben.

**Rosa Miguélez Ramos (PSE).** – (ES) Herr Präsident, Frau Kommissarin! Wir stimmen den Zielen dieses „Gesundheitschecks“ zu, doch nicht allen der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Die durch die neuen klimatischen, finanziellen, gesundheitlichen und anderen Risiken entstandenen Gefahren sind ein Beleg dafür, dass die gemeinsame Agrarpolitik alles andere als überholt ist, sondern stattdessen eine grundlegende Rolle bei der Gewährleistung der globalen Ernährungssicherheit und des Erhalts unserer ländlichen Gemeinden spielen muss.

In der Zeit der MacSharry-Reform im Jahr 1992 haben wir naiverweise geglaubt, dass die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln definitiv gesichert sei und der Markt jedem einen festen Platz bieten würde. Mittlerweile haben wir jedoch erkannt, dass der zunehmend globalisierte Markt dem Traum einer konstanten landwirtschaftlichen Produktion sicherer Nahrungsmittel zu angemessenen Preisen in Europa nicht gerecht wird.

Der Anstieg der Rohstoffpreise – die nun wieder sinken – war eine heilsame Lehre für uns, und zwar umso mehr, als er mit einem Anstieg der Kosten für Futtermittel und Dünger verbunden war. Diese Entwicklung hat eine Vielzahl von Sektoren, beispielsweise auch den Rinder- und Schafsektor, in eine tiefe Krise gestürzt.

Frau Kommissarin, es hat den Anschein, als könnte sich dieser „Schaukeleffekt“ möglicherweise fortsetzen. Insbesondere möchte ich den Schaf- und Milchsektor erwähnen. Der Schafsektor wird immer kleiner. Er braucht die Unterstützung der Gemeinschaft, wie im Parlament im Juni des vergangenen Jahres gefordert wurde. Artikel 68 reicht dabei nicht aus.

Was den Milchsektor betrifft, so erfordert eine „weiche Landung“ einen Übergangszeitraum, sodass der Sektor sich anpassen kann, ohne solch starren Vorgaben wie den derzeitigen knappen Quoten ausgesetzt zu sein. Darüber hinaus, Frau Kommissarin, möchte ich darauf hinweisen, dass die Situation nicht in allen Mitgliedstaaten ähnlich oder identisch ist.

**Donato Tommaso Veraldi (ALDE).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte dem Berichtersteller für seine hervorragende, positive und intelligente Arbeit danken. Der Gegenstand des „Gesundheitschecks“ der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist in der Tat extrem wichtig, denn er zielt auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft ab.

Meines Erachtens ist es angemessen, zwei Punkte besonders hervorzuheben: die Erhöhung der Milchquoten, die zu einem größeren Wachstum in jenen Ländern führen, in denen derzeit noch ein Defizit besteht, aber auch in jenen Ländern, in denen die nationale Quote bereits überschritten ist, sowie die Ausdehnung der gekoppelten Hilfe für den Tabakanbau bis zum Jahr 2012.

In Bezug auf den letztgenannten Punkt sind starke Widerstände gegen eine Überprüfung der Vereinbarung von 2004 zu verzeichnen. Das ist darauf zurückzuführen, dass eine große Gruppe von Ländern es aufgrund der Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung für moralisch inakzeptabel erachtet, Tabak zu subventionieren. In diesem Zusammenhang möchte ich aber hervorheben, dass die Produktion von Rohtabak in Europa nicht mehr als 4 % der gesamten Weltproduktion ausmacht und dass die Europäische Union der weltweit führende Importeur von Rohtabak aus Nicht-EU-Ländern ist, wodurch sie 70 % ihres Eigenbedarfs deckt.

Deshalb bin ich der Meinung, dass wir verpflichtet sind, eine gerechte Lösung zu finden, um weitere Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung sowie einen völligen Niedergang des Tabakanbaus zu vermeiden.

**Andrzej Tomasz Zapalowski (UEN).** – (PL) Herr Präsident! Eine der wichtigsten Aufgaben, mit denen die gemeinsame Agrarpolitik konfrontiert ist und bleiben wird, besteht darin, die landwirtschaftliche Selbstversorgung der einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sicherzustellen. Wenn ich die Schlussfolgerungen der Überprüfung durchlese, erkenne ich, dass die vorgeschlagenen Veränderungen die meisten der Mechanismen enthalten, mit denen die Situation auf dem Gebiet der Produktion auf den einzelnen Märkten verbessert werden soll. Das ist positiv. Dennoch bin ich besorgt darüber, wie wenig Einigkeit in Bezug auf eine allgemeine Korrektur der Methode besteht, die Subventionen für alle Mitgliedstaaten der EU

auf das gleiche Niveau zu bringen, was einen gesunden Wettbewerb innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft ermöglichen würde.

Tatsächlich hat diese Überprüfung die Tatsache bestätigt, dass die sogenannten alten Mitgliedstaaten gegenüber den nationalen Landwirtschaften der neuen Mitgliedstaaten noch immer eine protektionistische Attitüde pflegen. Die Tatsache, dass ich nicht der erste Redner bin, der auf diesen Punkt hinweist, belegt die Ernsthaftigkeit dieses Problems und seiner andauernden Negierung durch die Kommission. Sehr wichtig ist, dass das Parlament auch die Ungerechtigkeit der ursprünglichen Zuweisung von Milchquoten bemerkt hat. Es ist gut, dass wir nun – wenngleich auch zaghaft – versuchen, dieses Problem zu lösen.

**Marie-Hélène Aubert (Verts/ALE).** – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Barnier! In den vergangenen drei Tagen fanden die Europäischen Entwicklungstage statt. Dabei wurde häufig auch darauf verwiesen, dass die Lebensmittelkrise die ärmsten Länder besonders schwer trifft. Alle Redner haben betont, dass die Entwicklungsländer in erster Linie ihre eigene Landwirtschaft weiterentwickeln müssen, indem sie ihr Land und seine natürlichen Ressourcen optimal nutzen.

Übrigens höre ich noch die lyrischen Gesänge derjenigen, die gestern und heute wieder eine Reduzierung der staatlichen Eingriffe und der öffentlichen Ausgaben verlangten, eine schrankenlose Liberalisierung und Privatisierung, und die die Landwirtschaft als eine fast prähistorische Aktivität geißelten. Die nun vorgenommene Kehrtwende zugunsten gewaltiger öffentlicher Investitionen in landwirtschaftliche Produktion und Ernährungssouveränität erscheint mir gleichermaßen lachhaft und skandalös.

Die Zukunft der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern ist direkt mit unserer heutigen Debatte verbunden. Leider habe ich nicht das Gefühl, dass dieser „Gesundheitscheck“ der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), der bereits vor den ersten Hungerrevolten und dem Höhepunkt der desaströsen Störung der Märkte begonnen hatte, die Situation der Landwirtschaft im Süden berücksichtigt. Darüber hinaus ist nicht zu erkennen, dass aus den aktuellen schweren Krisen, mit denen wir nun auf ökologischem, sozialem, wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet konfrontiert sind, umfassende Schlussfolgerungen gezogen wurden.

Ich bedauere deshalb sehr, dass die starke Beziehung zwischen der Landwirtschaft im Norden und im Süden sowohl in den Vorschlägen der Kommission als auch im Bericht des Parlaments eine so geringe Aufmerksamkeit erfährt. Die Gefährdung der versprochenen 1 Milliarde Euro zeigt, dass noch ein langer Weg zurückzulegen ist.

**Sylwester Chruszcz (NI).** – (PL) Herr Präsident! Die polnischen Landwirte und die Landwirte aus anderen mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern wurden als Bürger zweiter Klasse behandelt, und das gilt *unter anderem* auch für Subventionen und Milchquoten. Wir erkennen nun eine zunehmende Tendenz, diese diskriminierende Ungleichbehandlung auch über das Jahr 2013 hinaus beizubehalten. Bitte denken Sie daran, dass ein Großteil der Landwirtschaftsbetriebe im östlichen Teil der EU Familienbetriebe sind. Diese Familien sind von den Entscheidungen abhängig, die in Brüssel und Straßburg getroffen werden. Auch diese Landwirte haben für den Beitritt zur EU gestimmt. Schließlich wurde ihnen Gleichbehandlung ab dem Jahr 2013 versprochen. Sollten wir ihnen sagen, dass sie betrogen wurden?

Ich appelliere an meine Kollegen, dafür zu sorgen, dass unsere gemeinsame Agrarpolitik nicht nur dem Namen nach eine gemeinsame ist. Momente des Ausdrucks nobler Gefühle sind von Maßnahmen begleitet, die der polnischen und europäischen Landwirtschaft schaden könnten, und dem können wir nicht zustimmen.

Landwirte, die der Gewerkschaft „Solidarität“ angehören, protestieren heute in Brüssel. Sie möchten die Aufmerksamkeit der EU-Behörden auf die schwierige Situation der Milch- und Getreideproduzenten lenken. Ich unterstütze sie und bin der Meinung, dass die Proteste in Brüssel der beste Beleg dafür sind, dass mit der Landwirtschaft nicht alles zum Besten steht. Die Ungleichbehandlung von alten und neuen Mitgliedstaaten muss endlich aufhören.

**Esther Herranz García (PPE-DE).** – (ES) Herr Präsident! Die übergroße Mehrheit der Landwirte und Viehzüchter wartet auf die Entscheidungen und Vereinbarungen, die der Rat für Landwirtschaft und Fischerei auf der Grundlage dieses „Gesundheitschecks“ der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zwischen heute und Donnerstag treffen wird. Ihr Warten liegt darin begründet, dass es sich nicht um eine einfache Überprüfung handelt, sondern um eine Maßnahme, die zu grundlegenden Veränderungen führen wird, beispielsweise zum Verschwinden vieler Betriebe, wenn die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Einschnitte bei den Direkthilfen fortgesetzt werden.

Modulation ist der zentrale Punkt dieses parlamentarischen Berichts und könnte nach Meinung des Parlaments eines der wenigen Elemente sein, die gewisse Auswirkungen auf die von den EU-Agrarministern geführten Verhandlungen haben.

Seit Jahren treten wir gegen eine Verstärkung einer Entwicklung ein, die wir euphemistisch als „Modulation“ bezeichnen. Wenn nämlich die Politik im Bereich der ländlichen Entwicklung nicht über ausreichend Mittel verfügt, ist dies nicht auf einen Mangel an Ressourcen im GAP-Haushalt zurückzuführen, sondern auf das völlige Fehlen des politischen Willens, für diese wichtige Säule einen adäquaten Gemeinschaftshaushalt bereitzustellen.

Möchten wir die Märkte liberalisieren? Selbstverständlich, aber nur, wenn für alle Produzenten die gleichen Anforderungen und Bedingungen gelten, und zwar sowohl innerhalb als auch außerhalb der Union.

Derzeit spielt die Europäische Union mit der Zukunft vieler Landwirte und Viehzüchter. Besonders erwähnen möchte ich solche fragilen Sektoren wie die Schaf- und Rinderhaltung sowie den Tabakanbau, deren Überleben in vielen produzierenden Bereichen von den Ergebnissen dieses „Gesundheitschecks“ abhängt.

Einige Produzenten, beispielsweise Schafzüchter, verlangen keine Beihilfen. Sie möchten lediglich, dass ihnen gestattet wird, sich in Würde vom Markt zurückzuziehen. Sie haben ihre Schuldigkeit getan, und die einzige Überlebenschance besteht darin, die Produktionsvolumina zu verringern. Viele Produzenten sehen den einzigen Ausweg in der Einstellung der Produktion. Ihren Platz werden zweifellos Importe aus Drittstaaten einnehmen, denn die Verbraucher werden das Konsumieren nicht einstellen und die rasante Zunahme der Anzahl der Verbraucher weltweit wird auch nicht enden.

Das Parlament sollte eine vorsichtige Stellungnahme abgeben, die der Rat beherzigen muss. Dem Vorsitzenden des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Herrn Parish, muss ich für die Schritte danken, die er unternommen hat, um sicherzustellen, dass das Parlament Gehör findet und nicht auch weiterhin vom Rat und von der Kommission so unverhohlen ignoriert wird.

**Csaba Sándor Tabajdi (PSE).** – (FR) Herr Barnier, Frau Fischer Boel! Ich hoffe, dass der exzellente Bericht von Herrn Capoulas Santos eine solide Basis für einen Kompromiss im Rat während der französischen Präsidentschaft bilden kann, und hoffe, dass das Europäische Parlament und der Rat die Kommission zähmen werden.

Das würde bedeuten, wie ich bereits schon einmal Saint-Exupéry zitiert habe, dass der kleine Prinz den Fuchs gezähmt hätte. Ich hoffe, dass wir dabei morgen erfolgreich sein werden. Eine vollständige Abschaffung des Interventionsmechanismus wäre für Europa und die Ernährungssicherheit in Europa extrem gefährlich.

Eine Bestrafung großer Landwirtschaftsbetriebe würde die europäische Wettbewerbsfähigkeit extrem schwächen. Im Falle der Viehzucht kommt es darauf an, jene Landwirte zu unterstützen, die kein Land besitzen.

**Anne Laperrouze (ALDE).** – (FR) Herr Präsident! Am Anfang dieses Jahrzehnts haben wir die finanziellen Rahmenbedingungen für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bis 2013 geschaffen. Die Landwirte haben aufgrund dieser Zahlen ihre Investitionen vorgenommen. Nun ist die Hälfte dieses Zeitraums vergangen, und wir entscheiden nun, die Zahlungen zu kürzen, die die Landwirte berechtigterweise erwarten? Das ist unfair.

Ich bin gegen die Modulation, wie sie von der Europäischen Kommission oder im Bericht von Herrn Capoulas Santos empfohlen wurde. Mit der GAP wird die Absicht verfolgt, die Landwirtschaft unterstützen und ihr eine Struktur zu geben. Im Bereich der Schafhaltung sehen wir nun exemplarisch, dass die Bestände zurückgehen und Schafimporte aus Drittstaaten zunehmen. Viehbauern brauchen eine GAP, die sie unterstützt. Benötigt werden Mutterschafprämien sowie Umweltboni für die Hege von Weiden. Außerdem müssen nationale Reserven angelegt werden, um verheerende Tierseuchen bekämpfen zu können, insbesondere die Blauzungenkrankheit.

Herr Minister, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren – die Landwirte zählen auf uns!

**Liam Aylward (UEN).** - Herr Präsident! Ich bin sicher, dass die Kommissarin und der amtierende Präsident des Rates von mir erwarten, dass ich dazu aufrufe, die wichtigsten Empfehlungen des Schafberichts umzusetzen, der in diesem Parlament mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde.



Was die Modulation betrifft, bin ich gegen eine Zahl von 13 % bis 2012. Ich bin der Meinung, dass diese Zahl nicht verpflichtend sein und jeder Mitgliedstaat die Flexibilität haben sollte, selbst eine Entscheidung zu treffen. Was die Milchquoten betrifft, sähe ich gern einen Anstieg um 2 % und nicht nur um die vorgeschlagenen 1 %. Ländern, die Kapazitäten zur Milchproduktion haben, sollte auch gestattet werden, sie zu nutzen, sodass eine „weiche Landung“ im Jahr 2015 gewährleistet ist.

Am wichtigsten aber ist Folgendes: Bei der letzten GAP-Reform haben wir Vereinfachung versprochen, und wenn es etwas gibt, was Landwirte zum Wahnsinn treibt, dann ist es die Bürokratie. Mittlerweile gibt es mehr Beamte, die die Kommission, die Ministerien für Landwirtschaft der Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden vertreten, um die Landwirte zu kontrollieren, als Polizisten auf der Straße sind, um die Kriminalität zu bekämpfen. Diese Situation ist absurd. Den Landwirten sollte besser gestattet werden, ihrer Arbeit nachzugehen und die erforderlichen Nahrungsmittel zu produzieren, die für eine immer stärker wachsende Bevölkerung benötigt werden.

Lassen Sie es mich aus meiner ganz persönlichen Sicht sagen: In meinem Land wird es kein Lissabon II geben, solange diese Frage nicht gelöst ist.

**Véronique Mathieu (PPE-DE).** – (FR) Herr Präsident! Der Bericht, über den wir morgen abstimmen werden, bildet den Abschluss einjähriger Arbeiten und Verhandlungen, die der Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik und unserer Landwirte dienen sollten. Am 20. November vergangenen Jahres übergab uns Frau Fischer Boel ihre Vorschläge zum „Gesundheitscheck“.

Nun, nach dem Fortschrittsbericht von Lutz Goepel, liegt uns der Capoulas-Santos-Bericht zum Vorschlag der Kommission vor. Beiden Kollegen sei zu ihrer hervorragenden Arbeit gratuliert. Dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments ist es gelungen, auch angesichts der anfänglichen Vorschläge der Kommission, die als zu liberal empfunden wurden, bei seiner konsequenten Haltung zu bleiben.

In Bezug auf den Milchsektor, insbesondere aber auf die Maßnahmen, die der Abschaffung der Quoten vorausgehen, sollte ich jedoch wachsam bleiben. Dabei denke ich insbesondere an die Milchproduzenten in den Bergen, die bei dieser Reform nicht stiefmütterlich behandelt werden dürfen. Wir müssen dafür sorgen, dass auch sie Berücksichtigung finden, denn sie brauchen mehr Unterstützung als ihre anderen Kollegen.

Ich möchte keine Kassandrarufer ausstoßen, doch können wir uns eine französische Milchwirtschaft vorstellen, die auf eine einzige Region konzentriert ist? Deshalb begrüße ich von ganzem Herzen den Vorschlag zur Bildung eines Milchfonds sowie den Vorschlag, ab dem Jahr 2010 regelmäßig einzuschätzen, ob auf der Grundlage der Markttrends die Milchquoten erhöht werden sollten.

Die Berechnung einer progressiven Modulation durch den Landwirtschaftsausschuss ist meines Erachtens gerecht und würde uns in die Lage versetzen, die Entwicklung der Regionen und des ländlichen Raums zu intensivieren, gleichzeitig aber auch die biologische Vielfalt nachhaltig zu bewahren.

Ich begrüße auch die Klarstellung der Auflagenbindung, deren Umsetzung bisher den Landwirten echtes Kopfzerbrechen bereitete.

Darüber hinaus hoffe ich, dass wir den „Tabakfonds“ behalten werden, denn er ermöglicht uns die Erhaltung kleiner Landwirtschaftsbetriebe in Europa sowie einer erheblichen Anzahl von Arbeitsplätzen in einer Region, in der keine andere Landwirtschaft möglich ist. Darüber hinaus können wir auf diese Weise den Import von Produkten vermeiden.

Abschließend möchte ich Ihnen gegenüber, Herr Barnier, zum Ausdruck bringen, wie sehr wir Ihr Engagement in diesen Verhandlungen zu schätzen wissen. Sie haben dabei viel Geduld und Entschlossenheit gezeigt und keinesfalls überstürzt gehandelt. Die Zusammenarbeit mit Ihnen war ein wirkliches Vergnügen, und Ihre Arbeit ist von unschätzbarem Wert. Ich weiß, dass wir auf Sie zählen können.

**Lily Jacobs (PSE).** – (NL) Herr Präsident! In den Sechzigerjahren hat Sicco Mansholt, ein prominentes Mitglied meiner Partei in den Niederlanden, die europäische Agrarpolitik begründet, worauf wir stolz sind. Er wollte sicherstellen, dass für alle Europäer ausreichend sichere Nahrungsmittel zur Verfügung stehen und die Landwirte ein angemessenes Einkommen erhalten. Diese Ideale halte auch ich hier aus vollster Überzeugung hoch. Allerdings hat sich in den letzten 50 Jahren viel verändert. Zu verzeichnen sind ein rasanter Anstieg der Weltbevölkerung, Klimawandel, Globalisierung, unfairer Handel und Spekulation mit den Lebensmittelpreisen, wofür die jüngste Lebensmittelkrise ein typisches Beispiel war.

Hauptgegenstand der Diskussion über den „Gesundheitscheck“ sind die Ressourcen und Instrumente sowie vernünftige Ausnahmebestimmungen. Ich bedaure sehr, dass in der verbleibenden Zeit bis 2013 das große Ganze in den Hintergrund tritt. Es ist Zeit für eine intelligente Überarbeitung unserer Agrarpolitik. Dabei sollten wir im Sinne der Ideale von Mansholt handeln, aber auch veraltete Punkte, wie beispielsweise Export- und Produktsubventionen, streichen. Angesichts der Herausforderungen, mit denen wir heute konfrontiert sind, ist es höchste Zeit für einen fairen Handel und eine stärkere Aufmerksamkeit für nachhaltige, gesunde und innovative Lösungen. Das schulden wir dem Rest der Welt, unseren zukünftigen Generationen und den europäischen Steuerzahlern.

**Kyösti Virrankoski (ALDE).** - (FI) Herr Präsident! Gemäß dem Vertrag bestehen die Ziele der Landwirtschaftspolitik darin, die Landwirtschaft weiterzuentwickeln, das Einkommensniveau der Landwirte und angemessene Verbraucherpreise zu sichern, die Märkte zu stabilisieren und die Versorgung der Bevölkerung zu garantieren.

Der „Gesundheitscheck“ der Landwirtschaft widerspricht vor allem dem ersten Ziel, und deshalb müsste der Vertrag verändert werden. Die Kürzung der Beihilfen für Landwirte käme einem Bruch früherer Versprechen gleich. Die Verbraucherpreise könnten steigen. Eine Einschränkung von Interventionskäufen und die Abschaffung der Milchquoten würden die Marktschwankungen verstärken. Im letzten Jahr haben wir mehr als 500 Millionen Euro für Milchexportsubventionen ausgegeben. Durch eine Entkopplung der Beihilfen von der Produktion würde die Produktion sinken, während ihre Akzeptanz noch unsicherer würde.

Dem „Gesundheitscheck“ mangelt es in erster Linie an Solidarität. Der Vorschlag der Kommission widerspiegelt in keiner Weise das Prinzip, gemäß dem die Menschen auch in jenen Gebieten, in denen die natürlichen Bedingungen am ungünstigsten sind, in der Lage sein sollten, einer nachhaltigen Landwirtschaft nachzugehen, selbst wenn der Europäische Rat dieses Prinzip dreimal bestätigt hat. Der bäuerliche Familienbetrieb ist im Vergleich zu den multinationalen Lebensmittelgiganten und den globalen Marktkräften ein zu schwacher Verhandlungspartner. Deshalb brauchen wir eine Agrarpolitik.

**Sergio Berlato (UEN).** - (IT) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Unser primäres Ziel besteht darin, sicherzustellen, dass Europa auch nach 2013 noch eine gemeinsame Agrarpolitik verfolgt. Wir erachten dies für einen grundlegenden Aspekt, nicht nur zum Schutz der Landwirtschaft und des sozioökonomischen Gefüges in unseren Mitgliedstaaten, sondern auch, weil es am Beginn des dritten Jahrtausends strategisch wichtiger denn je ist, die Ernährungssicherheit Europas zu garantieren.

Frau Kommissarin, wir möchten die Tatsache hervorheben, dass wir auch weiterhin bei Bedarf die Politik der Unterstützung für jede einzelne gemeinsame Marktorganisation (GMO) umsetzen sollten. Folgende Punkte sind uns besonders wichtig:

a) Im Tabaksektor muss die Entkopplung der Beihilfen die Möglichkeit bieten, bis 2013 teilweise gekoppelte Beihilfen aufrechtzuerhalten, damit es nicht zu einer vollständigen Einstellung der Produktion kommt, denn das würde ganze Branchen gefährden sowie zu Arbeitslosigkeit und vielfältigen ökonomischen und ökologischen Problemen in besonders benachteiligten Regionen führen. Ich möchte die Kommissarin und den Präsidenten daran erinnern, dass das Europäische Parlament bereits mit großer Mehrheit seine Unterstützung in dieser Frage zum Ausdruck gebracht hat.

b) Im Milchsektor wäre es zur kurzfristigen Wiederherstellung des Marktgleichgewichts und zur Gewährleistung einer langfristig „weichen Landung“ aus dem Quotensystem ratsam, in den Zeiträumen 2009–2010 und 2014–2015 die Quoten in jedem Vermarktungsjahr um 2 % zu erhöhen.

**Sebastiano Sanzarello (PPE-DE).** - (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich möchte dem Berichterstatter, Herrn Capoulas Santos, und Herrn Goepel für ihre hervorragende Arbeit danken.

Wir debattieren über eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die in den späten Neunzigerjahren verabschiedet wurde, ihre eigentliche Geburtsstunde aber im Jahre 2003, in einer globalisierten Welt erlebte, die von Produktionsüberschüssen gekennzeichnet war und in der wir das Lied von den übermäßigen Beihilfen für die Landwirtschaft sangen. Wir haben in das System der Gewährung von Beihilfen Instrumente wie Entkopplung, Modulation, Konditionalität sowie ein Übermaß an Bürokratie eingeführt und auf diese Weise innerhalb weniger Jahre eine Entwicklung erreicht, die absehbar war, wie Herr Barnier sagte. Diese absehbare Entwicklung sah wie folgt aus: Wir bekamen ein Produktionsdefizit, wir hatten ein Versorgungsproblem, insbesondere bei Getreide, wir gelangten mit der Fleischproduktion in Europa ins Defizit und müssen feststellen, dass eine unvorstellbare Anzahl von Arbeitsplätzen verloren gegangen ist.

Deshalb bin ich der Meinung, dass die Haltung, die die Kommission in Veränderung der Position aus dem Jahr 2003 eingenommen hat, in den nächsten Tagen ebenso enden sollte wie die französische Präsidentschaft und dass wir die in diesen Fragen übernommene Position ebenso prüfen sollten wie unsere Haltung zur Modulation, die übertrieben zu sein scheint. Wenn wir den Produzenten Ressourcen wegnehmen, die wir dann auf die zweite Säule übertragen, nehmen wir von denen Ressourcen weg, die in die Landwirtschaft investieren und tagtäglich in dieser Branche arbeiten. Wir nehmen die Ressourcen von jenen weg, die wir auffordern, das Land und die Gesundheit der Nahrungsmittel zu respektieren, die wir auffordern, die Grundsätze des Arbeitsschutzes einzuhalten, von denen wir die Einhaltung des Tierschutzes verlangen, von denen wir einen hohen Nährwert und eine hohe Sicherheit unserer Nahrung erwarten. Wir verwehren ihnen in einer zunehmend von Wettbewerb und Globalisierung geprägten Welt unsere Unterstützung.

Wir müssen deshalb erneut nachdenken, insbesondere in Bezug auf die Milchquoten. Das gilt für Länder wie Italien, die bereits seit 20 Jahren unter einem dramatischen Produktionsdefizit leiden, obwohl sie eigentlich über ausreichend Potenzial verfügen. Die gekoppelten Beihilfen sollten beibehalten werden. Ich unterstütze das, was meine Kollegen in dieser Hinsicht zum Tabakanbau gesagt haben. 500 000 Familien in Europa leben von dieser Branche, und eine Streichung der gekoppelten Beihilfen würde sie zweifellos in die Armut treiben, und zwar – falls hierin das Problem liegt – ohne damit zu einer Verringerung der Anzahl der Raucher beizutragen.

**Vincenzo Lavarra (PSE).** - (IT) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, nunmehr den Beleg eines sehr positiven Mitentscheidungsverfahrens in der Landwirtschaft zu sehen, das durch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Rat, Kommission und Europäischem Parlament möglich wurde. Das ist ein gutes Omen, und ich bin sicher, dass Sie mir zustimmen werden, wenn ich Herrn Capoulas Santos zu seinem ausgewogenen Bericht zur Modulation, zu jungen Landwirten und zur Sicherheit am Arbeitsplatz sowie zu den neuen Herausforderungen gratuliere.

Wir durchleben eine schwierige Übergangszeit: Wir wissen, was „weiche Landung“ und Entkopplung sowie andere innovative Maßnahmen bedeuten. In dieser Übergangszeit müssten wir die Landwirte schützen, die mit der Streichung der Milchquoten konfrontiert sein werden. Gleiches gilt auch für benachteiligte Bereiche wie die Tabakbranche. Wir sollten aber auch die Gelegenheit dieser Veränderung nutzen, um ein grundlegendes Umdenken für die Zeit nach 2013 einzuleiten und auf diese Weise die Ziele und Aufgaben der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu aktualisieren und eine Debatte darüber anzustoßen, wie wir die Dichotomie zwischen der ersten und der zweiten Säule überwinden möchten.

**Mairead McGuinness (PPE-DE).** - Herr Präsident! Vielen Dank an den Rat, die Kommission und den Berichtersteller für die bisher geleistete harte Arbeit. Der einzig „Einfache“ in der gemeinsamen Agrarpolitik wurde bisher in dieser Debatte ignoriert: Der Haushalt ist festgelegt und geht zurück, doch die Forderungen, die wir an diese Politik stellen, nehmen zu. Dazu gehören beispielsweise die Berücksichtigung des Klimawandels, die Sicherung der biologischen Vielfalt und eine verantwortungsbewusste Wasserwirtschaft. Intelligente Wasserwirtschaft ist ein sehr guter Gedanke, doch die undichten Stellen müssen von lokalen Behörden geflickt werden. Was ist daran intelligent?

Gestatten Sie mir nun noch ein paar Worte zum Thema Milch. Was ist falsch daran, einen zweiprozentigen Anstieg der Quote vorzusehen und den Landwirten, die dazu in der Lage sind, zu vertrauen, dass sie diese zusätzliche Menge auch produzieren? Eine Verbindlichkeit besteht dabei nicht. Überlassen Sie die Entscheidung den Landwirten. In Bezug auf die Schafhaltung hat der Aylward-Bericht gewaltige Erwartungen geweckt, die wir in diesem Parlament unterstützen. Die betroffenen Landwirte dürfen nicht enttäuscht werden, wenn der Rat seine endgültigen Entscheidungen trifft.

Was die Modulation und Artikel 68 angeht, so sprechen wir davon, Mittel aus der Landwirtschaft für diese neuen Herausforderungen zur Verfügung zu stellen. Das kann so nicht getan werden, und wenn es doch getan wird, dann nur mit weniger Regeln und nicht mit mehr, wie es allerdings der Fall zu sein scheint.

Die größte Gefahr für die GAP und die europäischen Landwirte liegt in der Haushaltsüberprüfung, dem Erbe von Tony Blair an diese Institution, wo die Finanzierung der Landwirtschaft gefährdet ist. Auf die Bemerkung meines Kollegen Liam Aylward zum Lissabon-Vertrag kann ich sagen: Ja, die Inspektionen haben ein Problem verursacht. Ich vermute, dass die Landwirte in Irland nun den Lissabon-Vertrag *stärker* unterstützen, da sie fürchten, dass die Mitgliedstaaten eine stärkere Kontrolle über die Agrarpolitik erhalten. Sie kennen diese Gefahren von unserem Haushalt für 2009, als die irische Regierung die Unterstützung für die Landwirtschaft gekürzt hat: Sie trauen Europa mehr als ihrem eigenen Mitgliedstaat. Wir dürfen das nicht vergessen.

Das größte Problem für die Landwirte in ganz Europa besteht darin, dass die Einkünfte und Preise so volatil sind. Wir brauchen deshalb Maßnahmen zur Unterstützung des Marktes. Sie müssen flexibler und intelligenter sowie dann einsetzbar sein, wenn wir sie brauchen. Anderenfalls gehören bäuerliche Familienbetriebe bald der Vergangenheit an, und wir zerstören, was wir uns einst in Europa geschaffen haben: eine Versorgung mit sicheren Nahrungsmitteln von guter Qualität. Ich wünsche Ihnen viel Glück bei Ihren Beratungen.

**Bogdan Golik (PSE).** – (PL) Herr Präsident, Frau Kommissarin! Mein besonderer Dank gilt auch dem Berichterstatter, Herrn Luis Manuel Capoulas Santos, für die viele Arbeit, die er in den letzten Monaten geleistet hat, und für sein großes Geschick bei der Suche nach einer Kompromisslösung.

Die gemeinsame Agrarpolitik muss ihren gemeinschaftlichen Charakter behalten. Zu diesem Zweck muss sichergestellt werden, dass sich die gesamte Europäische Union zu gleichen Bedingungen dem Wettbewerb stellen kann. Zu den notwendigen Bedingungen zum Erreichen dieses Ziels gehört das Bemühen um einheitliche Subventionssätze in der gesamten Europäischen Union. Ich bin der Meinung, dass es 2013 zu solchen Sätzen kommen wird und dass niemand an Möglichkeiten denken möchte, diesen Termin noch weiter zu verschieben.

Da die Zeit knapp ist, möchte ich mich auf einen Aspekt beschränken. Auch für die neuen Mitgliedstaaten sind die Auflagen in Bezug auf den Umweltschutz, die Ernährungssicherheit und den Tierschutz in zunehmendem Maße anwendbar. Die Einhaltung dieser Auflagen ist mit gewaltigen Aufwendungen verbunden, und zwar innerhalb kurzer Zeit. Das ist für diese Staaten mit einer erheblich reduzierten Rentabilität der landwirtschaftlichen Produktion verbunden. Deshalb muss eine synchronisierte, uneingeschränkte Inkraftsetzung dieser Prinzipien verschoben werden, bis alle Zahlungen und Subventionen auf das gleiche Niveau angeglichen sind.

**Ioannis Gklavakis (PPE-DE).** – (EL) Herr Präsident, Frau Kommissarin! Ich möchte Herrn Capoulas Santos zu seinem sehr guten Bericht gratulieren und auch dem Koordinator und Schattenberichterstatter, Herrn Goepel, danken.

Ich möchte mich kurz zu drei Punkten äußern. Der wichtigste Punkt ist für uns der folgende: Das bestehende System der Tabakbeihilfen sollte bis 2013 beibehalten werden, und 50 % der Finanzierung sollten unter der ersten Säule verbleiben und nicht auf die zweite Säule übertragen werden. Denn das hielte ich für unfair und ungerecht. Warum? Weil Sie diese Bestimmung nur auf Tabak anwenden möchten. Zweitens glaube ich, dass dies katastrophale Auswirkungen für über eine halbe Million Familien, speziell in meinem Land, hätte, die zumeist arme, kleine Tabakbauern sind, die dann ihre Betriebe aufgeben und in die Großstädte ziehen müssten, was für die Umwelt und den ländlichen Raum extrem gefährlich wäre.

An dieser Stelle sollte ich noch etwas klarstellen. Wir alle sind gegen das Rauchen, dürfen jedoch zwei Dinge nicht verwechseln: Solange Menschen in Europa Zigaretten rauchen und die europäische Industrie Tabak braucht, ist es sinnvoller, ihn hier zu produzieren, als ihn zu importieren.

Zweitens ist es auch sinnvoll, das bestehende Anspruchssystem beizubehalten, insbesondere in Bezug auf spezielle Futtermittelrechte.

Drittens bin ich gegen minimale Schwellenwerte für die Gewährung von Direktbeihilfen, die von der Kommission vorgeschlagen wurden, wenn die Kommission sagt, dass jemand, der weniger als 250 Euro pro Jahr erhält oder weniger als 1 Hektar pro Jahr bewirtschaftet, keine finanziellen Mittel erhalten sollte. Um Himmels Willen – die Europäische Union möchte kleine und große Produzenten gleichermaßen unterstützen. Wir brauchen sie alle, doch vor allem brauchen wir kleine Landwirtschaftsbetriebe. Deshalb appelliere ich an Sie, diesen Entwurf zu überarbeiten, sodass die Beihilfen den Landwirten unabhängig von der Größe ihrer Betriebe zur Verfügung gestellt werden.

**Katerina Batzeli (PSE).** – (EL) Herr Präsident! Zunächst möchte ich Herrn Capoulas Santos zu seinem Bericht gratulieren. Herr Barnier, Frau Fischer Boel! Ungeachtet der Denkschulen, die illustrieren, dass jeder von Ihnen eine andere Herangehensweise an die gemeinsame Agrarpolitik und ihre Rolle bei der Entwicklung der Europäischen Union hat, haben wir das Unerreichbare erreicht. Anders ausgedrückt: Mit Ihrer Arbeit haben Sie bei Klein- und Großerzeugern einen Mangel an Vertrauen und Enttäuschung erzeugt. Mit anderen Worten: Mit der flächendeckenden Kürzung, mit den Vorschlägen nach weiteren Einschnitten in Bezug auf die Anspruchsberechtigungen haben wir in einer Zeit, in der die Produktionskosten gestiegen sind, sowohl die großen Betriebe im Milchbereich als auch die Kleinerzeuger in kleinen und Berggebieten enttäuscht.

Der von der Kommission unterbreitete skandalöse Vorschlag einer Kürzung der Subventionen für den Tabakanbau um 50 % ohne jede Rechtfertigung auf der Basis des Vertrags oder der horizontalen Strategien der gemeinsamen Agrarpolitik erzeugt kein Vertrauen. Charakteristisch ist auch der Ausschluss kleiner Landwirtschaftsbetriebe bis zu einer Fläche von 10 Hektar. Das bedeutet für Griechenland, dass die Inseln von Beihilfen ausgeschlossen bleiben.

Frau Kommissarin, ich kenne ihre Kommunikationspolitik und habe den größten Respekt vor Ihnen. Sie sprechen von einer „weichen Landung“. Wählen Sie Ihren Zielflughafen sorgfältig aus. Auch Guantanamo verfügt über einen Flughafen.

**Esther de Lange (PPE-DE).** - (NL) Herr Präsident! In der langen Debatte des heutigen Vormittags wurde schon viel gesagt. Glücklicherweise konnte ich der Kommissarin heute Morgen vor dem Beginn unserer Arbeit eine Portion Schulobst überlassen. Ich hoffe, dass wir dank dieses Snacks in der Lage sein werden, noch etwas länger über dieses wichtige Thema zu diskutieren.

Ich möchte jedoch die Aufmerksamkeit weg vom Schulobst und hin zur Milch lenken. Abgesehen von den Diskussionen über technische Instrumente ist es aber meines Erachtens unmöglich, den europäischen Bürgern zu erklären, dass wir 340 Millionen Euro Zusatzabgaben bezahlen, während wir alle fast 1 % unter der europäischen Quote bleiben. Diese mangelnde Logik muss unter allen Umständen im Rat zur Sprache gebracht werden.

Wie ich bereits gesagt habe, ist der Vorschlag der Kommission, die jährliche Quote um 1 % zu erhöhen, meines Erachtens sehr „mager“. Ich hoffe, dass dieser Vorschlag später im Ministerrat noch auf die „Halbfettstufe“ weiterentwickelt werden kann. Mit 1 % lassen wir in der EU, aber auch am Weltmarkt viele Möglichkeiten ungenutzt. Das Argument, das ich auch schon vor dieser Debatte gehört habe, nämlich, dass unser Quotensystem automatisch zu einem guten Preis führen würde, ist viel zu kurzsichtig. Das geht aus der Preisentwicklung seit 1984 eindeutig hervor. Es ist überflüssig, darauf hinzuweisen, dass Riesenbetriebe wie in den USA in unserer Region undenkbar sind. Wir müssen jedoch Sicherheitsnetze für sehr schlechte Jahre und für unvorhergesehene Umstände einziehen, beispielsweise Tierkrankheiten.

Allerdings möchte ich die Kommission auch nachdrücklich bitten, die Einkommensverteilung in der Lebensmittelkette zu untersuchen. Während Supermärkte derzeit Gewinnspannen von über 20 % und die Zwischenhändler Gewinnspannen von annähernd 10 % haben, arbeiten viele Primärerzeuger die Landwirte, ohne deren Arbeit es überhaupt keine Lebensmittel gäbe – derzeit mit Verlusten.

Dennoch möchte ich nochmals zum Kernthema zurückkehren. Wie ich gesagt habe, sprechen wir heute hier im wahrsten Sinne des Wortes über unser tägliches Brot. Deshalb sollte die Ernährungssicherheit der wichtigste Punkt in dieser Debatte sein. Das gilt auch für die Debatte über die Agrarpolitik für die Zeit nach 2013. Das Letzte, was wir brauchen, ist, dass wir in Bezug auf unser tägliches Brot ebenso abhängig von fernen Ländern werden wie in Bezug auf die Energieversorgung.

**Giovanna Corda (PSE).** – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Barnier, meine Damen und Herren! Unserem Kollegen, Herrn Capoulas Santos, bin ich für seine gewaltige Arbeit, aber auch für seine stets gute Laune – was auch einmal erwähnt werden sollte – sehr dankbar.

Die wichtigste Aufgabe der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bestand schon immer darin, jedem die Versorgung mit Lebensmitteln zu garantieren. Dieses Ziel ist heute noch mehr gerechtfertigt, denn die Krise, in der wir uns gegenwärtig befinden, macht sowohl die Verbraucher als auch die Landwirte anfällig. Wesentlich ist, den Verbrauchern den Zugang zu Lebensmitteln zu garantieren. Wesentlich ist aber auch, den Landwirten ein angemessenes Einkommen zu garantieren. Wir müssen deshalb junge Landwirte ermutigen und ihnen dabei helfen, eine eigene Existenz zu gründen und ihre Tätigkeit weiterzuentwickeln, denn sie werden zukünftig dazu beitragen, diesen Planeten zu ernähren.

Hervorheben möchte ich auch die Schwierigkeiten im Schaf- und Ziegen Sektor. Auch in dieser Hinsicht ist der Bericht von Herrn Capoulas Santos sehr ausgewogen. Wichtig ist, dass wir nicht nur die Fleischproduktion unterstützen, sondern auch die Milchproduktion – das ist ein Sektor, mit dem ich auf Sardinien sehr vertraut bin.

**Jean-Paul Denanot (PSE).** – (FR) Herr Präsident! Vielen Dank für die geleistete Arbeit und für die Schlussfolgerungen und Leitlinien, die der „Gesundheitscheck“ unserer Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) brachte. Auch Herrn Capoulas Santos gilt mein Dank für seinen Bericht.

Die Landwirtschaft ist in der Tat ein Wirtschaftssektor, der nicht allein auf Marktsignale reagieren kann. Dieser Wirtschaftssektor bestimmt nicht nur den Grad unserer Selbstversorgung mit Lebensmitteln, sondern, wie wir auch zu oft sehen, das Leben und die Beschäftigungsquote ganzer Regionen.

Eine Abschaffung von Marktinstrumenten wäre ein schwerer Schlag für unsere Landwirtschaft. Die Entkopplung beispielsweise bereitet der Viehzucht in bestimmten Gebieten echte Probleme. Das gilt insbesondere für Mutterkühe und Schafe, und ich bin sehr erfreut darüber, dass Frau Fischer Boel exakt dieses Thema nun angesprochen hat.

Darüber hinaus ist auch klar, dass ein starres Festhalten an historischen Bezügen eine mögliche Reform stark behindern würde. Ich glaube aber immer noch, dass das Anliegen der zweiten Säule der GAP wesentlich ist, da die ländlichen Gebiete auf Landwirtschaft angewiesen sind, um eine Entwicklung zu gewährleisten. Deshalb müssen wir dieses Anliegen der zweiten Säule bedenken, natürlich ohne die erste niederzureißen.

**María Isabel Salinas García (PSE).** - (ES) Herr Präsident! Zunächst möchte auch ich dem Berichterstatter, Herrn Capoulas Santos, zu seiner großartigen Arbeit gratulieren. Ich glaube, es handelt sich dabei um einen sehr ausgewogenen, moderaten Bericht.

In dieser Phase der Debatte ist es meines Erachtens wesentlich, dass wir an unsere Landwirte eine Botschaft der Stabilität aussenden. Die europäischen Landwirte brauchen mehr denn je Stabilität und Lösungen. Sie brauchen ausreichend lange Übergangszeiträume sowie die Fortführung spezifischer Maßnahmen für Sektoren, die sich in Schwierigkeiten befinden.

Frau Kommissarin, es ist ausgeschlossen, dass für alle Sektoren die gleichen Lösungen anzuwenden sind. Sie dürfen nicht vergessen, dass einige Sektoren mit echten Schwierigkeiten konfrontiert sind. Die gemeinsame Agrarpolitik darf nicht das Problem, sondern muss die Lösung sein, und dafür brauchen wir eine starke erste Säule.

Wir glauben an die ländliche Entwicklung, und wir vertrauen auf sie. Aber wir glauben nicht daran, dass die von der Kommission vorgeschlagene Modulation die richtige Antwort ist. Ländliche Entwicklung sollte nicht zum Nachteil der ersten Säule gestärkt werden. Wir stimmen zu, dass die Betriebsprämienregelung durch eine Veränderung der Marktinstrumente vereinfacht werden muss. Das bedeutet jedoch nicht, sie abzuschaffen.

Wenn wir in dieser Sache richtig handeln, legen wir die Grundlagen für eine gemeinsame Agrarpolitik weit über das Jahr 2013 hinaus. Handeln wir dagegen falsch, werden wir viele europäische Landwirte aus ihrem Beruf drängen.

**Alessandro Battilocchio (PSE).** - (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich begrüße die großen Anstrengungen, die Herr Capoulas Santos, unser Berichterstatter, unternommen hat, um sicherzustellen, dass die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) näher bei den Landwirten und den europäischen Bürgern bleibt, anstatt sich an den Erfordernissen des Marktes zu orientieren. Darüber hinaus ist es ihm gelungen, auf die vielen Probleme einzugehen, die entstehen, wenn so viele Herausforderungen zu bewältigen sind.

Deshalb ist es für die 27 Mitgliedstaaten wesentlich, dass sie auf diesem Sektor einheitlich agieren. Wichtig ist aber auch, die Marktunterstützung und die Steuerungsinstrumente für wichtige Produkte beizubehalten. Dabei denke ich beispielsweise an den Milchsektor, aber auch an die Beihilfen für den Tabakanbau. Wenn wir Letztere abschaffen, wird das mit Sicherheit nicht dazu beitragen, die Anzahl der Raucher zu verringern, sondern es würde zu einem Ende des Anbaus eines wichtigen europäischen Landwirtschaftsprodukts und zur Zerstörung des damit verbundenen sozialen Netzes führen.

Angesichts der extremen Vielfalt der Bedingungen für die Landwirtschaft in Europa müssen solche Instrumente jedoch immer berücksichtigt werden. Das aktuelle System der Milchquoten ist beispielsweise eine Reaktion auf Kriterien, die nun veraltet sind. Der im Kompromiss vorgeschlagene Anstieg um 1 % reicht nicht aus, um den einheimischen Bedarf der meisten Mitgliedstaaten zu decken. Wir brauchen deshalb ein flexibleres System, das jedem Mitgliedstaat die Option gibt, auf seine eigenen Bedürfnisse zu reagieren. Das würde auch die Wettbewerbsfähigkeit Europas in diesem Sektor auf dem internationalen Markt stärken.

**Avril Doyle (PPE-DE).** - Herr Präsident! Ich stimme Minister Barnier ausdrücklich zu, wenn er die Bedeutung der Nahrungsmittelsouveränität hervorhebt, und auch Kommissarin Fischer Boel, wenn sie über die Bedeutung des Klimawandels für die aktuelle Agenda der Landwirtschaft spricht. Könnten wir diese beiden Konzepte zusammenführen?

Erwartet wird, dass die weltweit zunehmende Nachfrage nach Milchprodukten – bis zum Jahr 2020 wird von einem Anstieg um 35 % ausgegangen – zu einer gewissen Intensivierung der irischen Milchproduktion führen wird. Das wird höchstwahrscheinlich auch Auswirkungen auf unsere Mutterkuhherden haben, wenn wir über eine Reduzierung unseres Rinderbestands nachdenken müssen, um die Klimaziele der EU im Rahmen des Vorschlags über die Verteilung der Anstrengungen erfüllen zu können. Das irische System der Lebensmittelproduktion gehört in Bezug auf die Emissionen je produzierter Lebensmitteleinheit zu den effizientesten weltweit. Falls Irland seinen Viehbestand verringert, werden alle Lücken am weltweiten Lebensmittelmarkt höchstwahrscheinlich von Ländern geschlossen, die weniger nachhaltige Landwirtschaftssysteme haben und deren Systeme einen weitaus höheren Emissionspegel erzeugen, was auf die geringere Effizienz ihres Herdenmanagements, auf das Altersprofil ihrer Herden oder auch auf das Abholzen von Wäldern zurückzuführen ist.

**Paulo Casaca (PSE).** – (PT) Herr Präsident, Frau Kommissarin Fischer Boel, Herr Barnier! Ein „Gesundheitscheck“ sollte dazu dienen, jene Aspekte zu korrigieren, die nicht völlig richtig sind. In der Gesetzgebung zur Landwirtschaft in Regionen in äußerster Randlage gibt es einen Missstand, und zwar die Regulierung der Zuckerproduktion in der Autonomen Region der Azoren.

Ich möchte Sie, Frau Kommissarin, und Sie, Herr Minister, sowie alle Abgeordneten nachdrücklich bitten, sich die von mir eingereichten Änderungsanträge anzusehen, um zu verstehen, was auf dem Spiel steht. Die Lösung dieses Problems ist simpel. Falls das Problem jedoch nicht gelöst wird, würde dies zu Arbeitslosigkeit und der Zerstörung eines Sektors führen, was extrem schwerwiegende Konsequenzen für die gesamte Autonome Region der Azoren hätte.

Ich möchte Sie deshalb nochmals drängen, diesem Problem ihre maximale Aufmerksamkeit zu widmen.

**Francesco Ferrari (ALDE).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, für die kürzlich entstandene Situation sollten wir uns sowohl bei der Kommissarin als auch bei den Berichterstattern bedanken. Dem Berichterstatter danke ich für die von ihm geleistete Arbeit, denn wenn wir über die Landwirtschaft diskutieren, diskutieren wir über Lebensmittel, und deshalb ist dieses Thema extrem heikel.

Ich möchte auf zwei wichtige Punkte eingehen. Der erste ist das Problem der Milchquoten. Ich begrüße den Konsens des Niveaus von 1 % – das auch auf 2 % erhöht werden könnte –, doch das größere Problem entsteht nach 2014. Dann werden (sofern wir keine „weichere Landung“ schaffen) all jene enorme Probleme bekommen, die in den letzten Jahren Investitionen vorgenommen haben, und Landwirtschaftsbetriebe, die in diesem Sektor arbeiten, werden enorme Verluste zu verzeichnen haben. Der andere Aspekt beziehungsweise das andere Problem betrifft die Kontrollen der Agrarpreise. Vor einem Jahr gab es ein Lebensmittelproblem im Zusammenhang mit Getreide. Inzwischen haben sich die Preise für Mais und Weizen im Vergleich zum Vorjahr halbiert, während die Verbraucherpreise für Teigwaren, Brot und Futter noch immer hoch sind. Möglicherweise handelt es sich hierbei um einen Planungsfehler, oder die Kontrollen waren nicht ausreichend ...

**Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk (UEN).** – (PL) Herr Präsident! Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik den einzelnen Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2013 und darüber hinaus Ausgabenbegrenzungen vorzuschreiben. Wenn wir diese Summe in Beträge pro Hektar landwirtschaftsfähigen Landes umrechnen, werden in der Höhe der Unterstützung gewaltige Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten deutlich: in Belgien beträgt sie ca. 490 Euro, in Dänemark 390 Euro, in Deutschland 340 Euro und in Frankreich 260 Euro, während sie in den neuen Mitgliedstaaten wesentlich geringer ist: In der Tschechischen Republik beträgt sie 210 Euro, in der Slowakei 200 Euro und in Polen nur 190 Euro.

In einer Situation, in der sich die Produktionskosten der alten und neuen Mitgliedstaaten schnell annähern, schlägt die Europäische Kommission eine Entkopplung der finanziellen Unterstützung von der Produktion vor. Eine Aufrechterhaltung dieser Unterschiede ist nicht nur nicht mehr zu rechtfertigen, sondern stellt auch eine Diskriminierung der Landwirte in den neuen Mitgliedstaaten dar. Falls sich die Position der Kommission und des Rates in dieser Frage nicht ändert, werden wir für immer zwei gemeinsame Agrarpolitiken haben: eine für die Reichen, die alten Mitgliedstaaten, und eine für die Ärmern, die neuen Mitgliedstaaten.

**Elisabeth Jeggle (PPE-DE).** – (DE) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Ratsminister! Ich möchte mich kurz fassen und darauf eingehen, dass wir eine Verantwortung haben zu allererst für 500 Millionen Verbraucher in dieser Europäischen Union und dann für die Landwirte in dieser Europäischen Union, die Nahrungsmittel für diese Verbraucher produzieren. Wir haben Verantwortung für die großen Betriebe und wir haben Verantwortung für die kleinen Betriebe. Wir haben Verantwortung für die Betriebe in den

benachteiligten Gebieten, in den Grünlandregionen, und hier besonders in allen Bereichen, die Milch und Fleisch angehen.

Frau Kommissarin, ich bedanke mich herzlich, dass Sie nun positiv über den Milchfonds nachdenken, den ich seit zwei Jahren, nämlich seit der Debatte des Mini-Milch-Paketes und der Abschaffung von Stützungsmaßnahmen in diesem Bereich gefordert habe. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit diesem Instrument helfen können, wenn wir das Geld nicht den anderen Landwirten zuerst wegnehmen, sondern wenn wir die freien Mittel, die wir durch die Abschaffung der Marktstützungsmaßnahmen bekommen, dazu benutzen.

**Marian Harkin (ALDE).** - Herr Präsident! In dieser Debatte müssen wir über die Sicherheit und Nachverfolgbarkeit von Lebensmitteln, insbesondere aber über die Ernährungssicherheit sprechen. Wir können diese Probleme nicht von unseren heutigen Diskussionen abkoppeln, und wir können nicht die Tatsache ignorieren, dass die Anzahl der Landwirte Jahr für Jahr erheblich sinkt.

Ein Anstieg der obligatorischen Modulation ist recht einfach: Sie nehmen einfach allen europäischen Landwirten etwas aus ihrer Brieftasche. Der Wert der Betriebsprämien ist aufgrund der Inflation und anderer Ursachen seit 2005 um ca. 15 % gesunken, und noch immer gibt es Pläne, sie noch weiter zu kürzen.

„Vereinfachung“ lautet offensichtlich das Modewort. Zumindest in Irland ist jedoch die Anzahl der Personen, die mit der Kontrolle der Landwirte zu tun haben, extrem angestiegen. In den letzten Wochen kreisten über den Hügeln der Region Connemara Hubschrauber, flankiert von 61 Inspektoren am Boden, die Schafe zählten. Connemara ist ein kleines Gebiet, in dem solche Bedingungen herrschen, dass der Preis eines Schafes nicht einmal die Investitionen des Landwirts deckt. In gewisser Weise erinnerte das Ganze eher an die Invasion in den Irak als an die helfende Hand Europas. Maßnahmen wie diese sind reine Verschwendung und vermitteln das Bild eines übermäßig bürokratischen Europas, das völlig unangemessen handelt.

**Astrid Lulling (PPE-DE).** – (DE) Herr Präsident! Ich bin zwar mit dem Kompromiss nicht glücklich, kann aber damit leben, weil der größte Schaden von unseren Bauern abgewendet werden könnte, wenn wir die Direktzahlungen nicht so kürzen, wie es die unheilvollen Vorschläge der Kommission vorsehen.

Wenn diese Gelder dann in den Milchfonds fließen, würde die Kürzung noch weniger wehtun. Leider habe ich heute Morgen gelesen, die Kommissarin sei schon wieder gegen den Milchfonds auf die Barrikaden gegangen. Wenn wir die Direktzahlungen nicht bis zu 10 000 Euro kürzen, so spielt das für die luxemburgischen Bauern keine Rolle, weil alle Vollerwerbstätigen darüber liegen. Priorität hat deshalb, dass am besten keine Kürzungen vorgenommen werden oder diese so niedrig wie möglich ausfallen. Ansonsten gibt es für hauptberufliche Bauern in Luxemburg keine Zukunft.

**Giovanni Robusti (UEN).** - (IT) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Meines Erachtens ist hier weder die Zeit noch der Ort, um eine substanzielle Debatte zu beginnen. Das Europäische Parlament darf nur seine Meinung äußern zu dem einzigen Thema, bei dem die EU die Macht über Leben und Tod hat und für das die Hälfte der Haushaltsmittel aufgewandt wird.

Ich bin der Meinung, dass der „Gesundheitscheck“ eine konservative Maßnahme ist. Die auch von der EU angestrebte Globalisierung wird von der Landwirtschaft bezahlt. Sie ist das Opfer des endlosen Strebens der EU nach der für sie eigentlich unerreichbaren Rolle des Vermittlers. Meine Rolle als Mitglied des Europäischen Parlaments zeigt jedoch den Mangel an Transparenz bei der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Im Jahr 2008 hat die Kommissarin die Verordnung Nr. 250 unterzeichnet, die jedoch von den Mitgliedstaaten ignoriert wird, und das wird sich auch noch nach dem 30. Juni 2009 so fortsetzen.

Ich denke, wir haben nur eine Möglichkeit: Wir müssen uns an die beauftragten Kontrollorgane wenden. Wir müssen jedoch daran denken, dass wir die Debatte zur Agrarpolitik stärker auf die Bürger ausrichten sollten. Wenn wir den richtigen Weg gehen möchten, sollten die Bürger informiert werden. Andernfalls werden wir auch weiterhin die Landwirtschaft gefährden, die bereits jetzt ein Opfer ihrer permanenten Isolierung ist.

**James Nicholson (PPE-DE).** - Herr Präsident! Ich möchte zunächst auf das Thema Milch zu sprechen kommen. Einen Anstieg um 2 % befürworte ich nicht. Ich unterstütze einen Anstieg um 1 %, da zwar schon viel über „weiche Landungen“ gesprochen wurde, ich jedoch nicht daran glaube. Die Welt verändert sich, noch während wir hier sitzen. Vor 12 Monaten gehörte die Milchindustrie zu den erfolgreichen Branchen unserer Volkswirtschaften. Inzwischen ist das anders, da die Weltmärkte sich verändert haben.



Ich möchte Ihnen, Frau Kommissarin, nicht verschweigen, dass ich über die Artikel 68 und 69 ein wenig besorgt bin. Ich glaube, das Wort „gemeinsam“ können Sie aus dem Begriff „Gemeinsame Agrarpolitik“ für immer streichen. In dieser Hinsicht würde ich sehr vorsichtig vorgehen, um sicherzustellen, dass wir nicht zu viel Verantwortung abgeben und Gelder einfach zurückfließen können, sodass die Mitgliedstaaten eigene, ungleiche Voraussetzungen schaffen können.

In Bezug auf die Modulation bin ich der Meinung, dass wir an einstelligen Zahlen festhalten sollten, doch wenn wir eine Modulation vorsehen, dann sollte sie obligatorisch sein. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass in ganz Europa alle Staaten gleichermaßen zu den Mitteln für die zweite Säule beitragen.

**Katerina Batzeli (PSE).** - (EL) Herr Präsident! Ich möchte einige Punkte ergänzen: Erstens brauchen wir im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eine stärkere erste Säule, sodass die Produzenten den aktuellen Bedürfnissen und Problemen des Marktes gerecht werden können. Zweitens schafft jede zusätzliche Differenzierung Unsicherheiten in Bezug auf das Einkommen der Produzenten. Drittens kann die Empfehlung neuer Stützmechanismen, beispielsweise des Fonds für Gegenseitigkeit und Produktionssicherheit, nicht mit zusätzlichen Ausgaben finanziert werden, und viertens eröffnet die Kofinanzierung der ersten Säule der GAP die Tür zu einer zukünftigen Kofinanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik.

**Colm Burke (PPE-DE).** - Herr Präsident! Ich möchte den Berichterstattern zu ihrer Arbeit am „Gesundheitscheck“ der GAP danken, denn es ist wichtig, die verstärkte Arbeit des Parlaments in diesem Prozess hervorzuheben. Ich möchte jedoch auch die Haltung des Rates und der Kommission in diesen Verhandlungen begrüßen. Nach meiner Auffassung ist das ein gutes Omen für künftige Verhandlungen, wenn das Parlament in Landwirtschaftsfragen zusammen mit dem Rat im Rahmen der Mitentscheidung voll eingebunden ist.

Ich stamme aus einer landwirtschaftlich geprägten Region in Irland. Es ist traurig zu sehen, dass sich in letzter Zeit die Landwirte aus verschiedenen Gründen häufig gegen das EU-Projekt gewandt haben. Einer dieser Gründe ist der wahrnehmbare Mangel an Transparenz bei den im Rat geführten Verhandlungen. Falls der Lissabon-Vertrag jedoch eines Tages in verabschiedet wird, wird das Parlament zentral eingebunden sein. Damit wird die Debatte zu Fragen im Zusammenhang mit der GAP offener und transparenter geführt werden, was zu einer größeren Legitimation dieser Politik bei den Landwirten führen wird.

Der weitere Weg Europas wird auch dadurch gekennzeichnet sein, dass das Parlament uneingeschränkt in den Prozess der Entscheidungsfindung einbezogen wird, und das wird schließlich nur durch die Mitentscheidung erreicht.

**Czesław Adam Siekierski (PPE-DE).** - (PL) Dies ist ein guter Bericht. Was fehlt, was muss verändert werden? Bei der Überprüfung der gemeinsamen Agrarpolitik wird die neue Situation, die weltweit, aber auch in Europa im Ergebnis der Lebensmittelkrise entstand, nicht ausreichend berücksichtigt. Zu viel ist passiert, als dass diese Krise nicht ausreichend berücksichtigt werden sollte.

Viele der in den Vorschlägen der Europäischen Kommission enthaltenen Themen werden den Erwartungen der neuen Mitgliedstaaten nicht gerecht, die ein faireres System der Direktsubventionen fordern. Ich bin davon überzeugt, dass ein Abgleich der Subventionshöhen zwischen den Mitgliedstaaten unvermeidlich ist. Frau Kommissarin, der Ministerrat wird von einer Demonstration von 8 000 Tabakbauern begleitet sein. Ich hoffe, dass ihre Forderungen erfüllt werden.

Zu anderen Themen: Erstens brauchen wir ein behutsames Herangehen an das Auslaufen des Milchquotensystems im Jahr 2015. Wir müssen einen Weg der Annäherung an diese Situation erarbeiten. Der Milchmarkt ist instabil und muss deshalb überwacht werden. Zweitens müssen wir die Instrumente der Marktintervention erhalten, beispielsweise durch das Lagern ...

*(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)*

**Michel Barnier, amtierender Präsident des Rates.** - (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und die Fragen, die Sie uns gestellt haben. Auf einige Punkte möchte ich nun nacheinander eingehen.

Erstens möchte ich etwas zur Modulation sagen, die von Herrn Goepel sowie gerade von Herrn Baco, Herrn Sanzarello und Frau Lulling erwähnt wurde. Die Frage des Modulationssatzes wird, das kann ich Ihnen versichern, ein Kernelement eines jeden Kompromisses sein. Den Wunsch des Parlaments nach einer Kompromisslösung habe ich zur Kenntnis genommen. Ergänzen möchte ich, dass eine zu gravierende progressive Modulation mit Sicherheit bei einigen Mitgliedstaaten Probleme erzeugen kann. Uns allen muss

jedoch auch bewusst sein, dass allein das Prinzip der progressiven Modulation einem allgemein bekannten sozialen Bedürfnis gerecht wird. Deshalb müssen wir gemeinsam mit Mariann Fischer Boel einen Kompromiss finden. In dieser Hinsicht bin ich der Auffassung, dass die von Ihrem Berichterstatter vorgeschlagene Position auch diesen Kompromiss beeinflussen wird. Was die Modulation betrifft, so ist die Kofinanzierungsrate einer zusätzlichen Modulation ein weiteres Element, das in das Paket eingebunden werden muss. Sie haben 100 % vorgeschlagen, was einem Verzicht auf nationale Kofinanzierung gleichkommt. Das ist sehr ehrgeizig, doch ich glaube, diesen Weg müssen wir gehen.

Nun möchte ich noch auf das Problem der neuen Herausforderungen eingehen. Die Position des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung verstehe ich voll und ganz. Damit wird eine *De-facto*-Unterstützung des Milchsektors als eine der neuen Herausforderungen betrachtet, deren Bewältigung durch Modulation zu finanzieren ist. Ich glaube, das ist eine der Baustellen, auf denen wir gemeinsam mit Mariann Fischer Boel arbeiten werden.

Eine weitere wichtige Frage, meine Damen und Herren, die weitreichend und sehr problematisch ist, wurde von Herrn Capoulas Santos in sehr kluger und besonnener Art und Weise angesprochen – eine Haltung, die soeben auch bei Herrn Goepel und Frau Mathieu sowie bei Herrn Le Foll deutlich wurde. Ich habe nur einige Namen erwähnt, doch viele von Ihnen könnten sich in dieser Angelegenheit, der Frage der Milchquoten, äußern. Es gibt zwei Probleme, die zu lösen sind: der Anstieg der Quoten und die Höhe dieses Anstiegs sowie Unterstützungsmaßnahmen.

Was den Anstieg der Quoten betrifft, habe ich festgestellt, dass während der Debatten im Parlament sehr unterschiedliche Positionen deutlich wurden. Um ehrlich zu sein, sieht das im Ministerrat genauso aus. Die von Ihnen empfohlene Lösung – 1 % jährlich zwischen 2009 und 2010 – sowie eine spätere Entscheidung auf der Grundlage eines Berichts zur Fortführung des Anstiegs ist ein vorsichtiger Ansatz, der auch den Wünschen unseres Berichterstatters, Herrn Capoulas Santos, entspricht. Gleichzeitig besteht das Problem der mittelfristigen Transparenz für landwirtschaftliche Betriebe wie auch für Unternehmen im Allgemeinen. Deshalb ist es notwendig, einen Kurs für die Zeit zwischen jetzt und 2015 zu entwickeln. Ich habe den Eindruck, dass der Vorschlag der Kommission ein Gleichgewicht finden möchte. Wir werden daran arbeiten, auch insbesondere an Unterstützungsmaßnahmen, da die Unterstützung problematischer Regionen einhellig befürwortet wird. Die empfohlene Lösung – eine Nutzung von Artikel 68 zur Umsetzung weiterer struktureller Maßnahmen – würde uns nach meiner Auffassung einige nützliche Instrumente zur Unterstützung dieses Sektors in die Hand geben. Was die potenzielle Wirkung der einzuführenden Finanzinstrumente betrifft, so bin ich der Auffassung, dass eine Diskussion mit dem Ziel geführt werden muss, eine für alle akzeptable Lösung zu finden. Ich denke dabei selbstverständlich an den „Milchfonds“.

Nun möchte ich, Herr Präsident, noch ein Wort zu den Instrumenten zur Marktregulierung sagen. Ich habe die Anträge zur Kenntnis genommen, die auf eine Beibehaltung der Instrumente zur Regulierung des Markts und deren Effektivität abzielen. Wie Sie glaube ich, dass ich in diesem neuen globalen Kontext, der vielfach angesprochen wurde, die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie, dieser Produktionssektor, dieser Zweig der Realwirtschaft, der Auswirkungen auf die Lebensmittelversorgung der Menschen hat, Interventionsmechanismen braucht, die bei einer ernsthaften Instabilität des Marktes einzusetzen sind. Aus dieser Perspektive sind Interventionen ein wichtiger Aspekt der Verhandlungen.

Viele Mitgliedstaaten und viele Mitglieder des Europäischen Parlaments möchten die ursprünglichen Vorschläge der Kommission verändern und erneut über darüber diskutieren. Wir werden auch einen Kompromiss suchen, der uns gestattet, ein wirkliches effektives Sicherheitsnetz zu behalten.

Gestatten Sie mir abschließend noch ein Wort zu Artikel 68. Hier im Parlament – wie auch im Rat – wurden viele Debatten geführt, und es wurde nachdrücklich die Forderung erhoben, die Möglichkeiten für eine Anwendung dieses Artikels zu erweitern, gleichzeitig aber seine Allgemeingültigkeit beizubehalten. Diese Forderung ist auf großes Interesse gestoßen. Eine Erweiterung der Möglichkeiten für eine Anwendung dieses Artikels würde möglicherweise – meines Erachtens mit Sicherheit – die Möglichkeiten für eine Unterstützung jener Produktionszweige verbessern, die – wie beispielsweise der bereits erwähnte Schafsektor – Unterstützung brauchen.

Auch in dieser Richtung arbeiten wir mit der Kommissarin zusammen, wie wir auch noch Lösungen zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen suchen. Insbesondere denke ich dabei auch an die von vielen Vertretern der neuen Mitgliedstaaten erhobene Forderung nach mehr Gerechtigkeit und Gleichheit.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe den vielen ausführlichen Reden aufmerksam und mit großem Interesse zugehört. Auf der Grundlage Ihrer Meinungsäußerung, die noch folgen wird, möchte ich

erneut dem Vorsitzenden, Herrn Parish, dem gesamten Ausschuss und dem Berichterstatter für die geleistete Arbeit danken. Meine Aufgabe ist es nun, einen dynamischen politischen Kompromiss zu gewährleisten, der es uns ermöglicht, die gemeinsame Agrarpolitik an den neuen globalen Kontext anzupassen, sie gleichzeitig aber auch zu sichern. Diese Aufgabe werden wir gemeinsam mit Mariann Fischer Boel und allen ihren Kollegen bewältigen, denen ich für den konstruktiven Geist, der zwischen uns in den letzten Monaten herrschte, danken möchte.

Gestatten Sie mir abschließend noch ein Wort zu einer soeben von Frau Aubert geäußerten Bemerkung, die das Problem der Ernährungsunsicherheit erwähnte. Der Präsidentschaft ist völlig bewusst, dass wir über die Fragen der gemeinsamen Agrarpolitik nicht so diskutieren können, als würden wir uns hier in Europa völlig abgeschottet in einer Festung befinden. Vor diesem Hintergrund haben wir am 3. Juli im Europäischen Parlament eine Konferenz mit dem Generaldirektor der Welthandelsorganisation, dem Generaldirektor der Weltbank, dem Generaldirektor der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft, vielen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Kommissar Louis Michel zu der Frage organisiert „Wer wird die Welt ernähren?“. Ähnlich war die Motivation für unseren Beschluss, am 28. November ein Arbeitstreffen zu organisieren, an dem erneut Louis Michel teilnehmen wird und bei dem es um die Verbindung zwischen Landwirtschaft und Entwicklung geht.

Wie die Präsidentschaft, so verfolge auch ich aufmerksam, was über die Landwirtschaft gesagt wird, um das landwirtschaftliche und regionale Ernährungsmodell der Europäischen Union zu sichern. Dieses Modell hat die gemeinsame Agrarpolitik über 50 Jahre hinweg unterstützt. Gleichzeitig müssen wir aber auch klar und empathisch im Blick behalten, was in anderen Teilen der Welt passiert.

**Mariann Fischer Boel, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident! Ich habe aufmerksam zugehört und glaube, dass der Rekord beim Catch-the-Eye-Verfahren deutlich belegt, dass das Interesse am Agrarsektor und den Folgen der zu treffenden Entscheidungen in diesem Parlament sehr groß ist.

Ich möchte nun auf einige der erwähnten Punkte näher eingehen. Erstens möchte ich hervorheben, dass Sie entweder etwas missverstanden oder etwas übersehen haben, wenn versuchen, mich davon zu überzeugen, dass Modulation bedeuten würde, den Landwirten Geld wegzunehmen. Das ist definitiv nicht der Fall. Wir brauchen Modulation, denn wir sind mit neuen Herausforderungen konfrontiert und müssen die Landwirte dabei unterstützen, Investitionen vorzunehmen, um diesen neuen Herausforderungen begegnen zu können. Also im Gegenteil, ich glaube, dass wir durch die Modulation die Höhe der dem Agrarsektor zur Verfügung gestellten Gelder tatsächlich erhöhen, weil es eine Kofinanzierung gibt. Darum geht es im Kern. Wenn Sie dann weiterhin sagen, wir würden den Landwirten Gelder wegnehmen, dann liegt bei all jenen, die dieses Argument gebrauchen, ein gewisses Missverständnis vor.

Die Milch scheint heute das große Problem darzustellen. Neil Parish sagte in seiner ersten Rede, dass in Ihrem Ausschuss 27 Mitgliedstaaten und demzufolge 27 Kunden vertreten sind. Wenn man allerdings die heutige Diskussion verfolgt hat, kann man zu dem Schluss kommen, es wären wesentlich mehr, denn es wurden die unterschiedlichsten Quoten gefordert, von einem Anstieg um 0 % bis zu einem Anstieg um 10 %. Präsidentschaft und Kommission müssen versuchen, die richtige Balance zu finden.

Denen, die über einen Milchfonds reden, möchte ich sagen, dass ich das für etwas seltsam erachte, denn ich erinnere mich noch gut an die Verhandlungen aus dem Jahr 2003, als wir die Milcherzeuger in ganz Europa entschädigt haben. Lassen Sie mich Deutschland als Beispiel anführen: Die deutschen Milchbauern wurden jährlich mit 1 Milliarden Euro entschädigt. Die entsprechenden Gelder wurden von den Milchbeihilfen in die Betriebsprämienregelung übertragen. Doch damals hat niemand von einem Milchfonds gesprochen. Allerdings wissen wir heute, dass der Milchsektor mit gewissen Schwierigkeiten konfrontiert ist, und deshalb haben wir die Aufzählung der neuen Herausforderungen um das Themenfeld „Milch“ ergänzt. Ich bin sicher, dass es uns gelingen wird, für die Milchproduzenten in jenen Gebieten, in denen es Schwierigkeiten gibt, ein sehr attraktives Paket zu erarbeiten.

Allerdings muss ich auch sagen, dass ich über den erheblichen Widerstand gegen eine Erhöhung der Milchquote ziemlich überrascht bin. Schließlich haben wir doch im vergangenen Jahr von den europäischen Milcherzeugern Zusatzabgaben in Höhe von 338 Millionen Euro erhoben. Das ist für mich definitiv nicht der Weg, den ich weiterverfolgen möchte. Ich möchte den Landwirten die Möglichkeit geben, auf die Märkte zu reagieren. Eine Erhöhung der Quoten stellt keine Verpflichtung zur Produktion dar. Es handelt sich dabei lediglich um eine Chance für diejenigen, die auf ihrem jeweiligen Binnenmarkt oder auf den externen Märkten stark sind. Vergessen Sie nicht, dass einige der Wettbewerbsstärksten jährlich 338 Millionen Euro bezahlen, um im Geschäft zu bleiben.

Was die Umverteilung betrifft, so gab es offensichtlich breite Übereinstimmung darüber, dass dieser „Gesundheitscheck“ keine neue Reform sein sollte und wir deshalb auf der Reform von 2003 aufbauen müssen. Ich glaube, sowohl die Präsidentschaft als auch die Kommission können einräumen, dass seitens der neuen Mitgliedstaaten ein starker Druck in Richtung einer stärkeren Angleichung der Zahlungen ausgeübt wird. Ich weiß, dass dieser Punkt in der Reform 2013 stark verteidigt wird. Wir hätten jetzt die Gelegenheit, im Rahmen des Kompromisses einige Lösungen für die neuen Mitgliedstaaten zu finden, und ich hoffe, dass Sie positiv überrascht sein werden.

Abschließend möchte ich noch zur erwähnten Problematik des Tabakanbaus sagen, dass ich von Herrn Gklavakis beeindruckt war. Er versucht immer, uns davon zu überzeugen, dass Tabak wichtig ist, und wir glauben, dass das auf seine Heimatregion auch zutrifft. Doch Tabak ist nicht Gegenstand des „Gesundheitschecks“. Die Tabakreform wurde im Jahr 2004 durchgeführt und von allen Ländern unterstützt, darunter auch von den tabakproduzierenden Mitgliedstaaten. Wie ich schon oft betont habe, werde ich die Tabakreform definitiv nicht neu aufschnüren. Doch ich bin offen dafür, allen Mitgliedstaaten und Regionen zu helfen, die Probleme haben. Schließlich stehen uns im Rahmen der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums viele Möglichkeiten zur Verfügung. Ich bin sicher, dass wir Lösungen finden können, welche die Konsequenzen der für die Tabakproduzenten bereits getroffenen Entscheidungen abmildern.

Ich muss mich kurzfassen. Deshalb lautet meine Schlussfolgerung zur heutigen Diskussion ganz klar, dass wir eine gemeinsame Agrarpolitik mehr als je zuvor brauchen. Ich stimme Frau McGuinness zu, dass eine Situation, in der Renationalisierung die einzige Antwort wäre, den europäischen Agrarsektor definitiv gefährden würde.

Lassen Sie uns unsere gemeinsame Agrarpolitik mit der Flexibilität weiterverfolgen, in der wir unsere verschiedenen Entscheidungen im Rahmen der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums getroffen haben. Doch wir brauchen eine gemeinsame europäische Agrarpolitik. Das wäre meine Schlussfolgerung aus der heutigen Debatte. Für Ihr Engagement möchte ich mich bei Ihnen allen bedanken.

#### **VORSITZ: ADAM BIELAN**

*Vizepräsident*

**Luis Manuel Capoulas Santos**, *Berichterstatter*. – (PT) Die lange Liste der Redner und die resolute und leidenschaftliche Art und Weise, in der sie ihren Gedanken Ausdruck verliehen haben, bestätigt erneut, wie viel dieses Thema dem Europäischen Parlament bedeutet und welche Bedeutung der Landwirtschaft, den Landwirten und dem ländlichen Leben in Europa beigemessen werden sollte.

In dieser Debatte gab es keine Überraschungen. Hauptsächlich wurden jene Positionen bestätigt, die bereits in den verschiedenen Debatten im Rahmen dieses langen Diskussionsprozesses, der über ein Jahr bzw. – im Falle meiner Fraktion – anderthalb Jahre andauerte, immer wieder vorgebracht wurden.

Ich glaube jedoch, dass dadurch auch klar gezeigt wurde, dass es zu den Positionen, die die Mitte repräsentieren, keine Alternativen gibt. Diese Positionen erlauben einen angemessenen Kompromiss, der von der Mehrheit akzeptiert werden kann.

Auch die Kommission und der Rat haben ihre Positionen bestätigt. Ich freue mich jedoch über die durchaus erkennbaren Zeichen von Flexibilität und Offenheit.

Deshalb vertraue ich, liebe Mariann und lieber Michel, auf Ihren politischen Realismus und den Geist des Kompromisses. Auf dieser Grundlage sollte es uns möglich sein, eine abschließende Lösung zu finden, die den Vorschlägen, die das Parlament euch gegenüber in diesen so wichtigen Fragen gemacht hat, sehr nahe kommt.

Am Vorabend der Übernahme wichtiger Mitentscheidungsbefugnisse durch das Europäische Parlament möchte ich die symbolische Bedeutung dieses Ansatzes nochmals hervorheben, weil ich hoffe, dass das Problem der Ratifizierung des Lissabon-Vertrags bald gelöst sein wird, denn Europa braucht den Lissabon-Vertrag.

Herr Barnier, wie ich wiederholt gesagt habe, nutzen wir die Mitentscheidung noch nicht, doch wir beginnen bereits, in ihrem Geiste zu handeln. Deshalb hoffe ich, dass die heute und morgen anstehenden schwierigen Verhandlungen sehr erfolgreich verlaufen werden. Ich bin sicher, dass wir in der Lage sein werden, eine einvernehmliche Lösung zu den Problemen der Landwirtschaft und der europäischen Landwirte zu finden, die genau verfolgen, was wir tun. Wir alle sind davon überzeugt, und das ist die beste Art und Weise, diese

Debatte zu beenden, dass Europa eine gemeinsame Agrarpolitik braucht, damit die europäische Landwirtschaft wettbewerbsfähig ist und ökologisch nachhaltig agieren kann.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Mittwoch, den 19. November 2008.

### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)**

**Gerard Batten (IND/DEM), schriftlich.** – Die gemeinsame Agrarpolitik zwingt die britischen Verbraucher dazu, von Landwirten aus Kontinentaleuropa angebotene Lebensmittel zu überhöhten Preisen zu kaufen anstatt zu weltmarktüblichen niedrigeren Preisen. Schätzungen gehen davon aus, dass aufgrund der GAP die Preise um mindestens 23 % über den am Weltmarkt üblichen Preisen liegen.

Darüber hinaus schätzen Ökonomen, dass dem Vereinigten Königreich für die GAP jährlich Kosten in Höhe von mindestens 1,2 % des BIP entstehen – das sind derzeit unglaubliche 16,8 Milliarden Pfund Sterling pro Jahr.

Ich vertrete viele Einwohner Londons, die täglich hart kämpfen müssen, um ihre Rechnungen bezahlen zu können. Sie sind mit immer höheren Steuern und immer höheren Preisen konfrontiert. Ihre Aufgabe ist es nicht, kontinentaleuropäischen Landwirten den Lebensunterhalt zu finanzieren. Wenn bestimmte Länder ihre Agrarindustrie subventionieren möchten, dann ist das ihre Angelegenheit. Das sollte dann jedoch auch von den Steuerzahlern dieser Länder finanziert werden.

Die gemeinsame Agrarpolitik wird von jenen bezahlt, die es sich am wenigsten leisten können: von Rentnern und Menschen mit geringem Einkommen, die für Lebensmittel einen proportional höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens aufwenden müssen. Die GAP ist nur einer der vielen Gründe dafür, dass Großbritannien die Europäische Union verlassen sollte.

**Constantin Dumitriu (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Ich freue mich, feststellen zu können, dass wir ein Jahr nach der Einleitung des Beratungsprozesses zur Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik an die tatsächlichen Bedürfnisse der Landwirte und Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte durch die Europäische Kommission zu bestimmten konkreten Vorschlägen einen Konsens erreicht haben.

Ich habe den Eindruck, dass der zu Artikel 68 erreichte Kompromiss angemessen ist. Das gilt insbesondere für den Anstieg der Obergrenze zur Bereitstellung der Mittel, die in den Mitgliedstaaten für neue strategische Maßnahmen zur Sicherung des Gemeinwohls benötigt werden, von 10 % auf 15 % sowie für die Einführung einer klaren Obergrenze für spezifische Beihilfen jeglicher Art.

Ich möchte nochmals auf das Problem des Termins für eine vollständige Anwendung des Cross-Compliance-Pakets im Falle von Rumänien und Bulgarien eingehen. Beide Länder werden die Obergrenze von 100 % Direktzahlungen am 1. Januar 2016 erreichen. Demzufolge ist es angemessen, in beiden Ländern dieses Datum auch als Termin für die vollständige Anwendung des Cross-Compliance-Pakets festzulegen. Mit Bestürzung nehme ich zur Kenntnis, dass der darauf abzielende Änderungsantrag, der von uns unterstützt wurde, nicht angenommen wurde. Angesichts der Bedeutung dieser Frage für die neuen Mitgliedstaaten bitte ich meine Abgeordnetenkollegen dringend, dies bei den folgenden Diskussionen zu berücksichtigen, sodass wir eine Lösung finden können, die beiden Staaten gerecht wird und der die Vertreter aller EU-Mitgliedstaaten zustimmen können.

**Béla Glattfelder (PPE-DE), schriftlich.** – (HU) Eine Bewertung der Situation ist nicht einfach mit einer Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gleichzusetzen. Tatsächlich sprechen wir über die Reform der GAP und eine erhebliche Reduzierung der Unterstützung der Landwirtschaft. Aus der Perspektive Ungarns und der ungarischen Landwirte ist das inakzeptabel.

Die bisherigen Reformen haben nichts anderes als eine Schädigung der ungarischen Landwirtschaft bewirkt.

In Ungarn hätte die Modulation sogar Auswirkungen auf kleinere 20-Hektar-Betriebe. Diese kleineren Landwirtschaftsbetriebe brauchen keine Reduzierung, sondern eine Erhöhung der Direktbeihilfen. Eine Einführung der Modulation in den neuen Mitgliedstaaten vor dem Jahr 2013 würde jedoch darüber hinaus auch dem Beitrittsvertrag widersprechen.

Im Interesse der Ernährungssicherheit brauchen wir auch weiterhin Unterstützung in Form von Produktionsbeihilfen und Marktvereinbarungen, darunter auch Interventionen auf dem Gebiet des Getreides. Wir erachten es für inakzeptabel, dass der Interventionspreis an den Preis am Hafen Rouen angebunden

werden soll, denn die durchschnittlichen Transportkosten sind bei weiteren Strecken und insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten niedriger. Das stellt eine klare Diskriminierung dar.

Wir sind gegen eine Erhöhung der Milchquote. Die im Frühjahr beschlossene Erhöhung der Milchquoten erwies sich als eine falsche Entscheidung, die in einigen Mitgliedstaaten zu fallenden Milchpreisen führte. Eine Erhöhung der Milchquote widerspricht besonders den ungarischen Interessen, denn wir schöpfen bereits jetzt die Milchquote bei Weitem nicht aus. Ein solcher Schritt würde verhindern, dass die ungarischen Erzeuger ihre Produktion steigern.

Der Beibehaltung der Unterstützung für die Tabakerzeuger stimmen wir zu. Mehrere Tausend Familien bestreiten ihren Lebensunterhalt durch den Tabakanbau, und zwar in den am meisten benachteiligten nordöstlichen Gebieten des Landes.

**Roselyne LeFrançois (PSE), schriftlich. – (FR)** Gestatten Sie mir zunächst, dass ich unserem Berichterstatter, Herrn Capoulas Santos, meine Anerkennung ausspreche. Er war permanent auf der Suche nach einem ausgewogenen und stabilen Kompromiss, der es dem Europäischen Parlament ermöglicht, angesichts eines nach seiner Meinung gespaltenen und unsicheren Rates mit einer Stimme zu sprechen.

Der „Gesundheitscheck“, über den wir heute abstimmen, bietet eine hervorragende Gelegenheit, um gründlich darüber nachzudenken, wie wir die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) von den unbefriedigenden Aspekten befreien können, die sie unterminieren, und um nach vorn auf die gewaltige Menge Arbeit zur Reformierung dieser Politik zu schauen, die nach 2013 geplant ist.

Die GAP muss zweifellos überarbeitet werden. Das gilt insbesondere in sozialer und ökologischer Hinsicht. Deshalb freut es mich, dass es uns gelungen ist, den Text der Europäischen Kommission in Richtung einer stärkeren sozialen Sensibilität zu verändern. Zu diesem Zweck haben wir insbesondere höhere Beihilfen für kleine Landwirtschaftsbetriebe sowie die Einführung der Faktoren „Arbeit“ und „Beschäftigung“ in die Regeln für die Zuweisung von Beihilfen aufgenommen. Ich bedaure jedoch, und das ist der einzige Vorbehalt, den ich an dieser Stelle erwähnen möchte, dass die wirtschaftlichen und sozialen Kriterien nicht in stärkerem Maße von ökologischen Aspekten begleitet sind, denn „Nachhaltigkeit“ muss das Markenzeichen unserer Agrarpolitik werden.

**Lasse Lehtinen (PSE), schriftlich. – (FI)** Herr Präsident! Es sollte mehr dafür getan werden, um sicherzustellen, dass die Landwirtschaftsbeihilfen so verteilt werden, dass die Landwirtschaft in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung gelenkt wird. Die bisherigen Beihilfen werden allgemein nur als ein Weg zur Aufbesserung der Einkünfte von Landwirten betrachtet.

Die Landwirtschaft in den baltischen Ländern ist der größte Meeresverschmutzer dieser Region. Wenn wir Agrarsubventionen bezahlen, führt dies zu einer Erhöhung der Emissionen in das Grundwasser und damit in die Ostsee.

Jeder Wirtschaftszweig, darunter auch die Landwirtschaft, muss sich in freiwilligen ökologischen Aktivitäten und Projekten engagieren. Nur dann kann die Landwirtschaft für die Zukunft ein eigenes Existenzrecht beanspruchen. Warum sollten die Steuerzahler eine berufliche Tätigkeit unterstützen, die der Umwelt schadet, wenn durch den Kauf von Importnahrungsmitteln die Umweltverschmutzung in andere Gebiete ausgelagert werden kann?

Sauberes Wasser ist inzwischen ein knappes Wirtschaftsgut. Es ist also vernünftig, dass Menschen für die Verunreinigung von Wasser bezahlen müssen und dass hierfür keine Gelder der öffentlichen Hand eingesetzt werden sollten.

Die Landwirtschaft muss die zahllosen verfügbaren Umweltschutzmaßnahmen ordnungsgemäß nutzen. Die Rückgewinnung von Phosphor und Stickstoff ist technisch möglich und wird bald auch finanziell lukrativ sein. Diese wertvollen natürlichen Ressourcen und Rohstoffe müssen recycelt werden, wie es auch für andere natürliche Ressourcen vorgeschrieben ist.

**Janusz Lewandowski (PPE-DE), schriftlich. – (PL)** Erwartungsgemäß bot der „Gesundheitscheck“ eine Möglichkeit, sich tiefergründiger mit den Prinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu beschäftigen, als dies in anderen Bereichen der allgemeinen und Haushaltspolitik der Europäischen Union möglich ist.

Die schon immer hart kritisierte Agrarpolitik beanspruchte einst den Großteil des Haushalts der Europäischen Union. Ende 2013 wird dieser Anteil bei einem Drittel liegen. Das wichtigste Argument der Kritiker ist das

Missverhältnis zwischen der Rolle, welche die Landwirtschaft für Wirtschaft und Beschäftigung spielt, und ihrem Anteil am EU-Haushalt. Das ist ein Missverständnis.

Die GAP als Ganzes ist Gemeinschaftspolitik, und ihr Anteil an den gesamten öffentlichen Aufwendungen der EU (sowohl auf nationaler als auch auf gemeinschaftlicher Ebene) liegt bei maximal 0,3 % des BIP. Darüber hinaus haben sich die internationalen Realitäten verändert, und die Hungerkatastrophe in den Entwicklungsländern muss uns dazu bringen, erneut über die Prinzipien der Unterstützung der Landwirtschaft in Europa nachzudenken.

Das Europäische Parlament hat diese Problematik verantwortungsbewusst diskutiert, wie die vielen Änderungsanträge belegen. Aus der Perspektive eines Landes, in dem die Landwirtschaft einen relativ hohen Beitrag zur Beschäftigung leistet, wie es in Polen der Fall ist, ist eine Erhöhung der Milchquoten sowie einige Gewährung nationaler Beihilfen für die am meisten benachteiligten Sektoren legitim. In Bezug auf die Modulation, das wohl kontroverseste aller Themen, sollte daran erinnert werden, dass die „neuen“ Mitgliedstaaten erst 2013 das Niveau von 100 % Direktsubventionen erreichen und dass die Modulation als ein Vorbote einer Renationalisierung der Agrarpolitik wahrgenommen werden kann, was nachteilig wäre.

**Cătălin-Ioan Nechifor (PSE), schriftlich.** – (RO) Als Vertreter einer Region Rumäniens (das ebenfalls zu den neuen Mitgliedstaaten gehört), in der die Landwirtschaft eine bedeutende Rolle spielt, glaube ich nicht, dass die Ungleichheiten in der Behandlung der Landwirte aus den neuen Mitgliedstaaten und denen der „alten“ Europäischen Union durch die Bewertungen im Rahmen des „Gesundheitschecks“ der gemeinsamen Agrarpolitik verringert werden. Hilfreich ist jedoch, dass die nationalen Milchquoten für Rumänien nicht verändert wurden. Gleiches gilt auch für die Tatsache, dass die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, ihre Milchquoten für einen bestimmten Zeitraum zu erhöhen, wenn diese Quoten in anderen Mitgliedstaaten nicht voll ausgeschöpft werden. Angesichts der aktuellen Krise, von der auch dieser Sektor betroffen ist, ist es wichtig, dass die Schaffung eines Milchfonds vorgeschlagen wird, der auch dem Ziel eine Restrukturierung dieses Sektors dient.

Darüber hinaus glaube ich, dass die Erzeuger vor der Anwendung der neuen Bestimmungen zu Milchquoten ab dem Jahr 2015 die Möglichkeit haben müssen, sich an die Marktveränderungen anzupassen und entsprechend den Anforderungen des Marktes Investitionen vorzunehmen. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Termine für Anträge auf Investitionsbeihilfen relativ lang sind. Um darüber hinaus den Erzeugern zu ermöglichen, entsprechend dem Marktbedarf zu investieren, muss die Grenze für die festgelegte Quote abgeschafft werden.

**Maria Petre (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Einer meiner Abgeordnetenkollegen erzählte die Anekdote von zwei Kindern, die über die richtige Aufteilung von Süßigkeiten diskutierten. In Fortsetzung dieser Analogie möchte ich die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass dann, wenn dieses Kind zukünftig ein rumänischer oder bulgarischer Landwirt wäre, es nach acht Jahren das erhalten würde, was es verdient hat. Fraglich ist nur, ob es in acht Jahren noch immer ein Kind wäre.

Als ich in meiner Eigenschaft als rumänisches Mitglied des Europäischen Parlaments dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung beitrug, wurde ich auf den Begriff der „weichen Landung“ aufmerksam, der beispielsweise häufig verwendet wird, wenn es um Milchquoten geht. Ich fragte mich damals und frage mich heute noch: Wie können die rumänischen und bulgarischen Landwirte den Vorgang des „Abhebens“ mit einer „weichen Landung“ in Einklang bringen? Als Rumänien gerade mit den Beitrittsverhandlungen begonnen hatte, sagte ein dänischer Verhandlungspartner zu mir, dass die Landwirtschaft in diesem Prozess das komplizierteste Kapitel werden würde. Heute, zwei Jahre nach unserem Beitritt, hoffe ich, dass die rumänische Landwirtschaft eine Chance für ein vereintes Europa darstellt.

**Dushana Zdravkova (PPE-DE), schriftlich.** – (BG) Die Fortsetzung der Reformierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist wichtig, damit Europa seine führende Rolle in diesem Sektor halten kann. Das darf jedoch nicht auf Kosten der Erzeuger oder des Endverbrauchers erfolgen. Es ist eine bekannte Tatsache, dass sich die Europäische Union von einem Exporteur zu einem Importeur von Landwirtschaftsprodukten entwickelt hat. Das belegt, dass das Ergebnis der heutigen Debatte ausgewogen sein muss, damit wir sicherstellen können, dass die Interessen aller unserer Bürger geschützt bleiben.

Ich glaube, dass ein Großteil der Vorschläge der Kommission den Landwirten in Bulgarien zugute kommt. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass das in diesem Sektor betriebene Missmanagement seitens der bulgarischen Regierung und die Fälle von Missbrauch dazu führten, dass die mit den Mechanismen vor dem Beitritt unseres Landes beabsichtigten Ergebnisse nicht erreicht wurden. Deshalb wurden wir in den letzten Monaten Zeugen von Protesten landwirtschaftlicher Produzenten, und zwar hauptsächlich von Milch-

und Getreidebauern. Aufgrund dessen ist es wichtig, diesen Regionen, in denen die Milchwirtschaft für den eigenen Lebensunterhalt eine extrem hohe Bedeutung hat, Sicherheit zu vermitteln, ohne die vollständige Liberalisierung des Marktes für Milchprodukte zu gefährden.

In Bulgarien arbeitet eine Vielzahl von Milchbauern in alpinen Regionen und anderen Gebieten mit besonderen Schwierigkeiten. Deshalb unterstütze ich die Idee, für deren Entwicklung mehr finanzielle Mittel bereitzustellen, sowie einen speziellen Fonds für Milcherzeuger zu gründen.

## 5. Schulobstprogramm (Aussprache)

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt folgt der Bericht (A6-0391/2008) von Niels Busk im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) zur Einführung eines Schulobstprogramms (KOM(2008)0442 – C6-0315/2008 – 2008/0146er(CNS)).

**Niels Busk, Berichterstatter.** – (DA) Herr Präsident, Frau Kommissarin Fischer Boel, Herr Minister Barnier, meine Damen und Herren! Die Kommission hat einen außerordentlich konstruktiven Vorschlag zur Einführung eines Schulobstprogramms vorgelegt, um den besorgniserregenden Trend zu einer zunehmenden Fettleibigkeit unter europäischen Schulkindern zu begegnen. Diesen Vorschlag möchte ich nachdrücklich begrüßen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt, dass Kinder täglich 400 g Obst und Gemüse essen sollten. Leider gibt es nur sehr wenige Kinder, die das auch tun. In der EU sind 22 Millionen Kinder übergewichtig und ca. 5 Millionen Kinder schwer übergewichtig. Am schlimmsten ist, dass diese Zahl jährlich um 400 000 Kinder steigt. Ein höherer Verzehr von Obst und Gemüse vermindert das Risiko einer Vielzahl von Erkrankungen und schützt vor Übergewicht und schwerem Übergewicht. Die Ernährungsgewohnheiten werden in der Kindheit geschaffen. Es gibt Anzeichen dafür, dass Menschen, die bereits im Kindheitsalter lernen, viel Obst und Gemüse zu essen, dies auch als Erwachsene tun. Deshalb ist es wichtig, dass wir bereits in einer frühen Phase eingreifen, wenn wir die Ernährungsgewohnheiten unserer Kinder erfolgreich beeinflussen möchten.

Bei Übergewicht besteht ein erhöhtes Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Bluthochdruck und bestimmten Krebsarten. Diese Krankheiten stellen eine wachsende Gefahr für die Volksgesundheit in der EU dar, und die Kosten für die Behandlung dieser Krankheiten wirken sich erheblich auf die Gesundheitsbudgets der Mitgliedstaaten aus. Die Kommission verweist auf ihre Folgenabschätzung, in deren Rahmen zwei Untersuchungen durchgeführt wurden, die den Zusammenhang zwischen den Aufwendungen im Gesundheitswesen und einer zu geringen Ernährung mit Obst und Gemüse beleuchteten. Vor diesem Hintergrund sollten auch die Kosten für das Schulobstprogramm betrachtet werden, das zu wirklichen Einsparungen in den Gesundheitsbudgets der Mitgliedstaaten führen wird. Die Auswirkungen dieses Programms werden insgesamt positiv sein, vor allem in Bezug auf die Volksgesundheit, aber auch in Bezug auf die europäische Wirtschaft. Bis wir das Ziel erreicht haben, die Kinder dazu zu bringen, täglich 400 g Obst zu verzehren, gilt die Faustregel: Je mehr Obst die Kinder essen, desto größer sind die Einsparungen. Das heißt, Vorbeugen ist billiger als Heilen.

Ich als Berichterstatter habe vorgeschlagen, dass wir den im Gemeinschaftshaushalt vorgesehenen Betrag vervierfachen. Die von der Kommission ursprünglich vorgeschlagenen 90 Millionen Euro würden leider nur dafür reichen, dass alle Kinder im Alter zwischen sechs und zehn Jahren 30 Wochen lang einmal pro Woche ein Stück Obst erhalten. Das ist bei Weitem nicht genug, wenn dieses Programm messbare Auswirkungen auf die Ernährungsgewohnheiten der Kinder haben soll. Ein Stück Obst einmal pro Woche reicht zur Veränderung der Ernährungsgewohnheiten nicht aus und hätte auch keine Auswirkungen auf die Volksgesundheit. Die optimale Lösung wäre, dass alle Kinder an jedem Schultag ein Stück Obst erhalten. Deshalb ist es wichtig, dafür mehr Mittel im Gemeinschaftshaushalt zu mobilisieren.

Eine Mehrheit im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung erklärte sich einverstanden damit, 500 Millionen Euro zu mobilisieren und auf eine nationale Kofinanzierung zu verzichten. Dem stimme ich nicht zu. Ich hoffe deshalb, dass wir in der heutigen Abstimmung diese Angelegenheit klären können, denn ich habe im Namen meiner Fraktion einen Vorschlag eingereicht, der auf die Mobilisierung von 360 Millionen Euro abzielt. Dieser Betrag sollte um einen Beitrag der Mitgliedstaaten ergänzt werden, sodass insgesamt ein Betrag von weit über 500 Millionen Euro zusammenkommen würde.



Eine Mehrheit im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung hat darüber hinaus beschlossen, dass im Rahmen dieses Programms nur Obst und Gemüse aus EU-Ländern verteilt werden soll. Das ist meines Erachtens viel zu protektionistisch und ließe dieses Programm auch sehr bürokratisch werden. Deshalb müssen die Mitgliedstaaten selbst entscheiden können, welches auf einer von der Kommission zusammengestellten Liste aufgeführte Obst verteilt werden kann und welches Obst in das Programm aufgenommen werden soll.

**Michel Barnier**, *amtierender Präsident des Rates*. – (FR) Herr Präsident! Wir in der Präsidentschaft sind sehr froh darüber, über dieses Programm mit dem Europäischen Parlament diskutieren zu können, das von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wurde und für das sich Frau Fischer Boel – und dafür möchte ich ihr recht herzlich danken – persönlich sehr eingesetzt hat. Dabei handelt es sich um ein wichtiges Programm für die Ernährung der jüngsten Bürger sowie um einen praktischen und effektiven Schritt im Kampf gegen die zunehmende Fettleibigkeit unter jungen Menschen.

Herr Busk hat jüngst die Zahlen genannt, die ich untermauern kann: Eines von fünf Kindern in Europa ist übergewichtig oder gefährdet, fettleibig zu werden. Insgesamt wächst die Fettleibigkeit unter Kindern in Europa jährlich um 2 %. Wir müssen deshalb junge Menschen dazu anhalten, ihre Ernährung zu verändern und mehr Obst und Gemüse zu verzehren.

Ich glaube, meine Damen und Herren, dass eine Umsetzung dieses Programms, das jeder befürwortet, zeigt, welche wichtige Rolle die gemeinsame Agrarpolitik dabei spielen kann und spielt, den Verzehr und – noch einfacher – die Herstellung gesunder, hochwertiger Produkte zu fördern. Die Landwirtschaft verfügt über die natürlichen Voraussetzungen, dieser doppelten Herausforderung gerecht zu werden. Die erste dieser beiden Herausforderungen, die Quantität, war übrigens auch im ersten mit Landwirten abgeschlossenen Vertrag in den Sechzigerjahren formuliert. Die zweite Herausforderung ist die Frage der Qualität und Sicherheit der Produkte.

Meine Damen und Herren! Das ist der Beweis dafür, dass Europa auf die konkreten Anliegen unserer Einwohner reagieren kann und reagiert und dass die Landwirtschaft eindeutig im Mittelpunkt der großen Herausforderungen steht, mit denen unsere Gesellschaft konfrontiert ist. Wenn wir über dieses Programm für Obst und Gemüse diskutieren, sprechen wir auch über ein greifbares Europa, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht. Das erwarten die Europäer von uns.

Meine Damen und Herren! Dieses Programm wurde im Ministerrat sehr gut aufgenommen, und die bisher geführten Debatten, die heute und morgen fortgesetzt werden, zeigen, dass wir in dieser Frage insgesamt alle Fortschritte machen. Meine Absicht ist es, in dieser Woche mit dem Rat eine politische Einigung zu erzielen. Deshalb verfolge ich selbstverständlich mit großer Aufmerksamkeit, welche Position das Parlament in dieser Frage einnimmt, sodass ich Ihre Position und Ihre Unterstützung im Rahmen der Debatten im Rat zur Sprache bringen kann.

Abschließend, Herr Präsident, möchte ich dem Berichterstatter, Herrn Busk, für seine sehr detaillierte und engagierte Arbeit in dieser Frage danken, und freue mich nun, Ihnen und der Kommissarin zuhören zu können.

**Mariann Fischer Boel**, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident! Zunächst ist es ein gutes Gefühl, das Parlament bei dem Vorschlag zum Schulobstprogramm hinter sich zu haben. Wie immer möchte ich dem Ausschuss und dem Berichterstatter, Niels Busk, für die getane Arbeit danken.

Ehe ich mich zu einigen der hier und im Parlament vorgebrachten Punkte äußere, möchte ich noch etwas zu einem Thema sagen, das kürzlich im Rat recht ausführlich diskutiert wurde. Einige Mitgliedstaaten haben vorgeschlagen, in bestimmten Fällen von den Eltern einen Beitrag zum Schulobstprogramm fordern zu können. Es fällt nicht leicht, die für und gegen eine solche Idee sprechenden Argumente zu bewerten. Schließlich hat die Kommission zugestimmt, dass die Mitgliedstaaten die Freiheit haben sollten, in bestimmten Fällen von Eltern eine Kofinanzierung zu fordern.

Andererseits sehe ich keinen Anlass, dies von allen Mitgliedstaaten zu verlangen. Deshalb möchten wir den Mitgliedstaaten ermöglichen, selbst zu entscheiden, ob sie diese Möglichkeit nutzen möchten. Wenn wir dann dieses Programm 2012 überprüfen, können wir auch analysieren, wie hoch schließlich die von den Eltern tatsächlich erhobenen Beiträge waren.

Ich habe von Anfang an gesagt, dass das, was wir jetzt auf den Tisch legen, das Problem der Fettleibigkeit junger Menschen in Europa nicht lösen kann. Ich glaube jedoch, dass es sich dabei um eine helfende Hand

und ein klares Signal der Kommission handelt, mit dem vermittelt wird, wie wichtig es ist, unseren jungen Menschen gute Ernährungsgewohnheiten beizubringen.

Was den Gesamthaushalt betrifft, so haben wir 90 Millionen Euro vorgesehen. Ich habe auch andere Zahlen gesehen, wie Niels Busk richtigerweise sagte – von 500 Millionen Euro bis zu 360 Millionen Euro –, doch die von uns vorgeschlagenen 90 Millionen Euro sind mit Sicherheit nicht für alle Zeit in Stein gemeißelt. Ich glaube, wir sollten bei unserer Überprüfung des gesamten Programms im Jahr 2012 auch die Frage berücksichtigen, ob das Budget erhöht werden sollte. Meines Erachtens ist es wichtig, dass wir gezeigt haben, dass wir zur Umverteilung des Geldes bereit sind. Wenn in einem Mitgliedstaat Geld übrig bleibt, kann es umverteilt werden. Das bedeutet hoffentlich, dass wir das Geld auf die bestmögliche Art und Weise ausgeben.

Die Beantwortung der Frage nach der Art des zu verteilenden Obsts und Gemüses sollten wir unbesorgt der Kompetenz der Mitgliedstaaten überlassen. Ob sie eher verarbeitete Lebensmittel, lokal angebautes Obst und Gemüse oder möglicherweise auch Bananen aus den AKP-Staaten an ihre Kinder verteilen möchten, sollte definitiv von den Mitgliedstaaten selbst entschieden werden. Ich glaube, auf diese Art und Weise erreichen wir die bei Weitem besten Ergebnisse. Ich freue mich auf eine fruchtbare Diskussion zu diesem Thema.

**Maria Petre**, *im Namen der PPE-DE-Fraktion.* – (RO) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Barnier! Zunächst möchte ich unserem Berichterstatter für die getane Arbeit und seine Anstrengungen bei der Zusammenführung der unterschiedlichen Ansichten danken.

Wir sind uns alle einig, wie wichtig dieses Programm ist, damit wir unseren Kindern gesunde Ernährungsgewohnheiten beibringen und auf diese Weise Fettleibigkeit bekämpfen können. Das gilt jedoch auch in Bezug auf die Unterstützung für Familien, die sich nicht leisten können, ihren Kindern Obst zu kaufen.

Ich unterstütze den Vorschlag der Kommission, glaube aber, dass er unbedingt verbessert werden muss. Die vorgeschlagenen 90 Millionen Euro finanzielle Mittel reichen nicht aus. Eine Ergänzung der bereits zugewiesenen Mittel ist eine der Bedingungen für den Erfolg dieses Programms. Ich denke auch, dass der vom Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung eingebrachte Vorschlag, den Eltern einen Beitrag abzuverlangen, zumindest in der ersten Zeit der Umsetzung dieses Programms realisiert werden sollte.

Ich möchte auch dazu ermutigen, im Rahmen des Programms frisches, traditionelles Obst zu verteilen, das auf dem Gebiet der Gemeinschaft produziert wurde. Darüber hinaus möchte ich betonen, dass die Mitgliedstaaten selbst festlegen müssen, welches Obst zu verteilen ist. Dabei ist auch zu berücksichtigen, welches saisonale Obst- und Gemüse jeweils vor Ort zur Verfügung steht.

Wie entsprechend dem Prinzip der Subsidiarität verlangt, sollte den Mitgliedstaaten bei der Festlegung der Zielgruppe eine ausreichende Flexibilität eingeräumt werden. Dann sind sie in der Lage, entsprechend den bestehenden Notwendigkeiten einen möglichst großen Kreis von Kindern mit Schulobst zu versorgen. Das Programm sollte auch dazu führen, dass junge Verbraucher Obst und Gemüse schätzen lernen. Dies hätte extrem positive Auswirkungen auf die Volksgesundheit und den Kampf gegen Kinderarmut, insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten.

Es könnten auch gemeinsame Maßnahmen vorgesehen werden, um den Verzehr bestimmter Produkte zu fördern. Diese Maßnahmen ließen sich mit einer zusätzlichen didaktischen Komponente im Bereich der Gesundheit und Ernährung kombinieren. Auch regionale Produzenten könnten auf diese Weise unterstützt werden, insbesondere in den Gebirgsregionen.

**María Isabel Salinas García**, *im Namen der PSE-Fraktion.* – (ES) Herr Präsident! Dieses Programm wurde vom Obst- und Gemüsektor schon lange erwartet, nicht nur aufgrund der Schwierigkeiten, mit denen dieser Sektor konfrontiert ist, sondern auch aufgrund des beunruhigenden Rückgangs beim Verzehr von Obst und Gemüse.

Mit diesem Programm wird eine Verbesserung der Volksgesundheit beabsichtigt. Deshalb sollte es ein europäisches Programm sein, das von der Gemeinschaft vollständig finanziert wird. Dem Vorschlag, dass die Eltern einen Beitrag zur Finanzierung dieses Programms leisten sollten, stimme ich nicht zu, denn dann wäre es so wie immer: Die Kinder, deren Eltern sich den Beitrag leisten können, essen in der Schule Obst und Gemüse, während die anderen von diesem Programm ausgeschlossen bleiben.

Deshalb muss dieses Programm so von der Gemeinschaft finanziert werden, dass es einheitlich angewandt werden kann. Darüber hinaus möchte ich auch darauf hinweisen, dass ein besonderer Schwerpunkt bei pädagogischen Maßnahmen liegen muss. Dieses Programm darf nicht einfach nur zur Folge haben, dass Kinder Äpfel essen. Sie müssen auch wissen, welche Sorte sie essen, welche Nährwertigenschaften diese Früchte haben, und sie müssen die nützlichen Auswirkungen dieser Früchte auf ihre Gesundheit und ihre allgemeine Entwicklung kennen.

Natürlich muss die Qualität dieser Produkte uneingeschränkt garantiert sein, wobei der Schwerpunkt möglichst auf saisonalen Früchten liegen sollte. Auch ich unterstütze den Vorschlag, möglichst Obst und Gemüse zu verteilen, das in der Gemeinschaft seinen Ursprung hat.

Ich glaube, dass die positiven Auswirkungen dieses Programms, das ich sehr begrüße und zu dem ich der Kommissarin gratuliere, bald sichtbar sein werden. Die Ergebnisse werden sich nicht nur auf den aktuellen und zukünftigen Gesundheitszustand unserer Kinder und ihre Ernährungskompetenz auswirken, sondern auch, und das ist ebenfalls sehr wichtig, im Obst- und Gemüsesektor. Hierbei handelt es sich um einen produktiven Sektor, der ein wirklicher Bestandteil unseres europäischen kulturellen Erbes ist und der uns eine ausgewogene, gesunde und abwechslungsreiche Ernährung ermöglicht.

Ich bin davon überzeugt, dass es sich lohnt, auf dieses Programm zur Verteilung von Obst und Gemüse an unseren Schulen zu vertrauen und in das Programm zu investieren. Meines Erachtens ist der Haushalt etwas knapp. Deshalb möchte ich wiederholen, dass ich eine vollständige Finanzierung eines so ehrgeizigen Programms durch die Gemeinschaft unterstütze.

**Donato Tommaso Veraldi**, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die positive und intelligente Arbeit, die Herr Busk im Zusammenhang mit diesem Vorschlag geleistet hat, weiß ich sehr zu schätzen. Dieser Vorschlag ist Teil der Reform der gemeinsamen Organisation des Markts für Obst und Gemüse und zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit dieses Sektors und seine Marktorientierung zu stärken sowie dem Rückgang beim Verzehr von Obst und Gemüse entgegenzuwirken.

Das vorgeschlagene Programm zur Förderung des Verzehrs von Obst und Gemüse in Schulen würde helfen, die jungen Menschen dazu anzuregen, mehr Obst zu essen. Ein Ziel der kostenlosen Verteilung von Obst und Gemüse in Schulen sollte jedoch auch darin bestehen, das Problem des Übergewichts von Schulkindern zu bekämpfen. Schließlich ist die traurige Tatsache allgemein bekannt, dass 22 Millionen Kinder von Fettleibigkeit betroffen sind.

Damit das Programm zur Verteilung von Obst und Gemüse an Schulen effektiv umgesetzt werden kann, müssen auch Beihilfen der Gemeinschaft bereitgestellt werden, um die mit diesem Programm verbundenen logistischen Kosten zu decken. Dazu zählt beispielsweise der Kauf der notwendigen Automaten, die anderenfalls aus den Budgets der Schulen oder von den Familien der Schulkinder finanziert werden müssten. Deshalb sollte die nationale Finanzierung lediglich ergänzenden Charakter haben und auf neue Programme sowie die Erweiterung der bestehenden Programme beschränkt sein.

**Alyn Smith**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident! An diesem Vorschlag gibt es nichts auszusetzen. Ich empfehle unserem Berichterstatter, ihn insbesondere angesichts der bevorstehenden Wahlen offensiv zur Sprache zu bringen. Ich glaube, jeder Politiker in diesem Raum, der auf den Juni des nächsten Jahres blickt, spricht sich dafür aus, dass die Kinder in Europa sich besser ernähren und Früchte essen, die hier in Europa vor Ort wachsen. Das ist eine gute Nachricht für die europäischen Landwirte, denn damit wird auch ein lokaler Markt geschaffen. Es ist aber auch eine gute Nachricht für das künftige Gesundheitsbudget und, was noch wichtiger ist, es ist eine gute Nachricht für die Kinder selbst.

Wenn die Kinder bereits in jungen Jahren beginnen, sich gesund zu ernähren, behalten sie diese Gewohnheit bei. Finnland hat demonstriert und bewiesen, dass energische Eingriffe in einem frühen Alter von entscheidender Bedeutung sind, und eine solche Vorgehensweise ist nur zu begrüßen. Was wir heute im Rahmen des Agrarbudgets ausgeben, steht uns morgen beim Gesundheitsbudget mehr zur Verfügung. Ich komme aus Schottland und es ist mir peinlich, sagen zu müssen, dass wir ein besonderes Interesse an diesem Programm haben, denn von unseren Grundschulern sind 21 % – jedes fünfte Kind – übergewichtig. Das ist völlig untragbar. Auf eine Zukunft, die von zunehmender Fettleibigkeit geprägt ist, können wir uns nicht freuen. Dieses Programm ist ein Teil der Lösung dieses Problems, und deshalb freue ich mich, es dem Haus zu empfehlen. Dieses Programm ist eine rundum gute Nachricht.

**Bairbre de Brún**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (GA) – Herr Präsident! Dieser Vorschlag entspricht den Zielen, die die Union in Bezug auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) verfolgt. Er bietet einen

Finanzierungsrahmen für Initiativen, die zum Ziel haben, den Verzehr von Obst und Gemüse bei Kindern zu erhöhen. Damit könnte ein Beitrag zum Kampf gegen die Fettleibigkeit von Kindern geleistet werden, und auch unsere Obst- und Gemüsebauern werden langfristig davon profitieren.

Die Ernährungsgewohnheiten und -muster werden in den ersten Lebensjahren ausgeprägt. Deshalb ist es wichtig, dass wir gesündere Ernährungsgewohnheiten unter Kindern fördern. Die Mitgliedstaaten sollten in der Lage sein, die beste Methode zu wählen.

Forschungen zeigen, dass die Ernährungsgewohnheiten tendenziell in Haushalten mit geringem Einkommen am ungesündesten sind. Deshalb bietet die Verteilung von kostenlosem Obst und Gemüse in den Schulen eine gute Möglichkeit, die Ernährungsgewohnheiten der Kinder zu verändern.

Ich begrüße den Bericht von Herrn Niels Busk und danke ihm und der Kommissarin für die von ihnen geleistete Arbeit.

**Jeffrey Titford**, im Namen der IND/DEM-Fraktion. – Herr Präsident! Dieses Projekt wird so verkauft, als stünde allein das Wohlergehen der Kinder im Mittelpunkt. Die Realität ist jedoch ein irritierendes Gemisch aus der Kinderfrau Brüssel, Kontrollwahn, unverhohlener Propaganda und Marktfixierung. Die Kinderfrau Brüssel liebt es, alles selbst zu regeln, und auch zu bestimmen, was wir essen. Sich sogar dafür als verantwortlich zu erklären, was die Kinder in der Schule essen, ist der erste wichtige Schritt in diesem Prozess. Der propagandistische Aspekt besteht darin, dass auf jedem Stück Obst das EU-Logo prangen und das gesamte Projekt von einer massiven Werbekampagne unterstützt werden wird.

Was den Markt für Obst betrifft, so ist klar, dass dieses Programm gewaltige Möglichkeiten bietet, Unfug anzurichten. Das gilt beispielsweise für die Vorschrift, dass das gesamte Obst aus der EU stammen muss. Zum Thema Bananen: Damit könnten auf einen Schlag alle britischen Lieferanten von diesem Programm ausgeschlossen werden, denn sie beziehen ihre Bananen aus den Karibikstaaten des britischen Commonwealth. Auf diese Weise ergäbe sich eine neue lukrative Gelegenheit für die französischen Inseln Guadeloupe und Martinique.

**Christa Klafß (PPE-DE)**. – (DE) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Minister, meine Damen und Herren! Die Schlagzeilen häufen sich. Wir sind zu dick, unsere Kinder sind zu dick, wir ernähren uns falsch, und wir essen zu wenig frisches Obst und Gemüse.

Fünfmal am Tag oder etwa 400 g Obst und Gemüse, das ist die allgemein empfohlene Tagesmenge für eine gesunde und ausgewogene Ernährung. Dies einzuhalten, ist nicht immer ganz einfach. Lebensmittel sollen gesund und lange haltbar sein, gut schmecken und möglichst wenig kosten. Da es in unserer schnelllebigen Zeit aber oftmals schwierig ist, Familie und Beruf zu vereinbaren, fehlt manchmal einfach die Zeit zum Kochen, und man weicht auf halbfertige Produkte oder Fertigprodukte aus. Dagegen ist auch nichts einzuwenden, solange das Bewusstsein für die Wichtigkeit von frischem Obst und Gemüse präsent ist.

Wer früh lernt, sich obst- und gemüsereich zu ernähren, der wird auch später eine gesunde Ernährung beibehalten. Ich unterstütze daher ausdrücklich den Vorschlag der Kommission, ein mit 90 Millionen Euro ausgestattetes Schulobstprogramm einzuführen. Eine gute Idee, Frau Kommissarin! Nationale Gestaltungsmöglichkeiten müssen aber gegeben sein, und Sie haben es eben auch eingeräumt. Es muss möglich sein, die jeweiligen regionalen und saisonalen Produkte anzubieten. Die Mitgliedstaaten müssen auch eine Strategie entwickeln, die festlegen soll, wie ein Schulobstprogramm am besten umgesetzt und in den Lehrplan integriert wird. Gesunde Ernährung ist Allgemeinbildung. Die Kinder müssen lernen, dass man z. B. Möhren nicht nur als warmes Gemüse, sondern auch in Form von Suppe, Salat, Kuchen oder Auflauf zubereiten kann und wie eine Kartoffel schmeckt, wenn sie nicht zu Chips oder Pommes Frites verarbeitet wird. Kinder müssen auf vielfältige Weise für die Zubereitung regionaler Produkte interessiert werden.

Nur durch Information kann man die Grundlagen gesunder Ernährung vermitteln. Fundiertes Wissen ist die Basis für eine gesunde Lebensweise. Das Schulobstprogramm kann dazu einen wertvollen Beitrag leisten!

**Csaba Sándor Tabajdi (PSE)**. – (HU) Herr Barnier, Frau Kommissarin! Wie jede Initiative, so hat auch diese viele Väter. Das verwundert nicht, schließlich konkurrieren auch sieben Städte darum, Homers Geburtsort zu sein. Viele Leute denken, dieses Programm ginge auf ihre Initiative zurück. Ich bin jedoch stolz darauf, dass aus den Sitzungsberichten hervorgeht, dass ich dieses Programm am 10. Mai 2005 in der Debatte über die Reform des Markts für Obst und Gemüse vorgeschlagen habe, und ich danke der Kommissarin dafür, dass es nun Realität werden soll.

Meine Vorredner haben bereits erläutert, warum dieses Programm so wichtig ist. Die Bedeutung dieses Programms erklärt sich nicht nur aus einer sozialen Perspektive, sondern beruht auch darauf, dass damit jungen Menschen Ernährungskultur beigebracht werden kann. Dies ist eine französische Birne, die ich jedoch jetzt nicht essen werde, weil es verboten ist, hier zu essen. Sehr wichtig ist auch, dass junge Menschen, die Schulobst mit dem EU-Logo erhalten, wissen und sich merken sollten, dass dieses Obst sicher und nicht vollgepumpt mit Chemikalien ist, sondern dass es – wann immer es geht – aus biologischem Anbau stammt.

Bringen wir unseren Kindern Ernährungskultur bei, denn diese Aufgabe ist sehr wichtig. Ich gratuliere Herrn Busk zu seiner Arbeit. Ich werde [diese Birne] jetzt nicht essen, denn ich möchte nicht gegen die Regeln verstoßen, doch ich denke, auf dieses Programm können wir alle stolz sein. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Marian Harkin (ALDE).** - Herr Präsident! Manchmal ist es toll, in dieses Parlament zu kommen und einen wirklich positiven europäischen Vorschlag unterstützen zu können. Trotz Herrn Titfords Versuch, unserer guten Laune einen Dämpfer zu versetzen, behaupte ich: Heute ist solch ein Tag. Dieser Vorschlag wirkt sich in vielfältiger Hinsicht positiv aus. Er fördert gesunde Ernährungsgewohnheiten von Kindern und Erwachsenen. Er verbessert den allgemeinen Gesundheitszustand junger Europäer. Durch den Vorschlag wird sichergestellt, dass EU-Gelder in ein Projekt investiert werden, das in vielen Mitgliedstaaten nachweislich bereits gute Ergebnisse bringt. Der Vorschlag ist praktisch, realistisch und praktikabel.

Ein vergleichbares irisches Programm mit der Bezeichnung „Food Dudes“ kenne ich recht gut, denn mein Enkelsohn hält mich da auf dem Laufenden. Es hat sich gezeigt, dass dieses Programm effektiv ist, da es in der Altersgruppe zwischen 4 und 12 Jahren dauerhafte Ergebnisse bringt, und zwar unabhängig vom Geschlecht, von der Größe der Schule und von sozioökonomischen Faktoren. Das heißt, wir bauen auf soliden Fundamenten auf.

Ich bin froh, eine erhöhte Finanzierung durch die Gemeinschaft unterstützen und im Rahmen dieses Programms vor allem biologisch und vor Ort produziertes Obst und Gemüse berücksichtigen zu können. Ich möchte Ihnen, Frau Kommissarin, und unserem Berichterstatter, Herrn Niels Busk, gratulieren und freue mich schon sehr auf die Antwort des Rates. Dieser Vorschlag wird sich positiv auf die Lebensqualität und die Gesundheit in der EU auswirken.

**Hélène Goudin (IND/DEM).** - (SV) Herr Präsident! Die Tatsache, dass Obst und Gemüse für den Menschen wichtig sind, ist nichts Neues. Gleiches gilt für die Tatsache, dass es sich dabei um wichtige Nahrungsmittel für Kinder handelt. Es ist gut, wenn Kinder in der Schule Obst erhalten. Das ist gut für die Gesundheit und versorgt die Kinder mit der so dringend benötigten Energie.

Doch was beinhaltet der von uns momentan debattierte Vorschlag wirklich? Im Grunde handelt es sich dabei um einen reinen Propagandavorschlag der EU. Der wichtigste Zweck dieser Initiative besteht darin, auf billige Art und Weise politische Punkte zu sammeln, während vermutlich gleichzeitig die Kinder von den hervorragenden Qualitäten der EU überzeugt werden. Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung hat schon einige absurde Vorschläge vorgelegt. Dazu zählt auch die Behauptung, europäisches Obst sei besser als anderes Obst. Nur EU-Obst soll verteilt werden, beispielsweise Bananen aus entfernten Regionen. Das ist reiner Protektionismus. Die eigentliche Absicht besteht darin, dass die Kinder lernen, dass die EU gut und Obst aus der EU noch besser ist. Die Kommission und das Europäische Parlament sollten sich für sich selbst schämen.

**James Nicholson (PPE-DE).** - Herr Präsident! Ich esse einen Apfel, den mir Herr Busk geschenkt hat. Er verschenkt draußen Äpfel. Wer also einen möchte – ich bin sicher, Herr Busk wird Ihnen gern einen schenken!

Ich denke, es handelt sich hier um einen hervorragenden Bericht. Wie Frau Harkin sagte, kommen wir oft in dieses Parlament, ohne dass wir so begeistert sein und uns über solch eine gute Initiative freuen können. Wir müssen jedoch mehr Mittel bereitstellen, um dafür zu sorgen, dass alle unsere jungen Menschen an diesem Programm teilnehmen und die gebotene Möglichkeit uneingeschränkt nutzen können, denn dies ist einer der seltenen Fälle, in denen wir etwas anbieten können. Wir beschwerten uns über die Situation und lesen in der Presse und erfahren über andere Medien, wie schlimm Fettleibigkeit und ähnliche Probleme unter Schulkindern sind. Unsere jungen Leute sind trotzdem ganz hervorragende Menschen, aber es lastet ein erheblicher Druck auf ihnen, den wir möglicherweise in der Vergangenheit nicht hatten. Ich glaube, das ist eine Möglichkeit, ihnen zu einem guten, gesunden Essen zu verhelfen. Das begrüße und unterstütze ich, weshalb ich zu diesem Vorschlag gratulieren möchte.

**Silvia-Adriana Țicău (PSE).** – (RO) Herr Präsident, Frau Kommissarin! Die Europäische Kommission hat die Zuweisung von 90 Millionen Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt für ein Programm vorgeschlagen, in dessen Rahmen jedes Kind im Alter von 6-10 Jahren einmal wöchentlich eine Portion Obst oder Gemüse erhält.

Ich möchte dringend an die Mitgliedstaaten appellieren, dieses Programm und die damit verbundene Finanzierung zu erweitern, und zwar sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene, sodass alle Kinder, darunter auch jene im Vorschulalter, täglich eine Portion Obst bekommen können. Ich hoffe, dass wir alle einer Erhöhung der Haushaltsmittel auf 500 Millionen Euro zustimmen. Ich begrüße die Tatsache, dass im Rahmen des Programms nur frisches Obst und Gemüse abgegeben werden darf, das in der Europäischen Union produziert wurde. Es sollte sich dabei um saisonale Produkte von lokalen biologischen Erzeugern handeln.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen von einer ähnlichen Initiative der rumänischen Regierung aus dem Jahr 2003 berichten. Im Rahmen dieser Initiative erhalten alle Kinder im Vor- und Grundschulalter täglich ein Glas Milch und ein frisches Brötchen. Vorschul- und Schulkinder über die Grundsätze einer gesunden Ernährung zu informieren, ist Teil der Gesundheitserziehung, die wir der jungen Generation zuteilwerden lassen müssen.

**Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN).** – (PL) Herr Präsident! An Kinder im Schulalter Obst abzugeben, ist zweifellos die richtige Idee, denn sie hat nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine bedeutend breitere soziale Dimension. Auf diese Weise werden gesunde Ernährungsgewohnheiten entwickelt, und damit wird ein Beitrag zur Verbesserung der allgemeinen Gesundheit der Gesellschaft geleistet. Zweifellos sind 90 Millionen Euro zu wenig, um ein ordnungsgemäßes Funktionieren des Programms zu gewährleisten. Die Einbeziehung nationaler Behörden und Schulträger sowie der Gesellschaft als Ganzes wäre deshalb wünschenswert. Ich hoffe, dass das Schulobstprogramm breite Unterstützung findet und die Anstrengungen von Herrn Busk nicht umsonst waren.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL).** – (PT) Wir möchten die Bedeutung eines geeigneten Programms zur täglichen kostenlosen Verteilung von saisonalem frischem Obst und Gemüse an Schulen, primär an Kinder im Vor- und Grundschulalter, hervorheben. Angesichts seiner positiven Auswirkungen auf eine gesunde Ernährung, die Volksgesundheit und den Kampf gegen Kinderarmut, aber auch die damit verbundene Förderung und Stimulation des Absatzes regionaler Produkte, die unsere Landwirte lokal produziert haben, darunter auch in den Gebirgsregionen, handelt es sich hierbei um ein extrem wichtiges Programm.

Dieses Programm erfordert erheblich mehr finanzielle Mittel, als von der Europäischen Kommission vorgeschlagen. Deshalb, Frau Kommissarin, sollten auch die vom Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung vorgelegten Vorschläge, an denen wir ebenfalls mitgearbeitet haben, berücksichtigt werden. Unserem Berichterstatter möchte ich für die geleistete Arbeit gratulieren.

**Neil Parish (PPE-DE).** - Herr Präsident! Ich begrüße den Vorschlag der Kommissarin zu Schulobst. Es ist sehr wichtig, dass dieses Programm in Gang kommt. Ich stimme auch darin mit der Kommissarin überein, dass dieses Programm Subsidiarität erfordert, denn wir wünschen uns ein System, das nicht zu bürokratisch ist, sodass wir es tatsächlich in unsere Schulen bringen können. Ich glaube auch, dass wir in Bezug auf die Art des Obstes Flexibilität brauchen, denn in einigen Jahreszeiten kann es sehr schwierig sein, frisches Obst zu beschaffen. Möglicherweise müssen wir gelegentlich auch verarbeitetes Obst verteilen. Allerdings sollten jetzt nicht zu viele präskriptive Änderungsanträge eingereicht werden, sondern wir sollten dafür sorgen, dass dieses Programm akzeptiert wird.

Ich glaube auch, dass ein oder zwei Vorschläge des Parlaments zum Finanzierungsbedarf zu weit gehen. Wenn wir in diesem Parlament eine Mitentscheidungsbefugnis hätten, müssten wir dem Haushalt wie auch dem Verfahren zustimmen. Wenn wir in diesem Parlament glaubwürdig sein wollen, dann lassen Sie uns ein Programm vorlegen, das finanzierbar ist und den Kindern, die es am nötigsten brauchen, zu Schulobst verhilft. Dann werden sie auch später weiter Obst essen. Das ist ein Programm.

Herrn Titford möchte ich sagen, dass es mir gleichgültig ist, ob das Obst von Europa, Großbritannien oder Frankreich zur Verfügung gestellt wird. Was wir sicherstellen müssen, ist, dass an unseren Schulen überhaupt Obst verteilt wird.

**Christel Schaldemose (PSE).** - (DA) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin wirklich gegen Agrarhilfen und ihre Erweiterung, doch wenn es um die Verbesserung der Gesundheit unserer Kinder geht, können wir gar nicht genug tun. Alle Organisationen, die gegen Krankheiten kämpfen, empfehlen einhellig

die Einführung eines Programms zur Abgabe von Obst an Schulen. Selbst kleine Mengen Obst wirken sich offensichtlich positiv auf die Gesundheit aus. Deshalb unterstütze ich den Vorschlag der Kommission von ganzem Herzen. Ich glaube jedoch, dass das Obst und die Gesundheit im Mittelpunkt stehen sollten. Deshalb bin ich gegen den Vorschlag des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, dass das Obst ausschließlich aus der EU stammen sollte. Das wäre völlig falsch. Ich denke, Schwerpunkt sollte die Gesundheit der Kinder sein und nicht die wirtschaftlichen Kennzahlen der Landwirtschaft.

**Michel Barnier**, *amtierender Präsident des Rates*. – (FR) Herr Präsident! Lassen Sie mich einige Worte sagen, mit denen ich zum Abschluss dieser sehr lebhaften, von Konsens geprägten Debatte meine Gefühle zum Ausdruck bringen möchte. Allgemein bin ich der Meinung, dass dieser Vorschlag die ursprüngliche Initiative von Herrn Busk und Frau de Lange widerspiegelt. Die Debatte zeigt, dass dieses von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Programm zur Förderung des Verzehrs von mehr Obst und Gemüse durch junge Europäer praktisch einhellig unterstützt wird. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen sagen, dass der Ministerrat sich hier ebenfalls engagiert, und wir werden uns bemühen, einen Konsens in dieser Frage zu erreichen, der im Wesentlichen auf der von Ihnen und dem Rat zu vereinbarenden Position basiert.

Ich möchte nun noch auf vier Ihrer Bemerkungen eingehen, die ich für wichtig halte. Der erste Punkt betrifft die Frage des für dieses Programm zur Verfügung gestellten Haushalts. Die vom Parlament gezeigte proaktive Vorgehensweise zeigt eindeutig, dass Sie sich dieser Initiative verpflichtet fühlen, und darüber bin ich sehr froh. Ich werde dem Rat von diesem Vorschlag berichten und stimme Frau Fischer Boel zu, dass die im Vorschlag genannte Summe von 90 Millionen Euro nicht, wie sie sagte, in Stein gemeißelt ist.

Der zweite Punkt, den ich hervorheben möchte, ist, dass unser aller Hauptanliegen darin besteht, jungen Menschen gesundes Obst zu geben und ihnen gesunde Produkte ohne Zuckerzusatz anzubieten.

Der dritte Punkt betrifft die Unterstützung lokaler Produkte, um das Bewusstsein für die Qualität der Produkte aus der Gemeinschaft zu vertiefen. Ergänzen möchte ich auch, und damit nehme ich Bezug auf die Besorgnis, die kürzlich von Herrn Cacas in Zusammenhang mit Gebieten in äußerster Randlage geäußert wurde, dass es auf dem Gemeinschaftsmarkt Produkte gibt, die aus diesen Gebieten in äußerster Randlage kommen – welche integraler Bestandteil unserer Europäischen Union sind – und eine hohe Qualität aufweisen. Das spiegelt sich auch in Ihren Überlegungen wider, und dieses Anliegen findet auch Unterstützung im Ministerrat.

Schließlich haben Sie eine Position geäußert, die sich mit der des Rates deckt: Für Maßnahmen dieser Art wird ein Gemeinschaftsrahmen benötigt wie der, der Ihnen vorgelegt wurde. Wir müssen aber auch den Mitgliedstaaten die erforderliche Anpassungsfähigkeit und Flexibilität einräumen, die notwendig ist, damit dieses Programm möglichst nahe bei den Gemeinden, Verbänden und Bürgern umgesetzt wird.

Um diese vier Punkte zusammenzufassen, meine Damen und Herren, möchte ich wiederholen, dass diese zeitgemäße Initiative sicherlich hinsichtlich ihres Haushalts begrenzt ist. Doch es handelt sich hierbei um eine Initiative, die ein Europa symbolisiert, das positiv und proaktiv ist, ein Europa, das den neuen Herausforderungen unserer Gesellschaft gerecht wird, und vor allem, meine Damen und Herren, ein Europa, das in die Schulen geht und über das die jungen Europäer positiv sprechen und denken.

Ich glaube, das Bild, das wir mit dieser Initiative der Kommission projizieren, ist das eines positiven Europas, das auf seine Bürger fokussiert ist. Und genau das erwarten die Bürger Europas.

**Mariann Fischer Boel**, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident! Ich möchte Ihnen für die überwältigende Unterstützung dieses wichtigen Vorschlags danken.

Gestatten Sie mir, Herrn Titford und Frau Goudin zu sagen, dass es völliger Nonsense ist, diesen Vorschlag als Propaganda abzutun.

(Beifall)

Anliegen dieses Vorschlags ist es – wie viele von Ihnen erwähnt haben –, unseren Schulkindern gute Ernährungsgewohnheiten anzuerziehen. Ich bin ziemlich sicher: Wenn wir klug vorgehen und auf den Erfahrungen aufbauen, die wir bereits mit dem irischen Programm „Food Dudes“ sammeln konnten, können wir eine Menge tun. Dann können wir 2012 prüfen, ob wir das System weiter verbessern können.

Ich stimme Frau Salinas García voll und ganz zu, dass wir dieses Programm didaktisch nutzen können, nicht nur, um den Kindern beizubringen, dass sie mehr Obst und Gemüse essen sollen, sondern auch, um zu versuchen, ihnen zu erklären, woher das Obst und Gemüse kommt, wie wichtig es ist usw.

Ich freue mich darauf, gemeinsam mit Michel Barnier im Rat die richtige Balance zu finden und damit zur Gesundheit unserer jungen Menschen beizutragen.

**Niels Busk, Berichterstatter.** – (DA) Herr Präsident! Ich möchte für die vielen positiven Beiträge danken. In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch Ihnen, Frau Kommissarin, für die besonders konstruktive Zusammenarbeit meinen Dank aussprechen. Das war zu erwarten, da wir mit Ihnen und Ihrem Kabinett immer gut zusammenarbeiten. Ich möchte aber auch Ihnen, Herr Minister, danken. Es war ein großes Vergnügen, mit Ihnen und der französischen Präsidentschaft zusammenzuarbeiten, denn Sie haben sich ungewöhnlich viel Zeit genommen, um die Probleme wirklich tiefgründig zu besprechen. Die Präsidentschaft hat nicht immer die Zeit dafür. Ich möchte Sie auch alle in diesem Hause daran erinnern, dass in allen Redebeiträgen verlangt wurde, mehr als 90 Millionen Euro zu mobilisieren. Diesen Hinweis möchte ich um die simple Feststellung ergänzen, dass dieses Programm – wenn wir nicht mehr Geld zur Verfügung stellen – einen gewaltigen Verwaltungsaufwand erfordern wird, aber nur sehr wenig Obst verteilt wird. Das dürfen wir nicht zulassen, wenn wir tatsächlich die Ernährungsgewohnheiten der Kinder verändern möchten, was leider extrem notwendig ist.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Dienstag, den 18. November 2008.

### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)**

**Ivo Belet (PPE-DE), schriftlich.** – (NL) Wir sind davon überzeugt, dass wir Projekte unterstützen müssen, die allen jungen Menschen bis zum Alter von 12 Jahren täglich ein Stück Obst in der Schule garantieren. Schulen spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, jungen Menschen eine gesunde Lebensweise anzuerziehen. Eine gesunde Ernährung und ausreichend körperliche Bewegung tragen dazu bei, Fettleibigkeit zu verhindern. Kinder, die in der Schule lernen, Obst zu schätzen, werden auch als Erwachsene Obst essen. Viele Schulen unternehmen bereits gewaltige Anstrengungen, um ihren Kindern täglich Obst anbieten zu können, doch die dafür bereitstehenden Mittel sind begrenzt. Deshalb ist die von der Europäischen Union gewährte finanzielle Unterstützung für die Verteilung von Obst in Schulen wichtig.

Aus diesem Grund möchten wir einen emotionalen Appell an die Europäische Kommission und den Rat richten, diesen Haushaltsanstieg zu unterstützen. Schließlich steht die Gesundheit unserer jungen Menschen auf dem Spiel, und die Kosten dieses Programms werden sich eines Tages amortisieren.

**Šarūnas Birutis (ALDE), schriftlich.** – (LT) Es ist wichtig, dass bei der Umsetzung dieses Programms das Prinzip der Subsidiarität angewandt wird, sodass die Mitgliedstaaten selbst entscheiden können, an welche Altersgruppe der Kinder sich dieses Schulobstprogramm richten und welches Obst und Gemüse verteilt werden soll. Ich bin auch der Meinung, dass Produkte, die ihren Ursprung in der Gemeinschaft haben, unterstützt werden sollten. Wir sollten jedoch Produkte von außerhalb der Gemeinschaft nicht völlig ausschließen, denn das würde dem Wettbewerb und den Regeln der Welthandelsorganisation widersprechen.

Ich denke, die Verwaltung dieses Programms sollte möglichst einfach sein, weshalb ich vorschlage, die Vorschriften zur Erarbeitung einer Strategie zu streichen. Die Erarbeitung einer nationalen Strategie zur Umsetzung einer Maßnahme mit einem kleinen Haushalt ist eine zu strikte Auflage. Stattdessen könnte die Auflage erteilt werden, nationale Verwaltungsregeln mit speziellen Bestimmungen zu erarbeiten, die auch in den von der Kommission vorgelegten Vorschriften zur Strategieumsetzung enthalten sind. Ich möchte Sie alle nachdrücklich bitten, bei der Erarbeitung der Durchführungsbestimmungen für dieses Programm über die Notwendigkeit einer strategischen Organisation nachzudenken (dieser Punkt ist aus Verwaltungsgründen für Litauen wichtig).

Die Umsetzung des Schulobstprogramms erfordert zusätzliche Mittel aus den nationalen Haushalten, denn es soll von den Mitgliedstaaten kofinanziert werden. Selbst auf dem Höhepunkt der aktuellen Finanzkrise müssen wir jedoch auch an die langfristigen Vorteile denken, die der Schutz der Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen bietet. Werfen wir das Gewicht unserer Verantwortung nicht einfach ab.

**Magor Imre Csibi (ALDE), schriftlich.** – (RO) Der Vorschlag für eine Verordnung zur Verteilung von Obst an Schulkinder ist Teil einer Reihe von Initiativen der Kommission mit dem Hauptziel, Fettleibigkeit zu bekämpfen und eine gesunde Ernährung zu fördern.

Das von der Kommission vorgeschlagene Budget von 90 Millionen Euro wäre unzureichend, um dieses Ziel zu erreichen. Die Initiative der ALDE-Fraktion zur Erhöhung der Gemeinschaftsmittel auf 360 Millionen Euro ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Mitgliedstaaten wiederum leisten ihren Beitrag zum



Erreichen eines endgültigen Budgets von 720 Millionen Euro. Ich glaube fest daran, dass sich das Programm nur mit einem solchen Budget als effektiv erweisen wird. Wir werden damit in der Lage sein, Kindern im Alter zwischen sechs und zehn Jahren wöchentlich eine akzeptable Anzahl von Obstportionen zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig möchte ich die Bildungseinrichtungen auffordern, Ernährungsunterricht in die Lehrpläne aufzunehmen, um auch die theoretischen Grundlagen einer gesunden Ernährung zu vermitteln. Nur durch gemeinsame, koordinierte Anstrengungen wird es uns gelingen, die Ernährungsgewohnheiten zukünftiger Generationen zu verändern.

**Urszula Gacek (PPE-DE), schriftlich.** – Ich bin sehr froh, das Programm zur Versorgung von Schulkindern mit Obst zu unterstützen, um auf diese Weise gesündere Ernährungsgewohnheiten bei den jungen Menschen zu fördern. Hoffentlich kann dieses Projekt einen gewissen Beitrag zur Veränderung der Ernährungsgewohnheiten der jüngsten Mitglieder der europäischen Gesellschaft leisten. Langzeitstudien haben gezeigt, dass die in der Kindheit erworbenen Ernährungsgewohnheiten Modell für das gesamte Leben bleiben. Sie haben das Potenzial, nicht nur diese Generation von Kindern, sondern auch deren Kinder zu beeinflussen. Noch interessanter ist, dass auch festgestellt wurde, dass die Ernährungspräferenzen der Kinder Einfluss auf die Ernährungsgewohnheiten ihrer Eltern haben. Hoffen wir, dass dieses lobenswerte Programm dazu beiträgt, uns alle gesünder und fitter zu machen.

**Bogdan Golik (PSE), schriftlich.** – (PL) Ich freue mich, dass wir ein Gemeinschaftsprogramm zur Förderung des Verzehrs von Obst an Schulen auflegen. Die positiven Auswirkungen dieses Programms sind auf vielen Ebenen anzusiedeln, auf sozialer, wirtschaftlicher und finanzieller Ebene.

Als Mitglied des Parlamentsausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sehe ich, dass dieses Programm eindeutig positive Auswirkungen auf die europäische Landwirtschaft und den Obstanbau hat, denn dadurch wird die Nachfrage nach Obst erhöht und ein Beitrag dazu geleistet, dass in Europa hohe Produktionsniveaus aufrechterhalten bleiben. Als Vater sehe ich in diesem Programm auch ein weiteres positives Ergebnis, das kaum zu quantifizieren ist: die Gesundheit der jungen Generation. Die Erhöhung des Anteils von Obst und Gemüse an der Ernährung von Kindern im Schulalter ist von großer Bedeutung, da ihre Ernährungsgewohnheiten in dieser Zeit ausgeprägt werden.

In Polen liegt der durchschnittliche tägliche Verbrauch an Obst und Gemüse bei ca. 250 g. Dieses Niveau gehört zu den niedrigsten in der Gemeinschaft. Nur in der Tschechischen Republik, in Lettland und in der Slowakei ist es noch niedriger. Der Durchschnittswert der Gemeinschaft liegt bei 380 g, während die Weltgesundheitsorganisation bzw. die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft empfehlen, täglich mindestens 400 g Obst und Gemüse zu essen. Länder wie Polen brauchen eine große Schulkampagne zur Förderung des Verzehrs von Obst.

Ich hoffe, dass das Schulobstprogramm schon bald erfolgreich bei allen Bildungseinrichtungen in der gesamten Europäischen Union eingeführt wird und ein dauerhaftes Element ihrer Bildungspolitik bleibt.

**Gyula Hegyi (PSE), schriftlich.** – (HU) Der Wunsch der Europäischen Union, den Verzehr von Obst an Schulen zu fördern, ist mit Sicherheit zu begrüßen. Eine ausgewogene Ernährung in der Kindheit erhöht die Wahrscheinlichkeit einer gesunden Lebensweise im Erwachsenenalter, und ein Kind mit dem entsprechenden Wissen wird die gesunde Ernährung auch in seiner Familie und im Kreise seiner Freunde popularisieren. Die Verantwortlichen für dieses Programm müssen auch sehr genau darauf achten, welche Art von Obst sie den Kindern anbieten.

Es wäre ein schwerer Fehler, wenn die Schulen Obst erhielten, das hohe Pestizidrückstände aufweist und deshalb schwer verkäuflich ist. Deshalb muss dieses Programm so organisiert werden, dass die Schulen nur gesundes Obst mit einem Pestizidgehalt erhalten, der deutlich unterhalb der zulässigen Obergrenzen liegt. Im Interesse einer gesunden Ernährung ist es auch wünschenswert, die Mittel der Gemeinschaft primär für den Kauf von einheimischem Obst einzusetzen, das einen niedrigeren Zucker- und einen höheren Ballaststoffgehalt aufweist, und beispielsweise in den Schulen keine Bananen anzubieten.

**Marusya Ivanova Lyubcheva (PSE), schriftlich.** – (BG) Frau Kommissarin!

Das Schulobstprogramm ist in vielerlei Hinsicht ein besonders wichtiger Schritt, denn:

- es trägt zu einer gesunden und ausgewogenen Ernährung der Kinder bei;
- es verhindert Krankheiten;

- es schafft ein neues Modell und eine neue Methodik in der Ernährung der jungen Generation, wodurch Fastfood allmählich ersetzt wird.

Es geht aber nicht nur um den Verzehr von Obst, sondern auch um den Aufbau gesunder und ausgewogener Ernährungsgewohnheiten. Viele Fachleute sind in der Lage, auf der Grundlage entsprechender Kriterien festzustellen, welches Obst dafür geeignet ist.

Andererseits stellt das Schulobstprogramm auch eine reale Unterstützung der landwirtschaftlichen Erzeuger sowie eine finanzielle Hilfe für die Mitgliedstaaten dar. Dies ist insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten wichtig, die trotz aller Anstrengungen Probleme haben, die Essensversorgung an den Schulen zu gewährleisten. In Bulgarien beispielsweise existiert ein Programm zur staatlichen Subventionierung von Schulmahlzeiten, doch den Bedürfnissen aller Schüler kann damit nicht entsprochen werden. Deshalb ist die Hilfe der Europäischen Union außerordentlich nützlich. Selbstverständlich müssen wir darauf bestehen, dass im Rahmen des Programms biologische Produkte abgegeben werden, und dafür sorgen, dass das Programm effektiv umgesetzt wird.

**Dumitru Oprea (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Die Krankheiten, an denen der moderne Mensch leidet, sind auf die Ernährung zurückzuführen, können jedoch auch durch die richtige Ernährung geheilt werden.

Ich unterstütze die Verteilung von Obst in Schulen. In diesem Zusammenhang muss ich zwangsläufig daran denken, dass an den rumänischen Schulen seit 2002 täglich ein Glas Milch und ein Brötchen kostenlos abgegeben werden. Zunächst waren wir zufrieden, dies wenigstens den Kindern in den Grundschulen anbieten zu können. Seit 2006 wurde diese Maßnahme auch auf Kinder im Vorschulalter und seit 2007 auf die Kinder an den Sekundarschulen ausgeweitet. Mit dem europäischen Schulobstprogramm werden also, zumindest in Rumänien, Programme wie das oben genannte ergänzt.

Das hat eine Vielzahl von Vorteilen. Ich möchte nur zwei davon nennen:

- Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt, dass Kinder bis zum Alter von 11 Jahren täglich 400 g Obst und Gemüse verzehren. Ich glaube, diese Empfehlung wurde auch in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. September 2008 zum Weißbuch zu ernährungsbezogenen Gesundheitsproblemen gegeben. Wir dürfen nicht vergessen, dass Lebensmittel und die Art und Weise der Ernährung eine entscheidende Rolle bei der Erhaltung unserer Gesundheit spielen.

- Ungleichheiten werden reduziert: Die Kinder haben einen unterschiedlichen sozioökonomischen Hintergrund, einige von ihnen sind extrem benachteiligt.

**Siiri Oviir (ALDE), schriftlich.** – (ET) In dem in diesem Jahr vom Europäischen Parlament verabschiedeten Weißbuch „Ernährung, Übergewicht, Adipositas“ hoben Experten die Tatsache hervor, dass es derzeit in Europa 22 Millionen übergewichtige und 5 Millionen fettleibige Kinder gibt. Die Experten sind der Meinung, dass diese Zahl im nächsten Jahr um weitere 1,3 Millionen zunehmen wird.

Im Weltgesundheitsbericht der Weltgesundheitsorganisation wird ein mangelnder Verzehr von Obst und Gemüse als eines der sieben Gesundheitsrisiken aufgeführt. In Verbindung mit diesem Thema hat das Parlament der Europäischen Kommission vorgeschlagen, die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen in den EU-Haushalt aufzunehmen.

Heute hat die Europäische Kommission eine Sicherungsmaßnahme zur Unterstützung unserer früheren Initiative erarbeitet. Durch diese Maßnahme wird es – ähnlich dem Schulmilchprogramm – möglich, in der EU den sechs- bis zehnjährigen Kindern an den Schulen ab dem Schuljahr 2009/2010 Obst und Gemüse anzubieten.

Das ist definitiv eine Investition in die Zukunft, durch die ein Beitrag dazu geleistet wird, dass Aufwendungen im Gesundheitswesen, die auf ungesunde Ernährungsgewohnheiten zurückzuführen sind, verhindert oder vermindert werden können. Ich hoffe, dass die Europäische Kommission bereit ist, die eingereichten Vorschläge nochmals zu prüfen und die Finanzierung im Rahmen des bestehenden Programms zur Versorgung mit Obst und Gemüse von 90 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro zu erhöhen, wodurch es möglich würde, diese Maßnahme den Kindern an allen Schultern anzubieten und eine breitere Zielgruppe von Kindern einzubeziehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Daciana Octavia Sârbu (PSE), schriftlich.** – (RO) Der Vorschlag der Kommission zur Verabschiedung eines Programms über die Abgabe von Obst an Schulen wird sich positiv auf die Gesundheit der Bürger in der Europäischen Union auswirken und einen erheblichen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aller Mitgliedstaaten leisten. Die Ernährungsgewohnheiten werden während der Kindheit ausgeprägt und können lebenslang erhalten bleiben.

Schulen sind der am besten geeignete Ort, solche Verhaltensweisen auszubilden, denn die Schulen sind nach der Familie die zweite Instanz, die direkten Kontakt zu den Kindern hat und sie erheblich beeinflusst.

Zusammen mit der Einführung eines Programms zur Ernährungserziehung in Schulen kann dieses Programm weitere Ergebnisse bei der Entwicklung der Präferenzierung einer gesunden Ernährung bringen, zu der auch Obst und Gemüse gehören. Kindern muss in erster Linie beigebracht werden, Produkte mit einem höheren Nährwert zu bevorzugen, damit dieses Programm auch sein beabsichtigtes Ziel erreicht, im Erwachsenenalter auftretende Erkrankungen im Zusammenhang mit Fettleibigkeit und falscher Ernährung sowie Diabetes zu verhindern.

Die im Parlament eingebrachten Änderungsanträge führen zu einer erheblichen Verbesserung des von der Kommission vorgelegten Texts, denn damit würden jährlich 500 Millionen Euro für die Versorgung von Schulkindern mit Obst und Gemüse bereitgestellt, was schließlich auch der landwirtschaftlichen Produktion in der Europäischen Union neuen Schwung verleihen wird.

**VORSITZ: LUIGI COCILOVO**

*Vizepräsident*

## **6. Entwurf des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Frist für die Einreichung von Abänderungsentwürfen): siehe Protokoll**

### **7. Abstimmungsstunde**

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt folgt die Abstimmung.

*(Einzelheiten zum Ergebnis der Abstimmung: siehe Protokoll)*

**7.1. Abschluss des Protokolls zum Abkommen EG/Kasachstan über Partnerschaft und Zusammenarbeit anlässlich des EU-Beitritts Bulgariens und Rumäniens (A6-0416/2008, Jacek Saryusz-Wolski) (Abstimmung)**

**7.2. Gemeinsames Unternehmen zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation (SESAR) (A6-0439/2008, Angelika Niebler) (Abstimmung)**

**7.3. Vorgeschriebene Angaben an zweirädrigen oder dreirädrigen Kraftfahrzeugen (kodifizierte Fassung) (A6-0382/2008, Diana Wallis) (Abstimmung)**

**7.4. Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter (kodifizierte Fassung) (A6-0383/2008, Diana Wallis) (Abstimmung)**

**7.5. Führersitz von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (kodifizierte Fassung) (A6-0384/2008, Diana Wallis) (Abstimmung)**

**7.6. Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (kodifizierte Fassung) (A6-0387/2008, Diana Wallis) (Abstimmung)**

**7.7. Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (A6-0428/2008, Hans-Peter Mayer) (Abstimmung)**

**7.8. Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (Durchführungsbefugnisse der Kommission) (A6-0376/2008, Pervenche Berès) (Abstimmung)**

**7.9. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (A6-0430/2008, Reimer Böge) (Abstimmung)**

**7.10. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Frank Vanhecke (A6-0421/2008, Klaus-Heiner Lehne) (Abstimmung)**

*- Vor der Abstimmung:*

**Bruno Gollnisch (NI).** – (FR) Herr Präsident! Mein Antrag basiert auf Artikel 168 unserer Geschäftsordnung. 10 Jahre lang, Herr Präsident, war ich Mitglied im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. Den Bericht von Herrn Lehne habe ich aufmerksam gelesen und muss – unabhängig von der politischen Überzeugung des betreffenden Mitglieds – meine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, dass wir in diesem Punkt von der gewöhnlichen Rechtsprechung des Ausschusses abweichen, die darin besteht, die parlamentarische Immunität von Abgeordneten zu wahren, die aus politischen Gründen verfolgt werden.

Herr Vanhecke wird als Leiter des Publikationsorgans strafrechtlich verfolgt. Er wird für einen Artikel strafrechtlich verfolgt, dessen Autor bekannt ist. Gemäß dem belgischen Recht sollte, wie im Bericht auch anerkannt wird, in dieser Situation der Leiter des Publikationsorgans nicht strafrechtlich verfolgt werden. Darüber hinaus basiert die Verfolgung auf der Tatsache, dass die ausländische Identität derjenigen, die Gräber schänden, ermittelt wurde. Die Verfolgung ging auf die Initiative eines belgischen Ratsmitglieds zurück, das der Sozialistischen Partei angehört.

Es ist klar, und das ist mein letzter Punkt, Herr Präsident ...

*(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)*

**Der Präsident.** – Herr Gollnisch, bitte entschuldigen Sie, aber eine Debatte zu einer Abstimmung dieser Art ist nicht zulässig. Ich habe Ihnen für eine Minute das Wort erteilt, damit Sie den Antrag näher erläutern können, doch Sie haben länger gesprochen, und wir können an dieser Stelle keine Debatte eröffnen.

*(Der Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuss wurde abgelehnt.)*

**7.11. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Massimo D'Alema (A6-0422/2008, Klaus-Heiner Lehne) (Abstimmung)**

**7.12. Verbraucherschutz in Kredit- und Finanzfragen (A6-0393/2008, Iliana Malinova Iotova) (Abstimmung)**

**7.13. Verbraucherbarometer (A6-0392/2008, Anna Hedh) (Abstimmung)**

**7.14. Allgemeines Verbrauchsteuersystem (A6-0417/2008, Astrid Lulling) (Abstimmung)**

*- Vor der Abstimmung über den geänderten Vorschlag:*

**Astrid Lulling, Berichterstatterin.** – (FR) Herr Präsident! Alle Abgeordneten, die nicht in die Zeit vor 1992 zurückwollen, das heißt, in die Zeit vor der Einführung des gemeinsamen Marktes, fordere ich auf, gegen den Bericht zu stimmen, denn was das Parlament mit den abgegebenen Stimmen macht, ist eine Schande.

In diesem Bericht wird alles in einen Topf geworfen: Gesundheit, Steuerfragen usw. Stimmen Sie gegen den Bericht; damit stimmen Sie für die Kommission, die einen guten Vorschlag eingebracht hat.

(Beifall von rechts)

**Der Präsident.** – Ich habe den Eindruck, dass die Meinung der Berichterstatterin, Frau Lulling, klar ist, ungeachtet dessen, ob sie geteilt wird. Wir fahren nun mit einer namentlichen Abstimmung zu diesem gesamten Vorschlag in seiner geänderten Fassung fort.

**Elisa Ferreira (PSE).** – (PT) Ich möchte gegen die von Frau Lulling abgegebene Erklärung protestieren, die versucht, das Votum der Mitglieder in diesem Haus in eine Richtung zu drängen. Das ist jedoch sinnlos.

Die abgegebene Interpretation teilen wir nicht. Allein in diesem Sinne bitte ich die Abgeordneten, die wissen, worum es geht, die wissen, dass sie andere Interessen verteidigen, nämlich die Interessen der Volksgesundheit sowie der Bürger und der Länder, für diesen Bericht zu stimmen.

(Beifall von links)

**Der Präsident.** – Ich möchte die Abgeordneten daran erinnern, dass an diesem Punkt im Rahmen des Abstimmungsverfahrens keine Debatte vorgesehen ist. Laut Geschäftsordnung ist die Berichterstatterin berechtigt, ihre eigene Meinung zu äußern, und deshalb habe ich ihr dieses Recht auch eingeräumt. Ich wusste nicht, ob die nächste Wortmeldung eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung war. Bitte entschuldigen Sie, doch es liegen noch weitere Wortmeldungen vor, denen ich jedoch nicht entsprechen, sondern stattdessen mit der Abstimmung fortfahren möchte.

#### **7.15. Schulobstprogramm (A6-0391/2008, Niels Busk) (Abstimmung)**

#### **7.16. Zehn Jahre Wirtschafts- und Währungsunion – Errungenschaften und Herausforderungen (A6-0420/2008, Pervenche Berès, Werner Langen) (Abstimmung)**

- Nach der Abstimmung:

**Reinhard Rack (PPE-DE).** – (DE) Herr Präsident! Ich habe eine Frage zur Geschäftsordnung. Wir haben jetzt eine große Zahl von gemeinsamen Abänderungsanträgen der Europäischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei abgestimmt. Nun steht in unseren Abstimmungslisten immer PES/EPP-ED. Im Alphabet schaut es anders aus. Gibt es irgendeine Geschäftsordnungsregel, die den natürlichen Vorrang der Sozialisten begründet?

(Zwischenrufe)

**Der Präsident.** – Herr Rack, ich freue mich darüber, Ihnen in Echtzeit antworten zu können, da die Verwaltungsdienste mich darüber informiert haben, dass diejenigen, die Änderungsanträge unterschrieben haben, welche gemeinsam von den politischen Fraktionen eingingen, exakt in der von den Fraktionen angegebenen Reihenfolge der Unterzeichnung in die Abstimmungsliste übernommen werden. Deshalb gibt es in diesem Fall keinen Ermessensspielraum, eine alphabetische Reihenfolge anzuwenden.

#### **7.17. Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Frauen und Männer (A6-0389/2008, Edit Bauer) (Abstimmung)**

#### **7.18. Unterstützung der frühzeitigen Demonstration einer nachhaltigen Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen (A6-0418/2008, Christian Ehler) (Abstimmung)**

## 8. Stimmerklärungen

### Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

#### - Bericht: Iliana Malinova Iotova (A6-0393/2008)

**Zuzana Roithová (PPE-DE).** – (CS) Herr Präsident! Das Ausmaß der Finanzkrise zeigt, dass weder Banken noch Verbraucher verantwortungsbewusste Entscheidungen getroffen haben. Ich bin strikt für Investitionen in die Weiterbildung auf finanzwirtschaftlichem Gebiet, und ich habe auch dem Bericht zugestimmt, doch mit den oberflächlichen Kampagnen und Allgemeinplätzen kann ich mich nicht einverstanden erklären. Ich möchte darauf hinweisen, dass uns keine Analyse vorliegt, da die Situation in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich sein kann. Ich weiß auch, dass die Bildung zielgerichtet auf die speziellen Anforderungen einer ganzen Reihe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sein muss, um wirklich effektiv zu sein.

Gestatten Sie mir, dass ich Ihre Aufmerksamkeit auf einige exemplarische Beispiele aus der Praxis in der Tschechischen Republik lenken möchte. Seit drei Jahren betreibt eine Einzelperson die Website [www.bankovnipoplatky.com](http://www.bankovnipoplatky.com). Diese Website leistet einen wichtigen Beitrag zur finanzwirtschaftlichen Weiterbildung derjenigen tschechischen Bürger, die über einen Internetanschluss verfügen. Das zeigt, dass diese Problematik preisgünstig und effektiv gelöst werden kann. Was fehlt, ist jedoch eine entsprechende Ausbildung für Schulkinder und ältere Menschen. Das werden wir ohne öffentliche Finanzierung nicht schaffen.

**Zita Pleštinšká (PPE-DE).** – (SK) Durch die Finanzkrise haben die europäischen Verbraucher eine hervorragende Gelegenheit, ihr Wissen auf finanzwirtschaftlichem Gebiet zu testen. Ihnen wurde in einer hervorragenden Lektion vermittelt, wie wichtig es ist, dass sie ihre persönliche finanzielle Lage kennen sowie die Höhe ihrer Ersparnisse bewerten, die Inanspruchnahme von Versicherungsprodukten einschätzen und gewöhnliche Kontoauszüge und Bankbelege lesen können. Alle diese Themen erfordern die Kenntnis der finanzwirtschaftlichen Terminologie und die korrekte Anwendung dieser Terminologie bei der Verwaltung der eigenen Finanzen.

Deshalb handelt es sich meines Erachtens beim Bericht der Berichterstatterin, Frau Iotova, um einen weiteren wichtigen Beitrag des Europäischen Parlaments auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes, weshalb ich diesem Bericht zugestimmt habe. Ich bin der festen Überzeugung, dass die finanzwirtschaftliche Ausbildung der Verbraucher bereits in der Grundschule beginnen muss. Die Mitgliedstaaten sollten dieses Thema, insbesondere die Finanzwirtschaft, in die Lehrbücher der Grund- und Sekundarschule aufnehmen. Die Websites DOLCETA und EURÓPSKY DIÁR sollten stärker gefördert werden.

Ich begrüße Aktivitäten von Verbraucherorganisationen, die nicht nur Schulkinder, sondern auch Lehrer qualifizieren möchten. Verschiedene Wettbewerbe, die mit großer Begeisterung organisiert werden, ziehen eine große Zahl junger Verbraucher an. Unter meiner Schirmherrschaft sowie im Kontext der Verbraucherausbildung von Schulkindern organisiert die slowakische Verbraucherschutzvereinigung jährlich einen Wettbewerb mit der Bezeichnung „Konsum für das Leben“. Dieser Wettbewerb stößt auf sehr großes Interesse. Die Sieger werden mit einer Reise zum Europäischen Parlament ausgezeichnet.

**Syed Kamall (PPE-DE).** - Herr Präsident! Vielen Dank, dass Sie mir Gelegenheit zu einer Stimmerklärung gegeben haben. Ich glaube, alle in diesem Saal stimmen mir in der Einschätzung zu, dass die Kreditklemme und die Liquiditätskrise, mit der wir nun konfrontiert sind, durch falsche Kreditentscheidungen verursacht wurden. Dabei wurden nicht nur von den Banken Fehler begangen, denn deren Entscheidungen wurden auch noch von der Clinton-Regierung und ihren Nachfolgeregierungen forciert, die empfahlen, auch an kreditunwürdige Gemeinden Kredite zu vergeben, und auch die Verbraucher haben schlechte Entscheidungen getroffen. Sie wurden ermutigt, Kredite aufzunehmen, die sie eigentlich nicht zurückzahlen konnten. Plötzlich sind sie nun die Hauptleidtragenden, da sie nicht in der Lage sind, diese Kredite zu bedienen.

Das verdeutlicht die Wichtigkeit einer Erhöhung der finanzwirtschaftlichen Kompetenz der Verbraucher. Offensichtlich sind wir jedoch in der Denkfalle gefangen, zu glauben, die EU hätte für jedes Problem eine Lösung. Wenn Sie sich die Lösungen ansehen, die hier auf der Website der Europäischen Kommission, im EU-Tagebuch, aufgeführt sind, so werden Sie erkennen, dass sie nur einen geringen Beitrag zur Erhöhung der Verbraucherkompetenz leisten. Wir sollten uns bestimmte Organisationen der Gemeinden einmal näher ansehen – wie in meinem Wahlkreis die Croydon Caribbean Credit Union –, die dazu beitragen, diese Probleme auf der Ebene der Gemeinden und nicht auf Europäischer Ebene zu lösen.

**- Bericht: Astrid Lulling (A6-0417/2008)**

**Astrid Lulling (PPE-DE).** – (FR) Herr Präsident! Ich habe das Parlament gebeten, gegen den Bericht zu stimmen, da nur eine kleine Minderheit für Richtzahlen unterhalb den derzeit geltenden gestimmt hat.

Ich möchte hervorheben, dass die Kommission keine Richtzahlen befürwortet. 2005 hat dieses Haus für den Rosati-Bericht zur Abschaffung von Richtzahlen gestimmt, doch nun rudern wir zurück und schwächen unser eigenes Abstimmungsergebnis ab. Die meisten Mitglieder wissen nicht, wofür sie gestimmt haben.

Nun reduzieren wir die aktuellen Richtzahlen um 50 %, das heißt, Sie haben anstatt für 800 Zigaretten für 400 gestimmt, anstatt für 10 Liter Kraftstoff für 5 Liter, anstatt für 90 Liter Wein für 45 Liter, und Sie haben anstatt für 110 Liter Bier für 55 Liter gestimmt. Sie gehen einen Schritt zurück und halbieren die derzeit geltenden Richtzahlen für den Einkauf durch Privatpersonen.

Ich bin gleichzeitig der Meinung, dass die Botschaft an Kommissar Kovács und den Ministerrat klar ist. Es gibt nur fünf Mitglieder, die letztendlich nicht bereit sind, für meinen Bericht zu stimmen. Deshalb möchte ich den Rat darüber informieren, dass der Kommissar – wie er gestern Abend selbst sagte – sich auch mit Richtgrenzen einverstanden erklärt, dann allerdings mit den derzeit geltenden. Das muss klar sein, Herr Präsident. Als Berichterstatterin muss ich auf diesen Umstand hinweisen, denn er ist für die Interpretation der Abstimmung wesentlich.

**Daniel Hannan (NI).** - Herr Präsident! Es ist mir eine Ehre, die englischen Grafschaften, die an London angrenzen, zu vertreten, eine Gegend, die von hübschen Dörfern, Hügelländern und Glockenblumenwiesen bestimmt ist. Wie jedes andere Mitglied des Europäischen Parlaments, das Südostengland vertritt, habe ich Dutzende herzzerreißender Beschwerden von Wählern erhalten, die der willkürlichen Beschlagnahmung legal gekaufter alkoholischer Getränke und Tabakwaren an den Häfen des Ärmelkanals zum Opfer fielen.

Die von der Labour-Regierung wiederholt vorgenommenen Erhöhungen der Verbrauchsteuer haben Einkünfte, die eigentlich von Einzelhändlern in meinem Wahlkreis hätten erzielt werden sollen, an das andere Ufer des Ärmelkanals verlagert. Gleichzeitig wurden auch Arbeitsplätze von den ländlichen Gegenden Südostenglands an die andere Uferseite verlegt. Einkünfte, die eigentlich dem britischen Schatzkanzler zufließen sollten, kommen nun kontinentaleuropäischen Staatskassen zugute.

Die Reaktion der Regierung bestand darin, diesen allmählich versiegenden Einkommensstrom dafür zu nutzen, mehr und mehr Zollbeamte in dem nutzlosen Unterfangen einzustellen, ein System zu überwachen, in dem inzwischen der Großteil unseres Alkohol- und Tabakbedarfs geschmuggelt wird. Die der britischen Labour Party angehörenden Mitglieder des Europäischen Parlaments haben sich soeben blamablerweise mit ihrer Stimme einverstanden erklärt, zu diesem System zurückzukehren. Ich denke, das ist eine Schande.

**Syed Kamall (PPE-DE).** - Herr Präsident! Gestatten Sie mir, nochmals die Meinungsäußerungen meiner Vorredner, also der Berichterstatterin Frau Lulling, sowie meines Kollegen Dan Hannan aus Südostengland wiederzugeben.

Auch ich habe als Mitglied des Europäischen Parlaments, das die Stadt London vertritt – die größte Stadt der Welt und gleichzeitig Hauptstadt des großartigsten Landes der Welt – eine Vielzahl von Briefen meiner Wähler erhalten, in denen sie sich über die unbarmherzige Vorgehensweise der Zoll- und Steuerbehörden beschwerten, weil Sie sich doch nur ein wenig Alkohol und Zigaretten aus Kontinentaleuropa mitgebracht hatten, um sich selbst oder ihren Familien und Freunden eine Freude zu machen.

Was machen diese Beamten der Zoll- und Steuerbehörden im Vereinigten Königreich eigentlich? Sie schikanieren diese Menschen, sie stellen aufdringliche Fragen, sie zerren diese Menschen, unter ihnen auch Rentner, aus ihren Fahrzeugen, und sie versuchen, exakt festzustellen, wie viel Alkohol diese Menschen trinken und wie viele Zigaretten sie rauchen – alles in allem eine Vorgehensweise, die an die Verhörmethoden der Gestapo erinnert. Das ist nicht die Art von Verhalten, die wir von den Beamten der Exekutive bzw. der Steuer- und Zollbehörden im Vereinigten Königreich oder anderswo in Europa erwarten. Mit unserem heutigen Abstimmungsverhalten sind wir einen Weg zurück gegangen – nicht nur zurück in die Zeit vor 1992, sondern in eine Zeit, in der es keinen oder nur einen sehr begrenzten freien Warenverkehr gab.

**- Bericht: Niels Busk (A6-0391/2008)**

**Milan Gaľa (PPE-DE).** – (SK) Ich habe für diesen Bericht gestimmt, weil in den letzten zwei Jahrzehnten Übergewicht und Fettleibigkeit in der Europäischen Union stark zugenommen haben. Derzeit sind fast 22 Millionen Kinder übergewichtig, und diese Zahl wächst jährlich um bis zu 400 000. Mehr als 90 % der

Fettleibigkeit im Kindesalter wird durch schlechte Ernährungsgewohnheiten und Bewegungsmangel verursacht. Diese Kinder leiden an schweren Ernährungsstörungen, Gelenkerkrankungen, einer Schwächung des Immunsystems und einer erhöhten Krankheitsanfälligkeit.

Nach der Verabschiedung des Weißbuchs „Ernährung, Übergewicht, Adipositas: Eine Strategie für Europa“ ist die vorliegende Richtlinie eine gute Nachricht für den Kampf gegen die Fettleibigkeit unter Kindern. Ich erachte das Programm zur Verteilung von mehr Obst und Gemüse an europäischen Schulen als notwendig. Wir sollten darüber hinaus Kindern in Vorschuleinrichtungen eine stärkere Beachtung schenken. Beratung und Entwicklung guter, ausgewogener Ernährungsgewohnheiten würden jedoch einen größeren Beitrag zur Entwicklung einer gesunden Bevölkerung leisten als allein dieses Verteilungsprogramm.

**Czesław Adam Siekierski (PPE-DE).** – (PL) Herr Präsident! Das Schulobstprogramm, das Schulmilchprogramm und das Programm zur Verteilung von Nahrungsmitteln an die Bedürftigsten in der EU sind wunderbare Initiativen der Europäischen Union, die extrem notwendig sind und definitiv unterstützt werden müssen. Die Verteilung von kostenlosem Obst und Gemüse an Schulkinder trägt nicht nur dazu bei, ihren Gesundheitszustand zu verbessern und ihre Ernährungsgewohnheiten zu verändern, sondern hat auch positive soziale Auswirkungen. Eine Vielzahl der Vorschläge der Europäischen Kommission erachte ich als positiv und bin der Meinung, dass sie keine größeren Kontroversen hervorrufen werden. Gleichzeitig hoffe ich, dass Sie, Frau Kommissarin, insbesondere aber unsere Landwirtschaftsminister aus den EU-27-Staaten, ein wenig großzügiger sein werden. Wir müssen daran denken, dass die Gesundheit unserer Kinder auf dem Spiel steht, und daran sollten wir nicht sparen.

**Hynek Fajmon (PPE-DE).** – (CS) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe ebenso wie die anderen Mitglieder des Europäischen Parlaments, die die Tschechische Republik vertreten, gegen den Busk-Bericht zur Versorgung mit Obst und Gemüse an Schulen gestimmt. Für die gesunde Ernährung der Kinder sollten primär die Eltern verantwortlich sein. Die Europäische Union hat auf dem Gebiet der Bildung und der Gesundheit keine Kompetenzen. Diese Angelegenheiten müssen von den Mitgliedstaaten entsprechend den eigenen nationalen Präferenzen geregelt werden. Es gibt keinen rationalen Grund dafür, dass die Europäische Union Gelder der Steuerzahler dazu nutzt, dass Schulkinder einmal pro Woche ein Stück Obst erhalten. Die EU sollte sich besser um rein europaweite Angelegenheiten kümmern, beispielsweise den Abbau von Barrieren in Bezug auf die vier Grundfreiheiten, und sie sollte ihrem eigenen Subsidiaritätsprinzip nicht zuwiderhandeln.

**Mairead McGuinness (PPE-DE).** - Herr Präsident! Zwischen den Zeiten, in denen wir versucht haben, Schulkinder davon abzuhalten, in fremden Gärten Äpfel zu stehlen, bis zur heutigen Situation, in denen Schulkinder weder an Äpfeln noch an Obstgärten interessiert sind, liegt ein weiter Weg. Deshalb ist das Schulobstprogramm zu begrüßen. Das Problem besteht darin, dass viele Eltern nicht wissen, wie wichtig Obst und Gemüse sind. Im Rahmen dieses Programms werden die Kinder und ihre Eltern über die gesundheitlichen Vorteile des Verzehrs von Obst und Gemüse aufgeklärt.

Selbstverständlich liegt der Schlüssel zum Erfolg dieses Programms in den Mitgliedstaaten. Wir wünschen uns kein kompliziertes, auf Vorschriften basierendes Programm. Wir möchten Flexibilität, und wir müssen insbesondere mit den Lehrern zusammenarbeiten, die das Obst und Gemüse verteilen, aber auch mit den Eltern, damit sie sicherstellen, dass die Kinder Obst und Gemüse essen und genießen und in ihrem Leben gesunde Ernährungsgewohnheiten entwickeln.

**Ewa Tomaszewska (UEN).** – (PL) Herr Präsident! In amerikanischen Städten begegnet man nicht selten Teenagern, die mehr als 150 kg wiegen. Ich möchte nicht, dass wir den gleichen Fehler machen. Wenn gegenüber Kindern und Jugendlichen gesunde Ernährungsmodelle und der Verzehr von gesünderen Produkten propagiert werden, die nicht dick machen, ist das eine Investition in die Gesundheit künftiger Generationen. Darüber hinaus können auf diese Weise Einsparungen der Kosten für die Behandlung von Diabetes sowie von Herz-Kreislauf- und Knochenerkrankungen erzielt werden.

Deshalb wäre ein zu bescheidenes Programm sowohl in gesundheitspolitischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht ineffizient. Deshalb habe ich Änderungsantrag Nr. 7 unterstützt, der eine Vervierfachung der Mindestaufwendungen zur Versorgung von Schulkindern mit Obst vorsieht und damit an mindestens vier Tagen und nicht nur einmal pro Woche das Verteilen von einer Portion Obst oder Gemüse garantiert. Ich freue mich, dass dieser Änderungsantrag von der Kommission eingebracht wurde. Die Einführung dieses Programms sollte nicht von der Zustimmung der Eltern zur Kofinanzierung abhängig gemacht werden. Insbesondere sollten die Kinder ärmerer Eltern die Chance haben, an der Schule kostenlos Obst zu erhalten. Deshalb sollte die finanzielle Ausstattung dieses Programms erhöht werden.



**- Bericht: Pervenche Berès, Werner Langen (A6-0420/2008)**

**Ivo Strejček (PPE-DE).** - Herr Präsident! Gestatten Sie mir, zu erklären, warum ich gegen den Bericht von Frau Pervenche Berès und Herrn Werner Langen gestimmt habe. Es gibt mindestens drei Punkte, die ich hervorheben möchte.

Erstens wird im Bericht eine breitere und intensivere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der einzelnen Länder verlangt. Zweitens hätte eine Umsetzung des Berichts eine stärker koordinierte Steuerpolitik zur Folge, die politische Vereinheitlichung erfordert, und die Konsequenz politischer Vereinheitlichung ist der dritte Grund meiner Ablehnung dieses Berichts.

Ich teile nicht die Ansicht, dass eine politische Koordinierung, durch die die natürlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten eliminiert werden, das Allheilmittel für die aktuellen Probleme Europas darstellt. Die aktuellen Probleme Europas liegen vor allem in der Freizügigkeit der Arbeitskräfte sowie im freien Verkehr von Kapital und Dienstleistungen.

**Czesław Adam Siekierski (PPE-DE).** - (PL) Aus der Perspektive der zehnjährigen Existenz der Wirtschafts- und Währungsunion betrachtet, müssen wir uns fragen, ob wir das Euro-Zeichen tatsächlich den Begriffen „Wohlstand“ und „Stabilisierung“ zuordnen können. Zweifellos kann es nur eine Antwort auf diese Frage geben. Zwar ist zu akzeptieren, dass es bei der Einführung der neuen Währung einige negative Aspekte gab, beispielsweise den Preisanstieg in der ersten Phase, doch es muss hervorgehoben werden, dass sich der Euro zu einer der Leitwährungen in der Welt entwickelt hat.

Die Wirtschafts- und Währungsunion hat zu einer größeren wirtschaftlichen Stabilität in den Mitgliedstaaten beigetragen und sich auch positiv auf den internationalen Handel und damit zum Nutzen der EU ausgewirkt. Die positiven Auswirkungen des Euro wurden jüngst besonders deutlich, als die globale Finanzkrise uns die Vorteile eines stabilen Wechselkurses deutlich vor Augen führte.

**- Bericht: Klaus-Heiner Lehne (A6-0422/2008)**

**Siiri Oviir (ALDE).** - (ET) Ich möchte eine Stimmerklärung abgeben. Ich habe an der Abstimmung über den Antrag, Massimo D'Alema die parlamentarische Immunität zu entziehen, nicht teilgenommen, da ich als Anwältin bestimmte Vorbehalte hinsichtlich der Kompetenz unseres Parlaments in dieser Angelegenheit habe, und ich habe nicht das Recht oder den Wunsch, mich in die internen Angelegenheiten von Italien einzumischen.

**- Bericht: Christian Ehler (A6-0418/2008)**

**Gyula Hegyi (PSE).** - (HU) Als Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit begrüße ich das Ergebnis der Abstimmung. Wir sprechen über eine Technologie, die, sofern sie gut funktioniert, eine Teillösung für die Problematik des Klimawandels darstellen kann. Wir dürfen jedoch nicht zulassen, dass wir dadurch von der Bedeutung des gesamten Klimapakets abgelenkt werden.

Die neuen Mitgliedstaaten, darunter auch Ungarn, haben seit dem Ende der Achtzigerjahre ihre Treibhausgasemissionen deutlich verringert. Es wäre eine schwere Demütigung, wenn sie nun von denen bestraft würden, die bisher ihre Schadstoffemissionen permanent erhöht haben. Deshalb möchten wir eine proportionale Verteilung von 10 % der Einnahmen aus dem Emissionsrechtehandelssystem unter jenen Mitgliedstaaten erreichen, deren BIP pro Kopf unter dem Durchschnitt der Europäischen Union liegt.

Analog hierzu möchten wir 10 % an diejenigen verteilen, die ihre Emissionen in den letzten 15 Jahren verringert haben. Dem Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit ist es gelungen, für Fernheizsysteme eine Befreiung von der Klimaabgabe zu erreichen. Dieser Erfolg muss im Interesse von Millionen einkommensschwacher europäischer Bürger gesichert werden. Als Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für Umweltfragen stimme ich den oben zur Unterstützung des Berichts vorgebrachten Argumenten zu.

**Schriftliche Stimmerklärungen****- Bericht: Jacek Saryusz-Wolski (A6-0416/2008)**

**Alessandro Battilocchio (PSE), schriftlich.** - (IT) Ich stimme für diese Maßnahme. Kasachstan hat einen Prozess der Demokratisierung eingeleitet, der langsamer voranschreitet als das außerordentliche

Wirtschaftswachstum, welches das Land in den letzten Jahren erlebt hat, denn es ist eine gewaltige Präsenz ausländischer Unternehmer zu verzeichnen, die große Mengen Kapital in diese frühere Sowjetrepublik investieren. In diesem Kontext sollte die Europäische Union konstant Maßnahmen unterstützen, die auf eine Stärkung von Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit für die kasachischen Bürger abzielen, und nicht nur als Handelspartner mit wachsendem Interesse agieren. Wirtschaftliches Wachstum und Demokratie sollten Hand in Hand gehen.

**Dragoș Florin David (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Ich habe während des Beratungsverfahrens für den Bericht gestimmt, in dem der Abschluss des Protokolls zum Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Kasachstan gebilligt und auch der Beitritt von Rumänien und Bulgarien zur EU berücksichtigt wird. Dieser Bericht trägt zu einer Förderung der Zusammenarbeit zwischen Rumänien und der Republik Kasachstan bei.

**Glyn Ford (PSE), schriftlich.** – Ich habe für den Bericht von Herrn Saryusz-Wolski zum Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Kasachstan gestimmt. Ich tat dies trotz meiner auch weiterhin bestehenden Vorbehalte gegenüber der Menschenrechtsbilanz der Regierung von Kasachstan. Wichtig ist, dass das Parlament und die Kommission auch weiterhin die Situation in Kasachstan beobachten. Sollte sich diese Situation in den nächsten 12 Monaten verschlechtern oder auch nur nicht verbessern, sollten wir Maßnahmen zur Aussetzung dieses Abkommens beschließen.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Ich habe für den Bericht von Herrn Saryusz-Wolski und damit auch für den Abschluss des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Kasachstan gestimmt.

Ich befürworte die Position des Berichterstatters sowie auch die des Rates, die davon ausgehen, dass es die Existenz eines Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit mit Kasachstan vor dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien zur Europäischen Union erfordert, ein Protokoll zu diesem Abkommen zu erarbeiten, das von den neuen Mitgliedstaaten unterzeichnet werden kann.

#### **- Bericht: Angelika Niebler (A6-0439/2008)**

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich.** – (PT) Das betreffende Dokument stellt keine grundlegende Veränderung des Inhalts der von diesem Parlament im November 2006 angenommenen Verordnung dar, mit der eine öffentlich-private Partnerschaft zur Entwicklung eines europäischen Flugverkehrsmanagementsystems aufgebaut wurde.

Die nun eingebrachten Änderungsanträge zu dieser Verordnung zielen auf eine Anerkennung von SESAR (einem europäischen Flugverkehrsmanagementsystem einer neuen Generation) als Gemeinschaftsorgan ab und ermöglichen die Anwendung der Beschäftigungsbedingungen der Europäischen Gemeinschaften auf die Mitarbeiter dieses Gemeinschaftsorgans. Es wurden auch Änderungsanträge eingebracht, mit denen eine Quantifizierung des Beitrags der Gemeinschaft und der von ihr an SESAR zu transferierenden Mittel in Höhe von 700 Millionen Euro angestrebt wird, die zu gleichen Teilen aus dem Haushalt für das Siebte Rahmenprogramm für Forschungs und technologische Entwicklung sowie aus dem Programm für ein transeuropäisches Netz stammen.

Die Gründung dieses Unternehmens stellt einen gefährlichen Präzedenzfall des Einsatzes öffentlicher Gelder für private Zwecke dar. Für die Modernisierung und Optimierung von Flugverkehrsmanagementsystemen, auch in Bezug auf ihre Sicherheit, hätte auf der Grundlage der Vorgehensweise für den öffentlichen Sektor gearbeitet werden können. Damit würde die Sicherheit der Experten und der Nutzer des Luftraums garantiert. Wir sind der Meinung, dass diese Ziele nicht dadurch besser erreicht werden, dass man sie den Interessen und dem Druck des privaten Sektors unterwirft. Aus diesen Gründen haben wir diesen Bericht nicht unterstützt.

**David Martin (PSE), schriftlich.** – Dieser Vorschlag hat einen erheblichen positiven finanziellen Einfluss auf das Programm zur Modernisierung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems. Ich unterstütze den Vorschlag, die eingesparten finanziellen Mittel in Forschungs-, Entwicklungs- und Validierungsaktivitäten zugunsten der gesamten Gemeinschaft zu investieren.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Ich möchte erklären, dass ich für den Bericht von Frau Niebler zur Gründung eines gemeinsamen Unternehmens zur Entwicklung von SESAR, dem Europäischen Flugverkehrsmanagementsystem der neuen Generation, gestimmt habe.

Es ist klar, dass große Gemeinschaftsprojekte auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung gemeinsame Anstrengungen des öffentlichen und des privaten Sektors erfordern, um dauerhaft positive Ergebnisse zu erreichen. In diesem Fall glaube ich, dass das harmonisierte Luftverkehrsmanagementsystem der neuen Generation erforderlich ist, um ein wirtschaftlich und ökologisch nachhaltiges Wachstum am europäischen Himmel zu erreichen. Deshalb glaube ich, dass wir die Gründung eines gemeinsamen Unternehmens auf diesem Gebiet mit Wohlwollen zur Kenntnis nehmen sollten. Ich möchte jedoch die Notwendigkeit betonen, aus der Vergangenheit zu lernen (ich denke dabei an die Einstellung des gemeinsamen Projekts Galileo) sowie den Status, den diese Rechtsperson haben sollte, klarer zu definieren, sodass die Vorteile des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht von verfahrenstechnischen oder rechtlichen Problemen behindert werden.

**- Bericht: Diana Wallis (A6-0382/2008)**

**Luca Romagnoli (NI)**, schriftlich. – (IT) Ich habe für den Bericht von Frau Wallis zur Kodifizierung der vorgeschriebenen Angaben an zweirädrigen und dreirädrigen Kraftfahrzeugen gestimmt. Da die Richtlinie zu den vorgeschriebenen Angaben bei Fahrzeugen dieser Art schon mehrmals verändert wurde, bin ich der Meinung, dass eine Kodifizierung notwendig ist, um den Bürgern das Verständnis und den Zugang zu dieser Rechtsvorschrift der Gemeinschaft zu erleichtern und ihnen damit auch eine bessere Möglichkeit zur Wahrnehmung der darin enthaltenen Rechte zu geben.

**- Bericht: Hans-Peter Mayer (A6-0428/2008)**

**Luca Romagnoli (NI)**, schriftlich. – (IT) Ich habe für den Bericht von Herrn Mayer zum Abschluss des Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen gestimmt. Ich stimme meinem Kollegen zu, dass dieser Vorschlag der Kommission mit dem Ziel, das Lugano-Übereinkommen von 1988 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen zu ersetzen, dazu beitragen kann, Entscheidungen in den betroffenen Bereichen reibungsloser und effizienter anzuerkennen und in Kraft zu setzen, insbesondere in Bezug auf die Registrierung und Gültigkeit geistiger Eigentumsrechte.

**- Bericht: Pervenche Berès (A6-0376/2008)**

**Šarūnas Birutis (ALDE)**, schriftlich. – (LT) Dieser Vorschlag ist besonders wichtig, da die Anwendung des Regelungsverfahrens mit Kontrolle die Rechte des Europäischen Parlaments bezüglich der Kontrolle der Art und Weise der Umsetzung von Durchführungsmaßnahmen erheblich stärkt. Dabei wird dem Europäischen Parlament das Recht zur Kontrolle des Entwurfs für eine Durchführungsmaßnahme eingeräumt. Darüber hinaus gibt es Zusätze zu den grundlegenden Bestimmungen, mit denen dem Europäischen Parlament das Recht auf Widerspruch gegen den Entwurf für eine Maßnahme sowie das Einbringen von Änderungsanträgen zum Entwurf für eine Durchsetzungsmaßnahme eingeräumt werden.

**Luca Romagnoli (NI)**, schriftlich. – (IT) Ich unterstütze den hervorragenden Bericht von Frau Berès zur Änderung der Verordnung des Rates zum Europäischen System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft betreffend die Durchführungsbefugnisse, die der Kommission übertragen wurden. Nach der Einführung des neuen Komitologieverfahrens, namentlich des Regelungsverfahrens mit Kontrolle, das die Rechte des Parlaments zur Beaufsichtigung von Durchführungsmaßnahmen erweitert, bin ich der Auffassung, dass wir mit dem von der Kommission empfohlenen allgemeinen Anpassungsprozess fortfahren sollten, sodass das neue Verfahren effektiv angewandt werden kann.

**- Bericht: Reimer Böge (A6-0430/2008)**

**Pedro Guerreiro (GUE/NGL)**, schriftlich. – (PT) In den Jahren 2007 und 2008 beantragte Italien Beihilfen im Zusammenhang mit Entlassungen in Sardinien (1 044 Entlassungen, 5 Unternehmen), dem Piemont (1 537/202), der Lombardei (1 816/190) und der Toskana (1 588/461), die auf die Liberalisierung im Textil- und Bekleidungssektor folgten. Für insgesamt 5 985 Entlassungen in 858 Unternehmen beantragte Italien finanzielle Hilfen in Höhe von 38 158 075 Euro.

Wie bereits vorher festgestellt wurde, kann dieser Fonds nicht als zeitweiliges „Polster“ für inakzeptable sozioökonomische Kosten genutzt werden, die aus der Liberalisierung des Handels resultieren, insbesondere im Textil- und Bekleidungssektor, und auch nicht zur Abfederung der zunehmenden Unsicherheit unter den Arbeitern.

Angesichts des (möglichen) Auslaufens des Systems der doppelten Kontrolle für Exporte bestimmter Kategorien von Textil- und Bekleidungsprodukten aus China zum 31. Dezember 2008 müssen wir bestimmte Mechanismen zur Begrenzung der Importe aus anderen Ländern in die EU aufbauen.

Angesichts der zunehmenden Anzahl von Unternehmen, die geschlossen werden oder ihre Produktion verlagern, der zunehmenden Arbeitslosigkeit sowie der zunehmenden Ausbeutung der Arbeitnehmer – insbesondere in Portugal – müssen wir der Politik der Liberalisierung des Welthandels (die von der EU und der sozialistischen Regierung in Portugal initiiert wurde) Einhalt gebieten und die Produktion und Beschäftigung durch Anwendung der in den verschiedenen EU-Ländern geltenden Rechtsvorschriften verteidigen.

**Luís Queiró (PPE-DE), schriftlich. – (PT)** Die auf Wunsch Italiens erfolgte Mobilisierung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung bietet eine hervorragende Gelegenheit, die Reaktionen zu prüfen, die zukünftig erforderlich sein werden, wenn die Kombination der Effekte von Globalisierung und Wirtschaftskrise noch akuter wird. Das Format dieses Fonds, der auf Prinzipien basiert, die in ihrem Geltungsbereich begrenzt sind, lässt den Schluss zu, dass die Europäische Union die Globalisierung als Tatsache und ihre negativen Auswirkungen als Realität anerkennt, der wir uns anpassen müssen und gegen die wir nicht opponieren können. Das ist meines Erachtens eine realistische Ansicht mit einem erheblichen Effektivitätspotenzial.

Die globalen Veränderungen zu verstehen und die Bemühungen in Reaktion auf diese Veränderungen zu kanalisieren, ist wesentlich angemessener, als an die Möglichkeit einer Vermeidung dieser Veränderungen auf unbestimmte Zeit zu glauben oder gar zu glauben, dass eine Opposition gegen diese Veränderungen tugendhaft sei. Die Anpassung an die Globalisierung ist eine wesentlich angemessenere politische Option als eine Oppositionshaltung gegenüber der Globalisierung.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich. – (IT)** Ich unterstütze den Bericht von Herrn Böge zur Mobilisierung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Ich stimme zu, dass die von den vier italienischen Regionen vorgelegten Anträge den in der EU-Verordnung enthaltenen Auflagen für die Festsetzung finanzieller Zuwendungen entsprechen und mit den Gründen für die Bildung des Fonds im Einklang stehen. Heute ist es mehr denn je notwendig, den Arbeitnehmern zu helfen, die ihren Arbeitsplatz aufgrund von Veränderungen in der Struktur des Welthandels verloren haben, und ihnen einen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Deshalb unterstütze ich den Antrag auf Mobilisierung des Fonds, wie im Bericht meines Kollegen zum Ausdruck gebracht.

#### – Bericht: Klaus-Heiner Lehne (A6-0421/2008)

**Philip Claeys (NI), schriftlich. – (NL)** Ich habe aus verschiedenen Gründen gegen den Bericht gestimmt. Im Ausschuss wurde keine ernsthafte Debatte geführt. Nur 7 von 28 Mitgliedern waren anwesend. Es war nicht einmal möglich, im Plenum eine Debatte zu führen. Noch vor der Abstimmung im Ausschuss, wo es Herrn Vanhecke nicht gestattet wurde, sich mit dem Inhalt des Berichts vertraut zu machen, wurde im öffentlich-rechtlichen Fernsehen Flanderns bereits über diesen Bericht diskutiert. Das ist ein Skandal. Am schlimmsten ist jedoch der Schluss des Berichts. Man empfiehlt die Aufhebung der Immunität, obwohl Herr Vanhecke nicht der Verfasser des kontroversen Texts ist und in der belgischen Verfassung eindeutig festgelegt ist, dass nur der Verfasser strafrechtlich verfolgt werden kann, sofern er bekannt ist.

Aufgrund eines solch schädigen Dossiers ist Herr Vanhecke dem Risiko ausgesetzt, seine politischen Rechte zu verlieren, da Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit des belgischen Gerichts nur in der Theorie existieren. Diese Angelegenheit ist ein politisches Manöver, um einen Führer der nationalistisch eingestellten flämischen Opposition an den Rand zu stellen. Es ist eine Schande, dass sich das Europäische Parlament für einen solchen Zweck missbrauchen lässt.

**Carl Lang (NI), schriftlich. – (FR)** Sowohl der Rechtsausschuss als auch die Mitglieder der politischen Fraktionen im Plenum haben heute erneut gezeigt, für wie unwichtig sie Objektivität und Gesetzestreue im Vergleich zu ihrer Obsession halten, sich aller Personen zu entledigen, die nicht zu ihrer großen Familie der Euro-Föderalisten gehören.

Mein Kollege Vanhecke ist in Belgien Zielscheibe einer wahren Hexenjagd, deren einziges Ziel darin besteht, ihn zu verurteilen und zu zwingen, von der politischen Bühne abzutreten. Das Europäische Parlament hat vergessen, dass es beim Einbringen eines Antrags auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität eines Abgeordneten durch einen Staat verpflichtet ist, die in der Geschäftsordnung dargelegten Regeln zum Schutz der Mitglieder des Europäischen Parlaments vollständig anzuwenden.

Wie Herr Gollnisch, dem seine parlamentarische Immunität im Jahr 2006 ausschließlich aus politischen Gründen aberkannt wurde, ist Herr Vanhecke das Opfer eines sehr realen Angriffs, durch den eine rechtliche Frage in eine politische transformiert werden soll. Das ist inakzeptabel für eine Institution, die sich fälschlicherweise als demokratisch bezeichnet.

**Fernand Le Rachinel (NI)**, schriftlich. – (FR) Am 13. Oktober 1981 kam es in der französischen Nationalversammlung zu der berühmten Erwiderung von André Laignel, einem sozialistischen Abgeordneten, an die Abgeordneten der Opposition, die behaupteten, die von der Regierung angestrebte Verstaatlichung sei verfassungswidrig. In seiner Argumentation behauptete er, dass diese Abgeordneten die Debatte von einer rechtlichen in eine politische verändern wollten. Zwar seien sie dazu berechtigt, handelten in diesem Fall aber rechtswidrig, da sie sich politisch in der Minderheit befänden.

Das Europäische Parlament hat sich diese Argumentation eindeutig zu Herzen genommen, indem es sich aller derjenigen entledigen will, die es wagen, das Parlament mit politischen Ansichten zu belästigen, die nach seinem Geschmack nicht ausreichend föderalistisch oder pro-europäisch sind.

Mein Kollege Vanhecke ist das Ziel einer wahren Hexenjagd in diesem Europäischen Parlament, in das er rechtmäßig gewählt wurde. Diese Institution irrt und blamiert sich total, wenn sie das Inakzeptable akzeptiert: Lynchjustiz gegen eines seiner Mitglieder durch Missachtung aller derzeit geltenden Rechtsprinzipien und Rechtsschutzgrundsätze in Bezug auf die parlamentarische Immunität.

**Andreas Mölzer (NI)**, schriftlich. – (DE) Bei diesem Bericht und dem damit verbundenen juristischen Vorgehen belgischer Behörden muss man eindeutig festhalten, dass es sich bei der ganzen Vorgehensweise – im Speziellen der Gerichte – um eine rein politisch motivierte strafrechtliche Verfolgung des ehemaligen Parteichefs des Vlaams Belang, Frank Vanhecke, handelt. Vanhecke hat diese Klageschrift 2 Tage nach der Übergabe des Parteivorsitzes erhalten.

Zudem ist wohl deutlich ersichtlich, dass durch die nunmehr verbleibenden 6 Monate bis zur Europawahl der Kandidat des Vlaams Belang politisch motiviert angeschwärzt werden soll. Nach dem belgischen Grundgesetz wäre es außerdem juristisch notwendig, den Autor des Artikels zu verfolgen, da dieser bekannt ist, und nicht den Herausgeber des Mediums. Daher halte ich mit Nachdruck fest, dass eine politisch motivierte Strafverfolgung keinesfalls zum Anlass genommen werden soll, die parlamentarische Immunität von Frank Vanhecke aufzuheben, und dass diese Hexenverfolgung durch die belgischen Justizbehörden aufs Schärfste zu verurteilen ist. Eine ähnliche Situation gab es im Jahr 2003, als gegen Daniel Cohn-Bendit von den Grünen eine Strafverfolgung eingeleitet wurde, diese damals aber vom Ausschuss abgewiesen wurde, weil man eine politische Motivation dahinter vermutet hat. Die Situation ist hier gleich, wenn nicht noch eindeutiger gegeben, daher kann es von meiner Seite nur eine Gegenstimme geben.

**Frank Vanhecke (NI)**, schriftlich. – (NL) Zwar gebe ich mich keinen Illusionen hin, möchte aber dennoch sagen, dass sich das Europäische Parlament zum erbärmlichen Komplizen eines politischen Lynchmobs macht, der von den belgischen Gerichten in Szene gesetzt wurde. 7 von 28 Mitgliedern waren anwesend, als ich im Rechtsausschuss 20 Minuten Zeit erhielt, um mich selbst gegen ein mehrere Hundert Seiten langes Dossier zu verteidigen. Im Plenum erhielt ich – entgegen Artikel 7 unserer eigenen Geschäftsordnung – überhaupt keine Gelegenheit, meine Ansichten zu verteidigen.

Würde so etwas in Russland passieren, bräche ein Sturm der Entrüstung los. Was mich betrifft, so werde ich den Kopf oben behalten und auch weiterhin für freie Meinungsäußerung in Flandern und in Europa eintreten, und das nicht zuletzt, wenn es um das Problem der Einwanderer und die Gefahr des Islam geht.

#### - Bericht: Klaus-Heiner Lehne (A6-0422/2008)

**Marco Cappato (ALDE)**, schriftlich. – (IT) Wir in der Delegation der Radikalen, gemeinsam mit Marco Pannella, stimmen gegen den Lehne-Bericht zur Immunität von Herrn D'Alema, denn in diesem Bericht werden unlogische Schlussfolgerungen gezogen, die nur auf Gründe- oder- Reflexe zur Selbstverteidigung der italienischen und europäischen politischen Klasse zurückgeführt werden können.

Im Bericht wird argumentiert, dass der Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung unbegründet sei, da das abgefangene Material bereits ausreiche, um die Anschuldigungen gegen jene Personen, die Gegenstand des Ermittlungsverfahrens sind, zu unterstützen. Wenn der Antrag des Büros des Staatsanwalts tatsächlich eine Belastung von Herrn D'Alema zum Ziel gehabt haben sollte, wäre er unbegründet, da das Parlament bei seinen Entscheidungen nicht an das italienische Recht gebunden ist.

Falls das abgefangene Material jedoch tatsächlich nutzlos und der Antrag unbegründet und ausgesprochen unnötig ist, warum sollte dann das Europäische Parlament entscheiden müssen, die Nutzung der betreffenden abgefangenen Telefongespräche nicht zu genehmigen und die Immunität von Massimo D'Alema nicht aufzuheben, wie im Bericht vorgeschlagen wird? Warum sollten wir nicht der Entscheidung des italienischen Parlaments folgen, das im Kontext dieses Ermittlungsverfahrens die Genehmigung erteilte, gerichtlich gegen Herrn Fassino vorzugehen?

Wir trauen der ALDE-Fraktion bereitwillig zu, in der Frage dieser dubiosen Entscheidung durch Stimmenthaltung ihre Nichtidentifikation mit dem Herdentrieb in der Fraktion der Europäischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Fraktion zum Ausdruck zu bringen.

**- Bericht: Iliana Malinova Iotova (A6-0393/2008)**

**Adam Bielan (UEN), schriftlich.** – (PL) In den letzten Jahren sind viele neue Finanzprodukte auf dem Markt aufgetaucht. Aufgrund der zunehmenden Komplexität dieser Produkte werden die Verbraucher immer wehrloser und sind häufig nicht in der Lage, ohne Expertenhilfe festzustellen, welche Finanzierung ihren Bedürfnissen am besten entspricht. Dies führt zu vielen falschen Entscheidungen, insbesondere unter den weniger begüterten Menschen.

In Polen gab es viele Fälle von Betrug, aber es war auch zu beobachten, dass die Verbraucher einfach falsche finanzielle Entscheidungen trafen, weil sie sich der Auswirkungen dieser Entscheidung nicht bewusst waren. Unter diesen Umständen ist eine Aufklärung in Finanzfragen wesentlich und der beste Weg, um Verbraucher vor falschen finanziellen Entscheidungen zu schützen.

**Šarūnas Birutis (ALDE), schriftlich.** – (LT) Aufklärung in Finanzfragen ist ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung der EU, insbesondere inmitten der Finanzkrise. Die Verbraucher müssen über Grundkenntnisse verfügen, welche die Auswahl und das vollständige Verstehen der Informationen und Angebote erleichtern. Die Verbraucher sind mit einer immer größeren Anzahl immer komplexerer Produkte und Dienstleistungen konfrontiert. Inzwischen steht die Information und Beratung der Verbraucher in keinem Verhältnis zur Komplexität der Finanzprodukte. Im Ergebnis dieser Situation sind die Kunden in Finanzfragen immer stärker gefährdet.

Wenn die Lücken in Bezug auf das Wissen und die finanzwirtschaftliche Kompetenz der Finanzmakler und Verbraucher reduziert werden, sinkt damit auch das Risiko einer Überschuldung, eines Zahlungsverzugs oder einer Insolvenz. Es käme auch zu einer Verschärfung des Wettbewerbs im Kreditgeschäft sowie zu einer Erhöhung der Gesamteffizienz des Marktes, da Verbraucher mit einer höheren Kompetenz verstehen, worin die Unterschiede zwischen bestimmten Finanzangeboten liegen, und in der Lage sind, das Angebot auszuwählen, das ihren Bedürfnissen am besten entspricht. Das Wissen und die Fertigkeiten der Verbraucher sind derzeit nicht gut genug, um sicherzustellen, dass die Verbraucher ihre finanziellen Angelegenheiten ordnungsgemäß regeln können.

**Dragoş Florin David (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Ich habe für eine faire, unvoreingenommene und transparente Aufklärung in Finanzfragen gestimmt, aber auch für die Pflicht der auf diesem Gebiet tätigen Dienstleister, ordnungsgemäße, korrekte Informationen vorzulegen. Diese Informationen müssen sich klar von kommerzieller Beratung oder Werbung unterscheiden. Ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten den am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen besondere Aufmerksamkeit widmen, beispielsweise jungen Menschen, Rentnern und Arbeitnehmern am Ende ihres Berufslebens.

**Bruno Gollnisch (NI), schriftlich.** – (FR) Wie viele Texte dieses Hauses ist auch der Bericht von Frau Iotova ein Beispiel für eine scheinbar gute Idee mit einem irreführenden Titel. Bei oberflächlicher Lektüre könnte man zu der Auffassung gelangen, dass es im Bericht um den Schutz der Verbraucher geht, indem sie über ihre Rechte informiert und in Bezug auf Finanzdienstleistungen aufgeklärt werden – kurz, dass sie in die Lage versetzt werden sollen, mit ihrer Bank eine von Verantwortungsbewusstsein und Kompetenz geprägte Beziehung zu pflegen.

Tatsächlich geht es jedoch darum, die Menschen ab dem Kindesalter (offensichtlich ab der Grundschule) zu perfekten kleinen Kunden eines Finanzsystems zu machen, das hungrig nach ihren Ersparnissen giert, beim Verleihen von Geld jedoch knausrig ist. Es geht darum, ihnen Finanzprodukte aller Art aufzuschwatzen, die Pseudo-Experten als „komplex“ bezeichnen und die zumeist einfach absurd sind. Es geht darum, sie sensibel dafür zu machen, ihre Konten zu führen und sich auf die Rente vorzubereiten – mit den Banken, nicht ohne sie –, obwohl sie auch Beiträge in öffentliche Pflichtversicherungen einzahlen.

In einer Zeit, in der das weltweite Finanzsystem soeben seine gesamte Perversion gezeigt hat, in der die Banken trotz der Freigabe von Hunderten Milliarden Euro öffentlicher Hilfen Unternehmen und Einzelpersonen nur widerwillig Kredite geben, in der die Arbeitnehmer und die kleinen und mittleren Unternehmen den Preis für die fortdauernden Torheiten im Finanzsystem bezahlen, in einer Zeit, in der die „Big Player“ dieser Welt vorgeben, Reformen umzusetzen, um die Lebensdauer dieses Systems zu verlängern, in einer solchen Zeit ist es das Mindeste, was man über diesen Bericht sagen kann, dass er nicht überzeugt.

**Małgorzata Handzlik (PPE-DE), schriftlich.** – (PL) In dieser Zeit der Finanzkrise hat dieser Bericht eine neue Bedeutung erhalten. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Hypothekenkrise offengelegt hat, mit welchen Gefahren eine mangelnde Information der Kreditnehmer verbunden sein kann. Sie hat auch die Unfähigkeit der Verbraucher demonstriert, finanzwirtschaftliche und wirtschaftliche Informationen zu verstehen, und hat gezeigt, welche Auswirkungen Veränderungen in den makroökonomischen Indikatoren auf die Rückzahlung von Krediten durch die Verbraucher haben können. Damit hat die Hypothekenkrise aufgezeigt, dass es den Verbrauchern an Bewusstsein für das Risiko einer Insolvenz oder einer überhöhten Verschuldung mangelt.

Der Bericht lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, die Verbraucher aufzuklären und ihr Bewusstsein zu schärfen, um sie auf diese Weise in die Lage zu versetzen, die ihnen angebotenen Finanzprodukte auf der Grundlage ihres eigenen Wissens zu bewerten. Deshalb unterstütze ich die Initiative für die Entwicklung von Programmen zur Aufklärung der Verbraucher in Finanzfragen, insbesondere solcher Programme, die bestimmte potenzielle Zielgruppen im Blick haben – Kriterien sind beispielsweise Alter, Einkommen, Bildungsniveau sowie Arbeitsgebiet oder Interessen. Darüber hinaus müssen die Programme zur Aufklärung der Verbraucher in Finanzfragen auf praktischen und realen Situationen basieren, denen wir in unserem Alltagsleben begegnen.

Ich hoffe, dass der Bericht den Finanzinstituten sowie den Verbrauchern dabei hilft, die Notwendigkeit einer gewissen Kompetenz in Finanzfragen zu verstehen. Ich glaube, dass davon beide Seiten profitieren, denn eine Insolvenz oder übermäßige Verschuldung von Verbrauchern stellt ein Problem für die Kreditinstitute dar, deren Kunden Schwierigkeiten bei der Rückzahlung ihrer Verbindlichkeiten haben.

**Ian Hudghton (Verts/ALE), schriftlich.** – Ich habe für den Iotova-Bericht zur Aufklärung der Verbraucher in Kredit- und Finanzfragen gestimmt. Die Welt steuert auf eine Periode gewaltiger finanzieller Unsicherheiten zu. Viele europäische Bürger haben Angst, ihre Arbeitsplätze, ihre Ersparnisse, ihre Renten und ihre Zukunft zu verlieren. In einer solchen Zeit der Unsicherheit ist es wichtiger denn je, dass die Verbraucher über Kenntnisse zu Krediten und Darlehen sowie zu Finanzen im Allgemeinen verfügen. Im Bericht wird verlangt, dass die Aufklärung der Verbraucher an die Belange konkreter Bevölkerungsgruppen angepasst wird. Initiativen dieser Art auf EU-Ebene sind zu begrüßen.

**Eija-Riitta Korhola (PPE-DE), schriftlich.** – (FI) Ich habe für den Bericht von Frau Iotova zur besseren Aufklärung und Sensibilisierung der Verbraucher in Kredit- und Finanzfragen gestimmt. Dies ist ein notwendiger und begrüßenswerter Bericht, der auf Initiative des Ausschusses erarbeitet wurde.

Die durch „Subprime“-Hypotheken (mit hohen Risiken behaftete Hausbaukredite) verursachte Krise hat gezeigt, dass die Kreditnehmer viel zu wenig aufgeklärt werden. Dieser Mangel an Informationen und Kenntnissen hat zu einer Situation geführt, in der ihnen die Risiken einer Insolvenz oder Überschuldung nicht in ausreichendem Maße sind. Es muss aber auch darauf verwiesen werden, dass das Bewusstsein und die Beratung der Verbraucher nicht mit dem Entwicklungstempo komplexer Finanzprodukte Schritt halten konnten.

Ein adäquates Know-how in Finanzfragen würde in vielen Fällen das Risiko einer Überschuldung oder eines Zahlungsverzugs reduzieren. Dann hätten die Verbraucher auch mehr Möglichkeiten, die Wettbewerbsfähigkeit der Darlehensanbieter zu vergleichen, was wiederum zu einer Stärkung der Lebensfähigkeit des Marktes führen würde.

Insbesondere unterstütze ich den Vorschlag im Bericht, die Vermittlung von Finanzwissen in den nationalen Lehrplänen der Schulen stärker zu berücksichtigen und den jungen Menschen das Finanzwissen zu vermitteln, das sie am Anfang ihres Berufslebens angesichts der neuen Herausforderungen im Umgang mit ihrem Einkommen brauchen.

**Andreas Mölzer (NI), schriftlich.** – (DE) Wir brauchen einen fairen Umgang mit Finanz- und Kreditkunden, mit langen Verjährungsfristen und Beweislastumkehr. Risiken und Kosten haben auf den ersten Blick sichtbar und auch vergleichbar zu sein. Gerade im Zusammenhang mit Lehman Brothers wurden Private en gros

übers Ohr gehauen, etwa riskante Zertifikate als sicher angepriesen und sogar knapp vor der Lehman-Pleite vom Verkauf abgeraten. Und derzeit kämpfen die Bürger mit einer Welle an Zwangskonvertierungen ihrer Fremdwährungskredite oder sollen sittenwidrig für gestiegene Refinanzierungskosten der Banken aufkommen.

In dieser Situation den Bürger lapidar für zu blöd zu erklären und sozusagen ein Unterrichtsfach „finanzielle Allgemeinbildung“ einzufordern, ist ein Schlag ins Gesicht. Allzumal nicht mal selbst ernannte Finanz-Gurus die diversen Spekulations-Verschachtelungen durchschauen konnten. Wenn im vorliegenden Bericht stattdessen mehr Wettbewerb zwischen den Darlehensgebern für höhere Markteffizienz gefordert wird, wird damit nach wie vor dem Märchen vom sich selbst regulierenden Markt gehuldigt. Ich kann diesen Bericht nur aufs Schärfste ablehnen.

**Nicolae Vlad Popa (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Ich habe für den von Frau Iotova erarbeiteten Bericht gestimmt, da er die Mitgliedstaaten ermutigt, Aufklärungsprogramme für Rentner zu erarbeiten, die sich anderenfalls der Gefahr eines Ausschlusses von Finanzdienstleistungen gegenübersehen, sowie auch Programme für junge Menschen, die am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn stehen und entscheiden müssen, wie sie ihr neues Einkommen sinnvoll verwenden.

Verbraucher, die nicht über ein ausreichendes Finanzwissen verfügen, haben Probleme, diejenigen Produkte und Dienstleistungen auszuwählen, die am besten zu ihren Bedürfnissen passen. Ihnen fällt es schwer, die in einer Beratung vermittelten Informationen zu bewerten. Deshalb besteht die Gefahr, dass sie getäuscht werden oder unfairen Verkaufspraktiken zum Opfer fallen.

Ich begrüße die Initiative der Kommission auf dem Gebiet einer finanzwirtschaftlichen Bildung der Verbraucher, insbesondere die kürzlich erfolgte Bildung der Expertengruppe Finanzwissen. Ich denke jedoch, dass diese Expertengruppe Finanzwissen klare Verantwortlichkeiten und Vollmachten haben sollte.

Die von der Kommission bereits erarbeitete Website zur Aufklärung der Verbraucher (<http://www.dolceta.eu>) hat sich als nützlich erwiesen. Ich hoffe, dass dieses Online-Tool weiterentwickelt und in alle Amtssprachen übersetzt wird.

**Luís Queiró (PPE-DE), schriftlich.** – (PT) Einer der wichtigsten Faktoren in der Finanzkrise war die extrem einfache Kreditvergabe sowie die exzessive Tolerierung von Verschuldung. Hieraus müssen folgende Schlussfolgerungen gezogen werden: Erstens erscheint es als nützlich, angesichts der Fakten der Krise und ihrer Ursachen den Banken die Verpflichtung aufzuerlegen, sicherzustellen, dass diejenigen, an die sie Geld verleihen, auch in der Lage sind, die Verbindlichkeiten zurückzuzahlen, bzw. dass die Rückzahlung von Verbindlichkeiten wahrscheinlich ist. Gleichzeitig wird deutlich, dass aufgrund des mangelnden Wissens der Verbraucher zu den mit Krediten verbundenen Risiken – die mit dem Problem der Wechselkursveränderungen beginnen – alles unternommen werden muss, um die Verbraucher besser aufzuklären. Klar ist, dass es angesichts des Drucks eines auf maximalem Konsum basierenden ökonomischen Modells schwierig sein wird, Kampagnen dieses Typs gegenzusteuern. Dennoch ist es notwendig und nach unserer Ansicht auch nützlich, die Aufklärung zu verstärken.

Dieser Bericht sollte auf jeden Fall eine größere Transparenz und den Aufbau klarerer Regeln in den von den Kreditgebern übergebenen Geschäftsbedingungen für ihre Dienstleistungen fördern. Was das Vermitteln von Wissen zu Krediten und anderen Formen des Konsums betrifft, so ist das wichtigste Element die Allgemeinbildung, denn sie vermittelt den Menschen das Rüstzeug für ihre täglichen Entscheidungen.

#### **- Bericht: Anna Hedh (A6-0392/2008)**

**Šarūnas Birutis (ALDE), schriftlich.** – (LT) Das Vertrauen der europäischen Verbraucher ist für ein effektives Funktionieren und das Florieren des Binnenmarkts von ausschlaggebender Bedeutung. Der gemeinsame Markt umfasst fast 500 Millionen Verbraucher und eine enorme Vielfalt an Waren und Dienstleistungen.

Seit 1997 nutzt die Kommission das Binnenmarktbarometer, um die Umsetzung von Rechtsakten zum Binnenmarkt durch die einzelnen Mitgliedstaaten zu überwachen und in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken. Im Verbrauchermarktbarometer werden Problembereiche angesprochen. Folglich kann es ein universelles, flexibles Instrument zur Veröffentlichung von Mängeln sein, die die Aufmerksamkeit der Gesellschaft, der Marktsubjekte und der Institutionen verdienen. Trotzdem bestand das Ziel des Verbrauchermarktbarometers niemals darin, den Verbraucher über den Binnenmarkt zu informieren. Es ist höchste Zeit, diesen Missstand zu beheben. Wir müssen sicherstellen, dass der Markt bestmöglich funktioniert und den Verbrauchern Leistungen angeboten werden, die hinsichtlich Preis und Qualität ihren Erwartungen gerecht werden. Zum Erreichen dieses Ziels ist es nicht erforderlich, noch mehr oder striktere Rechtsakte zu



verabschieden. Informationsvermittlung, Bildung und Selbstregulierung können mitunter eine angemessenere und effektivere Methode sein.

**Małgorzata Handzlik (PPE-DE), schriftlich. – (PL)** Der Binnenmarkt dient nicht nur den Unternehmen, denen dank des sukzessiven Abbaus von Schranken praktisch der gesamte europäische Markt offensteht. Bei seiner Schaffung hatte man auch den Verbraucher im Blick, dem ermöglicht werden sollte, in allen Mitgliedstaaten in den Genuss gleicher Standards zu kommen.

Das Verbrauchermarktbarometer ist ein Instrument zur Überwachung, Analyse und Erkennung von Problemen des Binnenmarkts aus der Perspektive des Verbrauchers. Dabei werden solche Indikatoren wie Preise, Beschwerden, die Zufriedenheit und die Wechselbereitschaft der Verbraucher genutzt. Einige der im Barometer ausgewiesenen Ergebnisse sind möglicherweise infrage zu stellen. Das gilt beispielsweise für die Preise. Sie sind zwar einfach zu kommunizieren und zu vergleichen, allerdings ist der Endpreis von vielen Variablen abhängig, die im Barometer nicht immer berücksichtigt werden. Dennoch stellen die Indikatoren zweifellos eine extrem nützliche und angemessene Methode zur Bewertung der Verbraucheresultate am Binnenmarkt dar.

Ich möchte betonen, dass dies die erste Version des Verbrauchermarktbarometers ist. Wir gehen deshalb davon aus, dass bei der Erarbeitung einer künftigen Version auf unsere Bedenken eingegangen wird. Wichtig ist, dass das Barometer in einer verständlichen Sprache geschrieben und für eine Vielzahl von Benutzern problemlos zu verstehen ist, denn die Ergebnisse dieses Barometers sind zweifellos eine interessante Informationsquelle zu Verbraucheresultaten am Binnenmarkt.

**- Bericht: Astrid Lulling (A6-0417/2008)**

**Jan Andersson, Göran Färm, Anna Hedh, Inger Segelström und Åsa Westlund (PSE), schriftlich. – (SV)** Wir schwedischen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben zugunsten des Berichts zum Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über das allgemeine Verbrauchsteuersystem gestimmt und möchten insbesondere die Bedeutung der Annahme von Änderungsantrag 48 zu Richtzahlen für die Einführung von Alkohol und Tabak unterstreichen. Die Reduzierung (um 50 % unter das Niveau der bisherigen Richtzahlen) ist ein Schritt in die richtige Richtung, hin zu einer verantwortungsvolleren Politik, die die Frage der Volksgesundheit ernst nimmt. Wir möchten jedoch hervorheben, dass wir dies nur als ersten Schritt in Richtung einer noch ehrgeizigeren Politik auf diesem Gebiet betrachten. Darüber hinaus freuen wir uns darüber, dass die Änderungsanträge 60 und 68 abgelehnt wurden. Demzufolge werden Verbrauchsteuern auch weiterhin im Zielland beibehalten.

**Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich. – (SV)** Die Juni-Liste hat entschieden, für den Bericht zu stimmen, da wir der Meinung sind, dass damit eine gewisse Wegstrecke bei der Schaffung der Möglichkeit einheitlicher Auflagen für die auf nationaler Ebene zu unternehmenden Bemühungen zur Gesundheitspolitik auf einem freien Binnenmarkt zurückgelegt wurde. Wir haben jedoch entschieden, gegen bestimmte Vorschläge zu stimmen, die einen stark föderalistischen Unterton haben.

Die Juni-Liste ist der Meinung, dass es beispielsweise sehr wichtig ist, dass in Schweden in Bezug auf Alkohol die entsprechend den Werten und Entscheidungen des schwedischen Parlaments verabschiedete Politik weiterverfolgt werden kann. Im Rahmen dieser Politik wird beispielsweise für den Fernabsatz von Alkohol eine Verbrauchsteuer im Empfängerland fällig. Das wäre nicht der Fall, wenn die Änderungsanträge gebilligt würden. Im Gegenteil, dies würde unter anderem bedeuten, dass die Bestimmungen zu bestimmten Waren, die von Privatpersonen erworben wurden, auch auf den Fernabsatz ausgedehnt werden, wobei die Verbrauchsteuer in dem Mitgliedstaat bezahlt wird, in dem die Waren erworben wurden. Da die Kosten, die im Ergebnis von landesweiten gesundheitlichen Problemen, beispielsweise mit Alkohol und Tabak zusammenhängende Krankheiten, größtenteils durch die national erhobene Steuer gedeckt werden, würde der Vorschlag einer Befreiung der Fernabsatzgeschäfte von der Verbrauchsteuer die Möglichkeiten des öffentlichen Sektors zum effektiven Umgang mit Problemen bei der Volksgesundheit erschweren.

Auch aus der Perspektive des Wettbewerbs besteht ein Problem, denn der im Fernabsatz tätige Verkäufer kann das gleiche Produkt wie ein Akteur des nationalen Marktes verkaufen, allerdings zu einem erheblich niedrigeren Preis, da die Verbrauchsteuer nicht im selben Land bezahlt wird. Die Juni-Liste tritt für Wettbewerb ein, ist jedoch der Meinung, dass die Marktakteure zu gleichen Bedingungen im Wettbewerb zueinander stehen sollten.

**David Martin (PSE), schriftlich. –** Ich unterstütze diese Richtlinie, mit der Betrug und Schmuggel begrenzt werden, die die Einnahmen eines Staates vermindern. Diese modernisierte und vereinfachte Richtlinie

reduziert die Verpflichtungen der Unternehmer, während gleichzeitig eine effektivere Bekämpfung von Steuerbetrug möglich ist.

**Andreas Mölzer (NI), schriftlich.** – (DE) Unsere Steuersysteme sind sehr komplex und quasi nur für Spezialisten durchschaubar. Daher ist jeder Versuch, Formalitäten und Rahmenbedingungen zu verbessern und die Bekämpfung von Steuerbetrug zu erleichtern, begrüßenswert, solange die Steuersouveränität der Mitgliedstaaten erhalten bleibt und keine Harmonisierung der Steuersätze über die Hintertür versucht wird.

Ebenso wichtig sind klare Regeln für Tax-Free-Verkaufsstellen bzw. die Reisenden selbst. Das anstehende Vorhaben scheint in diesem Sinne zu sein, sodass ich für den Bericht Lulling gestimmt habe.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Ich habe für den Bericht von Frau Lulling zum allgemeinen Verbrauchsteuersystem gestimmt. Die im Vorschlag der Kommission enthaltenen Bestimmungen reichen mit Sicherheit nicht aus, um Privatpersonen und Unternehmen in der EU die Freiheit zu geben, Waren ohne unnötige Steuerhindernisse grenzüberschreitend einzukaufen und zu verkaufen.

Zwar enthält der Vorschlag der Kommission bestimmte Verbesserungen und Veränderungen, beispielsweise Artikel 37 (der besagt, dass das von den Mitgliedstaaten zu nutzende Steuerzeichen nicht zu einer doppelten Steuerlast führen darf), doch die Bestimmungen für Kaufgeschäfte von Privatpersonen müssen auch auf den Fernabsatz ausgeweitet werden, wodurch ein echter Binnenmarkt für steuerpflichtige Waren geschaffen wird, die von Privatpersonen zum persönlichen Gebrauch gekauft werden.

**Lars Wohlin (PPE-DE), schriftlich.** – (SV) Ich begrüße die Tatsache, dass das Europäische Parlament schließlich seine Meinung geändert hat und in Bezug auf Alkohol eine restriktivere Linie verfolgt. Das Ergebnis der heutigen Abstimmung über den Lulling-Bericht zu einem allgemeinen Verbrauchsteuersystem beinhaltet auch eine Reduzierung der Richtzahlen für den Import von Alkohol um 50 %. Die Möglichkeiten für einen steuerfreien Einkauf an Häfen und Flughäfen werden ebenfalls eingeschränkt. Eine weitere Konsequenz des Berichts besteht darin, dass beispielsweise die schwedischen Verbrauchsteuern auf Waren, die in einem anderen EU-Land über das Internet bestellt wurden, erhoben werden. In dieser Angelegenheit hat das Europäische Parlament lediglich eine beratende Rolle, dennoch repräsentiert das heutige Ergebnis einen wichtigen Meilenstein.

#### **- Bericht: Niels Busk (A6-0391/2008)**

**John Attard-Montalto (PSE), schriftlich.** – Im Verhältnis zu den Empfehlungen der WHO, die von einem Verzehr von mindestens 400 g pro Tag ausgeht, wird in der EU viel zu wenig Obst und Gemüse verzehrt. Fettleibigkeit ist unter Kindern geradezu epidemisch verbreitet. Besonders schwerwiegend ist dieses Problem in Malta.

Ein häufiger Verzehr von Obst und Gemüse senkt das Risiko einer Vielzahl von Krankheiten und verhindert Übergewicht.

2007 wurde die Organisation des Marktes für Obst und Gemüse grundlegend reformiert, wobei das Ziel in einer größeren Marktorientierung bestand. Obst und Gemüse sind nun uneingeschränkt in das Betriebsprämien-system integriert.

Mit Übergewicht ist ein größeres Risiko an kardiovaskulären Erkrankungen, Diabetes, Bluthochdruck und bestimmten Krebsarten verbunden. Unser Ziel sollte darin bestehen, zu erreichen, dass alle Menschen, die älter als 11 Jahre sind, täglich 600 g Obst und Gemüse verzehren.

Die Kommission schlägt die Zuweisung von 90 Millionen Euro in den Gemeinschaftshaushalt vor. Das entspricht einem Stück Obst an einem Tag pro Woche in 30 Wochen pro Jahr für alle Kinder im Alter zwischen sechs und zehn Jahren.

Um alle positiven Wirkungen der Einführung eines Schulobstprogramms zu erreichen, muss die finanzielle Ausstattung erhöht werden. Ein Schulobstprogramm sollte das Verteilen von einer Portion Obst je Schulkind und Tag umfassen und nicht auf Schulkinder im Alter zwischen sechs und zehn Jahren beschränkt sein.

**Richard Corbett (PSE), schriftlich.** – Ich begrüße die Annahme des Berichts zum Schulobstprogramm. Dieser Vorschlag wird zu echten gesundheitlichen Vorteilen für Millionen von Kindern in ganz Europa führen.

Die Finanzierung der kostenlosen Abgabe von Obst an Schulkinder im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik wird belegen, welche messbaren Vorteile die GAP für den normalen europäischen Bürger hat. Die

Kofinanzierung dieses Programms durch die EU und die Mitgliedstaaten wird eine Erweiterung des in England bereits bestehenden Programms zur kostenlosen Abgabe von Obst an Schulkinder sowie die Erarbeitung ähnlicher Programme in Schottland, Wales und Nordirland ermöglichen.

Obwohl ein größeres Budget als die von der Kommission vorgesehenen 90 Millionen Euro zu begrüßen wäre – wie das Parlament durch seinen Antrag auf Erhöhung dieses Budgets auf 500 Millionen Euro verdeutlicht hat –, erhalten durch dieses Programm Kinder einen regelmäßigen Zugang zu kostenlosem Obst und kommen in den Genuss der damit verbundenen gesundheitlichen Vorteile, beispielsweise einer geringeren Wahrscheinlichkeit der Entwicklung von Fettleibigkeit, Diabetes und anderen schweren Erkrankungen im späteren Leben. Dieses Programm hat nicht nur unmittelbare Vorteile für die Gesundheit der Kinder, sondern trägt auch dazu bei, die Einstellungen junger Menschen zur Ernährung zu prägen. Dadurch wird Europa gesünder, und die Kosten für die staatlichen Gesundheitssysteme werden verringert.

**Hanne Dahl (IND/DEM), schriftlich.** – (DA) Die Juni-Liste hat für diesen Bericht als Ganzes gestimmt, trotz der Tatsache, dass wir prinzipiell gegen Agrarbeihilfen sind. Wir halten das für wichtig, um Kindern gesündere Ernährungsgewohnheiten beizubringen. Wir sind jedoch gegen die Forderung, dass das Obst seinen Ursprung in der Gemeinschaft haben muss, da dies einer indirekten Subventionierung europäischer Landwirte gleichkäme. Abschließend möchten wir noch den Wunsch äußern, dass die Kinder Obst aus biologischem Anbau erhalten.

**Dragoş Florin David (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Ich habe für eine bessere Finanzierung dieses Programms und für eine klarere Definition der Produkte gestimmt, die in dieses Programm einbezogen werden können. Die Statistiken belegen, dass in der EU ca. 22 Millionen übergewichtige Kinder leben und mehr als 5 Millionen Kinder fettleibig sind, was hauptsächlich auf einen übermäßigen Verzehr von Produkten mit einem hohen Gehalt an Fett, Zucker und Salz zurückzuführen ist. Vor diesem Hintergrund ist es umso notwendiger, dass die EU und die Mitgliedstaaten in die Entwicklung gesunder Ernährungsgewohnheiten einbezogen werden, insbesondere durch das Bereitstellen einer breiten Palette von saisonalem Obst. Ich habe auch dafür gestimmt, dass die diesem Programm zugewiesenen Mittel von 90 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro erhöht werden, da die anfängliche Summe lediglich ausreicht, um Kindern im Alter zwischen sechs und zehn Jahren 30 Wochen lang eine Portion Obst pro Woche geben zu können.

**Avril Doyle (PPE-DE), schriftlich.** – Zwar bin ich der Meinung, dass letztlich die Eltern die Verantwortung für die Gesundheit ihrer Kinder tragen und dass jedes Schulobstprogramm ausreichend flexibel sein muss, um den lokalen, regionalen und nationalen Gegebenheiten gerecht zu werden, dennoch begrüße ich diesen Bericht.

Fettleibigkeit ist unter Kindern mit geradezu epidemischer Häufigkeit verbreitet. Schätzungen gehen davon aus, dass in der EU 22 Millionen übergewichtige Kinder leben, von denen 5,1 Millionen als stark übergewichtig gelten. Die Kinder in der EU essen nicht ausreichend gesunde Nahrungsmittel, weshalb ihnen gesündere Optionen zur Verfügung gestellt werden müssen. Ich hoffe, dieser Vorschlag kann ein klein wenig dazu beitragen, das Problem der Fettleibigkeit unter Kindern zu mildern.

**Lena Ek (ALDE), schriftlich.** – (SV) Zweifellos fühlen sich Kinder, die Obst essen, besser. Äpfel, Bananen und Orangen verhindern Fettleibigkeit und halten uns gesund. Deshalb ist es in gewisser Weise verständlich, dass viele Mitglieder heute im Europäischen Parlament für einen Vorschlag zur Subventionierung der Abgabe von Obst an Schulkinder in der EU gestimmt haben.

Das Problem besteht einfach darin, dass die Verantwortung für unseren Obstverzehr nicht auf der Ebene der EU liegt. Es ist in allererster Linie die Verantwortung der Eltern, bei ihren Kindern gute Ernährungsgewohnheiten zu entwickeln. In zweiter Linie liegt die Verantwortung bei den Kommunen und in dritter Linie beim Staat. Als Föderalistin trete ich dafür ein, dass Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden. Das möchte die EU zweifellos auch. Gemäß Artikel 5 des EU-Vertrags sind Entscheidungen, die besser auf einer niedrigeren Ebene getroffen werden, auch tatsächlich auf dieser Ebene zu treffen. Deshalb habe ich gegen den Vorschlag des Parlaments bestimmt, das Obstbudget von 90 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro zu erhöhen.

Wir in der EU sollten mit unserer Arbeit zu niedrigeren Emissionen, einer größeren Mobilität und einer Bekämpfung der Kriminalität beitragen. Mehr Obst, mehr Bewegung und weniger Süßigkeiten sind Themen, die besser von Schulen, Eltern und lokalen Politikern zu bearbeiten sind.

**Edite Estrela (PSE), schriftlich.** – (PT) Ich habe für den Busk-Bericht über die Einführung eines Programms zur Verteilung von Obst an Schulen gestimmt, weil ich der Meinung bin, dass die Unterstützung einer

kostenlosen Abgabe dieser Produkte an Kinder durch die Gemeinschaft wesentlich für die Förderung gesunder Ernährungsgewohnheiten in der Europäischen Union ist und damit auch den Gesundheitszustand der Europäer verbessert.

Das zunehmende Auftreten von Fettleibigkeit und Übergewicht in der europäischen Bevölkerung, insbesondere bei Kindern, ist das Ergebnis einer Kombination schlechter Ernährungsgewohnheiten mit einer sitzenden Lebensweise. Wir müssen deshalb dringend effektive Maßnahmen zum Kampf gegen diese Epidemie entwickeln, wozu nicht zuletzt die Förderung gesunder Ernährungsgewohnheiten in den frühen Lebensjahren beiträgt. In Kooperation mit den Familien können die Schulen eine grundlegende Rolle dabei übernehmen, den Kindern gesunde Ernährungsgewohnheiten beizubringen.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT)** Wir unterstützen diesen Bericht, zu dem wir mit mehreren Vorschlägen beigetragen haben. Trotz der Opposition aus der Europäischen Kommission verteidigt dieser Bericht die tägliche kostenlose Verteilung von frischem Obst an Schulen, um auf diese Weise die Gesundheit und das Lebensniveau der Kinder zu erhöhen, insbesondere der Kinder mit benachteiligtem sozialem Hintergrund.

Bei unserer Unterstützung für dieses Programm haben wir auch berücksichtigt, dass es erforderlich ist, jungen Menschen die Wertschätzung von Obst und Gemüse beizubringen. Das würde einen sehr positiven Effekt auf die Volksgesundheit und den Kampf gegen Kinderarmut haben. Um effektiv zu sein, muss dieses Programm jedoch auf noch mehr Kinder erweitert werden, was für die Zukunft bedeutet, dass eine Ausdehnung auf andere Altersgruppen und sozial benachteiligte Schichten der Gesellschaft notwendig ist. Dieses Programm muss auch eine Gemeinschaftspräferenz haben, anders ausgedrückt, Produkten aus dem eigenen Land bzw. der eigenen Region muss Priorität eingeräumt werden, und die finanziellen Mittel müssen aus der Gemeinschaft kommen, um eine größere soziale Kohäsion zu gewährleisten.

Dieses Programm könnte als Beispiel für eine Politik dienen, die eine echte Solidarität zwischen den Ländern gewährleistet. Wir hoffen, dass all dies nicht einfach das Schicksal einer weiteren Propagandakampagne erleidet und im Rat eine Vereinbarung erreicht werden kann, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, um dieses Programm in allen Ländern effektiv umzusetzen.

**Glyn Ford (PSE), schriftlich. –** Ich unterstütze den Vorschlag des Landwirtschaftsausschusses für ein Schulobstprogramm, doch gemeinsam mit meinen Kollegen von der britischen Labour Party möchte ich ein Element der nationalen Kofinanzierung beibehalten, um eine größere Anwendbarkeit des Programms zu gewährleisten. Darüber hinaus unterstütze ich auch den Verweis auf biologische, lokale und regionale Produkte, doch das kann nicht vollständig die Notwendigkeit ersetzen, dass die Produkte ein bestmögliches Preis-Leistungs-Verhältnis bzw. eine maximale Vielfalt aufweisen. Für uns in Südwestengland wäre es zu begrüßen, wenn unsere hervorragende lokale Vielfalt an Äpfeln und Birnen gegen Bananen aus Zypern und von den Kanaren ausgetauscht wird.

**Neena Gill (PSE), schriftlich. –** Ich freue mich sehr darüber, dass die Gesundheit unserer Kinder auch auf europäischer Ebene auf der Tagesordnung steht.

Fettleibigkeit unter Kindern ist ein zunehmendes Problem in Europa, mehr jedoch noch im Vereinigten Königreich, wo fast 25 % der Bevölkerung fettleibig und 10 % der Kinder übergewichtig sind. Das ist für viele meiner Wähler ein ernsthaftes Problem, weshalb ich die Initiative begrüße, dieses Problem anzugehen.

Die Entwicklung der Ernährungsgewohnheiten in der Kindheit ist der Schlüssel zur Vermeidung von Fettleibigkeit im späteren Leben. Der Verzehr von Obst und Gemüse reduziert nachweislich das Auftreten von Fettleibigkeit und Herz-Kreislauf-Erkrankungen in der Bevölkerung.

Im Vereinigten Königreich hat die Anziehungskraft von Fertiggerichten zur Entwicklung schlechter Ernährungsgewohnheiten geführt, durch die wiederum unserem Gesundheitswesen jährlich Kosten in Höhe von 6 Milliarden Pfund Sterling entstehen. Daraus wird deutlich, dass eine Unterstützung dieser Initiative auch unter wirtschaftlichem Aspekt sehr sinnvoll ist.

Deshalb habe ich für diesen Bericht gestimmt. Ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten die entsprechenden Mittel effektiv für den Kampf gegen ein echtes Problem unserer Kinder einsetzen.

**Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich. – (SV)** Eine bereits schlechte Idee der Kommission wurde durch die vom Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments eingereichten Änderungsvorschläge noch weiter verschlechtert. Das gilt insbesondere für den Wunsch des Ausschusses, die Ausgabengrenze zulasten der Steuerzahler von 90 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro

zu erhöhen. Der Ausschuss hebt hervor, dass dies nur für Obst gilt, das aus der Gemeinschaft stammt. Obst, das woanders herkommt, ist dagegen völlig unwichtig.

Der Vorschlag des Ausschusses, mit dem in Manier des „großen Bruders“ bestimmt wird, dass saisonales Obst verteilt und einer breiten Palette verschiedener Obstsorten der Vorzug gegeben werden sollte, damit die Kinder deren unterschiedlichen Geschmack kennenlernen, ist absolut lächerlich.

Noch einmal: Das europäische Parlament mischt sich dadurch in die Bildungspolitik ein. Die Mitgliedstaaten sollen diese Maßnahmen in ihre Lehrpläne zur Gesundheits- und Ernährungserziehung an Schulen integrieren.

Die Mehrheit in diesem Europäischen Parlament hat eine verzerrte Sicht auf die gemeinsame Agrarpolitik. Nach Auffassung der Mitglieder des Europäischen Parlaments verfügen die Steuerzahler über ein Füllhorn mit Geld, das sie über der Agrarpolitik und der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums ausschütten können. Gott sei Dank hat das Europäische Parlament in diesen Bereichen keine Mitentscheidungsbefugnis – und dabei sollte es auch bleiben.

**Małgorzata Handzlik (PPE-DE), schriftlich.** – (PL) Ich freue mich sehr, dass wir heute das Schulobstprogramm verabschiedet haben. In der Stellungnahme zu gesundheitlichen Problemen im Zusammenhang mit Ernährung, Übergewicht und Adipositas, die vom Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz verabschiedet wurde, habe ich geschrieben, dass dem Problem der Fettleibigkeit unter Kindern und Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, da Übergewicht mit einem erhöhten Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Bluthochdruck sowie einigen Tumorerkrankungen verbunden ist.

Ziel des Schulobstprogramms ist die Förderung des Verzehrs von Obst und Gemüse sowie die Vermittlung gesunder Ernährungsgewohnheiten gegenüber Schulkindern. Die Ernährungsgewohnheiten werden in der Kindheit herausgebildet, und es wurde nachgewiesen, dass Menschen, die bereits in der Kindheit gelernt haben, viel Obst und Gemüse zu essen, auch als Erwachsene einen ähnlichen Ernährungsstil pflegen.

Die Verteilung von Obst an Schulkinder leistet mit Sicherheit einen Beitrag zu einem erhöhten Verbrauch an Obst und Gemüse unter den jüngsten Mitgliedern unserer Gesellschaft, sodass der Einfluss des Schulobstprogramms bei der Verhinderung einer Welle der Fettleibigkeit unter europäischen Kindern und Jugendlichen mit Sicherheit signifikant sein wird. Zudem wird der Einfluss noch viel größer sein, wenn der Verzehr von Obst an Schulen keinen rein symbolischen Charakter hat. Deshalb nehme ich mit Zufriedenheit das Votum zugunsten einer erheblichen Steigerung (Vervierfachung) des diesem Programm zugewiesenen Budgets zur Kenntnis.

**Ian Hudgton (Verts/ALE), schriftlich.** – Ich habe für den Busk-Bericht gestimmt und unterstütze aus ganzem Herzen diese Initiative zur Verteilung von Obst an die europäischen Schulkinder. Mein Heimatland Schottland weist eine der ungünstigsten Krankenstatistiken Europas auf. Deshalb verfolgt die Regierung eine ganze Reihe politischer Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der Gesundheit der Kinder abzielen – in der Hoffnung, dass sie dadurch im späteren Leben gesünder sein werden. Diese EU-Initiative ergänzt die Arbeit der schottischen Regierung und ist deshalb sehr zu begrüßen.

**Mieczysław Edmund Janowski (UEN), schriftlich.** – (PL) Meines Erachtens hat das Schulobstprogramm eine mehr als symbolische Bedeutung – „die Europäische Union verteilt etwas an Kinder“ –, sondern es handelt sich hierbei um eine Initiative, mit der gute Ernährungsgewohnheiten gefördert werden. Ich bin der Meinung, dass wir auch die Kinder der Sekundarstufe in dieses Programm einbeziehen sollten. Auf diese Weise würden wir ärmere Familien unterstützen, die häufig nicht in der Lage sind, Obst für ihre Kinder zu kaufen. Natürlich bietet dieses Programm auch zusätzliche Möglichkeiten für Landwirte und Obstbauern. Gemüse und Obst, in meinem Heimatland insbesondere Äpfel, sind relativ leicht zu verteilen. Man darf jedoch nicht vergessen, dass das Obst von guter Qualität, sauber und frisch sein muss. Außerdem müssen wir unsere Schulen darauf vorbereiten, dieses Programm in Kraft zu setzen. Realistischerweise kann es nicht vor Beginn des Schuljahres 2009/2010 eingeführt werden.

Die Kosten sind durchaus nicht astronomisch hoch: Im Vorschlag der Kommission wird von 90 Millionen Euro ausgegangen; möglicherweise könnte diese Zahl auch höher sein. Das ist wahr, gleichzeitig sollten wir jedoch auch an die hohen Kosten für die Behandlung von Krankheiten denken, die mit Übergewicht und Fettleibigkeit verbunden sind. Sorgen wir dafür, dass dieses Programm kein Strohfeuer bleibt, das allein der Show dient. Beziehen wir die für die Bildung verantwortlichen nationalen, regionalen und lokalen Behörden in dieses Programm ein. Darüber hinaus müssen wir auch bei den Details der Auswahl des Obsts oder Gemüses eine gewisse Flexibilität bewahren und daran denken, dass es der Gesundheit unserer Kinder maximal dienlich sein soll.

**Tunne Kelam (PPE-DE), schriftlich.** – Ich habe mich entschieden, gegen den Bericht von Niels Busk zu stimmen, erkläre aber meine volle Unterstützung und Sympathie für das debattierte Thema, die Schulkinder in Europa mit mehr Obst zu versorgen. Die zunehmende Fettleibigkeit unter jungen Menschen ist ein verhängnisvolles Problem.

Ich unterstütze jedoch in allererster Linie das Prinzip der Subsidiarität. Ich bin absolut davon überzeugt, dass man den Mitgliedstaaten und ihren Regierungen zutrauen kann, sich gut um ihre junge Generation zu kümmern. Es ist nicht Aufgabe der EU, konkrete Probleme wie das hier zur Debatte stehende Problem zu regeln. Die betreffende Initiative basiert zweifellos auf guten Absichten. Wenn wir jedoch beginnen, solche Probleme mit europaweit geltenden Regelungen zu lösen, negieren wir die Rolle und Verantwortung der Akteure, auf die es eigentlich ankommt: Eltern, Schulen, lokale Behörden und nationale Regierungen. Ich bin davon überzeugt, dass sie alle die gleichen Probleme und die gleiche Motivation haben, um der Notwendigkeit eines erhöhten Obstverzehrs an ihren Schulen zu entsprechen.

**David Martin (PSE), schriftlich.** – Ich unterstütze dieses Programm, mit dem die kostenlose Abgabe von Obst und Gemüse an Schulkinder finanziert wird. Das kann nur positive Ergebnisse bringen und dazu beitragen, mit einer stärkeren Annäherung an die Regel „Täglich fünf Portionen Obst oder Gemüse“ die Fettleibigkeit unter Kindern zu verringern. Deshalb habe ich für dieses Programm gestimmt.

**Erik Meijer (GUE/NGL), schriftlich.** – (NL) In meiner Stimmerklärung zum Haushalt 2009 vom 23. Oktober 2008 habe ich Ihre Aufmerksamkeit darauf gelenkt, wie wertvoll es ist, dass die EU Schulkinder mit Obst versorgt werden. Ein Schulobstprogramm kann nützlich sein, um zu verhindern, dass unsere Kinder Jahr für Jahr fettlicher und kränker werden. Die Frage ist jedoch, warum sich die EU darum kümmern sollte und nicht die Kommunen, die auch die Bildung organisieren. Derzeit erfolgen die Zahlungen aus dem EU-Haushalt an die Mitgliedstaaten, die verpflichtet sind, eine weitere Summe zuzuschießen. Die Kommunen tragen dann die Verantwortung für die Umsetzung des Programms. Das führt zu einem unnötig hohen Verwaltungsaufwand und zeitraubender Bürokratie.

In der jüngsten Haushaltsdebatte wurde der Betrag auf 182 Millionen Euro verdoppelt, und dank des Busk-Berichts wird diese Summe zukünftig auf 500 Millionen Euro erhöht. Die niederländische Landwirtschaftsministerin befürwortet das aktuelle Programm, hat aber kürzlich in der Presse bekannt gegeben, dass sie diese enorme Erhöhung für sinnlos hält und sich deshalb dagegen aussprechen wird. Da über diese Angelegenheit nicht im Parlament, sondern im Rat entschieden wird, ist zu erwarten, dass es nicht zu dieser Erhöhung kommt. In der öffentlichen Meinung gilt das Schulobstprogramm inzwischen übrigens als eine jener Prioritäten der EU, die ihr Ziel weit verfehlen.

**Dumitru Oprea (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Ich habe für den Bericht von Herrn Busk gestimmt. Dieser Entscheidung liegen Einschätzungen von Gesundheitsorganisationen zugrunde, nach denen viele der Krankheiten, an denen der moderne Mensch leidet, auf eine falsche Ernährung zurückzuführen sind. Obst ist reich an Vitaminen, weshalb sein Verzehr dazu beitragen kann, diesen Krankheiten vorzubeugen und/oder sie zu heilen.

Wir müssen unseren Kindern beibringen, wie und was sie essen sollen. Deshalb bin ich der Meinung, dass hierzu auch eine bessere Aufklärung über eine gesunde Ernährung gehört – umso mehr als die Weltgesundheitsorganisation für Kinder bis zum Alter von 11 Jahren den Verzehr von täglich mindestens 400 g Obst und Gemüse empfiehlt. Andererseits nimmt die Anzahl der Kinder, die sich ungesund, unsinnig und unangemessen ernähren, explosionsartig zu. Die Schuld hierfür liegt nicht nur bei der Schule oder der Familie, sondern bei uns allen, der gesamten Gesellschaft. Diesem schlechten Ernährungsverhalten muss sofort Einhalt geboten werden.

Die Schule gehört zu den Bereichen, die für die Herausbildung von Gewohnheiten verantwortlich sind. Dadurch sollte es uns möglich sein, auch die Gewohnheit des Obstverzehrs wieder einzuführen. Deshalb unterstütze ich die Verteilung und den Verzehr von Obst an Schulen uneingeschränkt. Dieses Programm sollte auf die Liste der wichtigsten Entscheidungsfaktoren aufgenommen werden, sodass es schnellstmöglich umgesetzt werden kann.

**Neil Parish (PPE-DE), schriftlich.** – Die konservativen Mitglieder des Europäischen Parlaments haben sich bei der Abstimmung über den Busk-Bericht zum Vorschlag der Kommission, ein EU-weites Schulobstprogramm einzuführen, der Stimme enthalten. Zwar würden wir uns sehr über die Förderung gesunder Ernährungsgewohnheiten bei Kindern im Vereinigten Königreich und in der EU freuen, doch wir haben Vorbehalte in Bezug auf die in diesem Bericht vorgeschlagenen Haushaltszuwendungen, die erheblich über den von der Kommission empfohlenen 90 Millionen Euro liegen. Je nach den Ergebnissen der

Abstimmungen wird das Parlament Haushaltszuwendungen in Höhe von mindestens 360 Millionen Euro, möglicherweise sogar 500 Millionen Euro verlangen. Wir sind der Meinung, dass es sinnvoller ist, das Programm mit einem niedrigeren Finanzierungsniveau zu beginnen und später auf Grundlage der gesammelten Erfahrungen den Bedarf an Haushaltsmitteln zu prüfen – eine Vorgehensweise, für die auch in der Folgenabschätzung der Kommission argumentiert wurde.

**Zita Pleštinšá (PPE-DE), schriftlich.** – (SK) Derzeit wird der Markt für Obst und Gemüse in der EU durch die Nachfrage reguliert. Durch die Einführung des Schulobstprogramms wird der Verzehr von Obst und Gemüse in der EU unterstützt. Die damit verbundene höhere Nachfrage dient nicht nur der Volksgesundheit, sondern kommt auch den europäischen Obst- und Gemüsebauern zugute.

Durch den Verzehr von viel Obst und Gemüse kann das Risiko vieler Krankheiten reduziert und das Auftreten von Übergewicht und Fettleibigkeit in der Kindheit verhindert werden. Die gesundheitliche Perspektive ist deshalb der wichtigste Grund für ein Schulobstprogramm, mit dem der Verzehr von Obst gefördert werden soll. Ernährungsgewohnheiten werden in der Kindheit geprägt. Deshalb reicht es meines Erachtens nicht aus, mit diesem Programm in den Schulen zu beginnen, sondern auch die Vorschuleinrichtungen müssen einbezogen werden.

Die 90 Millionen Euro, deren Zuweisung aus dem Gemeinschaftshaushalt die Kommission vorschlägt, ermöglichen lediglich die Verteilung von einem Stück Obst pro Woche. Das reicht nicht aus, um Ernährungsgewohnheiten zu verändern oder Einfluss auf die Volksgesundheit zu nehmen.

Ich halte die vom Europäischen Parlament für dieses Programm vorgeschlagene Summe von 500 Millionen Euro für realistisch. Durch die Bereitstellung einer solchen Summe könnte jedes Kind pro Tag eine Portion Obst erhalten, und zwar nicht nur Schulkinder im Alter zwischen sechs und zehn Jahren, sondern auch kleinere Kinder in Vorschuleinrichtungen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die für das Schulobstprogramm aufgewandten finanziellen Mittel zur Unterstützung des Verzehrs von Obst an Schulen in der EU den Mitgliedstaaten Einsparungen bei den Kosten für die Gesundheitsversorgung ermöglichen. Deshalb habe ich für den Bericht von Niels Busk gestimmt.

**Luís Queiró (PPE-DE), schriftlich.** – (PT) Die positiven Auswirkungen des in diesem Bericht vorgeschlagenen Programms sind klar. Den Verzehr von saisonal verfügbarem Obst durch die Jüngsten der Gesellschaft zu fördern (und in einigen Fällen überhaupt zu gewährleisten), ist ein gutes Ziel, denn dadurch wird eine abwechslungsreiche Ernährung gefördert, und für die Zukunft werden gesunde Ernährungsgewohnheiten herausgebildet. Zwei Punkte müssen jedoch auch erwähnt werden.

Die Multiplikation der Garantiemechanismen, durch die sichergestellt werden soll, dass das angebotene Obst in Europa produziert wurde, erweckt den Eindruck, als lägen die Motive hinter dieser Aktion nicht nur in der gesunden Ernährung junger Menschen, sondern primär in der Förderung der europäischen Landwirtschaft. Darüber hinaus ist zwar, wie bereits erwähnt, die Korrelation zwischen diesem Thema und der gemeinsamen Agrarpolitik klar, jedoch ist es fraglich, ob diese Angelegenheit auf Ebene der Gemeinschaft behandelt werden muss. Schließlich sollte die Entscheidung, ob man Äpfel oder Rocha-Birnen verteilt, den Mitgliedstaaten überlassen bleiben. Wir bezweifeln, dass es notwendig ist, diesbezüglich ein Gemeinschaftsprogramm zu verabschieden.

**Frédérique Ries (ALDE), schriftlich.** – (FR) Am 1. Februar 2007, als mein Bericht zur Förderung gesunder Ernährung und körperlicher Betätigung in der EU angenommen wurde, gingen vom Europäischen Parlament eine Reihe starker Signale aus, beispielsweise zur grundlegenden Rolle der Bildung im Zusammenhang mit der Ernährung und der Gesundheit, um Übergewicht und Fettleibigkeit zu verhindern. Schließlich sind von diesem Problem mehr als 5 Millionen Kinder betroffen. Darüber hinaus wurden die Kommission und der Rat aufgefordert, im Rahmen der Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik (CAP) in den Jahren 2008 und 2013 die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Anreize für eine gesunde Ernährung im Rahmen der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums zu erhöhen.

Angesichts des europäischen Programms zur kostenlosen Verteilung von Obst an sechs- bis zehnjährige Kinder in unseren Schulen ab dem Schuljahr 2009/2010 ist davon auszugehen, dass die Kommission diese Botschaft gehört hat. Nun liegt der Ball im Spielfeld der 27 Mitgliedstaaten. Es wird viel Zeit, Geld und Personal notwendig sein, und in vielen Schulkantinen werden auch Speisepläne überarbeitet werden müssen, ehe die Empfehlung der WHO (Weltgesundheitsorganisation), täglich fünf Portionen (400 g) Obst und Gemüse zu verzehren, mehr als ein Werbeslogan ist, der in kleiner Schrift auf unseren Fernsehbildschirmen auftaucht.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich. – (IT)** Ich habe für den Bericht von Herrn Busk gestimmt, über ein Programm den Verzehr von Obst an Schulen zu fördern. Klar ist, dass die Kinder der Europäischen Union zu wenig Obst oder Gemüse essen. Das ist teilweise auch auf das schlechte Essen zurückzuführen, das sie in den Schulkantinen erhalten. Ein hoher Verbrauch an Obst und Gemüse verringert jedoch das Risiko schwerer Erkrankungen und verhindert Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern. Wer sich bereits in der Kindheit daran gewöhnt, Obst und Gemüse zu essen, behält diese Gewohnheit ein Leben lang bei.

Ich stimme dem Berichterstatter auch dahingehend zu, dass die von der Kommission für dieses Programm vorgesehenen Mittel völlig unzureichend sind. Die vorgeschlagenen Subventionen würden lediglich ermöglichen, an einem Tag in der Woche eine Portion Obst zu verteilen. Ehrlich gesagt freut es mich, dass die Kommission in jedem Fall die verschiedenen bisherigen Versuche berücksichtigt hat, um qualitative Verbesserungen dieses Programms zu erreichen.

**Olle Schmidt (ALDE), schriftlich. – (SV)** In Schweden bringen wir unseren Kindern gewöhnlich bei, dass Obst Süßes aus der Natur ist. Ich esse selbst sehr viel Obst und glaube, dass es für die europäischen Kinder gut wäre, ausreichende Mengen dieses gesundheitsfördernden Lebensmittels zu verzehren. Bis zu diesem Punkt teile ich die Ansichten des Berichterstatters. Abgesehen davon muss die Verantwortung dafür, dass unsere Schulkinder ausreichende Mengen an Äpfeln und Bananen essen, trotzdem bei den Eltern der Kinder liegen, möglicherweise auch bei den für die Bildung verantwortlichen Kommunen. Die Europäische Union darf nicht die Rolle einer supranationalen „Obstpolizei“ spielen. Konzentrieren wir stattdessen unsere Energie und unsere Ressourcen auf drängendere Aufgaben.

**Brian Simpson (PSE), schriftlich. –** Ich unterstütze voll und ganz die Vorschläge der Kommission zur Verteilung von kostenlosem Obst und Gemüse an Schulen im Rahmen der Strategie zum Kampf gegen Fettleibigkeit unter Kindern. Damit unterstütze ich nicht nur uneingeschränkt den Einsatz von EU-Geldern im Kampf gegen ein primäres Problem auf dem Gebiet der Volksgesundheit, sondern unterstütze auch das starke soziale Element dieser Vorschläge, die den Mitgliedstaaten erlauben werden, auch Kinder aus stärker benachteiligten Familien zu unterstützen, die tendenziell weniger Obst und Gemüse essen und bei denen ein stärkeres Risiko der Fettleibigkeit besteht. Darüber hinaus werden damit erstmals Mittel aus der GAP zur Überwindung eines wichtigen Problems auf dem Gebiet der Volksgesundheit eingesetzt. Das ist ein Zeichen dafür, dass bezüglich der Ziele der GAP ein Umdenken einsetzt.

Ich bin sehr froh darüber, dass das Parlament eine starke Botschaft an die Kommission und den Rat gesandt hat, indem sie ein erhöhtes Budget unterstützt, durch das mehr Kinder von diesen Programmen profitieren könnten. Der Position des Parlaments, dass das Obst und Gemüse nur aus der Gemeinschaft stammen sollte, stimme ich jedoch nicht zu. Wir sollten die Tatsache nicht aus dem Auge verlieren, dass es mit diesem Programm darum geht, bei Schulkindern für den Verzehr einer großen Vielfalt von Obst und Gemüse zu werben und Fettleibigkeit zu bekämpfen.

(Abbruch der Stimmerklärung gemäß Artikel 163(1)).

**Bart Staes (Verts/ALE), schriftlich. – (NL)** Der Kampf gegen Übergewicht muss bereits im jungen Alter beginnen. Das Verteilen von frischem Obst an Schulen kann ein starker Anreiz für eine gesunde Ernährung sein. Deshalb wird dieses Programm, durch das jedem Kind im Alter zwischen drei und zehn Jahren täglich mindestens ein Stück Obst zur Verfügung gestellt werden soll, mit offenen Armen begrüßt.

Schätzungen gehen davon aus, dass in der Europäischen Union 22 Millionen Kinder übergewichtig sind, 5,1 Millionen davon fettleibig. Das schafft nicht nur viele gesundheitliche Probleme, sondern erhöht auch die Kosten für die Gesundheitsversorgung in den Mitgliedstaaten. Wenn die Kommission dem Vorschlag des Parlaments zustimmt, das Budget von 90 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro zu erhöhen, kann jedes Kind bereits im jungen Alter gute Ernährungsgewohnheiten lernen. Damit haben die Kinder auch größere Chancen, diese Gewohnheiten beizubehalten und Fettleibigkeit zu verhindern.

In diesem Bericht wird auch auf die Zusammensetzung der Obstversorgung eingegangen. Die Mitgliedstaaten sollten vor Ort produziertes, saisonales Obst bevorzugen. Im Bericht wird dazu aufgefordert, die Kinder über Gesundheit und Ernährung aufzuklären und sie über die Charakteristika des biologischen Landbaus zu informieren. Ich freue mich über den Inhalt dieses Berichts und habe ihm deshalb zugestimmt.

**Catherine Stihler (PSE), schriftlich. –** Ich unterstütze das Prinzip, zu versuchen, jungen Menschen in den Schulen mehr Obst zugänglich zu machen. Das erfolgreiche schottische Projekt, mit dem versucht wurde, den Kindern über die Schulen mehr Obst und Gemüse zur Verfügung zu stellen, hat dazu geführt, dass sich eine Rekordzahl von Kindern gesünder ernährt. Primäre Zielgruppe dieser Programme sind die bedürftigsten



Kinder. Ich hoffe, dass auch dieses Programm der EU zunächst den ärmsten und gesundheitlich am stärksten gefährdeten Kindern zugutekommt.

**- Bericht: Pervenche Berès, Werner Langen (A6-0420/2008)**

**Jan Andersson, Göran Färm, Inger Segelström und Åsa Westlund (PSE)**, *schriftlich*. – (SV) Wir schwedischen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament stimmen der Analyse der Situation in der Eurozone zu. Wir begrüßen die Tatsache, dass die sozialen Aspekte der Zusammenarbeit und die Wachstumsprobleme hervorgehoben wurden. Gleichzeitig können wir Artikel 40 des Berichts nicht unterstützen, der besagt, dass Mitgliedstaaten außerhalb der Eurozone, die die Maastricht-Kriterien erfüllen und für die im Vertrag keine Ausnahmestimmung festgelegt wurde, bei nächster Gelegenheit die gemeinsame Währung übernehmen sollten.

Wir sind der Meinung, dass Bemerkungen zu diesem Thema außerhalb der Kompetenz des Parlaments liegen. Wir respektieren die vom schwedischen Volk in einem Referendum getroffene Entscheidung und möchten hervorheben, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit handelt, die in den jeweiligen Mitgliedstaaten geregelt werden sollte.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL)**, *schriftlich*. – (PT) Wir haben alle gegen diesen Bericht gestimmt, der den Stabilitätspakt vergöttert und die Konsequenzen der aktuell ernsten wirtschaftlichen und sozialen Situation übersieht, die immer größeren sozialen und regionalen Ungleichheiten ignoriert und den Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut vergisst.

Es ist inakzeptabel, dass dieser Bericht auf der falschen Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank besteht, anstatt ihre demokratische Kontrolle zu verteidigen und eine solche Veränderung ihrer Ziele anzustreben, dass die Notwendigkeit zur Konzentration auf die Produktion, die Schaffung von auf Rechten basierenden Beschäftigungsverhältnissen sowie die Verbesserung der Kaufkraft der Menschen, insbesondere unter den Arbeitnehmern und Rentnern, im Mittelpunkt steht.

Bedauerlicherweise wurden die von unserer Fraktion eingebrachten Vorschläge abgelehnt, insbesondere jene, die die Fiskal- und Wettbewerbspolitik kritisieren und die Aufmerksamkeit auf die zunehmende Unsicherheit der Arbeitsplätze, die geringe Bezahlung und die Konsequenzen von Deregulierung und Liberalisierung lenken.

Darüber hinaus ist bedauerlich, dass unser Vorschlag, den Stabilitätspakt aufzuheben und durch eine neue Strategie für Solidarität, Entwicklung und sozialen Fortschritt zu ersetzen, abgelehnt wurde.

**Bruno Gollnisch (NI)**, *schriftlich*. – (FR) Das Mindeste, was man sagen kann, ist, dass die „allgemein positive“ Einschätzung der Berichterstatte zu 10 Jahren Wirtschafts- und Währungsunion nicht ganz objektiv zu sein scheint. Was nicht überrascht, ist, dass die wenigen Probleme, die genannt wurden, als Fehler der Mitgliedstaaten und mangelhafte Durchsetzung der europäischen Integration analysiert werden.

Wahr ist, dass die Einführung des Euro automatisch zu einer Explosion der Preise für Waren des täglichen Bedarfs sowie zu einem Kaufkraftrückgang bei den Arbeitnehmern führte. Wahr ist, dass der Stabilitätspakt haushalts- und sozialpolitischer Malthusianismus ist. Wahr ist, dass das Fehlen einer Wechselkurspolitik und die Überbewertung des Euro die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone unterminiert haben. Wahr ist, dass sich die Politik einer Währung und eines Zinssatzes für 11 oder 15 Volkswirtschaften mit extrem unterschiedlichen Strukturen und Beschäftigungsniveaus unvermeidlich als ungeeignet für die Erfüllung der Bedürfnisse jeder einzelnen dieser Volkswirtschaften wie auch der gesamten Eurozone erwiesen hat.

Der Euro hat den Mitgliedstaaten der Eurozone nicht die versprochene Prosperität gebracht. Stattdessen stecken die meisten dieser Länder inzwischen in einer Rezession. Das liegt daran, dass der Euro hinsichtlich seiner Konzeption und seiner Umsetzung kein ökonomisches Instrument ist. Er ist in erster Linie ein machtvolles politisches Instrument zur Zerstörung der Unabhängigkeit von Nationen.

**David Martin (PSE)**, *schriftlich*. – Ich unterstütze diesen Bericht, der zu einer verbesserten wirtschaftlichen Koordination aufruft, um eine längere, tiefe Rezession zu vermeiden. Durch diese Roadmap sollte die Überwachung der Finanzkrise verbessert und die Wirtschaft wirkungsvoll unterstützt werden.

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Ich habe für den Bericht von Frau Berès und Herrn Langen gestimmt, der Bilanz von einem Jahrzehnt Wirtschafts- und Währungsunion zieht. Ich stimme der Einschätzung uneingeschränkt zu, dass das Europäische Parlament als einzige direkt vom Volk gewählte europäische

Institution im ersten Jahrzehnt der Wirtschafts- und Währungsunion eine sehr wichtige Rolle gespielt hat. Das Parlament agiert auf dem Gebiet des Binnenmarkts als Mitgesetzgeber, insbesondere in Bezug auf Finanzdienstleistungen; es führt über den Ausschuss für Wirtschaft und Währung den Dialog zur Koordination der Wirtschaftspolitik; und es spielt eine dominante Rolle auf dem Gebiet der Währungspolitik, da es die Mitglieder des Direktoriums der EZB benennt. Das sind nur einige wenige der wichtigen Funktionen, die das Parlament in den letzten Jahren wahrgenommen hat. Abschließend möchte ich meinen Kollegen zu diesem Bericht gratulieren, insbesondere angesichts der Betonung der Vergrößerung der Eurozone als Quelle für die neue wirtschaftliche Zukunft der EU.

**Andrzej Jan Szejna (PSE), schriftlich.** – (PL) Der Bericht „WWU@10: Zehn Jahre Wirtschafts- und Währungsunion – Errungenschaften und Herausforderungen“ ist einer der wichtigsten Berichte, die diesem Plenum vorgelegt wurden. In einer Zeit der finanziellen Probleme bietet dieser Bericht einen neuen Rahmen für Diskussionen über die Wirtschaft. Der Bericht enthält eine detaillierte Analyse, die uns ermöglicht, die positiven und negativen Aspekte der Wirtschafts- und Währungsunion zu sehen. Er enthält interessante Schlussfolgerungen zur gemeinsamen Währung, dem Euro.

Zweifellos war die Einführung des Euro für die EU ein gewaltiger wirtschaftlicher Erfolg. Es muss anerkannt werden, dass der Euro einer Vielzahl von Marktturbulenzen widerstanden hat. Die gemeinsame Währung wirkt sich jedoch nicht auf alle Regionen gleich aus. Unterschiede im Entwicklungsstand der einzelnen Staaten der Europäischen Union werden immer deutlicher. Heute, zur Zeit der Finanzkrise, wurde die Koordination der Wirtschaftspolitik eine Notwendigkeit. Wir müssen auch die Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts einhalten.

Die Unterstützung der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ist extrem wichtig. Ihre Vollmachten müssen auf Währungsfragen beschränkt werden, das heißt auf die Wahrung der Preisstabilität sowie auf ihre exklusive Befugnis zur Festlegung von Zinssätzen.

Aus diesen Gründen unterstütze ich die Annahme des Berichts.

**- Bericht: Edit Bauer (A6-0389/2008)**

**Richard James Ashworth (PPE-DE), schriftlich.** – Die britische konservative Partei hat kürzlich das Dokument „Fair Play on Women's Pay: A six-point plan to overcome the gender pay gap“ (Faire Bezahlung der beruflichen Tätigkeit von Frauen: ein 6-Punkte-Programm zur Überwindung der ungleichen Bezahlung von Männern und Frauen) veröffentlicht. Damit möchten die britischen Konservativen dazu beitragen, die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen für immer zu beenden.

Dieser Plan sieht auch obligatorische Überprüfungen der Bezahlung bei jenen Arbeitgebern vor, bei denen Diskriminierung festgestellt wird, neue Maßnahmen zur besseren Integration von Frauen in das Arbeitsleben und zur Verbesserung der Karrieremöglichkeiten von Frauen sowie eine Erweiterung des Rechts auf flexiblere Arbeitszeiten für alle Eltern von Kindern bis zu 18 Jahren.

Die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen ist eine entscheidende Voraussetzung für eine von Gleichheit und Gerechtigkeit geprägte Gesellschaft, doch die nationalen Regierungen und Parlamente sind generell am besten in der Lage, möglichst effektiv im Interesse ihrer eigenen Gesellschaften und Volkswirtschaften zu handeln. Diese Empfehlung des Europäischen Parlaments ist auf EU-Ebene zu präskriptiv.

Den Bauer-Bericht können wir nicht unterstützen, da die Forderung nach einem neuen Legislativvorschlag zur gleichen Bezahlung auf Artikel 141 Absatz 3 des EU-Vertrags basiert, für den das Versprechen der britischen Konservativen gilt, dem Sozialkapitel ihre Zustimmung zu verwehren.

**Charlotte Cederschiöld, Christofer Fjellner, Gunnar Hökmark und Anna Ibrisagic (PPE-DE), schriftlich.** – (SV) Die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen ist ein gewaltiges Problem, für dessen Lösung sowohl die einzelnen Arbeitnehmer als auch die Sozialpartner Verantwortung tragen. Diese Art von Diskriminierung verstößt gegen grundlegende Bestimmungen des Vertrags. Arbeitgeber, die in dieser Hinsicht keine Verantwortung übernehmen, sollten selbst jetzt gerichtlich verfolgt werden.

Dies widerspricht jedoch unserer grundlegenden Auffassung vom schwedischen Arbeitsmarkt und der gemäß der aktuellen Gesetzgebung bestehenden Verantwortung der Parteien, neue Rechtsinstrumente für eine direkte Festsetzung der Löhne auf EU-Ebene bzw. durch eine staatliche Lohnpolitik zu schaffen. Für die Festsetzung von Löhnen ist die EU nicht zuständig und sollte dies auch nicht sein.

Da unser Antrag auf Streichung der Verweise auf neue Rechtsinstrumente für eine direkte Festsetzung der Löhne auf EU-Ebene Gehör fand, haben wir uns dafür entschieden, für den Bericht als Ganzes zu stimmen. Leider enthält der Bericht noch immer eine Reihe für uns unerwünschter Details, beispielsweise den Vorschlag eines „Tags der gleichen Bezahlung“. Die im Parlament noch immer herrschende Gepflogenheit, für die unterschiedlichsten Anlässe die Proklamation spezieller Tage, Wochen oder Jahre zu fordern, ist Plakatpolitik, die nicht zwischen den verschiedenen Themen unterscheidet. Im Gegenteil, auf diese Weise wird selbst dem Thema, um das es geht, der Stempel des Banalen, Zwanglosen aufgedrückt.

**Carlos Coelho (PPE-DE), schriftlich. – (PT)** Die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern ist ein Problem, das in ganz Europa besteht. Die in der Gemeinschaft seit 1975 geltende und 2006 überarbeitete Gesetzgebung reicht eindeutig nicht aus.

Wir applaudieren der Berichterstatteerin dafür, dass sie die Kommission bittet, bis zum 31. Dezember 2009 einen Legislativvorschlag auf Grundlage der im Bericht enthaltenen Empfehlungen vorzulegen. Wir gratulieren ihr auch zu der verantwortungsbewussten und seriösen Art und Weise, in der sie ihre Empfehlungen präsentiert hat, deren Schwerpunkt auf der zentralen Frage lag – im Unterschied zu einigen von den Sozialisten eingereichten Änderungsanträgen, die nicht zur Lösung dieses Problems beitrugen, da sie Details enthielten, die der politischen Folklore zuzurechnen sind, sowie Empfehlungen, nicht umsetzbar sind, da sie außerhalb der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegen.

In Portugal hat sich unter der derzeitigen Regierung zwischen 2005 und 2006 trotz identischer Umstände der Unterschied bei der Bezahlung von Männern und Frauen um 8,9 % erhöht. Im Jahr 2007 lag die an Frauen ausgezahlte Arbeitslosenunterstützung 21,1 % unter der der Männer. Die an Frauen bezahlten Beträge, darunter auch in Bezug auf erweiterte Zuwendungen, liegen unterhalb der Armutsgrenze und sind zwischen 2006 und 2007 zurückgegangen.

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments, die den portugiesischen Sozialdemokraten angehören, unterstützen diesen Bericht. Trotz der sozialistischen Folklore verwechseln wir nicht das Essenzielle mit dem Fakultativen. Wir werden nicht gestatten, dass das Fakultative das Essenzielle zerstört, und essenziell ist, eine inakzeptable Situation der Diskriminierung zu verändern.

**Brian Crowley (UEN), schriftlich. –** Das Prinzip der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit trägt dazu bei, die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz zu beseitigen. Beim Schutz der Rechte der Frauen müssen wir jedoch noch weiter gehen. Das Ziel dieses Berichts besteht nicht nur darin, der von Frauen geleisteten Arbeit eine höhere Wertschätzung entgegenzubringen, sondern auch darin, die Qualität des öffentlichen Dienstes zu erhöhen.

Mehr als 30 Jahre nach der Einführung der Gesetzgebung zur gleichen Bezahlung verdienen die Frauen in der EU 15 % weniger als die Männer. In Bezug auf die Beseitigung der ungleichen Bezahlung von Männern und Frauen wurden nur geringe Fortschritte erreicht. Vor 20 Jahren lag der Unterschied bei der Bezahlung zwischen Männern und Frauen in Irland bei ca. 25 %. Heute beträgt er 13 %. Das ist zwar ein Fortschritt, dennoch bleibt die unterschiedliche Bezahlung von Männern und Frauen ein ernsthaftes Problem. Neue Herausforderungen entstehen, insbesondere im aktuellen wirtschaftlichen Klima, die erkannt und gelöst werden müssen.

Viele Frauen bleiben weiterhin auf ein sehr schmales berufliches Spektrum beschränkt, arbeiten Teilzeit und führen gering bezahlte Arbeiten oder auch Arbeiten aus, in denen ihre Fertigkeiten und Leistungen zu gering bewertet werden. Wir brauchen eine facettenreiche Vorgehensweise. Wir müssen dafür sorgen, dass mehr Frauen am Arbeitsmarkt teilnehmen. Wir müssen die Kinderbetreuung und die Zuwendungen für Kinder verbessern, um Frauen mit Kindern bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz zu unterstützen.

**Dragoş Florin David (PPE-DE), schriftlich. – (RO)** Ich habe für die Abschaffung der direkten und indirekten Diskriminierung, sozialer und ökonomischer Faktoren sowie der Ungleichbehandlung der Geschlechter am Arbeitsmarkt gestimmt. Mit dem Bericht wird eine neutrale, professionelle Bewertung gefordert, die auf neuen Systemen zur Klassifizierung und Organisation der Mitarbeiter auf Grundlage der beruflichen Erfahrungen und der Produktivität basieren sollte, wobei die Bewertung primär aus der Perspektive der Qualität durchzuführen ist. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, einen „Europäischen Tag der gleichen Bezahlung“ einzuführen, um bei der allgemeinen Öffentlichkeit und den Arbeitgebern das Bewusstsein für das Problem der ungleichen Bezahlung zu schärfen.

**Avril Doyle (PPE-DE), schriftlich. –** Ich habe für diesen Bericht gestimmt, da wir eine ordnungsgemäße Durchsetzung der bestehenden Gesetze zum Prinzip der gleichen Bezahlung benötigen. Zwar ist die

Durchsetzung der bestehenden Gesetze zum Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ entscheidend dafür, eine Gleichberechtigung der Geschlechter zu erreichen, doch auch die Wiederherstellung der Wahlmöglichkeiten für alle Frauen ist sehr wichtig. Das System muss flexibel sein, und zwischen Privatleben und Beruf muss ein angemessener Ausgleich bestehen. Frauen müssen wählen können, ob sie heiraten oder nicht, ob sie Kinder haben möchten oder nicht, ob sie Karriere machen möchten, ob sie sich weiterbilden möchten oder nicht, ob sie zuhause bleiben oder arbeiten gehen möchten, ob sie ein Unternehmen gründen oder ob sie Eigentum erwerben möchten. Die Herausforderung besteht darin, sicherzustellen, dass diese Wahlmöglichkeiten nicht durch wirtschaftlichen Druck außer Kraft gesetzt werden.

**Edite Estrela (PSE), schriftlich.** – (PT) Ich habe für den Bauer-Bericht zur gleichen Bezahlung für Männer und Frauen gestimmt, da es inakzeptabel ist, dass Frauen weniger verdienen (in der EU liegt der Unterschied bei 15 %), obwohl sie besser ausgebildet sind (58 % der Akademiker und 41 % der Promovierten sind Frauen).

Der Bericht empfiehlt Möglichkeiten für eine Überarbeitung des aktuellen Rechtsrahmens, einschließlich des Vorschlags der Einführung von Strafen für Verstöße sowie der Aufforderung zu einem intensiveren Dialog mit den Sozialpartnern. Der Kampf um die Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist nicht nur ein Anliegen der Frauen, sondern der gesamten Gesellschaft. Frauen werden in allen Bereichen der Wirtschaft gebraucht, insbesondere in den traditionell eher männlich geprägten. Diese Behauptung wird durch die Tatsache belegt, dass Frauen gute Führungskräfte sind.

Im aktuellen Kontext sowie zum Erreichen der Wachstums- und Beschäftigungsziele der Lissabon-Strategie ist eine aktive Mitwirkung von Frauen essenziell wichtig.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich.** – (PT) Zwar wurden in dem verabschiedeten Bericht die meisten der Änderungsanträge berücksichtigt, die während der Debatte im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter eingereicht wurden, was ihn zu einem guten Bericht werden ließ. Dennoch konnte es die PPE-DE-Fraktion nicht unterlassen, den Bericht während der Abstimmung im Plenum in dem Wissen substantiell zu schwächen, dass eine absolute Mehrheit von 393 Stimmen erforderlich ist.

Deshalb wurden bestimmte Vorschläge bedauerlicherweise fallen gelassen und fanden keinen Eingang in die endgültige Entschließung. Das gilt auch für einige detaillierte Empfehlungen zum Inhalt des von der Europäischen Kommission erbetenen neuen Vorschlags, in denen es um die Einhaltung des Prinzips der gleichen Bezahlung von Männern und Frauen ging.

Dennoch handelt es sich um eine positive Entschließung, der wir zugestimmt haben. Wir möchten die Notwendigkeit jener Maßnahmen hervorheben, die Arbeit wertschätzen, durch die der Beschäftigung mit Rechten und einer gerechten Verteilung des Reichtums Vorrang gegeben wird, die dazu beitragen, Unterschiede in der Bezahlung sowie Stereotype in Verbindung mit bestimmten Aufgaben und Branchen zu überwinden, in denen Frauen noch immer diskriminiert werden, und durch die jene Berufe und Aktivitäten Wertschätzung erfahren, in denen Frauen dominieren. Dazu gehören insbesondere die Bereiche Einzelhandel und Dienstleistungen und Industriebranchen wie die Korkproduktion, die Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie, die Nahrungsmittelindustrie sowie weitere Branchen, in denen eine sehr niedrige Bezahlung in jenen Berufen und Beschäftigungskategorien zu verzeichnen ist, die von Frauen dominiert werden.

**Neena Gill (PSE), schriftlich.** – Ich äußere mich heute zu diesem Thema, weil die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen ein Problem für viele meiner Wähler in den West Midlands darstellt, aber auch für die meisten von uns hier.

Die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen ist im Vereinigten Königreich stärker verbreitet als im europäischen Durchschnitt. Erst kürzlich mussten Frauen die bittere Nachricht zur Kenntnis nehmen, dass dieser Unterschied nun noch weiter zunimmt.

Gleichheit zwischen Männern und Frauen ist ein Grundrecht und eine demokratische Notwendigkeit. Nur mit der gleichen Teilhabe aller unserer Bürger werden wir die EU-Ziele von Wachstum, Beschäftigung und sozialer Kohäsion erreichen.

Die wirtschaftlichen Argumente für einen Wandel der bestehenden Missstände sind überzeugend: Durch die Freisetzung des Potenzials weiblicher Arbeitskräfte könnte eine Erhöhung des BIP um bis zu 2 % erreicht werden. In Zeiten finanzieller Instabilität ist es von entscheidender Bedeutung, sicherzustellen, dass unsere Wirtschaft alle ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen nutzt. Entscheidend ist auch, dafür zu sorgen, dass Frauen nicht noch mehr leiden.

Zwar wurden Gesetze verabschiedet und Initiativen vorgeschlagen, doch das reicht nicht aus. Viele meiner Wähler befürworten strengere Maßnahmen zur Verringerung der Ungleichheit bei der Bezahlung von Männern und Frauen.

Deshalb begrüße ich diesen Bericht und die Vorschläge, Gehaltsüberprüfungen einzuführen und den Gleichstellungsgremien mehr Befugnisse einzuräumen.

**Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich.** – (SV) Nach sorgfältiger Überlegung hat sich die Juni-Liste dafür entschieden, für den Bericht zu stimmen. Eine größere Gleichheit am Arbeitsmarkt, eine Reduzierung der bestehenden Unterschiede bei der Bezahlung von Männern und Frauen sowie ein gleiches Rentenniveau sind wichtige Ziele einer gerechten Gesellschaft. Deshalb sind die Vorschläge wichtig, die auf eine Erhebung von mehr statistischen Daten, eine veränderte Gesetzgebung sowie Schulungsmaßnahmen zur Beseitigung verbreiteter Auffassungen in der Gesellschaft zu geschlechtlichen Themen abzielen.

Die Juni-Liste kritisiert jedoch das offensichtlich unersättliche Streben der EU, mehr und mehr Politikbereiche ihrer Zuständigkeit unterzuordnen. Wir sind der grundlegenden Ansicht, dass Fragen im Zusammenhang mit der Regulierung des Arbeitsmarkts primär Sache der einzelnen Mitgliedstaaten sind und nicht auf EU-Ebene behandelt werden sollten.

**Ian Hudghton (Verts/ALE), schriftlich.** – Das Prinzip der gleichen Bezahlung von Männern und Frauen ist im Vertrag von Rom explizit festgelegt. Deshalb ist es ein Skandal, dass in der EU noch immer so große Unterschiede bei der Bezahlung von Männern und Frauen bestehen. Deshalb ist es wesentlich, dass die europäischen Institutionen wirkungsvolle Maßnahmen auf diesem Gebiet unternehmen. Folglich habe ich für den Bauer-Bericht gestimmt.

**David Martin (PSE), schriftlich.** – Die Beseitigung der ungleichen Bezahlung von Männern und Frauen war eines der Ziele der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Allerdings wurde dieses Ziel von einigen Mitgliedstaaten nicht adäquat umgesetzt, was schwere Auswirkungen auf den Status der Frauen im wirtschaftlichen und sozialen Leben hat. Ich unterstütze diesen Bericht, mit dem der Zustand bekämpft wird, dass Frauen in Europa noch immer 15–25 % weniger als ihre männlichen Kollegen verdienen.

**Angelika Niebler (PPE-DE), schriftlich.** – (DE) Bei der heutigen Abstimmung habe ich für den Bericht meiner Kollegin Edith Bauer gestimmt. Dies ist mir allerdings nicht leicht gefallen, da ich inhaltlich in einzelnen Punkten Bedenken habe.

Seit nahezu 50 Jahren gibt es auf der europäischen Ebene Gleichstellungspolitik. Seit 50 Jahren haben wir eindeutige gesetzliche Rahmenbedingungen. Dennoch ist es uns trotz aller politischen Bemühungen zur Gleichstellung sowohl auf europäischer Ebene als auch in den Mitgliedstaaten bis heute nicht gelungen, die Benachteiligung der Frauen bei der Entlohnung vollständig abzubauen.

Der Ruf nach neuen Gesetzen, wie er im Bauer-Bericht formuliert wird, ist daher abzulehnen. Ein Umdenken unserer Gesellschaft lässt sich nicht per Gesetz verordnen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Ursachen für das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen überwiegend außerhalb des gesetzlichen Rahmens liegen und gesetzliche Regelungen allein die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessern können.

Mit neuen Gesetzen schaffen wir lediglich mehr Bürokratie und damit neue Belastungen, besonders für kleine und mittlere Unternehmen. Ich spreche mich daher für eine konsequentere Umsetzung der bestehenden Regeln zum Abbau geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede und gegen weitere gesetzliche Regelungen aus.

**Dumitru Oprea (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Ich habe angesichts der immer noch bestehenden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern für den Bericht von Frau Bauer gestimmt. Gleichheit zwischen Frauen und Männern ist einer der Grundwerte der Europäischen Union.

Die Förderung des Prinzips der gleichen Möglichkeiten von Frauen und Männern ist ein relativ neues Anliegen der Europäischen Union, das in den Verträgen von Maastricht und Amsterdam zum Ausdruck kam. Allerdings wurden in vielen Deklarationen und internationalen Vereinbarungen, beispielsweise in der Erklärung über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau aus dem Jahr 1967, verschiedene Aspekte hervorgehoben.

Zwei der Branchen, in denen die Mehrheit der Arbeitnehmer Frauen sind, sind in Rumänien das Gesundheits- und Sozialwesen sowie die Bildung (69,5 %). Die von Frauen dominierten Berufe und Arbeitsplätze sind im Vergleich zu den Berufen, die Männerdomänen sind, noch immer tendenziell unterbewertet. Ungleichheiten

und Diskrepanzen bei der Behandlung der Geschlechter haben definitiv Einfluss auf die Bezahlung. Der durchschnittliche Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen beträgt 8,5 bis 15 % zugunsten der Männer, wobei er im Privatsektor noch höher ist. Das widerspricht Richtlinie 75/117/EWG, in der die Anwendbarkeit des Prinzips eines gleichen Entgelts für Männer und Frauen formuliert ist.

**Rovana Plumb (PSE), schriftlich.** – (RO) Ehe wir keine gleiche Bezahlung von Männern und Frauen haben, wird es schwierig sein, die für 2010 vorgeschlagene Ziele zu erreichen: Verbesserung der Lebensbedingungen, Wirtschaftswachstum und Beseitigung von Armut. Die Tatsache, dass in der Europäischen Union Frauen im Durchschnitt 15 % weniger verdienen als Männer und annähernd bis Februar des Folgejahres (das entspricht 418 Tagen pro Jahr) arbeiten müssen, um die gleiche Bezahlung wie Männer zu erhalten, ist ein Alarmsignal. Zur Bekämpfung dieses unbefriedigenden Zustands sind spezielle Maßnahmen erforderlich.

Eine zahlenmäßig gleiche Repräsentation in der Europäischen Kommission und im Europäischen Parlament könnte ein politisches Signal unsererseits für eine bessere Repräsentation von Frauen in allen Entscheidungsgremien sowie zur Überwindung der Unterschiede bei der Bezahlung sein.

Ich habe für diesen Bericht gestimmt und gratuliere der Berichterstatterin.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Ich habe für den Bericht von Frau Bauer zur Anwendung des Prinzips der gleichen Bezahlung von Männern und Frauen gestimmt. Seit Jahren wird über dieses uralte Problem debattiert. Es ist beunruhigend, festzustellen, dass in einigen EU-Ländern die Unterschiede in der Bezahlung primär dem hohen Grad an berufsbezogener Trennung zwischen den Geschlechtern und den Auswirkungen der Entgeltstruktur zuzurechnen sind. Deshalb brauchen wir eine facettenreiche Politik, deren Ziel die Umsetzung einer Gesetzgebung ist, die bereits existiert, aber nicht sehr effektiv ist. Ich gratuliere meiner Kollegin zu der von ihr geleisteten Arbeit, deren Ziel es ist, die geltende Gesetzgebung zu konsolidieren, aber auch die Tatsache zu berücksichtigen, dass es schwierig ist, durch Gesetze dieser Art Einfluss auf die wirtschaftlich bedingten Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu nehmen. Dieser Bericht war notwendig, denn wir brauchen eine Entgeltpolitik, die auf eine Reduzierung der Ungleichheiten bei der Bezahlung und eine bessere Bezahlung im Niedriglohnsektor abzielt, in dem mehrheitlich Frauen arbeiten.

**Catherine Stihler (PSE), schriftlich.** – Die Proklamation eines „Europäischen Tags der gleichen Bezahlung“ wird von mir unterstützt. Die Tatsache, dass Frauen noch immer diskriminiert werden und bei gleicher Arbeit durchschnittlich 15 % weniger als ihre männlichen Kollegen verdienen, ist im Jahr 2008 völlig inakzeptabel.

**Georgios Toussas (GUE/NGL), schriftlich.** – (EL) Die Kommunistische Partei Griechenlands hat gegen den Bericht gestimmt, da er das Argument der gleichen Bezahlung nutzt, um die Rechte der berufstätigen Frauen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu reduzieren. Die berufstätigen Frauen sollten nicht vergessen, dass die EU sowie die Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Regierungen der Mitgliedstaaten unter dem Vorwand einer europaweit einheitlichen Gesetzgebung die Tendenz fortgesetzt haben, Frauenrechte abzuschaffen, beispielsweise das Verbot der Nachtarbeit von Frauen. Die EU sowie die griechischen Parteien Neue Demokratie und PASOK nutzen die gleiche Gesetzgebung für eine Erhöhung des Rentenalters weiblicher Beschäftigter im öffentlichen Dienst, angeblich, um auf diese Weise Diskriminierung zu beseitigen und eine Gleichbehandlung der Geschlechter zu erreichen.

Im Bericht wird nicht nur nicht auf die eigentlichen Ursachen der ungleichen Bezahlung gleicher Arbeit zwischen Männern und Frauen eingegangen. Auch die Tatsache, dass Frauen und junge Menschen die ersten Opfer von Teilzeitarbeit, flexiblen Arbeitsverträgen und „Flexicurity“ sind, wird nicht erwähnt – im Gegenteil, die im Bericht vorgeschlagenen Lösungen gehen exakt in diese Richtung. Mit dem Argument der „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ wird die Generalisierung flexibler Formen der Beschäftigung von Frauen begründet. Dabei dienen „heißes Geld“ aus öffentlichen Kassen sowie öffentliche Arbeitsverträge und öffentliche Finanzierung als Anerkennung für „gute Kapitalisten“, die das Selbstverständliche umsetzen: eine gleiche Bezahlung von Männern und Frauen bei gleicher Arbeit.

**Graham Watson (ALDE), schriftlich.** – Dieser Bericht spricht gegenüber der Europäischen Kommission Empfehlungen zur Anwendung des Prinzips der gleichen Bezahlung von Männern und Frauen aus, da dieses Prinzip der Schlüssel zur Gewährleistung von Würde, Fairness und Gleichheit in Bezug auf die Rentenansprüche ist.

Seit Jahren unterstütze ich intensiv die Plymouth Senior Citizens' Petition (Petition älterer Bürger der Stadt Plymouth), die für eine Gleichbehandlung älterer Frauen eintritt.

Ich war stolz, drei Änderungsanträge zum Bauer-Bericht einbringen zu können, in denen die Forderungen der Petition von Plymouth berücksichtigt werden, und ich freue mich, dass alle drei akzeptiert wurden.

Das Europäische Parlament hat anerkannt, dass viele Frauen Einkommen einbüßen, weil sie Kinder oder ältere Menschen betreuen. Im Bericht wurde die Kommission aufgefordert, das Risiko der Altersarmut zu beseitigen und älteren Menschen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Außerdem wurde das Ziel formuliert, ein gleiches Rentenniveau und Rentenalter für Männer und Frauen zu erreichen.

Nun brauchen wir die Europäische Union und die nationalen Regierungen, damit diese Worte beherzigt werden und aus edlen Gefühlen messbarer Fortschritt entsteht.

Gleiche Renten für ältere Bürger sind ein erstrebenswertes Ziel, und ich bin stolz, diesen Bericht zu unterstützen.

**- Bericht: Christian Ehler (A6-0418/2008)**

**Jan Andersson, Göran Färm, Anna Hedh, Inger Segelström und Åsa Westlund (PSE), schriftlich.** – (SV) Wir haben uns für Stimmenthaltung entschieden, da wir der Meinung sind, dass es im Prinzip falsch ist, den derzeit laufenden Legislativprozess vorwegzunehmen, in dem exakt diese Themen behandelt werden, wie einem entsprechenden Initiativbericht zu entnehmen ist.

**Adam Bielan (UEN), schriftlich.** – (PL) Ich unterstütze den Bericht von Herrn Ehler aus zwei Gründen.

In Ermangelung eigener Rohstoffe entwickelt sich die Europäische Union zu einem der weltweit größten Energieimporteure, wodurch unsere Abhängigkeit von externen Öl- und Gaslieferanten wächst. Diese Sektoren sind mit dem größten geopolitischen Risiko verbunden. Im Vergleich zu den Öl- und Erdgasreserven werden die Kohlereserven noch länger verfügbar sein, weshalb sie für uns noch strategisch wichtig werden können, falls Energielieferungen aus politischen Gründen gefährdet sind.

Darüber hinaus kann die Produktion von Energie aus fossilen Brennstoffen wie Kohle trotz strenger Umweltstandards ein realistischer Weg sein. Das eröffnet den europäischen und polnischen Minen gute Perspektiven. Die Einführung sauberer Kohletechnologien wird zu einer deutlichen Entwicklung der polnischen Infrastruktur und der polnischen Wirtschaft beitragen.

**Šarūnas Birutis (ALDE), schriftlich.** – (LT) Die Mitteilung der Kommission zur „Unterstützung der frühzeitigen Demonstration einer nachhaltigen Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen“ ist ein sehr wichtiger Schritt auf dem Weg zu weiteren Diskussionen über politische und finanzielle Maßnahmen. Heute ist es offensichtlich, dass die Europäische Union nur dann in der Lage sein wird, ihre ehrgeizigen Ziele auf dem Gebiet der Klimapolitik für die Zeit nach 2020 zu erreichen, wenn sie sicherstellt, dass Technologien zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung durch Kraftwerke eine breite Anwendung finden. Wir müssen in der Tat Fortschritte bei der Erarbeitung und Verabschiedung rechtlicher Bestimmungen zur geologischen Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub> erreichen.

Zwar werden derzeit auf europäischer Ebene Versuche unternommen, schnellstmöglich eine Richtlinie zur geologischen Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub> zu verabschieden, auf nationaler und regionaler Ebene fehlen entsprechende Initiativen jedoch, die insbesondere auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur notwendig wären.

**Charlotte Cederschiöld, Christofer Fjellner, Gunnar Hökmark und Anna Ibrisagic (PPE-DE), schriftlich.** – (SV) Solange fossile Brennstoffe zur Deckung des Energiebedarfs der EU notwendig sind, müssen Initiativen unterstützt werden, die das Ziel verfolgen, die schädigenden Auswirkungen auf die Umwelt zu lindern. Hierzu zählen beispielsweise Technologien zur Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (CCS-Technologien).

Wir sind jedoch der Meinung, dass die Erlöse aus dem Handel mit Emissionsrechten dem betreffenden Mitgliedstaat zugutekommen und nicht für die unterschiedlichsten Projekte verwendet werden sollten. Andererseits besteht das Risiko, dass das System der Emissionsrechte ineffektiv und von oben kontrolliert wird.

**Dragoş Florin David (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Ich habe für diesen Bericht gestimmt, denn er betont die Bedeutung einer Erhöhung der Mittel, die dem Europäischen Forschungsfonds zugewiesen werden, dessen Ziel die Einführung neuer Technologien zur Abscheidung von Treibhausgasen, insbesondere CO<sub>2</sub>, ist, und die insbesondere auch Fonds zugewiesen werden, deren Ziel die Umsetzung von Pilotprojekten ist, durch

die das Profil dieser Forschungsarbeiten gestärkt wird und die Möglichkeiten und die Sicherheit neuer Technologien erhöht werden. Europa kann nicht die größte Energiereource aufgeben, die es besitzt, die fossile Kohle, denn für viele Mitgliedstaaten ist die Verarbeitung fossiler Kohle noch immer die Garantie ihrer Energieunabhängigkeit. Wir müssen zukünftigen Generationen garantieren, dass die Produktion von Strom aus fossilen Brennstoffen nachhaltig ist und möglichst wenig Verschmutzung verursacht.

**Avril Doyle (PPE-DE), schriftlich.** – Ich habe diesen Bericht unterstützt, da er mit dem von mir in meinem Bericht zur Überprüfung des Emissionshandelssystems der EU eingereichten Änderungsantrag zur Finanzierung großer Demonstrationsanlagen für die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (CCS-Anlagen) übereinstimmt.

Unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wird wahrscheinlich noch für einige Zeit erhalten bleiben. Wir sollten alle Optionen prüfen, um deren schädliche Auswirkungen zu lindern. CCS-Anlagen dienen zur Abscheidung und Verbrennung von Kohlendioxid aus allen Kohlenwasserstoffquellen, sodass die Emissionen nicht in die Atmosphäre gelangen. Bei einer unverzüglichen Errichtung und angemessenen finanziellen Ausstattung können CCS-Anlagen dazu beitragen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in der EU deutlich zu reduzieren.

**David Martin (PSE), schriftlich.** – In diesem Bericht wird anerkannt, dass es notwendig ist, die Emissionen aus fossilen Brennstoffen zu verringern, mit denen die Lücke bis zur ausreichenden Bereitstellung leistungsfähiger erneuerbarer Energiequellen geschlossen wird. Deshalb unterstütze ich den Bericht.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Ich habe für den Bericht von Herrn Ehler zur Unterstützung der frühzeitigen Demonstration einer nachhaltigen Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen gestimmt. Es ist klar, dass die Europäische Union ihre ehrgeizigen Ziele auf dem Gebiet der Klimapolitik nur dann erreichen wird, wenn es ihr gelingt, einen breiten Einsatz von CCS-Technologien in Kraftwerken sicherzustellen.

Die strategische Bedeutung der Kohle darf uns nicht daran hindern, einen Weg zu suchen, um diese wertvolle Ressource in einer Art und Weise zu nutzen, die das Klima nicht beeinträchtigt. Darüber hinaus stimme ich mit dem Berichterstatter darin überein, dass die Kommission bisher zu wenig unternommen hat, um sicherzustellen, dass diese ehrgeizigen Projekte bis 2015 abgeschlossen werden können. Abschließend möchte ich Herrn Ehler in seiner Einschätzung zustimmen, dass ein angemessener gesetzlicher Rahmen mit verfügbaren finanziellen Ressourcen fehlt. Es ist absolut wichtig, dass wir diesen Mangel beheben.

**Elisabeth Schroedter (Verts/ALE), schriftlich.** – (DE) Mit der Abstimmung zum Bericht Ehler hat das Europäische Parlament sich für die Weiterfinanzierung einer völlig veralteten Energiestrategie entschieden. Mit CCS sollen klimaschädliche Produktionsverfahren scheinbar „klimafreundlich“ gestaltet werden. Die CO<sub>2</sub>-Produktion wird dabei jedoch nicht vermieden bzw. reduziert, wie beispielsweise bei erneuerbaren Energien. Aus der Sicht von uns Grünen macht eine großspurige öffentliche Finanzierung von CCS volkswirtschaftlich keinen Sinn. Dieses Geld wäre nachhaltiger angelegt, wenn es in die Erforschung einer effizienteren Anwendung erneuerbarer Energien gesteckt würde.

Der Bericht Ehler geht noch weiter als die Kommission. Er will selbst europäische Strukturfördermittel für CCS-Investitionen verwenden. Damit werden diese Mittel benachteiligten Regionen und ihren nachhaltigen Entwicklungsplänen entzogen. Mit dem CDU-Kollegen Ehler schustert ein Brandenburger dem fünftgrößten europäischen Energiekonzern Vattenfall hier Geld zu, damit er in der Lausitz (Brandenburg/Sachsen) weitere Braunkohletagebaue erschließen kann, wodurch weiteren Dörfern die Umsiedlung droht. Bekanntlich will Vattenfall auch die nächsten 50-60 Jahre aus Braunkohle Strom gewinnen, obwohl dies nur mit einem Wirkungsgrad von unter 50 % möglich ist. Mit der energieintensiven CCS-Technik wird dieser noch mal um 10-15 % reduziert. Das ist ein Weg zurück in die Vergangenheit, deshalb tragen wir den Bericht nicht mit, sondern haben einen Alternativantrag eingebracht.

## **9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**

(Die Sitzung wird um 13.05 Uhr und um 15.05 Uhr fortgesetzt.)

**VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING**

Präsident

## **10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll**



## **11. Antwort der Europäischen Union auf die globale Finanzkrise: Folgemaßnahmen zum informellen Europäischen Rat vom 7. November und zum G20-Gipfel vom 15. November 2008 - Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2009 (Aussprache)**

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache über die Antwort der Europäischen Union auf die globale Finanzkrise sowie das Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2009.

**Jean-Pierre Jouyet, amtierender Präsident des Rates.** – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, meine Damen und Herren! Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Wirtschaft werden immer deutlicher. Die Herbstprognosen der Kommission gehen von einem erheblichen Rückgang des Wachstums in der Europäischen Union im nächsten Jahr aus. Einige Mitgliedstaaten stecken bereits in einer Rezession. Im Jahr 2009 könnte das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union bestenfalls bei null liegen.

Darüber hinaus haben die finanziellen Spannungen allmählich Rückwirkungen auf die Finanzierung der wirtschaftlichen Institutionen. Die öffentliche Hand in den Mitgliedstaaten unternimmt alle Anstrengungen, um die Kontinuität bei der Finanzierung der Unternehmen und Haushalte angesichts des zunehmenden Risikos von Kreditrestriktionen sicherzustellen.

Europa und seine internationalen Partner sind mit der schwersten Finanzkrise seit 1929 konfrontiert und müssen sich mit einem außerordentlichen Wirtschaftsabschwung auseinandersetzen. Wie Sie seit unserer letzten Debatte am 8. Oktober wissen, hat die Ratspräsidentschaft nur ein Ziel verfolgt und sich von nur einer Überzeugung leiten lassen: Angesichts der globalen Finanzkrise muss die so wichtige Geschlossenheit der Europäer gewahrt bleiben.

Konfrontiert mit der Gefahr eines Zusammenbruchs des europäischen Finanzsystems, ist die französische Präsidentschaft erfolgreich für einen europäischen Aktionsplan zur dringenden Unterstützung von Finanzinstituten eingetreten, die von der Krise bedroht sind, und hat gemeinsam mit den Mitgliedstaaten entschieden, die Interbankenfinanzierung zu garantieren und die Banken zu rekapitalisieren.

Die Wirksamkeit dieser gemeinsamen europäischen Maßnahme wurde auch am vergangenen Wochenende auf dem G-20-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Washington demonstriert, an dem auch Präsident Barroso teilnahm. Die Initiative für diesen historischen Gipfel ging von Europa aus, das von Präsident Sarkozy und vom Präsidenten der Europäischen Kommission Barroso vertreten wurde. Dabei wurde große Einigkeit demonstriert, die von der Ratspräsidentschaft am 7. November gefundenen klaren Positionen gegenüber unseren wichtigsten Partnern zu verteidigen.

Mit den Ergebnissen dieser Vorgehensweise können wir sehr zufrieden sein, denn in den Schlussfolgerungen des Gipfels werden die Hauptelemente, die Europa eingebracht hat – Transparenz und Verantwortungsbewusstsein – als entscheidend für das Funktionieren des internationalen Finanzsystems bezeichnet. Wir haben auch positive Entscheidungen herbeigeführt, die sich mit den Vorschlägen der Europäischen Union decken, beispielsweise eine Registrierung der Rating-Agenturen, das Prinzip der Überwachung und Regulierung aller Aktivitäten der Finanzinstitute sowie die Verbindung der Entlohnung mit der Vermeidung übermäßiger Risiken.

Erstmals haben sich alle großen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen einverstanden erklärt, entschlossen zu reagieren, um ein erneutes Auftreten einer Krise dieser Größenordnung zu verhindern. Sie alle haben einem ehrgeizigen Maßnahmenplan zugestimmt, den die Finanzminister in den nächsten Wochen noch detailliert formulieren müssen.

Die Europäische Union muss auch weiterhin ihr gesamtes Gewicht bei den internationalen Diskussionen in die Waagschale werfen. Sie wissen, dass Sie bei der Förderung der europäischen Einheit auf die französische Präsidentschaft zählen können und dass hinsichtlich der grundlegenden Reformen auf den in Washington angesprochenen Gebieten ein gemeinsames Ziel verfolgt wird. Wir bauen selbstverständlich darauf, dass auch die tschechische Präsidentschaft diese Initiative weiterverfolgt.

In Bezug auf Rating-Agenturen, Buchführungsnormen, die Überwachung von Hedge-Fonds, den Kampf gegen Steueroasen, die Verantwortlichkeit privater Institutionen und die Reform multilateraler Finanzinstitute muss die Europäische Union auch weiterhin eindeutig Position beziehen, um greifbare Ergebnisse zu erreichen.

Auf dem Gebiet der Gesetzgebung muss die Europäische Union schnell ihrer Verantwortung gerecht werden, indem die Umsetzung der von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Beaufsichtigung und Regulierung von Banken und Rating-Agenturen beschleunigt wird.

Die französische Präsidentschaft weiß, dass sie auf die volle und aktive Unterstützung Ihres Parlaments und seiner Fraktionen zählen kann, und dafür bin ich den Fraktionsvorsitzenden sehr dankbar. Deshalb wird Europa in der Lage sein, auf den nächsten internationalen Treffen, die für 2009 geplant sind, eine Position der Stärke einzunehmen.

Diese ersten Ergebnisse im Finanzsektor belegen die Effektivität des geschlossenen europäischen Vorgehens. Dennoch ist dies nur ein Teil der europäischen Reaktion auf die Krise. Dieses geschlossene Vorgehen muss die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auch dazu inspirieren, auf die Auswirkungen der Krise auf das Wirtschaftswachstum zu reagieren.

Die Ratspräsidentschaft steht in dieser Frage fest zu ihrer eigenen Überzeugung. Wie im Finanzsektor gilt, dass die Mitgliedstaaten bei der Unterstützung von Wachstum keine konkreten Ergebnisse erreichen werden, wenn sie nicht eng miteinander und darüber hinaus mit ihren großen internationalen Partnern kooperieren. Der G-20-Gipfel hat in dieser Hinsicht eine starke Botschaft vermittelt. Wir müssen im globalen Maßstab alle makroökonomischen Instrumente einbeziehen, um einen langfristigen Abschwung der Wirtschaft zu vermeiden.

Die Zentralbanken haben schnell mit einer Reduzierung der Zinssätze auf die Entwicklung der Lage reagiert. Die Präsidentschaft hat die Anfang November getroffene konsequente Entscheidung der Europäischen Zentralbank begrüßt, die Zinssätze um 50 Basispunkte zu reduzieren. Mehrfach haben wir die Maßnahmen der EZB in Reaktion auf die Finanzkrise sowie die aktive Teilnahme der EZB an den Überlegungen der Eurogruppe und des Europäischen Rats begrüßt.

In Bezug auf die Haushaltsfragen haben die G-20 festgestellt, dass jeglicher Handlungsspielraum – sofern er zur Verfügung steht – genutzt werden sollte. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben dadurch auf diesen Aufruf reagiert, dass sie sich dafür ausgesprochen haben, den gesamten Handlungsspielraum zu nutzen, den der Stabilitäts- und Wachstumspakt zulässt, wenn es zur einer starken Konjunkturwende kommt.

Die französische Präsidentschaft beabsichtigt, in enger Zusammenarbeit mit der Kommission alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um sicherzustellen, dass die nationalen Pläne zur Unterstützung des Wirtschaftszyklus eng mit den Initiativen der Gemeinschaft koordiniert werden, um die wirtschaftlichen Wirkungen als Ganzes zu maximieren.

Herr Barroso, wir erwarten neue Vorschläge bis Ende des Monats. Es geht darum, Antworten zu finden, die auf Ebene der Gemeinschaft angewandt werden können, sowie alle Instrumente zu nutzen, die möglicherweise den Wirtschaftszyklus in Europa positiv unterstützen können. Bestimmte Mittel des europäischen Haushalts – das sage ich, weil ich bei der Debatte in diesem Haus anwesend war – könnten schnell mobilisiert werden, um auf den Abschwung zu reagieren.

Darüberhinaus sollten wir neben einem einwandfreien Funktionieren des Binnenmarktes auch gewährleisten, dass die gesamte Flexibilität der Regeln für staatliche Beihilfen in Europa so genutzt wird, dass die Mitgliedstaaten und die Europäische Union die am stärksten gefährdeten wirtschaftlichen Institutionen effektiv unterstützen.

Wir wünschen uns auch, dass die Europäische Investitionsbank uneingeschränkt in die Bemühungen zur Unterstützung der europäischen Wirtschaft einbezogen wird. Wie Sie wissen, wurden bereits Ressourcen zur Verfügung gestellt, um die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen sicherzustellen. Die Unterstützungsmaßnahmen sollten Teil eines stärker globalen Plans sein, sodass insbesondere die am stärksten gefährdeten Sektoren unterstützt werden können, wie beispielsweise aktuell die Automobilindustrie in der gesamten EU.

Diese zusätzlichen Anstrengungen auf Ebene der Gemeinschaft müssen auf der Ebene der Mitgliedstaaten durch eng koordinierte nationale Konjunkturmaßnahmen aktiv ergänzt werden. In Bezug auf den im nächsten Monat stattfindenden Europäischen Rat beabsichtigt die Präsidentschaft, zwischen den Mitgliedstaaten eine Diskussion über die Prioritäten solcher Konjunkturmaßnahmen zu führen. Mehrere Mitgliedstaaten haben bereits zum Ausdruck gebracht, dass sie Unterstützungsmaßnahmen für bestimmte Industriezweige erwägen.

Diese Maßnahmen müssen im Interesse einer maximalen Effektivität das Ergebnis von Konsultationen zwischen den Partnern sein und dürfen die Integrität des Binnenmarktes nicht gefährden. Die Minister für

Wirtschaft und Finanzen werden zusammen mit Kommissar Almunia eine Diskussion zu diesen Themen anlässlich des nächsten Treffens des Europäischen Rates am 2. Dezember vorbereiten.

Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, meine Damen und Herren! Angesichts einer beispiellosen Destabilisierung der Weltwirtschaft hat die Europäische Union ihre Verantwortung innerhalb weniger Wochen effektiv wahrgenommen. Den Europäern ist es gelungen, in der Konfrontation mit einer unmittelbaren Gefahr einig zu sein, um dringend notwendige effektive Maßnahmen zu ergreifen. Wir müssen alle erforderlichen Lehren aus dieser Maßnahme ziehen, die von Erfolg gekrönt war. Diese europäische Einheit muss bewahrt werden, sodass wir auch weiterhin gemeinsam handeln und sowohl gegenüber als auch mit unseren Partnern eine grundlegende Reform des Systems der Finanzregulierung durchsetzen, um gemeinsam die Folgen der Konjunkturwende zu bewältigen.

Dadurch können wir – Rat, Kommission und Parlament – gemeinsam nachweisen, dass die Europäische Union über die erforderlichen Mittel verfügt, um ihr Schicksal effektiv selbst in die Hand zu nehmen und das zu tun, was alle Europäer erwarten, nämlich als Global Player zu handeln.

(Beifall)

**Der Präsident.** – Herzlichen Dank an den Vertreter des Rates, Jean-Pierre Jouyet. Es ist eine große Freude, so viele Mitglieder der Europäischen Kommission hier zu sehen. Die große Mehrheit der Mitglieder der Kommission ist anwesend, und es ist mir eine Freude, den Präsidenten der Kommission zu bitten, zu uns zu sprechen.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – (FR) Herr Präsident, Herr amtierender Ratspräsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich die hervorragende Entscheidung des Europäischen Parlaments würdigen, heute zwei Aussprachen in einer zu organisieren: einerseits über die Bewältigung der globalen Finanzkrise durch Europa nach dem G-20-Gipfel von Washington und andererseits über das Arbeitsprogramm der Kommission für 2009.

Diese Doppelaussprache widerspiegelt ideal die politische Realität, auf die Europa reagieren muss: Es muss sich der dringenden Herausforderung stellen, andererseits aber auch resolut die bereits begonnene fundamentale Arbeit fortsetzen.

Sie werden deshalb nicht überrascht sein, dass mit dem Arbeitsprogramm der Kommission für 2009 ebenfalls ein doppelter Zweck verfolgt wird: Kontinuität und Handeln in Zeiten der Krise. Ich werde darauf noch zurückkommen.

Zunächst möchte ich jedoch nochmals auf die Bewertung des Gipfels von Washington eingehen, die Herr Jouyet im Namen der französischen Präsidentschaft vorgenommen hat. Gestatten Sie mir, Sie daran zu erinnern, dass die politische Initiative für den Beginn eines globalen Prozesses zur Reformierung des Finanzsystems von Europa ausging, und ich glaube, dazu können wir uns gratulieren. Die Europäische Union war der Herausforderung gewachsen. Die wichtigsten Elemente in der Debatte kamen ebenfalls aus Europa. Ich möchte diese Fragen nicht noch einmal wiederholen, da wir bereits im vergangenen Monat in diesem Hause darüber gesprochen haben.

Die auf dem außerordentlichen Treffen des Europäischen Rates am 7. November dargelegten Richtlinien, die von der gemeinsamen Arbeit unserer drei Institutionen inspiriert waren, dienten als Plattform für die Diskussionen. Die Kommission hat Vorschläge eingereicht. Auch der Präsident des Europäischen Parlaments, Herr Pöttering, nahm an diesen Diskussionen teil, und wir haben eine gemeinsame Position erarbeitet. All jene, die mitunter zu Kritik neigen, möchte ich auffordern, sich die von uns Europäern unterbreiteten Vorschläge und die Ergebnisse des G-20-Gipfels anzusehen.

Wir brauchen selbstverständlich einen gewissen zeitlichen Abstand, um bewerten zu können, ob ein bestimmtes historisches Ereignis einen Wendepunkt in der Geschichte markiert. Ich habe jedoch das Gefühl – das möchte ich Ihnen ganz offen sagen –, dass dieses erste Treffen der Staats- und Regierungschefs der G-20-Staaten in einzigartiger Weise den Beginn einer neuen Ära der kollektiven Steuerung der Weltwirtschaft markiert, möglicherweise sogar mehr als das, da die Krise die Protagonisten zu der Einsicht gebracht hat, dass globale Probleme global gelöst werden müssen. Das ist mein Eindruck.

Der Gipfel von Washington legte auch die Grundlagen für eine neue Weltordnungspolitik, die auf den Prinzipien einer Marktwirtschaft basiert, aber einer Wirtschaft, die – wie es den Zielen der Europäer entspricht – nicht nur eine Marktwirtschaft ist, sondern, wie wir sehr oft in Europa sagen, eine soziale Marktwirtschaft. Das ist einer der Vermögenswerte der Europäischen Union.

Tatsächlich haben die G-20 eine Vereinbarung zu vier grundlegenden Entscheidungen getroffen.

Erstens – und diese Rangfolge entspricht nicht notwendigerweise der Bedeutung der einzelnen Punkte, sondern der Reihenfolge der Entscheidungen – wurde ein kurz- und mittelfristiger Aktionsplan zur Reform der Finanzmärkte verabschiedet, um weitere Krisen zu vermeiden und die Verbraucher, die Sparer und die Investoren zu schützen.

Zweitens wurden die Prinzipien einer neuen Weltordnungspolitik vereinbart, um die in wirtschaftlicher, finanzieller und haushaltspolitischer Hinsicht bestehenden Ungleichgewichte zu beseitigen, die der Weltwirtschaft schaden.

Drittens, und das ist die Frage, die meines Erachtens am dringendsten diskutiert werden muss, wurde die Notwendigkeit eines koordinierten Handelns hervorgehoben, um die Weltwirtschaft zu stimulieren und die Folgen der Krise für die Beschäftigung und die Kaufkraft unserer Bürger zu minimieren.

Der vierte Punkt betrifft die Notwendigkeit offener Märkte und die Ablehnung jeglichen Protektionismus. Deshalb müssen uns darüber hinaus bemühen, bis Ende 2008 einen Konsens über Modalitäten zum Abschluss der Doha-Runde für Handel und Entwicklung zu erreichen.

Gleichzeitig wurde mit dem Gipfel ein klares Signal ausgesendet, das nach meiner Überzeugung für die Europäer sehr wichtig sein wird. Wirtschaftliche und finanzielle Probleme dürfen nicht auf Kosten anderer globaler Herausforderungen gelöst werden, zu deren Bewältigung ebenfalls kollektive Anstrengungen notwendig sind. Das betrifft insbesondere das Erreichen der UN-Millenniumsziele, die Energiesicherheit, den Kampf gegen den Klimawandel, die Lebensmittelsicherheit, die Rechtsstaatlichkeit sowie den Kampf gegen Terrorismus, Armut und Krankheit.

Ich persönlich habe diesen Punkt hervorgehoben. Ich sagte allerdings auch, dass es meines Erachtens obszön wäre, die großen Fragen der Weltfinanzen zu diskutieren und die Bedürfnisse derjenigen zu ignorieren, die nicht genug zu essen oder keinen Zugang zu sauberem Wasser haben.

(Beifall)

Nun beginnt ein neues politisches Kapitel, und wir müssen es schnell und unter Berücksichtigung praktischer Gesichtspunkte schreiben. In diesem Sinne müssen wir die Dinge klarstellen. Wenn Europa mit seinen Vorschlägen auf dem G-20-Gipfel eine wichtige Rolle spielte und sich Gehör verschafft hat, so ist das auf die Einheit Europas zurückzuführen. Ich möchte nochmals betonen, wie stolz ich auf die hervorragende Zusammenarbeit zwischen der französischen Präsidentschaft und der Kommission sowie auch mit Ihrer Institution, dem Europäischen Parlament, bin.

Die Europäische Union ist mit der realen Herausforderung konfrontiert, auch weiterhin mit einer Stimme zu sprechen. Das wird mitunter schwierig sein, ist aber eine für unseren Erfolg wichtige Voraussetzung.

Wie dem auch sei – wir in Europa haben nicht gezögert, einige sehr wichtige Entscheidungen zu treffen. Nach einigen Sitzungen des Europäischen Rates und Debatten mit dem Europäischen Parlament hat die Kommission bereits einige wichtige Legislativvorschläge unterbreitet, die nun den Mitgesetzgebern vorliegen. Am 29. Oktober haben wir auch ein Konjunkturprogramm skizziert, das wir mit einem Dokument konkretisieren werden, welches die Kommission in der nächsten Woche verabschieden wird.

An dieser Stelle kommt das Arbeitsprogramm der Kommission für 2009 ins Spiel. Selbstverständlich haben wir in den letzten Monaten bereits viel getan. Selbstverständlich möchten wir in Bezug auf bestimmte Elemente bis zum Ende des Jahres weitere Fortschritte erreichen, doch auch im nächsten Jahr bleibt für uns noch viel zu tun.

Dieses Programm enthält vier Prioritäten, bei denen wir uns auch in großer Konvergenz mit den Ansichten des Europäischen Parlaments befinden, die während der Debatte im September zur politischen Jahresstrategie für 2009 geäußert wurden.

Die erste dieser Prioritäten ergibt sich von selbst: Wachstum und Beschäftigung. 2009 werden wir uns zunächst zwei Dingen verschreiben: einer Begrenzung der Auswirkungen, welche die wirtschaftliche Rezession auf die Anzahl der Arbeitsplätze und die Unternehmen in Europa hat, sowie einer Fortsetzung unserer Reform, sodass wir besser auf die Zeit nach der Krise vorbereitet sind. Wir müssen in Bezug auf die Realwirtschaft genauso vorgehen, wie wir erfolgreich bei Ausbruch der Finanzkrise vorgegangen sind. Das bedeutet, auf Ebene der Europäischen Union klare Prinzipien und koordinierte Maßnahmen zu definieren. Ich glaube tatsächlich, dass unsere Bürger nicht verstehen würden, wenn die Regierungen der

27 Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen, die in der Lage waren, sich auf eine gemeinsame Plattform zur Bewältigung der Finanzkrise zu verständigen, nun nicht fähig wären, eine gemeinsame Plattform zur Reaktion auf die Wirtschaftskrise zu erarbeiten. Das Mindeste, was wir tun können, ist, das Prinzip der Koordination zwischen allen Mitgliedstaaten und selbstverständlich den europäischen Institutionen zu akzeptieren.

So sieht auch der Rahmen des Konjunkturprogramms aus, das die Kommission am 26. November unter dem Schirm der Strategie von Lissabon präsentieren wird. Wir verfügen über die erforderlichen Instrumente in Europa, wir haben die Strategie von Lissabon für Wachstum und Beschäftigung, wir haben den Stabilitäts- und Wachstumspakt, und wir können demonstrieren, dass mit entsprechendem politischem Willen, insbesondere seitens Europas, diese Instrumente eine angemessene Reaktion auf die Krise darstellen können, die wir momentan durchleben.

Wir leben in außerordentlichen Zeiten, die außerordentliche Maßnahmen verlangen. Wir brauchen eine echte gemeinsame Strategie, alle Bedingungen für einen Konjunkturaufschwung zusammenzuführen, ein Programm, das vor allem auf eine Begrenzung der Auswirkungen der Krise auf die Bürger – Haushalte, Arbeitnehmer und Unternehmer – abzielt, ein Programm, das alle verfügbaren Hebel – steuerrechtliche, strukturelle und gesetzgeberische, und zwar sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene – in einer gemeinsamen, koordinierten Anstrengung nutzt. An diesem Punkt möchte ich auch sagen, wie sehr mich die bisherige Kooperation mit der Europäischen Zentralbank freut.

Kein Mitgliedstaat könnte diese Krise allein mit nationalen Maßnahmen bewältigen. Dafür sind unsere Volkswirtschaften viel zu stark voneinander abhängig. Eines der interessantesten Ergebnisse dieses Gipfels in Washington besteht darin, dass jeder verstanden hat, dass aufgrund der Globalisierung selbst diejenigen, die bisher am wenigsten der Finanzmarktintegration ausgesetzt waren, nun die Auswirkungen der Interdependenz kennen. Wenn die gesamte Welt bereit ist, die Auswirkungen dieser Interdependenz zu akzeptieren, dürfen wir in Europa uns nicht darauf beschränken, diese Interdependenz anzuerkennen, sondern müssen auch in der Lage sein, auf eine koordinierte und kohärente Art und Weise zu reagieren.

Deshalb sind wir der Meinung, dass wir ein über den Haushalt finanziertes Anreizprogramm brauchen, um die Nachfrage zu stabilisieren, Synergien zu nutzen und negative Kettenreaktionen zu vermeiden, ein Programm von Maßnahmen, die zeitgerecht, zielgenau und nur zeitweilig einzusetzen sind – die drei „z“. Diese Maßnahmen brauchen wir dringend, und das sollten wir auch unseren Mitgliedstaaten vorschlagen.

Ich denke dabei vor allem an Maßnahmen zur Förderung von Weiterbildung- und Umschulung, an weitere Investitionen in Innovationen, an Interkonnektivität und an die Umwandlung Europas in eine Volkswirtschaft mit niedrigem Kohlendioxidausstoß. Vor allem denke ich an die Notwendigkeit, bestimmte Sektoren unserer Wirtschaft an unsere anderen Ziele im Kampf gegen den Klimawandel anzupassen. Das ist eine hervorragende Gelegenheit, um zu zeigen, dass es sich bei der Agenda für den Kampf gegen den Klimawandel nicht um eine Agenda gegen Wirtschaftswachstum handelt. Im Gegenteil, dies wird vermutlich eine Agenda sein, die die Modernisierung der europäischen Industrien vorantreibt.

Ich denke aber auch an erhöhte Anstrengungen zur Reduzierung der Verwaltungskosten von Unternehmen und damit auch insbesondere zur Freisetzung des Potenzials kleiner und mittlerer Unternehmen, ein zentrales Anliegen unserer Prüfung des Better-Regulation-Programms im Januar 2009.

Wir sehen uns zunehmend dem Ziel verpflichtet, bessere Gesetze zu verabschieden – „Better Regulation“. Wir müssen allen unnötigen Verwaltungsaufwand reduzieren, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.

Auch die „Sozialagenda: Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität“ ist Teil der europäischen Antwort auf die Wirtschaftskrise, denn wir werden auch mit sozialen Problemen zu kämpfen haben, das streiten wir gar nicht ab, insbesondere aufgrund des Anstiegs der Arbeitslosenquote, der nun mehr als wahrscheinlich ist. Deshalb müssen wir auch die Sozialagenda voranbringen. Insbesondere möchte ich auch die Maßnahmen zur Förderung des Verbraucherinteresses und zur Öffnung des Arbeitsmarktes für junge Menschen hervorheben. Es gibt jedoch zweifellos noch viele andere Themen, die wir mit dem Europäischen Parlament diskutieren sollten.

Was die Finanzpolitik angeht, so verlasse ich mich darauf, dass die Mitglieder dieses Hauses reibungslos die Vorschläge der Kommission für eine angemessene Eigenkapitalausstattung, zur Sicherung der Einlagen und zu Rating-Agenturen übernehmen werden. Wesentlich ist, dass wieder ein Klima des Vertrauens aufgebaut wird. Im Jahr 2009 wird die Kommission konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Regulierungsrahmens des

europäischen Finanzsystems umsetzen. Dabei wird auch die Regulierung, Beaufsichtigung und Transparenz der Finanzmärkte überprüft, dazu gehören auch die im Rasmussen- und im Lehne-Bericht genannten Bereiche. Vor der Frühjahrstagung des Rates werde ich Ihnen die ersten Analysen der von uns eingesetzten hochrangigen Gruppe vorlegen, die für die Finanzaufsicht verantwortlich ist.

Zum Abschluss des ersten Teils der Debatte möchte ich meiner Überzeugung Ausdruck geben, dass Krisen trotz ihrer negativen Wirkungen immer auch einen Vorteil haben. Sie erschüttern unsere festgefahrenen Denkmuster und unsere Sicherheiten, geben den Situationen eine bestimmte Plastizität und lassen Raum für die erforderliche Flexibilität zur Neumodellierung oder Neugestaltung dieser Situationen.

Ich möchte Ihnen nun noch ganz offen und ehrlich darüber berichten, was ich in Washington am letzten Wochenende empfunden habe. Ich sah eine Offenheit, die wir, offen gestanden, vor einigen Monaten noch nicht erreicht hätten. Die Krise hat viele Einstellungen verändert. Es gibt nun unter den Großmächten, aber auch unter den Schwellenländern eine gewisse Offenheit gegenüber einer Veränderung der Welt und einer Unterstützung europäischer Werte, der Werte von Freiheit und Solidarität. Im Falle Europas glaube ich, dass dies der Moment ist, dem Gang der Ereignisse seinen Stempel aufzudrücken.

(Beifall)

**Der Präsident.** – Herr Kommissionspräsident, ich darf Ihnen herzlich für Ihren Beitrag danken. Die Kolleginnen und Kollegen werden mir gestatten, Ihnen zu sagen, dass Sie in den letzten Wochen, in denen Sie einen Marathon von Sitzungen hatten, immer – wie ich finde – nicht nur in erkennbarer Weise, sondern wie es natürlich auch Ihre Pflicht ist, das Gemeinschaftsrecht vertreten haben. Das ist auch sehr wichtig gegenüber unseren Regierungen. Sie müssen den Ansprüchen des Europäischen Parlaments gerecht werden, aber auch den Ansprüchen der Regierungen. Das war erkennbar der Fall bei Ihnen, und dafür darf ich Ihnen im Namen des Europäischen Parlaments auch einmal in schwieriger Zeit ein herzliches Wort des Dankes sagen.

**Joseph Daul, im Namen der PPE-DE-Fraktion.** – (FR) Herr Präsident, Herr amtierender Ratspräsident, Herr Präsident der Europäischen Kommission, meine Damen und Herren! Die aktuelle Finanzkrise stellt nicht, wie manche behauptet haben, die Niederlage des Kapitalismus dar, sondern ist voll und ganz das Ergebnis eines politischen Fehlers, und dieser bestand in der Unangemessenheit der Regeln und Kontrollen der Qualität von Finanzprodukten in den USA seit den Neunzigerjahren.

Die Krise ist das Ergebnis einer mangelnden Markttransparenz und des Fehlens einer effektiven Aufsichtsbehörde für die Finanzmärkte. Die politische Familie der Mitte-Rechts-Parteien spricht sich nicht für ein Finanzsystem ohne Regeln oder Schiedsrichter aus, und sie hat sich auch nie dafür ausgesprochen. Doch nun bezahlen wir sehr klar für die wirtschaftlichen und sozialen Folgen eines solchen Systems. Wir, die Mitte-Rechts-Bewegung, treten dafür ein, dass die Weltwirtschaft das europäische Modell einer sozialen Marktwirtschaft übernimmt, die sich bewährt hat. Wir von der Mitte-Rechts-Bewegung fordern, dass wir uns in schwierigen Zeiten auf die Situation der Arbeitnehmer und Sparer konzentrieren, auf die Situation der Unternehmer und insbesondere auf die Situation der kleinen und mittleren Unternehmen, die täglich Risiken eingehen, um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir werden ihnen nur eine Zukunft garantieren können, wenn wir für unser Gesellschaftsmodell einstehen und die Bedingungen für einen freien, fairen und transparenten Markt beibehalten, und zwar im Bewusstsein unserer Verantwortung und getreu unseren Werten.

Meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle auch die große Zufriedenheit zum Ausdruck bringen, die meine Fraktion darüber empfindet, dass in dieser Krise wie auch in der Georgien-Krise in diesem Sommer Europa, wenn es das für richtig hält, auf der Weltbühne auftritt, sich Gehör verschafft und Einfluss auf seine Partner nimmt. Damit meine ich Folgendes: Europa, das ein in der Welt einzigartiges Gesellschaftsmodell unterstützt und das die Menschen in den Mittelpunkt dieses Gesellschaftsmodells stellt, ist ein wichtiger Akteur im Kontext der Globalisierung.

Die Ratspräsidentschaft mit Herrn Sarkozy, unterstützt von der Kommission und ihrem Präsidenten Barroso, hat gezeigt, dass ein gemeinsames, konsistentes Vorgehen der 27 Mitgliedstaaten möglich ist, selbst in sehr heiklen und komplexen Fragen, und dass Europa einen Einfluss in der Welt haben kann, wenn es versucht, einig zu bleiben.

Es ist dem wiederholten Drängen der Ratspräsidentschaft und des Kommissionspräsidenten zu danken, dass das G-20-Treffen stattfand. Dieses Treffen der reichsten Länder und der Schwellenländer war sowohl ein

symbolisches als auch ein historisches Ereignis, doch es führte auch zu konkreten Maßnahmen, die unsere Fraktion nachdrücklich unterstützt. Die G-20 haben tatsächlich die Ursachen des Problems benannt, eine Strategie erarbeitet und einen Zeitplan aufgestellt. Kleinmütige Menschen mögen behaupten, das reiche nicht aus und käme zu spät. Ich frage mich auch selbst, warum wir in Europa die Krise nicht verhindert haben, als bereits im vergangenen Jahr die ersten Warnsignale sichtbar wurden. Warum haben unsere Aufsichtsbehörden die Qualität der US-Finanzprodukte nicht genauer überwacht? Wir brauchen eine Antwort auf die Frage, was in unseren Großbanken geschah, als die Leute in der obersten Etage nicht wussten, was die Computerspieler in der dritten Etage alles angestellt haben.

Es ist unsere Pflicht, nun Maßnahmen zur Stimulierung unserer Wirtschaft und unseres Wachstums zu ergreifen und damit die Auswirkungen dieser Krise auf die soziale Kohäsion zu begrenzen. Wir müssen den Binnenmarkt vereinfachen, in Forschung investieren, unsere KMU nachdrücklich unterstützen und Familien helfen, die sich in Schwierigkeiten befinden. Das alles müssen wir tun, ohne die öffentliche Hand zu belasten, beispielsweise, indem wir Euro-Anleihen als zusätzliche Finanzierungsquelle betrachten und die auf nationaler Ebene gezeigten Reformimpulse beibehalten, die nun notwendiger sind als je zuvor.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angesichts einer historischen Krise wurde hinsichtlich der Weltordnungspolitik möglicherweise ein historischer Fortschritt erreicht. Wir müssen jedoch noch weiter gehen, uns gleichzeitig aber auch vor der Gefahr des Protektionismus schützen, der sich immer negativ auf die ärmsten Länder der Welt auswirkt.

In Zeiten der Krise können wir mutige Maßnahmen für die Zukunft ergreifen. Herr Präsident der Kommission! In einer Krisenzeit, und zwar nur in einer Krisenzeit, können wir bestimmte Regeln verändern, denn nach der Krise gerät alles schnell wieder in Vergessenheit.

Europa darf von diesem Weg nicht abweichen. Ein einiges Europa hat gezeigt, dass es in der Lage war, Lösungen für die Krise zu finden und unsere Mitbürger bei der Überwindung dieser Krise zu unterstützen, die uns in den nächsten Monaten noch vor weitere gewaltige Probleme stellen wird. Ich möchte Ihnen einfach sagen, dass Europa einig bleiben muss, stark sein muss, und vor allem, Herr Präsident der Kommission, möchte ich Ihnen sagen, dass wir eine symbiotische Beziehung zwischen den verschiedenen Institutionen gespürt haben, zwischen dem Parlament, das ich als Erstes erwähnen möchte, der Kommission und dem Rat. Dann werden wir erfolgreich sein und unseren Mitbürgern ein Beispiel setzen.

**Martin Schulz**, im Namen der PSE-Fraktion. – (DE) Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Tatsache, dass die G20-Staaten getagt haben, ist ein Fortschritt. Die Tatsache, dass sie in dieser Form zusammengetreten sind, zeigt, dass es eine Veränderung in der Welt gibt, dass wir uns auf eine multipolare Welt zubewegen, in der die Europäische Union eine zentrale Rolle spielen kann und spielen wird, wenn sie einig bleibt, wenn wir unsere Hausaufgaben machen, wenn wir das, was unsere Aufgabe ist, auch tatsächlich erledigen.

Die entscheidende Frage ist deshalb, Herr Präsident der Kommission, ob wir genug Zeit haben. Ich habe eben Ihrer Rede entnommen, dass Sie die Maßnahmen, die Sie in der Kommission im Zusammenhang mit dem Bericht meines Kollegen Poul Nyrup Rasmussen bearbeiten wollen, zum Frühjahrsgipfel vorlegen wollen. Das ist zu spät. Wir wollen, was die Hedge-Fonds und die Private-Equity-Fonds angeht, die Maßnahmen jetzt. Charlie McCreedy hat, wenn ich das richtig verstanden habe, in der vergangenen Woche in der Kommission erste Maßnahmen im Hinblick auf Banken vorgelegt. Das ist nur ein ganz kleines Paket. Wir wollen, wenn wir glaubwürdig sein möchten, jetzt über die Rating-Agenturen reden. Wir wollen so schnell wie möglich über ihre Kontrolle reden. Wir wollen jetzt Maßnahmen im Zusammenhang mit den Private-Equity-Fonds und den Hedge-Fonds. Wir wollen jetzt über Managergehälter reden. Wir wollen jetzt über die „short sellings“ reden. Es ist nämlich so, dass bereits ein Gewöhnungseffekt eintritt. Wir haben die Finanzkrise, es finden riesige Runden statt, aber die Damen und Herren aus der Finanzwelt gehen schon wieder in Stellung. Ich will Ihnen ein kleines Zitat aus einem Brief von Herrn Ackermann, dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, an George W. Bush – das sind ja zwei sehr interessante Briefpartner – vorlesen. Es müsse verhindert werden, schreibt Herr Ackermann, dass es eine dauerhaft größere Rolle des öffentlichen Sektors im internationalen Finanzsystem gibt. Nein, das muss nicht verhindert werden, das gerade ist das Ziel der Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, dass es mehr Kontrolle und mehr internationale Kooperation zur Durchsetzung dieser Kontrolle gibt!

Das ist nämlich jetzt eine entscheidende Weichenstellung, ein entscheidender Moment, wo wir uns fragen müssen: Geht es zukünftig mit strikteren Auflagen, mit strikteren Kontrollen, übrigens auch mit dem gesetzlichen Verbot bestimmter Missbrauchsformen der Spekulation weiter oder schützen wir jetzt Banken, schützen wir jetzt Fonds vor dem Zusammenbruch? Die nehmen dankbar das Geld an und machen

anschließend ungehindert weiter. Ein bisschen ist es so, als ob man einem abgebrannten Zocker, der im Casino Pleite gegangen ist, neues Geld gibt, und er macht fröhlich wieder weiter. Nein, was wir wissen müssen, ist, wer das Casino besitzt, nach welchen Regeln darin gespielt wird, wie die Gewinne besteuert werden und vor allen Dingen ob die Abläufe im Casino sichtbar gemacht werden und die, die für das, was dort geschieht, verantwortlich sind, auch zur Rechenschaft gezogen werden können. Das muss das Ziel sein! Das Ziel der EU muss es sein, eigene Regeln zu definieren, die die EU anschließend selbst innerhalb der G20 und in den internationalen Organisationen durchsetzt.

Das kann nicht laufen wie bisher. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass wir eine Verantwortung für die kleinen Leute in der Europäischen Union haben, mit deren Geld bezahlt wird, was andere an Katastrophen angerichtet haben. Ich gebe Ihnen ein kleines Beispiel: Stellen Sie sich einmal vor, Herr Barroso, Sie gehen zu Ihrer Bank. Nun sind Sie einer der eher gutbezahlten Leute in Europa, so wie ich auch. Sie gehen nun zu Ihrer Bank und sagen: „Ich bringe Ihnen 1 000 Euro und hätte gerne 25 % Rendite.“ Der Mann in der Bank wird sagen: „Herr Barroso, sind Sie nicht ganz gesund? Sonst sind Sie doch so ein vernünftiger Mensch. Sie sehen doch eigentlich ganz clever aus.“ Aber wenn Herr Ackermann vor seine Aktionäre tritt und sagt: „Wir wollen 25 % Rendite in diesem Jahr“, dann bekommt er „standing ovations“. Wir müssen den Unterschied in der Philosophie zwischen diesen Leuten und dem normalen Leben endlich reduzieren. Es kann nicht sein, dass in der internationalen Wirtschaft ausschließlich nach diesen kühlen, kalten Renditegesichtspunkten gehandelt wird. Und dazu brauchen wir die Regeln, damit diese Art von Missbrauch beendet wird.

(Beifall)

Wenn wir in den kommenden Monaten, am Ende dieser Wahlperiode, vernünftig gehandelt haben werden, dann haben wir diese Wahrnehmungslücke zwischen dem, was die Wirtschaftswelt wahrnimmt und was sie für die reale Welt hält, und dem, was die kleinen Leute, was die Menschen in den Betrieben für die reale Welt halten, geschlossen. Die reale Welt der Betriebe ist nämlich die, dass das Geld, das verspielt worden ist, und das Geld für die Defizite, mit denen die Staatengemeinschaft, die jetzt zusammengetreten ist, konfrontiert wird und die jetzt mit enormen Milliardenschirmen finanziert werden müssen, aus dem Geldbeutel der Steuerzahler und aus der Realwirtschaft entnommen werden muss. Deshalb dürfen wir auch nicht hingehen und uns darauf beschränken, die Banken und die Fonds zu retten. Was vor allen Dingen auch notwendig ist, sind Investitionen in die Realwirtschaft. Wir müssen Arbeitsplätze sichern. Wir müssen die Ökonomie vor dem Absammeln bewahren. Mein Freund Frank-Walter Steinmeier hat gestern einen interessanten Plan vorgestellt, einen Plan, der eine Vitalisierung der Investitionen in allen Volkswirtschaften in der Europäischen Union vorsieht und der vor allen Dingen auch die Frage an die Kommission richtet: Können wir die Mittel, die wir bereits für die nächsten sechs, sieben Jahre für Investitionen in die Infrastruktur, in den Lissabon-Prozess, in Forschung, in Qualifizierung, in den Aufbau einer Telekommunikationsinfrastruktur in Europa veranschlagt haben, vorziehen und jetzt investieren, um damit unmittelbar Beschäftigungs- und Wachstumsimpulse auszulösen? Für meine Begriffe ist dies eine ebenso wichtige Frage wie die Frage der Regeln an den internationalen Finanzmärkten.

Ich glaube, dass wir vor einer Weichenstellung stehen. Danke, Herr Präsident Barroso! Sie haben darauf hingewiesen, dass ich mich vielleicht geirrt habe mit der Frage, wann die Kommission kommt. Kommen Sie vor dem Frühjahrsgipfel! Kommen Sie schnell, denn im Frühjahr sind wieder Pferderennen, dann ist der Charlie wieder nicht da. Wir brauchen die Maßnahmen der Kommission jetzt, so schnell wie möglich! Ich erwarte, dass Sie im Dezember die entsprechenden Vorschläge hier unterbreiten.

(Beifall)

**Graham Watson**, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich möchte dem Kommissionspräsidenten gratulieren: Erstmals war die Kommission auf einem solchen Gipfel vertreten und war dort offensichtlich herzlich willkommen.

Ich möchte auch dem amtierenden Ratspräsidenten gratulieren, und zwar nicht nur für seine hervorragende Arbeit, die er für die französische Präsidentschaft geleistet hat, sondern auch für seine Verdienste als Vorsitzender der *Autorité des marchés financiers*.

Wenn man das Jahr 1989 als einen entscheidenden Sieg für die freie Marktwirtschaft betrachtet, dann muss 2008 das Jahr sein, in dem wir uns an die Warnung von Adam Smith erinnern, der darauf hinwies, dass auch unkontrollierte, freie Märkte ihre Grenzen hätten. Adam Smith prognostizierte in seinem Buch *Wealth of Nations* (Wohlstand der Nationen) viele Dinge, die wir heute erleben, und wir können aus seinen Gedanken viele Lehren ziehen.



Meine Fraktion begrüßt den Erfolg des G-20-Treffens. Wir begrüßen die auf dem Gipfel gemeinschaftlich geäußerte Überzeugung, dass Marktprinzipien, klare Vorgaben für offenen Handel und Investitionen sowie effektiv regulierte Finanzmärkte Dynamik, Innovationskraft und Unternehmertum fördern – wesentliche Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und den Kampf gegen die Armut.

Nach 1929 haben die Länder den Fehler gemacht, die Rettung in individuellen Maßnahmen zu suchen. Diesmal haben wir erkannt, dass die Rettung gemeinschaftlich gefunden werden muss. Viele der im Arbeitsprogramm der Kommission für 2009 vorgeschlagenen Maßnahmen werden uns dabei helfen. Ich gratuliere der Kommission zu diesem Arbeitsprogramm, insbesondere zu dem Plan, die Regulierung, Beaufsichtigung und Transparenz der Finanzakteure sowie der wichtigsten Kapitalmarktinvestoren zu gewährleisten. Freie Märkte gedeihen nur auf den Grundlagen von Transparenz und Ehrlichkeit.

In der derzeit schwierigen Lage suchen einige immer noch nach Sündenböcken. Sie behaupten, es wären keine Warnsignale zu hören gewesen. Doch es gab sie! Otto Graf Lambsdorff, Jacques Delors und andere schrieben gleich am Anfang dieses Jahres einen Brief an die slowenische Präsidentschaft, in dem sie vor den Gefahren einer Überhitzung der Weltwirtschaft warnten. Gestern Abend, in seiner hervorragenden Rede in unserer Debatte zum 10. Jahrestag der Einführung des Euro, erinnerte uns Jean-Claude Juncker daran, dass die Eurogruppe in mehreren Erklärungen die Amerikaner und andere auf die Gefahren hingewiesen hat, mit denen wir konfrontiert sind. Die Liberaldemokraten werden keine Zeit verschwenden, um zu ermitteln, wer schuld daran ist, dass der Eisberg nicht erkannt wurde. Wir konzentrieren lieber uns darauf, die Passagiere in die Rettungsboote zu bringen.

Über einen Aspekt der Reaktion der Europäischen Union und der G-20 sind wir jedoch besorgt. Unsere Staats- und Regierungschefs glauben offensichtlich, dass wir wieder zur Tagesordnung übergehen können und dafür nur Wirtschaftswachstum erforderlich ist. Ich fürchte, sie haben so viele der Lehren aus den letzten 30 Jahren Politik nicht verstanden. Die Rezession sollte ein guter Zeitpunkt sein, um Bilanz zu ziehen. Trotz Rezession wird prognostiziert, dass sich das weltweite BIP in den nächsten 20 Jahren verdoppelt. Dieses Wachstum basiert jedoch auf begrenzten Ressourcen, darauf, dass wir in der Berechnung die Abfallkosten unberücksichtigt lassen, sowie auf der Eröffnung eines weiteren chinesischen Kohlekraftwerks pro Woche.

Das Schreiben der Präsidentschaft vom 28. Oktober zum vorbereitenden Gipfel der EU am 7. November enthielt vier innovative Punkte. Einer dieser Punkte betraf die Nachhaltigkeit. Dabei wurde betont, dass international koordinierte makroökonomische Reaktionen erforderlich sind, die auf der Förderung von ökologischen Investitionen basieren, darunter auch in Entwicklungsländern. Klar, einige Minister oder Beamte in der französischen Präsidentschaft haben nach den Prinzipien des vernetzten Denkens gehandelt. Dieses Denken floss jedoch nicht in das verabredete Dokument für die Schlussfolgerungen des vorbereitenden Gipfels ein. In diesem Dokument wurde der Klimawandel nur in einem Satz als eine von mehreren Herausforderungen genannt. Dieses Denken fand auch keinen Eingang in die Schlussfolgerungen des G-20-Gipfels, denn dieser Aspekt fand sich nur im vorletzten Unterpunkt des vorletzten Punkts wieder, in dem es um Beispiele weiterer kritischer Herausforderungen ging, wobei der Klimawandel an zweiter Stelle genannt wurde.

Zwischen Keynes und dem Kampf gegen den Klimawandel gibt es keinen Widerspruch. Ein moderner Maynard Keynes würde auf jedem Haus in Europa Solarmodule und Windgeneratoren installieren lassen, wodurch gleichzeitig Innovationen gefördert und Arbeitsplätze geschaffen würden. Ein moderner Roosevelt würde uns angesichts der Tatsache, dass wir eine globale Wirtschaft haben, deren Konturen in den Computer-Campus an der amerikanischen Westküste, den chinesischen Fabriken und den indischen Kohlezentren gezeichnet werden, dazu anhalten, nach einer globalen Kultur, einer globalen Ordnungspolitik und einer kohärenten Betrachtung der globalen Probleme zu streben. Das ist der Weg in die Zukunft. Ein Zurück zum „Business as usual“ wird es nie wieder geben.

**Brian Crowley**, im Namen der UEN-Fraktion. – (GA) Herr Präsident, Herr Präsident der Kommission, Herr amtierender Ratspräsident! Ich bin der festen Überzeugung, dass die Europäische Kommission eine starke Position eingenommen hat, indem sie direkt und entschieden auf die Krise an den internationalen Finanzmärkten reagiert hat. Entscheidend ist, dass die Europäische Union, die Vereinigten Staaten, Indien und China zusammenarbeiten müssen, um sicherzustellen, dass von nun an gemeinsame Regeln und Normen zur Kontrolle internationaler Finanzdienstleistungen gelten.

Es ist unvermeidlich, dass bei jeder Krise oder Gefahr gesagt wird, es würde nie wieder so werden, wie es einmal war. Wenn wir uns allerdings die Geschichte – und nicht nur die Wirtschaft – einmal näher betrachten, erkennen wir, dass alles zyklisch abläuft. Alles kehrt einmal zurück. Selbst der einfachste Fischer würde Ihnen sagen können, dass die Flut kommt und geht.

Damit sollen nicht die Probleme entschuldigt werden, mit denen wir nun konfrontiert sind, und damit sollen auch nicht all jene entschuldigt werden, die diese Krise durch rücksichtslose Kreditgeschäfte und dubiose Praktiken herbeigeführt haben und die nun, da alles schiefgegangen ist – und das ist das Bemerkenswerteste – zu Vater und Mutter Staat rennen und rufen „Hol mich hier raus!“.

Die größte Gefahr heute – im Geschäftsleben, in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt und im gesellschaftlichen Leben ganz Europas – ist nicht nur die Finanzkrise, sondern die Tatsache, dass die Banken den kleinen und mittleren Unternehmen kein Geld für die Beschaffung von Betriebsvermögen leihen, das diesen Unternehmen Wachstum und die Nutzung ihrer Möglichkeiten gestatten würde. Es hat keinen Sinn, Solarmodule herzustellen, wenn man nicht die Leute hat, die sie auf dem Dach montieren können. Wenn Sie nicht die Leute haben, die die Module auf dem Dach montieren – die sie bezahlen und einkaufen können –, dann haben Sie auch keine Leute, die sie herstellen.

Die Realität, mit der wir heute konfrontiert sind, besteht darin, dass die Krise und die aktuellen wirtschaftlichen Turbulenzen uns die Chance geben, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und dafür zu sorgen, dass wir nun in Forschung und Innovation investieren und das Geld dafür nutzen, neue Wege für den Umgang mit Problemen zu suchen und Lösungen für die Probleme zu finden, mit denen die Menschen im täglichen Leben konfrontiert sind, sowie sicherzustellen, dass wir den Menschen Hoffnung geben. Mitunter wird vergessen, dass die Menschen vor allem Ermutigung brauchen, eine Idee für die Zukunft und einen anerkennenden Klaps auf die Schulter, mit dem ihnen gesagt wird, dass sie einen guten Job machen – denn Menschen brauchen Hoffnung.

Die G-20 und die Maßnahmen der Kommission und der Präsidentschaft, um diesen G-20-Gipfel voranzubringen – wenngleich mit einem Versager als Präsident in den USA –, zwingen Indien und China dazu, sich mit an den Tisch zu setzen, um ihnen sagen zu können, dass sie nun als Schwellenländer ebenfalls Verantwortung tragen. China und Indien müssen bei den anstehenden Aufgaben ebenfalls eine Rolle spielen.

Abschließend möchte ich noch erwähnen, dass die Leute auf keinen Fall denken sollten, dass wir nun die Innovationskraft und Kreativität der europäischen Völker behindern müssen. Wenn wir unseren Menschen Nahrung, gleiche Rechte und Sicherheit geben und sie aus der Armutsfalle befreien wollen, besteht unsere primäre Verantwortung darin, sicherzustellen, dass sie Geld haben, weil sie Arbeit haben, dass die Staaten Geld haben, welches sie in das Sozial- und Gesundheitssystem investieren können, und – was am wichtigsten ist – dass wir den Menschen in der Aus- und Weiterbildung jene Instrumente und Fertigkeiten vermitteln, die sie befähigen, von diesen neuen Herausforderungen, die vor uns stehen, zu profitieren.

**Monica Frassoni**, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Krise erreicht nun auch die Realwirtschaft, wie in jedem Fall leicht vorherzusehen war. Nach unserer Auffassung ist dies der Preis, den die Europäische Union für die verspätete oder verweigernde Errichtung eines europäischen Regelwerks sowie dafür bezahlt, dass es ihr nicht gelungen ist, rechtzeitig Mechanismen der finanziellen Solidarität und eine Bankenaufsicht einzuführen, die diesen Namen auch verdient.

Zu den Verantwortlichen für diese Verzögerung und zu den Befürwortern einer solchen Vorgehensweise, die Europa in eine Situation der extremen Unsicherheit und Rezession gebracht hat, gehören auch Sie, Herr Barroso, und die Mehrheit Ihrer Kommission. Herr Präsident! Ich würde mir wünschen, dass Sie, während Sie hier eloquent debattieren und über mögliche Lösungen sprechen, laut und deutlich sagen, dass jene, die Regeln und Transparenz verlangt haben, jene, die nicht an das Totem der Deregulierung geglaubt haben, recht hatten, und dass Sie selbst und ein Teil Ihrer Kommission – eine der Personen, die ich damit meine, sitzt sogar hinter Ihnen – unrecht hatten. Nur dann kann das, was Sie heute hier sagen, glaubwürdig sein. Es tut mir leid, das sagen zu müssen, aber es ist nicht wahr, dass die Mehrheit der Mitgliedstaaten gegen all diese Dinge gestimmt hat.

Wie ich Ihnen schon bei sehr vielen Gelegenheiten seit 2004 gesagt habe, haben Sie sich systematisch dafür entschieden, Ihr Handeln auf die nationalen Regierungen auszurichten, nicht aber auf dieses Parlament, und auf die Industrie anstatt auf die Verbraucher. Wäre ich Moralistin, würde ich sogar sagen, Sie haben Ihr Handeln auf die Starken und nicht auf die Gerechten ausgerichtet. Diese Vorgehensweise, die Joschka Fischer in seiner berühmten Rede an der Humboldt-Universität skizziert hat, sieht für die Kommission die simple Rolle eines Sekretariats des Rates vor. Das kommt auch ehrlich in dem Arbeitsprogramm zum Ausdruck, das Sie uns heute präsentieren, sowie in den Prioritäten der Innen- und Außenpolitik.

Im Hinblick auf die für Außenbeziehungen geltenden Prioritäten möchte ich vor allem darauf hinweisen, dass dem Thema Menschenrechte noch immer zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, was verwerflich ist. Dabei steht China natürlich an erster Stelle. Zudem wird die Doha-Agenda recht oberflächlich verteidigt,

ohne dass man erkennt, dass durch die Finanzkrise sämtliche Voraussetzungen abhanden gekommen sind, auf denen sie basiert. In Bezug auf die Innenpolitik – in diesem Fall in Sachen Einwanderung – hat sich die Kommission in den letzten Jahren wieder einmal dem Druck der Mitgliedstaaten gebeugt. Aus diesem Grund weisen wir heute, wenn es um legale Einwanderung geht, in Wirklichkeit auf Rechtsinstrumenten hin, die noch immer recht schwach sind, und genau dies ist auch bei der Sozialpolitik der Fall.

Herr amtierender Präsident des Rates, Herr Präsident der Kommission – so lässt sich sicherlich nicht erfolgreich in die Wege leiten, was die Grünen seit vielen Monaten den „Green New Deal“ nennen, der heute recht in Mode ist. Ein „Green New Deal“ hat eine ganz spezifische Bedeutung, und man meint damit definitiv nicht das verworrene Geschwätz, das man zu hören bekommt und das sich folgendermaßen zusammenfassen lässt: „Alles wie bisher, nur hier und dort ein paar Umweltaspekte“. Uns geht es um eine gemeinsame Strategie für langfristige Investitionen, durch die folgende Ziele erreicht werden sollen: Energieeffizienz, umweltpolitische Veränderung in der Wirtschaft, niedrigere CO<sub>2</sub>-Emissionen und eine größere Bedeutung der Europäischen Investitionsbank, die bei ihren Entscheidungen, wer Mittel erhält und was finanziert wird, jedoch kohärent vorgehen sollte.

Bei nutzlosen Megainfrastrukturen, Atomkraft oder unerwarteten Mitteln für Projekte, die keine Vorteile bringen, sollten keine Unklarheiten herrschen. Die Automobilindustrie sollte im Gegensatz zur gegenwärtigen Situation weder öffentliche Mittel noch Blankoschecks erhalten. Dadurch würde man nur noch mehr Geld aus dem Fenster werfen, und das wollen wir ja wohl kaum.

**Roberto Musacchio**, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erst vor wenigen Tagen hat uns Präsident Sarkozy hier in diesem Parlament gesagt, dass die derzeitige Krise struktureller Natur sei und man den Kapitalismus selbst überdenken solle.

Natürlich denke ich, dass wir nicht die Krise des Kapitalismus hinter uns lassen müssen, sondern die Art des Kapitalismus, die gerade in einer Krise steckt. Oder anders ausgedrückt: Wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie in Zukunft ein echter Übergang zu einer Wirtschaft mit sozialen und ökologischen Aspekten möglich ist, also eine ökonomische Demokratie, die auf Gleichheit und Zusammenarbeit anstatt auf Ungleichheit und Krieg basiert.

Jenseits dieser wesentlichen Unterschiede, die jedoch eine gewisse Bedeutung haben, kann ich erkennen, dass von den feierlichen Erklärungen, die im Rahmen der recht bescheidenen und ziemlich enttäuschenden Ergebnisse dieses G-20-Gipfels – wofür auch Europa eine gewisse Verantwortung trägt – darüber gemacht wurden, dass der Kapitalismus überdacht werden sollte, wenig übrig geblieben ist. Es wurde sicherlich festgestellt, dass das *Laissez-faire*-Dogma verfälscht werden kann und dadurch ein starkes Eingreifen der Öffentlichkeit und sogar die Verstaatlichung möglich sind, aber all dies wird nicht dazu führen, dass die zugrunde liegende Philosophie geändert wird, auf die die strukturelle Krise zurückzuführen ist.

Es wurde natürlich gesagt, dass wir Regeln benötigen, durch die sich die Spekulationsrisiken eindämmen lassen, aber wir wissen noch nicht, wie man hinsichtlich dieser Finanzspekulation eingreifen könnte – beispielsweise mit einer Tobin-Steuer auf Transaktionen –, und wir gehen nicht auf den Stabilitätspakt ein, durch den in Zeiten der Rezession die Lebensqualität auf diesem Kontinent wohl auf dramatische Weise nachlassen wird. Vor allem fragen wir uns jedoch nicht, wie es zu dieser Krise kam, weshalb wir sie auch nicht erfolgreich bekämpfen können.

Ich möchte auf zwei Themen hinweisen: Beim ersten geht es um die systematische Abwertung der Arbeit, die in den letzten Jahrzehnten durch die *Laissez-faire*-Politik verfolgt worden ist, welche nicht nur zu Ungerechtigkeit und Leid, sondern auch in beträchtlichem Maße zu einem Mangel an finanzieller Liquidität geführt hat. 1929 schlug John Maynard Keynes vor, dass wir in Gehälter und Arbeitsplätze investieren sollten, aber diesem Rat folgt man heute nicht.

Der zweite Punkt handelt von der ökologischen und energetischen Dimension der Krise, für die Entscheidungen erforderlich sind, die wesentlich klarer und nüchterner sind als das Gestammel auf dem G-20-Gipfel, aber andererseits ist es für diejenigen, die diese Krise hervorgerufen haben, schwierig, aus ihr herauszufinden. Wir brauchen ein deutliches, anders geartetes Zeichen von Seiten der Linken.

**Hanne Dahl**, im Namen der IND/DEM-Fraktion. – (DA) Herr Präsident! Keynes wurde heute bereits von anderen Rednern zitiert, und auch ich möchte dies tun. Selten zuvor waren seine Worte so angemessen. Hier mein Zitat:

„Spekulanten können als Blasen auf einem beständigen Unternehmensstrom keinen Schaden anrichten. Die Lage wird jedoch ernst, wenn Unternehmen zur Blase auf einem Strudel der Spekulation werden. Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes ein Nebenprodukt der Aktivitäten eines Casinos wird, dann erfüllt man die Aufgabe wohl eher schlecht.“

Beim Vorschlag, den die Kommission zur Lösung der Finanzkrise unterbreitet hat, kommt man wirklich nicht zur Sache. Die Struktur der WWU ist kein Bollwerk gegen allgemeine Krisen und schon gar nicht gegen Finanzkrisen. Die vier Freiheiten sowie der restriktive Stabilitätspakt machen die Dinge nicht leichter. Es ist sogar genau das Gegenteil der Fall. Wir müssen den institutionellen Rahmen für die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik neu entwerfen. Es ist schön und gut, wenn man vorschlägt, eine neue Finanzarchitektur zu errichten, aber die Struktur wurde nicht gut genug beschrieben, um in einer Schule für Architektur oder einem Kurs für Wirtschaft eine Chance zu haben. Dies hat sicherlich etwas mit dem Verständnis der Krise zu tun. Selbstverständlich ging es anfangs darum, etwas gegen die Liquiditätskrise zu unternehmen, um Schmiermittel bereitzustellen. In dieser Hinsicht haben sich die verschiedenen Länder – wie so oft – für leicht unterschiedliche Modelle entschieden, aber was meint die Kommission eigentlich, wenn sie sagt, dass die EU (und hier zitiere ich aus dem Programm)

„gewährleisten muss, dass die Umstrukturierung des Bankensektors so vonstatten geht, dass in diesem Bereich in Zukunft ein gerechter und gesunder Wettbewerb herrscht“?

Bedeutet dies, dass der öffentliche Sektor Kapitalspritzen geben muss? Soll das mit diesem Satz zum Ausdruck gebracht werden? Auch würde ich die Kommission gerne fragen, ob neue Rating-Agenturen eingerichtet werden sollen. Viele der älteren Agenturen haben sich jedenfalls als völlig unzuverlässig erwiesen. Was meint die Kommission, wenn sie von der „Agenda der Strukturreform“ spricht? Meint man Arbeitsplatzreformen, den Ansatz „Flexicurity“, ohne Sicherheit? Beabsichtigt man, dass Arbeitnehmer durch mehr Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt ihren Beitrag leisten? Im Allgemeinen ist es unklar, ob die Kommission beabsichtigt, Gehälter als wichtigen Wettbewerbsparameter zu betrachten. Werden Gehälter einzig und allein als Kosten gesehen? Gehälter müssen jedoch auch im Hinblick auf die Auswirkung betrachtet werden, die sie auf die Nachfrage haben. Abschließend möchte ich im Namen meines Kollegen Johannes Blokland, dem ersten Vizepräsidenten des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, eine Frage stellen, und zwar geht es dabei um die Umwelt: Wann wird die Kommission die nationalen Höchstwerte für Emissionen bekannt geben?

#### **VORSITZ: RODI KRATSA-TSAGAROPOULOU**

*Vizepräsidentin*

**Jana Bobošíková (NI).** – (CS) Meine Damen und Herren! Ich freue mich darüber, dass die absurde Idee des Ratspräsidenten Nicolas Sarkozy, die Grundlagen des Kapitalismus zu ändern, bei den Gesprächen in Washington gescheitert ist. Ich hoffe, dass man in der Europäischen Union wieder zur Vernunft kommt und die Freiheit des Marktes als grundlegenden Wert und als Bedingung für Wohlstand betrachtet. Dies gilt selbst in Zeiten der Krise. Ich bin daher der Meinung, dass weder die Europäische Kommission noch die Tschechische Republik, die die Präsidentschaft übernehmen wird, Illusionen ihrer eigenen Größe und Unfehlbarkeit erliegen werden und dass sie im Gegensatz zur französischen Präsidentschaft die absurden und vor allem gefährlichen Versuche aufgeben werden, mit dem Geld der Steuerzahler dem natürlichen Wirtschaftszyklus entgegenzusteuern. Ich freue mich darüber, dass man sich auf dem G-20-Gipfel gegen Protektionismus ausgesprochen hat. Schließlich weiß man nur zu gut, dass diejenigen, die einige ihrer Freiheiten für mehr Sicherheit eintauschen, letztendlich beides verlieren.

Meine Damen und Herren! Die derzeitige Krise wurde nicht durch den Kapitalismus hervorgerufen, sondern durch die Gier verantwortungsloser Banken, in denen man nicht bereit war, das Risiko für die eigenen Entscheidungen zu tragen. Diese Art des Handelns stellt genauso eine Gefahr für den freien Markt dar wie die übermäßig starke Kontrolle durch Regierungen. Pumpt man einfach Gelder in Banken, ohne direkt darauf Einfluss zu nehmen, wie sie verwendet werden, stiehlt man unseren Bürgern ihr hart erarbeitetes Geld. Wir müssen dafür sorgen, dass die Banken die Gelder nicht nur nutzen, um ihre eigenen Bilanzen aufzubessern, sondern auch, damit Unternehmen wieder Kredite aufnehmen können. Erlaubt man Managern, finanzielle Unterstützung in Anspruch zu nehmen, ohne dass die Regierung dabei Vorgaben für die Nutzung dieser Gelder macht, so kommt dies einem Verstoß gegen das Prinzip der politischen Verantwortung gleich. Dies würde darauf hinauslaufen, dass man unmoralische Zahlungen für Verluste leistet, die aufgrund der prinzipienlosen Handlungen von Finanzinstitutionen entstanden sind, wobei weder die Institutionen noch die jeweils zuständigen Manager letztendlich Verantwortung übernehmen.

**Jean-Pierre Jouyet**, *amtierender Präsident des Rates*. – (FR) Frau Präsidentin! Ich werde mich ganz kurzfassen, weil dies eine extrem produktive Aussprache war, möchte aber fünf Bemerkungen machen, bevor ich das Wort an Präsident Barroso übergebe. Bei der ersten geht es darum, dass wir uns hinsichtlich der historischen und äußerst innovativen Natur des G-20-Treffens alle einig sind. Dieser globale Schritt ist innovativ und historisch, aber dies war auch hinsichtlich der von Europa ergriffenen Initiative der Fall. Wie vom Präsidenten der Kommission betont wurde, ist dies ein Europa, das international handelt, wenn – wie es Joseph Daul ausdrückte – ein gemeinsamer Wille vorhanden ist.

Zweitens: Wir sind uns dahingehend einig, dass – ob uns dies recht ist oder nicht – die aktuellen Ereignisse einen Bruch darstellen und dass wir, wie es Graham Watson ausdrückte, nicht wie gewohnt weitermachen können, sondern einfallsreich sein müssen, um auf diese Krise zu reagieren.

Bei meiner dritten Bemerkung geht es um etwas, auf das mehrere Redner hingewiesen haben – z. B. Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, und Monica Frassoni –, und zwar darum, wie wichtig es ist, dass wir tatsächlich reagieren, unseren Schwung beibehalten und schnell alle erforderlichen Legislativmaßnahmen ergreifen, vor allem jene, die sich auf die Finanzregulierung beziehen.

Meine vierte Bemerkung ist die, dass etwas unternommen werden muss, um den äußerst schädlichen Einfluss dieser Finanzkrise auf die Beziehungen zwischen dem Finanzsystem und KMU, wie es Brian Crowley erwähnt hat, und die Verbindung zwischen der Sozialregulierung und dem Konjunkturaufschwung, auf den Joseph Daul hingewiesen hat, zu reduzieren. Es ist auch wichtig, dass basierend auf einer breit angelegten Vision gehandelt wird, wobei die Elemente des Keynesianismus zu berücksichtigen sind, die – wie Graham Watson, Vorsitzender der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, vorgeschlagen hat – im Kampf gegen den Klimawandel eingesetzt werden können.

Nun zu meinem letzten Punkt. Wie Sie, Herr Präsident der Kommission, und mehrere Redner und Fraktionsvorsitzende betont haben, müssen unbedingt alle Dimensionen der Krise berücksichtigt werden. Wie Sie schon gesagt haben, steht ein Entwicklungsmodell auf dem Spiel, und – Martin Schulz hat darauf ebenfalls hingewiesen – die Grenzen zwischen der Rolle des öffentlichen und des privaten Sektors müssen neu bewertet werden. Wie Sie und andere bereits gesagt haben, z. B. Monica Frassoni, wäre es falsch, wenn man sich lediglich auf die Finanzwelt konzentrieren würde und die am stärksten Benachteiligten, die Schwächsten und diejenigen vergisst, die hungern müssen. Auch auf diesen Personenkreis haben Sie hingewiesen, Herr Präsident. Auch ich bin der Auffassung, dass wir die Grundlagen des Systems überprüfen sollten. Wenn diese Grundlagen unter anderem auf Gier basieren, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als sie zu überarbeiten.

Abschließend möchte ich sagen, und dies ist mein letzter Punkt, dass wir durch die Krise nicht langsamer oder mutlos werden dürfen, sondern schneller reagieren und hinsichtlich der Ziele, die wir uns für Entwicklung, Umwelt und den Kampf gegen den Klimawandel gesetzt haben, ehrgeizig bleiben müssen.

(Beifall)

**José Manuel Barroso**, *Präsident der Kommission*. – (FR) Frau Präsidentin! Da wir entschieden haben, dass ich an dieser Stelle das gesamte Arbeitsprogramm für nächstes Jahr vorstelle, möchte ich zuvor noch die von Herrn Schulz gestellte Frage beantworten, bei der es um einen spezifischen Punkt geht. In der Kommission hat man heute die Antwort auf die beiden Berichte – den Rasmussen-Bericht und den Lehne-Bericht – genehmigt, und Sie können erkennen, wie wir die unterschiedlichen Elemente überwachen wollen und wie wir bereits entsprechende Maßnahmen eingeleitet haben. Es handelt sich um eine sehr breit gefasste Antwort, und wir werden weitere Vorschläge unterbreiten. In einigen Fällen haben wir dies sogar bereits getan. Als ich über den Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates sprach, bezog ich mich auf die Ergebnisse der hochrangigen Gruppe, die ich unter dem Vorsitz von Jacques de Larosière ins Leben gerufen habe. Was die Vorschläge betrifft, so teilt mir Charlie McCreevy, der für diese Angelegenheiten zuständige Kommissar, mit, dass vor allem die Vorschläge für Hedge-Fonds und Private Equity – um die es Ihnen ja vielleicht vorrangig geht – bald vorgelegt werden können. Im Prinzip sollte dies im Dezember der Fall sein.

Lassen Sie uns jetzt mit dem Arbeitsprogramm der Kommission für 2009 fortfahren. Wie ich schon erwähnt habe, ist es eng mit einem spezifischen politischen Kontext verknüpft. Der Finanzsturm tobt leider immer noch, und wir befinden uns kurz vor einem ernstzunehmenden Konjunkturabschwung. Wir dürfen daher keine Zeit verlieren, wenn es darum geht, die Bemühungen fortzuführen, die bereits zur Anpassung an den Globalisierungsprozess und zur Modernisierung eingeleitet wurden. Wir haben ja nicht gerade erst festgestellt, dass wir auf die Globalisierung reagieren müssen. Ich muss betonen, dass wir in dieser Kommission, für die

ich die Ehre habe, als Vorsitzender zu fungieren, schon seit einigen Jahren darauf hinweisen, dass eine neue Ära beginnt. Für Europa bedeutet dies speziell, dass wir uns im Kontext der Globalisierung für unsere Werte einsetzen und unsere Interessen verteidigen müssen. Gerade in diesem Kontext müssen wir ehrgeizige Vorschläge unterbreiten. Die derzeitige Krise darf uns jedoch nicht von den anderen Prioritäten unseres Arbeitsprogramms ablenken, bei denen es sich genau genommen auch um prioritäre Reaktionen auf die Herausforderung der Globalisierung handelt. Ich beziehe mich vor allem auf den Kampf gegen den Klimawandel und das Ziel der nachhaltigen Entwicklung. Dies sind Prioritäten für 2009. Da in diesem Jahr die Kopenhagener Konferenz stattfindet, ist das Jahr von besonderer Bedeutung.

Ich möchte das Europäische Parlament dafür loben, dass es sich derart für das Klima- und Energiepaket eingesetzt hat. Es herrschen außergewöhnliche Umstände, und ich bin auf die Reaktion der europäischen Institutionen stolz, die sich dieser Herausforderung stellen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir unser gemeinsames Ziel einer politischen Übereinkunft im Dezember erreichen werden, wenn wir zusammenarbeiten. Ich bin, ehrlich gesagt, auch davon überzeugt, dass solch eine Einigung auch als Katalysator für eine europäische Strategie dienen wird, durch die in Kopenhagen eine Übereinkunft mit hoch gesteckten Zielen ermöglicht werden soll.

Ich möchte nicht übertreiben, wenn es darum geht, was hier auf dem Spiel steht, aber wir müssen uns alle darüber im Klaren sein, dass Europa, das bei dieser Debatte die treibende Kraft ist, ein großes Maß seiner Glaubwürdigkeit riskiert. Die weltweite Debatte über den Kampf gegen den Klimawandel ging von Europa aus. Wir teilten der US-Regierung mit, dass sie mehr tun müsse. Den Russen, Chinesen und Indern haben wir das Gleiche gesagt. Wir haben ihnen vermittelt, dass wir jetzt nicht aufgeben dürfen, da man davon ausgehen kann, dass die Zusammenarbeit mit der neuen US-Regierung nun besser werden wird. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass nichts darauf hinweist, dass wir unsere Erwartungen heruntersetzen wollen. Ich bin der Meinung, dass unsere Glaubwürdigkeit darunter ernsthaft leiden würde.

Morgen sollten wir eine wahrhaft einmalige Gelegenheit bieten, und wir haben kein Recht, sie nicht zu nutzen. Aus diesem Grund müssen wir durch unsere Reaktion auf die Wirtschaftskrise unter Beweis stellen, dass Programme zur Bekämpfung des Klimawandels auch ein Teil der wirtschaftlichen Reaktionsstrategie sein können. Ich möchte nicht, dass es zu einer Art Duell kommt, wie dies manchmal der Fall ist zwischen denjenigen, die sich für die Wirtschaft oder Industrie einsetzen, und denjenigen, die eine Agenda für nachhaltige Entwicklung verfolgen. In der Tat lassen sich beide Aspekte miteinander vereinen, und ich möchte die Worte loben, die so mancher Redner in dieser Hinsicht geäußert hat.

Eine weitere Priorität ist es, ein Europa der Menschen zu schaffen. 2009 wird sich die Kommission vor allem darum bemühen, im europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts Fortschritte zu erzielen. Dies soll beispielsweise dadurch erfolgen, dass die gemeinsame Einwanderungspolitik aufgestellt und in die am breitesten gefassten Politikbereiche der Europäischen Union – wie Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und soziale Integration – eingebunden wird, das europäische Einwanderungsnetzwerk funktionsfähig gemacht und das gemeinsame europäische Asylsystem bis 2010 fertiggestellt wird, die Einhaltung der Regeln für den Verbraucherschutz in Europa intensiviert wird, bestimmte Instrumente des Zivil- und Strafrechts – wie Urteile und Erbschaftsvereinbarungen – besser gegenseitig anerkannt und neue Formen krimineller Aktivität – wie Kindesmissbrauch und Internetangriffe – bekämpft werden.

Die andere Priorität für 2009 – und hier schreite ich aus Zeitgründen natürlich recht schnell voran – ist die Rolle Europas in der Welt. Auch auf diesem Gebiet erwarten uns Herausforderungen, nämlich der Erweiterungsprozess und die Stärkung der Nachbarschaftspolitik sowie der Aufbau engerer Beziehungen zu Entwicklungsländern, vor allem in Afrika. Dies ist ein kategorischer Imperativ, und ich muss Sie daran erinnern, dass der Vorschlag der Kommission, Entwicklungsländern Agrarhilfe zu gewähren, genehmigt werden muss. Dies ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Ich möchte noch einmal betonen: Wir können uns auf wichtigen Gipfeltreffen nicht darauf beschränken, über Finanzthemen zu reden. Wir müssen unter Beweis stellen, dass wir nicht nur mit den großen Schwellenländern Diskussionen führen, sondern dass wir uns auch über die Entwicklungsländer, vor allem die afrikanischen, Sorgen machen.

Die Beziehungen, die wir zu diesen Ländern unterhalten, sind auch ein wichtiger Faktor, wenn es darum geht, einige der globalen Probleme zu lösen. Lassen Sie uns nicht vergessen, dass wichtige Treffen stattfinden werden – wie nächstes Jahr die Kopenhagener Konferenz –, auf denen wir Gelegenheit haben, mit diesen Ländern wirksamer im Hinblick auf gemeinsame Probleme zusammenzuarbeiten, z. B. Energieversorgungssicherheit, Kampf gegen den Klimawandel, Migration sowie Abschluss der Doha-Entwicklungsagenda und Fortführung der bilateralen Handelsgespräche.

Auf dem Gipfel in Washington wurde deutlich, dass wir dringend ein globales Handelsabkommen benötigen. Außerdem ist Doha nicht nur eine Handelsagenda, sondern auch eine Entwicklungsagenda. Ich glaube, dass wir uns dem richtigen Weg jetzt genähert haben, denn die echte Alternative zu Doha ist nicht der *Status quo*, sondern aufgrund der derzeitigen Finanzkrise die Option, Nabelschau zu betreiben, also die Möglichkeit, dass man in Ländern aus unterschiedlichen Teilen der Welt bei den Zöllen zurückrudert und unilaterale Maßnahmen ergreift, um so einigen Bereichen der jeweiligen Volkswirtschaft Schutz zu gewähren. In diesem Fall würde der wirtschaftliche Nationalismus wieder im großen Stil zum Vorschein kommen. Dies würde eine Rückkehr zum Protektionismus bedeuten, der der Weltwirtschaft und – dies muss ich wohl kaum hinzufügen – auch der europäischen Wirtschaft Schaden zufügen würde. Wie Sie wissen, ist Europa in Sachen Handel führend.

Seit dem Gipfel der letzten Woche bin ich mir zudem sicherer, dass wir die Beziehung zu Russland basierend auf gegenseitigen Interessen intensivieren sollten. Diese Beziehungen werden nicht immer problemlos sein. Bei einigen Themen vertreten wir unterschiedliche Ansichten, aber ich bin ehrlich der Meinung, dass der Gipfel in Nizza letzte Woche bestätigt hat, dass es besser ist, mit Russland zusammenzuarbeiten, als das Land zu isolieren. Russland ist außerdem weltweit ein wichtiger Partner.

Schließlich möchte ich noch sagen, dass der intensive Druck, der 2008 auf die Welt ausgeübt wurde, bewiesen hat, wie wichtig es ist, mit den Vereinigten Staaten eine gemeinsame Vision zu haben. Durch die neue Regierung der Vereinigten Staaten bietet sich uns nun eine fantastische Gelegenheit. Während seiner Wahlkampagne äußerte sich der designierte Präsident äußerst klar zu Themen wie Kampf gegen den Klimawandel und Annahme eines stärker multilateral geprägten Ansatzes. Wir sollten diese Chance beim Schopfe packen und Ideen für eine Agenda vorschlagen, durch die auf die Globalisierung reagiert werden kann. Wir sehen uns einigen Respekt einflößenden Herausforderungen ausgesetzt, die uns alle betreffen, und ich denke daher, dass wir durch eine aktivere Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten für eine bessere Welt sorgen können.

Meine Damen und Herren! 2008 hat Europa unter Beweis gestellt, dass es bei der Koordinierung von Maßnahmen in schweren Krisen geschlossen handeln kann. Georgien und die Finanzkrise haben die Union effizienter gemacht. Wenn wir uns den Herausforderungen von 2009 stellen wollen, dann ist dies nur durch einen gemeinschaftlichen Ansatz möglich.

In einigen Monaten werden 375 Millionen Wähler an die Wahlurnen gerufen, um ihr demokratisches Recht wahrzunehmen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen. Lassen Sie uns den Impuls nutzen, der in der Union durch die jüngsten Krisen ausgelöst wurde. Sie haben den Menschen die Augen für die Vorzüge und die Wirksamkeit der europäischen Dimension geöffnet, durch die ihr wirtschaftliches, soziales und ökologisches Wohlergehen garantiert und ihre Interessen gewahrt sowie gleichzeitig ihre Werte bestätigt werden. Ich bin der Auffassung, dass sich inmitten dieser Krise klare Chancen auftun, die man nutzen sollte. Beispielsweise erkennt man jetzt wesentlich stärker an, wie wichtig unsere Währung, der Euro, ist, als dies noch vor einigen Monaten der Fall war. Diese Gelegenheit dürfen wir nicht ungenutzt verstreichen lassen. Ich denke, dass es zumindest für diejenigen, die an das europäische Projekt glauben – und das ist ja wohl die Mehrheit –, wichtig ist, positiver zu sein, wenn es darum geht, die europäische Nachricht zu übermitteln, und nicht in Zynismus oder Trägheit zu verfallen.

Deshalb denke ich, dass unsere Institutionen zusammenarbeiten müssen. Ich weiß, dass die Kommission mitunter beispielsweise in einigen Kreisen besser um Beliebtheit buhlen könnte, indem sie Vorschläge unterbreitet, die von den Mitgliedstaaten kurzerhand abgelehnt würden. Aber so sehe ich die Dinge nicht. Ich befürworte sicherlich eine ehrgeizige Perspektive, aber sie muss auch realistisch sein, da wir zusammen mit den anderen Institutionen und den Mitgliedstaaten handeln müssen, die alle Demokratien sind, da sie sonst nicht der Europäischen Union angehören würden.

Die Kommission wird auch in Zukunft ihrer Aufgabe nachkommen, als treibende Kraft und Initiator zu fungieren, aber dabei handelt sie nicht gegen die Interessen der Mitgliedstaaten oder des Europäischen Parlaments, sondern arbeitet stattdessen mit ihnen zusammen. Ich denke, dass es immer wichtiger ist, diese Haltung einzunehmen. Jeder andere Ansatz wäre eine Form von Populismus. Wenn man Vorschläge nur unterbreitet, um die öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, ist dies auch eine Form von Populismus. Bei einer anderen Form des Populismus unterbreitet man Vorschläge unter dem Vorwand, im Interesse Europas zu handeln, obwohl man weiß, dass sie keinerlei Chance haben, genehmigt zu werden. Unsere Rolle in der Europäischen Kommission ist es natürlich, eine treibende Kraft zu sein, aber gleichzeitig müssen wir den Konsens mit den anderen Institutionen suchen. So kann Europa im Zentrum des Geschehens bleiben, dann

an diese Stelle konnte es sich schließlich manövrieren. Durch interinstitutionelle Zusammenarbeit war es in der Lage, beim Aufstellen der internationalen Agenda eine wichtige Rolle einzunehmen.

Wir befinden uns gerade aus politischer Sicht an einem Punkt, an dem äußerst wichtige Weichen gestellt werden, vielleicht sogar an einem Wendepunkt. An Europa stellt man auch hohe Erwartungen. Wenn wir weiterhin Initiativen ergreifen und gemeinsam vorausplanen, kann die Union diesen Erwartungen am besten gerecht werden, und durch genau diese Haltung wird man sich in der Europäischen Kommission 2009 leiten lassen.

(Beifall)

**Hartmut Nassauer (PPE-DE).** – (DE) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren. Vor allem drei krisenhafte Entwicklungen fordern unser Handeln. Erstens: die Finanzkrise – wie bereits erörtert – mit ihrem immer stärker werdenden Ausgreifen auf die Realwirtschaft. Zweitens, nicht zu vergessen: die Krise unserer vertraglichen Grundlagen, die sich im Schicksal des Vertrags von Lissabon spiegelt. Drittens: eine Krise der EU bezüglich der Akzeptanz bei ihren Bürgerinnen und Bürgern, worauf vor den Wahlen hinzuweisen, denke ich, nicht falsch ist.

Herr Präsident, Sie haben uns ein Arbeitsprogramm für den Rest der Amtsperiode des Parlaments, aber auch Ihrer Kommission vorgelegt, und ich möchte Ihnen sagen, die EVP-ED-Fraktion wird diesem Programm in seinen Grundzügen gerne folgen. Wir unterstützen Sie dabei. Einige Akzente werden wir anders setzen. Diese Akzentuierung ist mit Erwartungen verbunden. Diese Erwartungen zielen auf die letzten Monate Ihrer Amtszeit und vielleicht auch darüber hinaus.

Die EVP-Fraktion möchte sich im Handeln der Kommission wiedererkennen können. Wir sind uns bewusst, dass auch andere Fraktionen zu Recht dieses Ansinnen an Sie richten. Wir überlassen die Antwort Ihrem politischen Geschick. Richtigerweise setzen Sie Beschäftigung und Wachstum an die Spitze Ihres Katalogs. Die Antwort ist zunehmend verknüpft mit der Frage, wie wir auf die finanzielle Krise reagieren. Wir unterstützen die notwendigen Maßnahmen der Regulierung und der Transparenz der Finanzmärkte. Wir brauchen möglichst rasch sehr konkrete Vorschläge für die Neugestaltung der Finanzmarktregulierung.

Die Umsetzung des Aktionsprogramms des Weltfinanzgipfels ist sicherlich in erster Linie eine Angelegenheit der Nationalstaaten. Aber angesichts der globalen Vernetzung der Märkte ist eine enge Kooperation aller regulatorischen Maßnahmen – schon um unterschiedliche Standards zu vermeiden – zwingend notwendig. Da öffnet sich der koordinierenden Tätigkeit der Kommission ein breites und wichtiges Arbeitsfeld.

Die Regulierung – das sollte bei alledem nicht unterschlagen werden – ist kein Zweck an sich, sondern in einer bestimmten Krisensituation ein Instrument, um bestimmte Ziele zu erreichen. Daran sollten wir festhalten.

Sie haben das Klimaschutzpaket erwähnt, das bis zum Dezember verabschiedet werden soll. Dieses Ziel findet hier im Parlament sicherlich breiteste Zustimmung. Auch die EVP-Fraktion – ich sage dies ganz ausdrücklich – will, dass dieses Problem vor Ende dieser Legislaturperiode gelöst wird. Das ist ein strategisches Ziel. Aber Sie muten dem Parlament einiges zu. Nach Lage der Dinge können wir davon ausgehen, dass man uns kurz nach dem Dezember-Gipfel einen Packen von einigen Hundert Seiten in einer Sprache vorlegt, und von uns erwartet, dass wir dazu Ja oder Nein sagen.

Bei allem Respekt vor dem Ziel, das wir teilen, ist das eine beträchtliche Missachtung der Rechte des Parlaments und seiner Parlamentarier, und vielleicht fällt uns noch etwas Eleganteres ein, als diese grobe Möglichkeit.

**Hannes Swoboda (PSE).** – (DE) Frau Präsidentin! Herr Präsident der Kommission, Sie haben zum Schluss Ihrer Rede gesagt, wir müssen den Wählerinnen und Wählern ein klares Signal setzen. Ich bin völlig Ihrer Meinung.

Wenn ich mir das Programm aber so anschau, dann erscheint es oft mit der Überschrift: „Weiter so wie bisher“. Das mag in einigen Bereichen richtig sein, aber in einigen Bereichen – vor allem in dem Bereich, den wir heute diskutieren – kann es nicht so sein. Da müssen wir das Signal setzen: Wir haben aus der Krisenphase gelernt und wir handeln anders als wir bisher gehandelt haben. Wenn Sie hier den Satz hineinschreiben: „Europa profitiert von offenen Gesellschaften und offenen Märkten, aber für beides müssen Regeln gelten“, dann ist das auch richtig, aber vielleicht nicht deutlich genug. Wir brauchen Regeln, damit Europa von offenen Gesellschaften und offenen Märkten profitiert. Das muss klar sein und das war nicht immer die Linie der Kommission.



Sie sprechen hier in Ihrem – wenn ich so sagen darf – Werk von einer „plötzlichen Vertrauenskrise“. Paul Nyrup Rasmussen hat seit langem darauf hingewiesen, was kommen kann. Martin Schultz hat ebenfalls seit langem darauf hingewiesen. So plötzlich war die Vertrauenskrise also nicht. Aber in der Kommission haben manche gemeint, wir müssen da nichts regeln, das wird schon alles gut, der Markt wird das alles regeln. Das war eben nicht so, und da muss es eine Änderung geben!

(Beifall)

Zweitens: Ein Gebiet, das nach wie vor in diesem Programm auch nicht vorkommt, ist ein für Bürgerinnen und Bürger sehr wichtiges Gebiet, nämlich die öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Dienste. Ich sage das gerade deshalb, weil jetzt in einigen Ländern im Zusammenhang mit der Post eine Krise entstanden ist. Das ist nicht allein die Schuld Europas oder der Europäischen Kommission. Aber doch auf eine gewisse Einstellung zurückzuführen, die besagt: Der Markt soll in allen Bereichen regieren und soll nach allen Seiten offen sein, und daher erhielten einige Postverwaltungen das „incentive“, sich lieber woanders hohe Profite zu holen als den Konsumentinnen und Konsumenten, den Bürgerinnen und Bürgern Dienstleistungen anzubieten.

Das ist die falsche Richtung. Da hätte ich mir wenigstens am Schluss Ihres Programms eine klare Aussage gewünscht, dass Sie für diese öffentlichen gemeinwirtschaftlichen Dienste eintreten und sagen, wie Sie regional und lokal behandelt werden sollen, und dass eben nicht alles der Markt regelt.

Bei meiner letzten Bemerkung möchte ich mich Ihnen durchaus anschließen: Wir haben eine neue amerikanische Regierung. Ich bitte Sie, Herr Präsident, die Frau Kommissarin und alle anderen, die Zeit und die nächsten Wochen zu nutzen, um mit dieser Regierung darauf hinzuwirken, dass wir eine wirkliche Partnerschaft für eine europäische, aber auch weltweite soziale Marktwirtschaft zustande bringen. Nützen Sie die Chance eines neuen amerikanischen Präsidenten!

(Beifall)

**Diana Wallis (ALDE).** - Frau Präsidentin! Was die weltweite Finanzkrise und das Legislativarbeitsprogramm der Kommission betrifft, so sollte Letzteres in gewisser Weise die Antwort auf die Ersterer sein. Einige werden vielleicht sagen, dass wir nicht eine Krise haben, sondern mehrere: natürlich eine Finanzkrise, aber auch eine Umweltkrise, bei der wir uns dem Klimawandel ausgesetzt sehen, eine Vertrauenskrise in Europa nach der Abstimmung in Irland und eine Sicherheitskrise nach den jüngsten Ereignissen in Georgien. Ohne die Situation verharmlosen zu wollen, sollten wir vielleicht nicht von einer „Krise“ sprechen, sondern eher von „Herausforderungen“, und zwar von Herausforderungen, denen man sich in Europa stellen muss, um an ihnen wachsen und seiner Rolle gerecht werden zu können.

Europa ist sicherlich die weltweit am besten ausgestattete Region, und unsere Institutionen sind wirklich in der Lage, diese Probleme anzugehen und sich Herausforderungen zu stellen, die über den nationalen Bereich hinausgehen und jenseits der Kontrolle der einzelnen Mitgliedstaaten liegen. Wir sollten vor allem dazu fähig sein, gemeinsam und entschlossen zu reagieren, damit uns diejenigen ihr Vertrauen schenken, die wir vertreten: die Bürger Europas.

Lassen Sie mich ein Beispiel anführen. Im Hinblick auf die Finanzkrise denke ich, dass dieses Parlament zu Recht behaupten kann, ganz vorn dabei gewesen zu sein. Bei der Arbeit, die wir in unserem Untersuchungsausschuss zum Untergang von Equitable Life verrichtet haben, bekamen wir einen guten Vorgeschmack. Dies war der erste Warnschuss der bevorstehenden Finanzkrise. Das Parlament hat basierend auf den Ergebnissen dieser Untersuchung im Juni letzten Jahres einige Empfehlungen gegeben, bei denen es um die finanzielle Regulierung, die administrative Zusammenarbeit der Regulierungsbehörden sowie um die Möglichkeit der Wiedergutmachung und Entschädigung ging. Kurz gesagt: um die meisten der Themen des Finanzsektors, für die unsere Bürger derzeit am ehesten Zusicherungen brauchen.

Mit diesen Empfehlungen sollte man sich seitens der Kommission erneut befassen, aber vor allem seitens der Mitgliedstaaten und darunter besonders seitens der britischen Regierung, die noch keine vollständige Antwort gegeben, und, was besonders wichtig ist, die Opfer von Equitable Life noch nicht entschädigt hat, obwohl sich dieses Unternehmen gegenüber den isländischen Banken selbst an die Spitze der Schlange gedrängt hat.

Die Herausforderungen finanzieller und anderer Natur, denen wir uns ausgesetzt sehen, machen es erforderlich, dass wir solidarisch handeln und nicht nur mit einem Auge auf den nationalen Protektionismus blicken, wenn wir diese Phase als Kontinent unversehrt hinter uns lassen wollen. Unsere Fraktion, die ALDE-Fraktion, beabsichtigt, auf das Arbeitsprogramm mit einer positiven und fortschrittlichen Entschließung zu reagieren.

Viele meiner Kollegen werden auf einige der Punkte genauer eingehen, vor allem geht es uns aber um ein offenes, grünes, unternehmerisches und sicheres Europa.

**Ryszard Czarnecki (UEN).** – (PL) Frau Präsidentin, Herr Präsident! Die Finanzkrise und mit der Zeit auch eine Wirtschaftskrise werden ganz Europa in Mitleidenschaft ziehen, weshalb wir gemeinsam Verantwortung tragen und Entscheidungen treffen müssen. Da alle Mitgliedstaaten von der Krise betroffen sein werden und sich der Aufgabe annehmen müssen, entsprechend entgegenzusteuern, die Krise zu verlangsamen und ihre Auswirkungen einzudämmen, müssen die Mitgliedstaaten auch gemeinsam entscheiden, was zu tun ist.

Eine Situation wie die, die wir gerade erleben, stellt eine Teilung der EU in Europa A – die Länder der Eurozone plus Großbritannien – und Europa B – die neuen Mitgliedstaaten plus Schweden und Dänemark – dar, und dies ist angesichts der Krise, in der wir stecken, noch stärker der Fall. Dies ist eine Verneinung eines der grundlegenden Prinzipien, die für die Funktionsweise der Europäischen Gemeinschaft bisher herangezogen wurden: des Solidaritätsprinzips. Dies ist der falsche Weg, Herr Barroso.

Im Aktionsplan der Kommission, der vor 13 Tagen vorgelegt wurde, werden wichtige Themen mit unwichtigen Themen und mit Themen verwechselt, die zwar zuvor wichtig waren, aufgrund der Wirtschaftskrise aber an Bedeutung verloren haben. Zurzeit sind Wirtschaftswachstum und das Eindämmen der zunehmenden Bedrohung der Arbeitslosigkeit hundertmal wichtiger als der Klimawandel. Ich freue mich darüber, dass die Europäische Kommission die weitere Ausdehnung der Europäischen Union, das heißt die Aufnahme der Balkanländer, als Priorität betrachtet. Hier geht es vorwiegend darum, diese brenzlige Region Europas – den Balkan – zu stabilisieren, da dadurch für die europäischen Steuerzahler – also die Bürger der Mitgliedstaaten – geringere Kosten anfallen würden.

**Hélène Flautre (Verts/ALE).** – (FR) Frau Präsidentin! Wie José Manuel Barroso bereits ganz richtig gesagt hat, ist es tatsächlich die Aufgabe der Europäischen Kommission, Transparenz, bessere Informationen und den Schutz unserer Bürger und Verbraucher zu gewährleisten.

Auf einem Gebiet, Herr Barroso, war Ihre Kommission in dieser Hinsicht jedoch besonders erfolglos, nämlich bei den Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen (GVO). Diese Verfahren sind von allen Seiten kritisiert worden. Sie sollten bei der nächsten Zusammenkunft des Rates der Umweltminister am 4. und 5. November überarbeitet werden. 44 europäische Regionen haben erklärt, GVO-frei zu sein. Sechs Mitgliedstaaten haben sich auf die Schutzklausel für Monsanto-Mais berufen. Herr Barroso, was werden Sie angesichts der Opposition einer großen Mehrheit der Europäer tun? Sie wenden für Marketinglizenzen ein Eilverfahren an. Sie erteilen Genehmigungen und folgen dabei widerstandslos dem Rat der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, deren Meinung wiederum auf toxikologischen Studien basiert, die von Biotechnologieunternehmen durchgeführt wurden.

Die europäischen Verfahren sind in ihrer gegenwärtigen Form ein echtes Sieb, durch das die kommerziellen Interessen der Agrarindustrie ungehindert durchsickern können. Die Menschen wollen über die Giftwirkung von GVO informiert werden, und diesem Wunsch muss man nachkommen. Wissen Sie, Herr Barroso, wie giftig diese Organismen sind? Wissen Sie es? Welche Auswirkungen hat der Giftgehalt von GVO auf die Gesundheit der Menschen und auf die Umwelt? Weshalb müssen die Ausgangsdaten, auf denen die Ergebnisse der Studien basieren, nicht veröffentlicht werden? Weshalb ist es nicht obligatorisch, nach drei Monaten Tests durchzuführen? Weshalb geben wir uns damit zufrieden, Studien zu verwenden, die von den Unternehmen selbst durchgeführt wurden?

Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Transparenz, Informationen und Diskussion. Dies sollten die Ziele der Kommission sein, wenn es um die Genehmigung von GVO geht. Herr Barroso, wir wollen, dass die Ausgangsdaten veröffentlicht werden. Wir wollen Studien sehen, in denen eine abweichende Meinung vertreten wird, wir wollen eine öffentliche Diskussion, und wir wollen langfristige Testverfahren. Wir wollen wissen, welche Auswirkungen GVO auf die Gesundheit haben.

Ihre Initiative, Herr Barroso, aus den 27 Mitgliedstaaten eine Gruppe von Sherpas zu machen, durch welche die Ad-hoc-Gruppe der Präsidentschaft und Ihre eigenen Kommissare, die mit diesen Themen vertraut sind, umgangen werden können, sät auf einem Gebiet Verwirrung und Unklarheit, auf dem Sie die Verantwortung dafür tragen, klare und zuverlässige Verfahrensweisen zu garantieren.

Herr Barroso, Sie wollen doch, dass die Öffentlichkeit Europa Vertrauen schenkt, oder? Dann beweisen Sie es!

**Sylvia-Yvonne Kaufmann (GUE/NGL).** – (DE) Frau Präsidentin! Ergebnis des Treffens der G20 ist ein kleinster gemeinsamer Nenner. Durch Kontrolle und Transparenz soll eine erneute Finanzmarktkrise verhindert werden. Doch welche konkreten Maßnahmen folgen, ist offen. Der IWF, der durch seine neoliberale Strukturanpassungspolitik weltweit Menschen in Armut und Elend stürzte, soll nun zum Oberaufseher des globalen Finanzmarkts gekürt werden. Mit dem System der globalen Umverteilung, das für die Krise hauptverantwortlich zeichnet, wird nicht einmal ansatzweise gebrochen. Es ist doch schizophren, dass bislang die unvorstellbar große Summe von 2,5 Billionen Euro aufgebracht werden musste, um weltweit Banken zu retten. Doch bei keinem Menschheitsproblem hat es eine solche konzertierte Aktion gegeben. Mit diesem Geld hätte man längst die ärgste Armut in der Welt bekämpft und das Klima gerettet!

Was folgt daraus? An die Stelle der freien Marktwirtschaft muss eine soziale Weltwirtschaftsordnung treten, und dabei sollten die Vereinten Nationen eine Führungsrolle übernehmen. Eine neue Weltfinanzordnung muss Sozialstaatlichkeit fördern, den Verarmungsprozess stoppen und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften voranbringen. Die Europäische Union kann diese neue Ordnung entscheidend mitgestalten, vorausgesetzt, sie stellt unter Beweis, dass die Rezession als Folge der Finanzkrise durch gemeinsames europäisches Handeln wirksam bekämpft wird. Das geht aber nur, wenn die EU zunächst ihr eigenes Haus in Ordnung bringt.

Kommissionspräsident Barroso sagte vorhin: „Außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Maßnahmen.“ Ja, aber dann haben Sie doch Mut! Haben Sie den Mut, den mausetoten Stabilitätspakt durch einen Wirtschafts- und Sozialpakt zu ersetzen, der alle Mitgliedstaaten verbindlich verpflichtet, ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik miteinander zu koordinieren! Dann haben Sie doch Mut und zeigen als Kommission endlich Flagge, und machen Sie ohne Wenn und Aber das Thema soziale Gerechtigkeit zum Punkt 1 der europäischen Tagesordnung. Im Legislativ- und Arbeitsprogramm kommen soziale Aspekte wieder einmal viel zu kurz. Da ist denn auch nur schwammig von sozialem Druck die Rede, auf den man in einer Zeit wirtschaftlicher Not reagieren müsse. Warum nennen Sie die gravierenden sozialen Probleme nicht konkret beim Namen? Warum sagen Sie nicht klipp und klar, dass es nicht länger hinnehmbar ist, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird? Warum sagen Sie nicht klipp und klar, dass es nicht länger hinnehmbar ist, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden? Ich frage mich, wann die Kommission angesichts der dramatischen Lage im Hinblick auf Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit endlich begreift, dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, wie das Arbeitsprogramm suggeriert. Der Neoliberalismus hat schlicht abgewirtschaftet, und es ist höchste Zeit für einen „wind of change“ in Europa!

**Paul Marie Coûteaux (IND/DEM).** – (FR) Frau Präsidentin! Ich bin frappt – und stehe da wohl nicht allein da –, und zwar in Bezug auf die gegensätzlichen Behauptungen. Einerseits haben wir die äußerst überzeugenden aktuellen Beweise und andererseits die Aussagen hier in dieser Kammer, vor allem von Vertretern des Rates und der Kommission, aber auch von meinen eingefleischten pro-europäischen Kollegen. In Anbetracht dieser Gegensätze muss ich einfach an Byzanz denken, an die beruhigenden und selbstgefälligen Äußerungen der byzantinischen Verwalter, als ihre Welt gerade immer mehr in Vergessenheit geriet.

Es handelt sich hier nicht einfach um eine Krise – was für ein lächerlich unangemessener Begriff zum Beschreiben einer Rezession –, sondern um den Zusammenbruch der Grundfesten des Globalisierungsprozesses, der das 20. Jahrhundert derart geprägt hat. Für mich ist dies keine Kreditklemme, sondern eine Glaubensklemme. Es ist Ihr politisches Credo, das in eine Krise geraten ist, und ich fordere Sie auf, den Mut zu haben, anzuerkennen, wie gravierend diese Situation ist. Ich habe nicht die Zeit, alle Grundsätze dieses Credos aufzuzählen, aber die Liberalisierung der Kredite und die große Anzahl von Darlehen sind offensichtlich die Folge des blinden Vertrauens in die unsichtbare Hand und vielleicht sogar in die Unvermeidbarkeit von Fortschritt.

Es muss gar nicht erst erwähnt werden, dass die Antwort die Kreditkontrolle durch Regierungen ist. Andererseits ist Freihandel bzw. die immer schnellere Ausbreitung des Freihandels keine Lösung. Im Gegensatz dazu besteht die Lösung darin, unsere Grenzen wieder verstärkt zu schützen, und dessen sind sich unsere Völker sehr bewusst. Politische Macht sollte nicht von Suprastrukturen wie denjenigen, die wir hier haben, an sich gerissen werden, und in dieser Hinsicht sollte Sie der Misserfolg des Vertrags von Lissabon zum Nachdenken bewegen. Was wir hier brauchen, ist die Rückkehr zur echten rechtmäßigen Autorität, nämlich dem souveränen Staat.

**Luca Romagnoli (NI).** – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Durch die Finanzkrise und den Konjunkturabschwung wird deutlich, welche zentrale Rolle die Mitgliedstaaten und auch die Europäische Union spielen sollten, damit das sozioökonomische Wohl gewährleistet werden kann. Es sollte aber auch betont werden, dass die Politik wieder die vollständige Kontrolle über die Wirtschaft übernehmen und auf

jede erdenkbare Weise die virtuellen Finanzen bekämpfen sollten, durch die noch immer das Schicksal von Millionen von Menschen bestimmt wird.

Wenn man die Auswirkung des globalen Konjunkturabschwungs auf die europäische Wirtschaft im Hinblick auf Beschäftigung und wirtschaftliche Aktivität reduzieren möchte, so bedeutet dies, dass ein Ansatz gefördert werden sollte, der auf dem sozialen Modell Europas basiert. Die Prioritäten für 2009 sollten Beschäftigung und sozialer Schutz für Wachstum lauten. Endlich werden praktische Schritte eingeführt, mit denen sich die Regeln des europäischen Finanzsystems reformieren lassen, nachdem zugelassen wurde, dass öffentliche Vermögenswerte und Privatpersonen vom Banken- und Finanzsystem geplündert und ausgepresst werden.

Bei der Strategie der Kommission, durch die man denjenigen Unterstützung zuteil werden lassen möchte, die ihre Arbeit verlieren, habe ich den Eindruck, dass zu wenig getan und auch zu spät gehandelt wird. Dies gilt auch für die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie von Investitionen in Forschung. Vor allem fällt mir auf, dass die Beschleunigung und Umsetzung der Kohäsionsprogramme von anderen Notwendigkeiten ablenkt. Bevor man sich darüber Gedanken macht, das Vertrauen in die Märkte herzustellen, sollten sich die Regierungen und Kommissionen darum bemühen, das Vertrauen der Bürger in die Unabhängigkeit derjenigen wiederherzustellen, von denen sie regiert werden, und zwar die Unabhängigkeit vom Einfluss der Offshore-Finanzen.

**José Manuel García-Margallo y Marfil (PPE-DE).** – (ES) Frau Präsidentin! Ich werde nicht wirklich über die Diagnose der Finanzkrise sprechen. Wir sind uns alle dahingehend einig, dass all dies mit einer Liquiditätskrise begann, die dann zu einer Solvenzkrise wurde, welche sich letztendlich aber in eine Vertrauenskrise entwickelte. Dies führte zu einem Mangel an Krediten, wodurch die Realwirtschaft Schaden erlitt.

Im Gegensatz zu den hier gemachten Äußerungen handelte es sich bei der Reaktion nicht um eine gesamteuropäische Reaktion. Im besten Fall kann man von einer koordinierten Reaktion sprechen. Vielleicht denken Sie, dass man angesichts der aktuellen Situation nicht mehr erwarten kann. Ich bin jedoch der Meinung, dass definitiv mehr getan werden kann.

Hinsichtlich der finanziellen Rettungspakete sowie auch der Liquidität und Solvenz ist es schockierend, dass drei Institutionen die Märkte unterstützen und gleichzeitig Kredite vergeben, nämlich die Europäische Zentralbank, die Europäische Investitionsbank und die Kommission selbst. Diese drei Institutionen stehen in Konkurrenz zueinander, was niemandem Vorteile bringt.

Was die Bekämpfung der Krise in der Realwirtschaft anbelangt, so wurden auf dem Gipfel in Washington haushaltsmäßige Abhilfemaßnahmen angekündigt, es wurde aber nicht erklärt, worin diese bestehen. Einige Länder werden sich entscheiden, die Steuern zu senken, wohingegen man in anderen Ländern im reinsten keynesianischen Stil ein Programm für öffentliche Ausgaben durchführen wird. Wir sollten herausfinden, ob, falls all diese Maßnahmen nicht aufeinander abgestimmt werden, diejenigen, die funktionieren, Vorteile für diejenigen bringen, die nicht funktionieren. Zudem sollten wir Regeln für den Stabilitäts- und Wachstumspakt festlegen.

International gesehen stimmt es, dass mein Land – Spanien – und auch die Tschechische Republik und die Niederlande in Washington präsent waren, aber sie haben nicht an den Vorbereitungstreffen teilgenommen, und niemand kann garantieren, dass dies in Zukunft der Fall sein wird. Ich möchte den Rat und die Kommission bitten, mir mitzuteilen, wie sie das Direktorium des Internationalen Währungsfonds reformieren möchten und was sie tun wollen, damit all die Länder am Finanzstabilitätsfonds beteiligt werden, die berücksichtigt werden sollten.

Abschließend möchte ich eine Warnung aussprechen. Das Parlament wird aufgefordert, den Plan der Kommission zu unterstützen. Das haben wir stets getan. Hätte die Kommission die Warnungen beherzigt, die wir seit 1999 in verschiedenen Berichten gegeben haben, die jedoch von der Kommission und vor allem von Charlie McCreevy ignoriert wurden, dann würden die Dinge jetzt ganz anders stehen.

**Robert Goebbels (PSE).** – (FR) Frau Präsidentin! 2009 wird als das Jahr der zweiten Weltwirtschaftskrise in die Geschichte eingehen.

In seinem Buch über die Krise des Jahres 1929 schrieb John Kenneth Galbraith, ich zitiere: „Das herausragende Merkmal der gewaltigen Wirtschaftskrise von 1929 bestand darin, dass die Dinge immer schlimmer wurden, obwohl man schon meinte, dass der Tiefpunkt erreicht sei.“ Die Subprime-Hypothekenkrise hat eine

deflationäre Spirale ausgelöst, die nicht nur das Finanzsystem verwüstet und dabei über 60 % des weltweiten Aktienwerts vernichtet hat.

Diese Liquiditäts- und Solvenzkrise zieht auch immer mehr die Realwirtschaft in Mitleidenschaft. Der Begriff „Realwirtschaft“, der als Gegenstück zum Finanzsektor verwendet wird, ist interessant. Er betont die virtuelle Natur der meisten finanziellen Vermögenswerte. Nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte erleben wir gerade den großen Neuauftritt nationaler Regierungen. Es fanden einige Gipfeltreffen statt. Auf dem Gipfel in Washington wurde ein beeindruckender Katalog löblicher Absichten vorgelegt. Dank der Einsicht bedeutender und weniger bedeutender Führungspersonen, von denen wir regiert werden, konnten energische Maßnahmen vorbereitet werden, durch die Risiken ordnungsgemäß bewertet und übermäßige Leverage-Effekte vermieden werden sollen. Kontrollen müssen wirksamer werden, ohne dass man dadurch der Innovation die Luft abschnürt. „Bravo! Richtig!“, rufen wir und warten auf die Details über ein angemessenes Regulierungssystem, durch das übermäßige Risiken ohne zu viel Regulierung vermieden werden.

Die Rückkehr nationaler Regierungen als Regler des Marktes ist zu begrüßen, leider bedeutet dies aber auch oft die Rückkehr des selbstsüchtigen Nationalstaats.

Da die Welt heute offener ist als im Jahr 1929, verlieren nationale Aktionen schnell an Schwung. Angesichts der Rezession sind Maßnahmen erforderlich, die auf dem Geist internationaler Solidarität basieren. Die Europäische Union muss all ihre Kräfte mobilisieren und alle zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel prioritär in Infrastruktur investieren, die dem Wachstum und der Steigerung der Kaufkraft dient.

Der designierte Präsident Barack Obama soll angeblich die Absicht haben, ein Konjunkturprogramm im Wert von 4 % des US-amerikanischen BIP aufzustellen. Die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die insgesamt weniger verschuldet sind als die Vereinigten Staaten, sollten sich ähnlich bemühen, um für Europa und den Rest der Welt einer Finanzkrise ein Ende zu setzen, durch die wohl jeder Gefahr läuft, in eine Notlage zu geraten.

**Jean Marie Beaupuy (ALDE).** – (FR) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! 2009 finden – wie wir alle wissen – Europawahlen statt. Im Jahr 2009 wird auch die Kommission neu benannt. Außerdem wird es 2009 natürlich zu einem Wechsel der Präsidentschaft kommen. Die Bedeutung all dieser Aspekte ist aber nur relativ. Das Leben geht weiter, und die Bürger erwarten, dass unsere Institutionen auf ihre Anliegen eingehen und dabei stets in die Zukunft blicken. Dabei sollten langfristige Ziele verfolgt werden, und man muss in der Lage sein, zum Erreichen dieser Ziele sofort Maßnahmen zu ergreifen.

In diesem Sinne möchte ich auf zwei wichtige Maßnahmebereiche für 2009 hinweisen. Der erste Bereich, der von jedem Redner genannt wurde, ist die Reaktion auf die Finanzkrise. Wir alle haben bemerkt, dass sich die Kommission und die Präsidentschaft selbst goldene Sterne verliehen haben. Frau Kommissarin, ich würde sogar so weit gehen zu sagen, dass wir das erste Tor feiern können, aber das Spiel ist noch nicht vorbei.

Infolgedessen würde ich vorschlagen – wenn Sie mir dies erlauben –, dass die Präsidentschaft und der Rat das Eisen schmieden sollten, solange es heiß ist, damit die 27 Mitgliedstaaten schnell wirksame Maßnahmen für die Finanzkrise ausarbeiten können. Wie man jedoch oft sagt, vertuscht eine Krise unweigerlich eine andere. Wenn wir nicht von der nächsten Krise überrumpelt werden wollen, muss das Programm für 2009 – wie Präsident Barroso bereits anzudeuten schien – den Herausforderungen gewachsen sein, vor denen wir stehen.

Wie meine Kollegin Diana Wallis bereits gesagt hat, ist dies der Grund, weshalb wir in der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa einige Vorschläge unterbreiten. Einige meiner Kollegen werden auf manche dieser Vorschläge genauer eingehen. Ich möchte einen der Punkte betonen, den ich für besonders wichtig halte und auf den wir uns stark konzentrieren wollen, nämlich die Notwendigkeit, sicherzustellen, dass die Kommission 2009 über die Strukturfonds ausführlich Bericht erstattet. Diese Fonds stellen derzeit 36 % unseres Haushalts dar und werden uns in die Lage versetzen, wesentlich mehr effektive Maßnahmen zu ergreifen, um für Solidarität zwischen unseren Regionen zu sorgen und die Instrumente bereitzustellen, ohne die wir den Herausforderungen dieser Zeit nicht gewachsen sein werden.

Abschließend und angesichts des bevorstehenden Winters dürfen wir die Krise im Wohnungswesen nicht vergessen. Frau Kommissarin, wir verlassen uns darauf, dass Sie auf diesem Gebiet Maßnahmen ergreifen werden, vor allem im Hinblick auf unsere zwei Anträge, Untersuchungen über das im Wohnungswesen herrschende Problem durchzuführen.

**Mario Borghesio (UEN).** - (IT) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Aus unserer Sicht hat es diese Krise leider eine Umstrukturierung der Bankenlandschaft unseres Kontinents erforderlich gemacht. In Europa hat dies – um es deutlich zu sagen – aber nicht dazu geführt, dass eine Gruppe ernstzunehmender Finanzakteure in den Vordergrund getreten ist, die tatsächlich in der Lage ist, die künftigen Rahmenbedingungen für die Märkte zu planen. Dies ist weder eingetreten, noch sind Anzeichen erkennbar.

Eines ist jedoch sicher: Alle Regulierungen, die auf dem G-20-Treffen vorgesehen wurden, werden nichts als Worte bleiben, wenn Steuerparadiese unantastbar bleiben. Dies ist das Hauptthema, das ausgelassen wurde und das im Rahmen der offiziellen Diskussionen der Mitgliedstaaten nicht erwähnt wird: diese Steuerparadiese, durch die es möglich ist, die Regeln, die wir einführen wollen, vollkommen zu umgehen, und die auf den Finanzmärkten versprochen werden. Als Senator hat der designierte Präsident Obama entschiedene Maßnahmen gegen Steuerparadiese vorgeschlagen, und wir fragen uns jetzt, ob er nun als neuer Präsident angesichts des Geflechts der Hochfinanz, das Bewegungen kontrolliert zu haben scheint, und vor allem in Anbetracht der großzügigen finanziellen Unterstützung der Wahlen durch Multimillionäre den Mut haben wird, in dieser Sache zu handeln und nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch Europa und ganz besonders das Vereinigte Königreich zu überzeugen.

Ich denke, dass wir anstatt allgemeiner Grundsatzserklärungen effektive, konkrete Initiativen fordern sollten, durch die sich Wirtschaft und Produktion in der Tat wieder in Schwung bringen lassen. Dies ist erforderlich, wenn wir weitere Wirtschaftskrisen vermeiden und der derzeitigen Krise den Rücken zuwenden wollen.

Angesichts der aktuellen Situation, die durch eine allgemeine, breitflächige Verschuldung des Marktes und aufgrund eines unzureichenden Geldflusses durch eine starke Deflation gekennzeichnet ist, ist es absurd, die weitere Verschuldung der Mitgliedstaaten bei privaten Zentralbanken vorzuschlagen, damit wieder Liquidität in das Kreditsystem selbst und in den Verbrauchermarkt gepumpt wird.

Ich möchte mit einer Bemerkung abschließen: Ich denke, es ist sicher und deutlich, dass eine Möglichkeit besteht, dass die Krise zum Vorschlag einer weltweiten Institution führen wird, die für die Wirtschaft und auch für die Politik zuständig ist. Dies ist eine Weltordnung, die bis vor wenigen Monaten von allen gefürchtet war und von allen vermieden wurde, von der wir heute jedoch glauben, dass sie unvermeidbar ist und daher willkommen geheißen werden sollte, als ob sie uns retten könnte. Nein zur Globalisierung!

**Rebecca Harms (Verts/ALE).** – (DE) Frau Präsidentin! Ich möchte als Erstes feststellen, dass alles, was die Kommission oder der Rat heute über einen „New Green Deal“ angesichts der Weltfinanzkrise gesagt haben, meiner Meinung nach falsch war, und dass bisher überhaupt keine politische Entschlossenheit hinter dieser Verkündung des „New Green Deal“ steht.

Seit Monaten mobilisieren europäische Industrieverbände gegen unsere europäische Klima- und Energiestrategie. Konsequenterweise werden die Vorschläge, die Kommissar Dimas, Kommissar Piebalgs oder auch Louis Michel für den Bereich Entwicklungspolitik gemacht haben, aufgeweicht, verwässert und verzögert. Angesichts der Finanzkrise ist das keineswegs aufgegeben worden, sondern die Industrie hat damit angefangen, die Finanzkrise zu nutzen, um noch mehr Druck gegen konsequente Klima- und Energiepolitik zu machen.

Ich glaube, dass das hier einmal festgehalten werden muss, weil Lügen kurze Beine haben und man nur mit der Behauptung einer Erneuerung der Politik nicht mehr weiterkommt. Wenn Sie in die aktuellen Trilogie, die Verhandlungen zur Klimapolitik zwischen Rat, Kommission und Parlament hineinschauen, werden Sie feststellen können, dass ich Recht habe. Denn diese Verhandlungen prägt keineswegs Ehrgeiz, sondern genau diese überkommene Industriepolitik, von der angeblich hier niemand etwas wissen will.

Kommissionspräsident Barroso und auch Industriekommissar Verheugen sind meiner Meinung nach diejenigen, die dafür verantwortlich sind. Ich wäre dafür, dass dieses Parlament beschließt, sich endlich hinter diejenigen zu stellen, die wie Herr Dimas oder Herr Michel tatsächlich für Nachhaltigkeitsstrategien antreten. Was wir jetzt brauchen ist Ernsthaftigkeit.

Achim Steiner von UNEP hat in der vorletzten Woche in London ein sehr gutes Programm vorgestellt. Machen wir ernst damit, aber hören wir hier auf, leere Reden zu halten, wie das im ersten Teil der Debatte erfolgt ist. Wir werden in den nächsten Wochen Gelegenheit haben, die Trilogie zum Abschluss zu bringen, und daran werden wir messen können, ob hier heute von Seiten der Kommission und des Rates geheuchelt wurde oder ob das ernst war.

**Esko Seppänen (GUE/NGL).** - (FI) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Die Welt leidet am „Geldwahnsinn“. Es ist eine amerikanische Krankheit, die durch billiges, leicht zugängliches Geld verursacht wurde. Der Wert

von Eigentum wurde harmonisiert, als die Investoren an der Aktienbörse einen kollektiven Rausch erlebten und im Immobilienfieber waren. Als sich diese Krankheit auf den Aktienmärkten in Form von Derivaten und Swapgeschäften ausbreitete, wurde sie zu einer Pandemie. Jetzt müssen wir die Nachwirkungen verkraften.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind das Vaterland des Kapitalismus, in dem Geld als Muttersprache gilt und Macht von der Diktatur des Marktes ausgeübt wird. Die Regierung kontrolliert alles und wurde als die Instanz, die die Regeln festlegt, verteufelt: Es sind keine rechtlichen Hemmnisse oder ethische Einschränkungen vorhanden, wenn es um die Gier nach wahnsinnigem Geld geht. Die Vereinigten Staaten konnten zwar den größten Wachstumsboom in der Geschichte der Wirtschaft verzeichnen, der darauf basierte, dass konsumiert, aber nicht gespart wurde, wurden so aber zum weltweit größten Schuldner.

Daraufhin erlitt die Wall Street, die einem Reaktor im Sinne des Chinasyndroms gleicht, eine Kernschmelze, und plötzlich befanden sich im System nur noch giftige Wertpapiere und radioaktive Schulden. Sie töteten die kranken Banken, die an den Exzessen der Spekulation gelitten haben. Früher wurden die Gewinne der Spekulanten privatisiert, aber jetzt werden die Verluste verstaatlicht, und private Schulden werden durch öffentliche Schulden ersetzt. Die Märkte waren frei, und nichts und niemand schützte den Kapitalismus vor sich selbst. Es herrschte der Totalitarismus des Geldes. Die Investmentbanken waren wie ein Schwarm Heuschrecken auf freiem Feld.

Der Wert des Währungshandels auf den Märkten ist 125 Mal so hoch wie der tatsächliche Wert des Geldes. Das meiste des im Umlauf befindlichen Geldes war praktisch virtuelles Spielgeld, das jetzt wieder in den Bilanzen der Banken als Abschreibungen zum Vorschein kommt. Es besteht die Gefahr der Kreditrezession und die Gefahr, dass die Schulden- und Bankenkrise zu einer allumfassenden Wirtschaftskrise wird, was zu Hunger und Arbeitslosigkeit und sozialen Missständen führen würde. Wir kennen die Schuldigen, die Zahl der Opfer ist jedoch noch nicht bekannt.

**Kathy Sinnott (IND/DEM).** - Frau Präsidentin! Ich möchte der Kommissarin sagen, dass sie es nicht nur jetzt, sondern auch im nächsten Arbeitsprogramm mit der Finanzkrise zu tun haben wird. Von dieser Krise wurden die Länder Europas auf unterschiedliche Weise in Mitleidenschaft gezogen, aber eines ist klar: Die Finanzinstitutionen aller Länder haben, wenn auch in unterschiedlichem Maße, gefährliche US-Hypothekenschulden aufgekauft, die auf Subprime-Krediten basierten. Haben Sie eine Vorstellung davon, in welchem Maß Europäer Papiere wie forderungsbesicherte Schuldverschreibungen gekauft haben? Sie wurden ihnen als Papiere angeboten, die ein gewisses Rating der amerikanischen Rating-Agenturen haben. Bei Untersuchungen, die nach dem Fiasko durchgeführt wurden, stellte sich aber heraus, dass es sich dabei um gefährliche Schuldverschreibungen handelte. Man stellte fest, dass dies zwielichtige Projekte waren. Die Qualität dieser Schuldverschreibungen muss von diesen Agenturen doch falsch dargestellt worden sein, wenn so viele dieser Papiere derart leicht verkauft werden konnten.

Ich würde gerne wissen, ob die Fakten über die Wertangaben, die beim Verkauf dieser Papiere gemacht wurden, von der Kommission bereits untersucht worden sind. Sollte dies der Fall sein, würde mich auch interessieren, in welchem Maße von bewussten Fehldarstellungen auszugehen ist. Zudem würde mich in diesem Fall interessieren, ob die Kommission der Auffassung ist, dass es Rechtsmittel gegen diese Rating-Agenturen gibt, welche diejenigen einsetzen können, die aufgrund dieser Fahrlässigkeit Schaden erlitten haben – schließlich wurde unsere gesamte Finanzstruktur dadurch angegriffen.

**Andreas Mölzer (NI).** – (DE) Frau Präsidentin! Die EU kann sich derzeit über zunehmenden Zuspruch und mehr Vertrauen freuen, weil die Staaten und Bürger hinter den EU-Mauern in der Hoffnung Schutz suchen, dass diese stark genug sind, um die Finanz- und Wirtschaftskrise abzuwehren.

Durch die Größe des Binnenmarkts und den Euro hat die Union zweifellos bessere Chancen, die Krise zu meistern. Jedenfalls aber hat sie Pflichten, und diesen Pflichten hat sie gegenüber dem Souverän, gegenüber dem Bürger auch nachzukommen, indem sie ihn vor grenzenloser Profitgier und den Folgen der Globalisierung schützt. Eine Antwort auf die Krise darf nicht nur aus vielen Milliarden an Krediten für die Autoindustrie bestehen, die Klein- und Mittelbetriebe, die ja die größten Arbeitgeber sind, müssen ebenfalls unterstützt werden. Keinesfalls dürfen die europäischen Arbeitnehmer zugunsten einer „blue card“-Welle an Fachkräften aus Drittländern zur Arbeitslosigkeit verdammt werden.

Die EU hat also dafür Sorge zu tragen, dass die Bürger nicht bald in einem Europa ohne die letzten Reste ihres Volksvermögens, in einem Europa der Massenzuwanderung aufwachen!

**Giles Chichester (PPE-DE).** - Frau Präsidentin! Die Dinge ereignen sich selten zu einem günstigen Zeitpunkt, und der Begriff Krise besagt ja schon, dass es sich um etwas Unangenehmes handelt. Die Finanz- und

Wirtschaftskrisen, denen wir uns derzeit ausgesetzt sehen, sind schon an sich alles andere als willkommen, aber darüber hinaus haben sie sich auch noch in den letzten Monaten dieses Parlaments und im letzten Jahr der Kommission zugetragen. Zu diesem Zeitpunkt denken wir normalerweise alle an die nächsten Wahlen und an neue Ernennungen.

Das Arbeitsprogramm dieser Kommission gibt fast das Gefühl, dass es sich um „Business as usual“ handelt, aber die Situation erfordert neue Ideen darüber, was man tun könnte, um die Bedrohung einer tiefen Rezession abzuwenden. Dies stellt für Europa eine große Herausforderung dar, weil die meisten steuerpolitischen Maßnahmen auf nationaler Ebene getroffen werden müssen, die EU aber die wichtige Aufgabe hat, dies zu koordinieren. Aufgrund des Ausmaßes dieser Herausforderung ist dieser Punkt besonders wichtig.

Auf dem Gebiet der Energie wissen wir ziemlich genau, was zu tun ist, die meisten Maßnahmen werden jedoch noch nicht in den nächsten ein oder zwei Jahren ergriffen. Vermutlich ist der einzige Bereich, in dem man schnell etwas tun könnte, der Bereich von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Um die Situation zu verbessern, könnten speziell zwei Maßnahmen ergriffen werden: die Senkung der Mehrwertsteuer zum Erzielen einer höheren Energieeffizienz von Gebäuden und der Start einer Informationskampagne, damit Menschen ihr Verhalten ändern.

Darüber hinaus scheint mir, dass es nie einen besseren Zeitpunkt geben wird, um eine der berühmten Gruppen von Weisen der EU einzurichten, und hier würde ich vorschlagen, dass es wirklich weise Männer und Frauen sein sollten. Diese Gruppe könnte sich dann über die Herausforderung Gedanken machen, der wir uns ausgesetzt sehen, und originelle Lösungen vorschlagen, nicht nur kurzfristige Abhilfemaßnahmen, bei denen es nur darum geht Gelder für Steuergeschenke auszugeben. Ich hoffe, dass Rat und Kommission diese Idee begrüßen werden.

**Poul Nyrup Rasmussen (PSE).** - Frau Präsidentin! Wir befinden uns zurzeit in einem Teufelskreis: Wenn sich die Wirtschaft negativ entwickelt, verzeichnen Finanzinstitutionen in ihren Bilanzen weitere Verluste, was dazu führt, dass erneut Druck auf den Interbankenmarkt ausgeübt wird. Dies hat wiederum zur Folge, dass die Kreditvergabe weiter eingeschränkt und somit ein Negativwachstum verzeichnet wird. Die Menschen werden kein Verständnis dafür aufbringen können, wenn wir Steuergelder für die Rettung der Banken, nicht aber zur Schaffung von Arbeitsplätzen nutzen. Deshalb möchte ich mich heute darauf konzentrieren, wie wir diese Kreditklemme, aber auch – und dies ist ganz wichtig – die Rezession, in der wir uns gerade befinden, neu bewerten sollten.

Meiner Meinung nach laufen wir nächstes Jahr in der Europäischen Union Gefahr, ein Negativwachstum zu verzeichnen, und zwar nicht nur in Höhe von -0,3 %, sondern von -1 %. Wenn wir uns an dieser Perspektive orientieren, und sie ist alles andere als unwahrscheinlich, dann bestehen unser Ziel und unsere Aufgabe darin, diese Rezession zu verhindern. Ein Prozent im negativen Bereich würde nächstes Jahr einem Stabilitäts- und Wachstumspakt in Höhe von über -3 % entsprechen. Ich möchte damit zum Ausdruck bringen, dass wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht retten können, wenn wir nichts unternehmen. Tun wir nichts, werden die Dinge nur noch schlimmer.

Aber was können wir tun? Ich weiß, dass dies nicht einfach ist. Ich weiß, dass sich die Regierungen in diesem Punkt nicht einig sind, denke aber, dass es der Kommission obliegt, alle Regierungen zusammenzubringen, damit diese einfache Aufgabe gelöst werden kann. Ich weiß, dass man in Berlin „nein danke“ sagt, wenn es um Koordinierung geht, weil dies bedeuten würde, dass die deutsche Regierung anderen Regierungen weitere Mittel zur Verfügung stellen müsste. Liebe Freunde aus Berlin, ich würde sagen, dass dies nicht erforderlich ist. Wir können gemeinsam agieren, ohne dass zwischen Regierungen weitere Mittel übertragen werden müssen. Hier geht es darum zu verstehen, dass man Mehrwert erzielt, wenn in den nächsten Jahren zeitgleich investiert wird.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat eine einfache Rechnung angestellt. Stellen Sie sich vor, dass jedes einzelne G-20-Land nur ein weiteres Prozent seines BIP in Arbeitsplätze investiert. Geschieht dies zeitgleich, wird ein zusätzliches Prozent sozusagen gratis erzielt. Hiermit möchte ich sagen, dass jede einzelne Regierung in Europa dazu in der Lage ist, wenn gemeinsam gehandelt wird. Wenn jede einzelne europäische Regierung 1 % ihres BIP in die Bekämpfung der Rezession investiert und dabei intelligent vorgeht sowie sozial handelt, damit mehr und bessere Arbeitsplätze entstehen und man sich um die schwächsten Gruppen kümmert, dann bekommen sie insgesamt einen weiteren Prozentpunkt geschenkt.

Aus diesem Grund muss ich einfach an die Kommission appellieren, Frau Vizepräsidentin Wallström, und Sie darum bitten, ein einfaches Szenario aufzuzeigen, aus dem hervorgeht, was passieren würde, wenn die Regierungen aller wichtigen Länder genau das tun, was ich hier erläutert habe. So würde man feststellen,



dass es allen Ländern besser gehen würde, und zwar nicht nur in Bezug auf Arbeitsplätze, sondern auch hinsichtlich der öffentlichen Haushalte und des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Dies ist eine einfache Rechenübung. Sollten Sie nicht über die erforderlichen Instrumente verfügen, kann ich Ihnen gern behilflich sein. Ich würde Sie mit Freuden in dieser Sache beraten.

(Beifall)

### VORSITZ: MECHTILD ROTHE

*Vizepräsidentin*

**Andrew Duff (ALDE).** - Frau Präsidentin! Die Krise wird dramatische Auswirkungen auf die Zukunft des Euro haben. Dänemark und Schweden sollten noch vor dem von ihnen erwarteten Zeitpunkt Mitglieder werden, und auch in Großbritannien ist es an der Zeit, die die Debatte einzuleiten.

1997 führte Gordon Brown fünf berühmte sogenannte Tests ein, die bestanden werden müssen, bevor der Beitritt des britischen Pfunds zur Einheitswährung genehmigt werden kann. Inmitten dieser Krise werden plötzlich alle fünf dieser Kriterien erfüllt. Das Pfund ist auf einen wettbewerbsfähigen Wechselkurs gefallen, die Arbeitsmärkte sind flexibel, die City – auf die man einst als Londoner Finanzdistrikt so stolz war – läuft nun Gefahr, durch stärkere Aufsicht und Regulierung in der Eurozone ins Abseits gedrängt zu werden, und die Wirtschaftszyklen Großbritanniens und der Eurozone sind nun vollkommen aufeinander abgestimmt, da wir gleichzeitig in die Rezession abdriften.

Der auf kluge Weise verschleierte Auftritt von Gordon Brown auf dem Pariser Eurogroup-Gipfel war ein bemerkenswerter Erfolg der französischen Präsidentschaft. Ich appelliere an Gordon Brown, nun die Rahmenbedingungen für die Debatte im Vereinigten Königreich zu ändern. Wenn er dazu nicht in der Lage ist, wird das Pfund ständig wie ein Tischtennisball zwischen den großen Fußbällen, dem Euro und dem Dollar, auf unkontrollierte Weise hin- und herspringen.

**Irena Belohorská (NI).** – (SK) Als slowakisches Mitglied des Europäischen Parlaments begrüße ich den Beitritt der Slowakei zur Eurozone sehr. Uns liegen deutliche Beweise dafür vor, dass Prognosen und Vorstellungen erfahrener Wirtschaftsexperten oft nicht in Erfüllung gehen. Vor 16 Jahren lehnten europäische Prognostiker und Wirtschaftswissenschaftler die Idee einer unabhängigen, lebensfähigen slowakischen Republik ab. Derzeit ist die Slowakei unter den zwölf neuen Mitgliedstaaten in Sachen Wirtschaftsleistung führend.

Ich schlage vor, dass sich die Europäische Kommission beim Festsetzen ihrer Prioritäten direkt auf die Bürger und ihre Bedürfnisse konzentrieren sollte, anstatt aus wirtschaftlicher Sicht wertlose Prognosen aufzustellen. Ich denke hier vor allem an die Gesundheit und hochwertige soziale Bedingungen für einen angemessenen Lebensstandard. Auch wenn es wirtschaftliche Probleme gibt und sozialer Druck ausgeübt wird, dürfen wir die Gesundheit der Menschen nicht vergessen.

Trotz des in der Europäischen Union geltenden freien Personenverkehrs wird kein allgemeiner Zugang zur Gesundheitsversorgung gewährleistet, vor allem auf dem Gebiet der Vorsorge. Ein weiterer Bereich ist die Notwendigkeit, die wirksame Umsetzung der grenzübergreifenden Patientenversorgung zu sichern. Eine gesunde Union ist nur möglich, wenn auch ihre Bürger gesund sind.

**José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE-DE).** – (ES) Frau Präsidentin! Es ist klar, dass das Arbeitsprogramm der Kommission für 2009 auf dem Gebiet der Außenpolitik – wie auch in allen anderen Bereichen – nicht unabhängig von der internationalen Finanzkrise betrachtet werden kann, darauf hat uns bereits Kommissionspräsident José Manuel Barroso aufmerksam gemacht.

Darunter verstehen wir, dass es richtig ist, die Reform der Bretton-Woods-Institutionen zu unterstützen, die Wiederaufnahme der Gespräche über die Welthandelsorganisation zu fördern und den in Februar beginnenden Versuchen, das System und die Organe der Vereinten Nationen zu reformieren, große Aufmerksamkeit zu schenken.

Es ist auch klar, Frau Präsidentin, dass wir unsere Beziehung zu den Vereinigten Staaten im Hinblick auf die neue Regierung erneuern müssen. Mit diesem Land stimmen wir in vielen Bereichen überein, in einigen Aspekten, vor allem hinsichtlich der Todesstrafe, des Internationalen Strafgerichtshofs und des Kyoto-Protokolls, ist dies jedoch nicht der Fall. Wir müssen für den nächsten Gipfel in Kopenhagen, die Gesetze mit extraterritorialer Wirkung und andere Aspekte gemeinsame Positionen finden.

Dies ist auch für Probleme der Fall, die in Zentralasien aufgetreten sind: die Atomkrise im Iran, die Ankündigung eines ruhigen und verantwortungsvollen Abzugs aus dem Irak und die Forderung der US-Regierung, die westliche Präsenz in Afghanistan zu verstärken. Darüber hinaus müssen wir sehen, wie sich der Abbruch der Verhandlungen im Nahen Osten lösen lässt.

Frau Präsidentin! In Bezug auf den amerikanischen Kontinent müssen wir unbedingt die Bemühungen der Kommission, vor allem die von Kommissarin Ferrero-Waldner, unterstützen, damit die Assoziationsabkommen mit Mittelamerika abgeschlossen werden und insbesondere die neue Richtung verfolgt werden kann, die bei den Verhandlungen mit der Andengemeinschaft eingeschlagen werden soll.

Abgesehen von der strategischen Assoziation, die die Europäische Kommission mit Brasilien und Mexiko eingeleitet hat, könnte dieser Prozess unter Umständen auch den Ansatz darstellen, der bei den Verhandlungen über das Mercosur-Abkommen verfolgt werden kann, die schon vor allzu langer Zeit ins Stocken geraten sind.

Frau Präsidentin! Auf unserem Kontinent müssen wir das Assoziationsabkommen mit Russland vorantreiben, jedoch nur auf Grundlage des Völkerrechts. In diesem Zusammenhang müssen wir sehr deutlich darauf hinweisen, dass Grenzen und Menschenrechte zu respektieren sind, sowie die Nachbarschaftspolitik weiter ausbauen und gleichzeitig den Abschluss von Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen fördern.

Wie der Kommissionspräsident bereits erwähnt hat, müssen wir im Hinblick auf die Situation in Afrika viel tun. Frau Präsidentin! Meiner Ansicht nach ist es äußerst wichtig, dass die Europäische Union nach Abschluss der Reform (durch den Vertrag von Lissabon) und der Erweiterungsprozesse praktisch einen geografischen Status annimmt oder eigentlich eher wiedererlangt, da zu berücksichtigen ist, dass China und Indien bis 2050 50 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts vereinnahmen werden, was zuletzt um das Jahr 1800 der Fall war.

Frau Präsidentin, hierzu ist Vorausplanung erforderlich, und, Frau Vizepräsidentin, ich kann nur sagen, dass unsere Fraktion die Kommission bei dieser Arbeit unterstützen wird.

**Pervenche Berès (PSE).** – (FR) Frau Präsidentin! Bezüglich der G-20-Staaten denke ich, dass die Europäische Union bei diesem Gipfel gute Vorschläge eingebracht hat. Liest man sich die auf dem Gipfel beschlossenen Schlussfolgerungen durch, so hat man den Eindruck, dass ihnen Schlagkraft fehlt. Was werden wir im Hinblick auf Rating-Agenturen, Hedge-Fonds und Steuerparadiese unternehmen? An guten Absichten mangelt es nicht, aber wir werden keine Erfolge erzielen, wenn wir uns ausschließlich auf Selbstregulierung und Verhaltenskodizes verlassen. Wir müssen realistisch sein und uns hohe Ziele stecken.

Was die Vertretung der Europäischen Union betrifft, war die Situation ehrlich gesagt weniger schmeichelhaft. Hier müssen Fortschritte erzielt werden. Dies ist etwas, was die großen Mitgliedstaaten anerkennen müssen, obwohl dies auch bei kleineren der Fall ist, aus denen manchmal die Abteilungsleiter des IWF (Internationaler Währungsfonds) stammen, und diese Positionen möchte man nicht aufgeben. Jedes einzelne Land muss einen Beitrag leisten, damit die Europäische Union in Zukunft besser vertreten wird.

Im Hinblick auf die Realwirtschaft hat mich der Redebeitrag von Präsident Barroso ziemlich überrascht. Seiner Ansicht nach ist es Populismus, wenn die Kommission ihr Initiativrecht wahrnimmt. Von daher fordere ich die Kommission auf, die von meinem Kollegen Poul Nyrup Rasmussen eingereichten Vorschläge anzunehmen, selbst wenn man sie als populistisch einstuft. Wenn wir auf dem Gebiet der Realwirtschaft keine Maßnahmen ergreifen, werden wir den gleichen Zusammenbruch erleben und die gleiche Strategie für einen Konjunkturaufschwung ergreifen müssen wie Irland bei der Rettung seines Bankensektors, nämlich die Strategie „Rette sich, wer kann“, die in Zeiten einer weltweiten Krise in einer globalisierten Wirtschaft jedoch keinesfalls zu Erfolgen führen kann.

Es würde nur dazu führen, dass öffentliche Mittel verschwendet werden, aber kein Beitrag dazu geleistet wird, dass die Europäische Union die Vereinigten Staaten einholen kann, wo man bereits ein umfangreiches Konjunkturprogramm ausgearbeitet hat.

Wir müssen europäisch denken, wir müssen global denken, und unsere nationalen Maßnahmen müssen konzertiert und koordiniert sein sowie der Kommission Möglichkeiten bieten, Initiativen zu ergreifen. Dies sind die Erwartungen, die wir an die Mitteilung vom 26. November stellen. Wir erwarten ein ehrgeiziges europäisches Konjunkturprogramm.

**Lena Ek (ALDE).** - Frau Präsidentin! Eine Krise sollte uns nicht nur dazu veranlassen, Maßnahmen zu ergreifen, sondern auch, uns Gedanken zu machen. Wenn wir es schaffen, das Klimapakete zu schnüren,

werden wir dadurch nicht nur das Klima retten – wodurch wir uns vor Katastrophen und Epidemien schützen und Kosten vermeiden –, sondern es wäre auch die beste Vorbereitung auf die Zukunft. Während einer Rezession hat man sich für die Zeit danach und für neue Märkte zu wappnen. Ich denke, dass momentan die Gefahr besteht, dass man dem schlechten Geld gutes nachwirft.

Werden Verbraucher, wenn wir diese Phase überstanden haben, wirklich an einem großen Auto mit hohem Verbrauch interessiert sein, oder wird ein kleines, umweltfreundliches Auto eher ihren Wünschen entsprechen? Während meines Studiums meinte einer meiner Professoren einmal: „Lassen Sie die Finger davon, wenn Sie sich nicht sicher sind.“ Wir brauchen stattdessen einen Green New Deal für Investitionen, Forschung in Sachen Innovation und intelligente Energietechnologie, zu der auch die Automobilbranche zählt. Wir brauchen einen Green New Deal für neue Arbeitsplätze und neuen Wohlstand unter Berücksichtigung des Prinzips der Nachhaltigkeit.

Die ALDE-Fraktion wird sich für ein offenes, grünes, sicheres und unternehmerisches Europa einsetzen, und in diesen Bereichen werden wir das Arbeitsprogramm der Kommission unterstützen.

**Manfred Weber (PPE-DE).** – (DE) Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin! Ich möchte heute zur inneren Sicherheit und zum Arbeitsprogramm etwas sagen. Aber vorher möchte ich noch einen Punkt anmerken. Wir sprechen die ganze Zeit über Banken. In meiner Heimatregion hat vor wenigen Wochen ein großer Betrieb mit 2 000 Mitarbeitern Insolvenz angemeldet, und die Mitarbeiter stehen vor dem Aus, weil die Banken die Kreditlinien zurückfahren. Das heißt, die Krise schlägt schon deutlich auf die Realwirtschaft durch, und deswegen würde ich der Kommissarin vorschlagen, dass wir eine der Antworten auch prüfen und das Beihilferecht, das wir jetzt bei den Banken aussetzen und das plötzlich keine Wirkung mehr hat, auf den Prüfstand stellen und auf diese Krise ausrichten müssen. So können wir auch dem Mittelstand helfen.

Hauptsächlich möchte ich mich aber zum Arbeitsprogramm der Kommission äußern und hier zum Bereich innere Sicherheit. Ich bin enttäuscht, wenn ich das Programm lese, denn es gibt neben den wirtschaftlichen Fragen noch andere große Herausforderungen. Ich sehe, dass wir beim Schengen-Informationssystem enorm große Erfolge haben. Die Schweiz tritt jetzt bei und meldet bereits vor dem Beitritt große Erfolge, weil sie auf das SIS zugreift. Trotzdem sehe ich bei diesem Programm nicht, wie die Kommission erreichen will, dass wir das SIS 2 endlich arbeitsfähig machen. Es wird Monat um Monat verschoben, es geht nichts voran.

Auch im zweiten Themenbereich, der in der polizeilichen Zusammenarbeit enorm wichtig ist, nämlich beim Kampf gegen die organisierte Kriminalität und bei der praktischen Zusammenarbeit der Polizeiorganisationen kommen wir nicht voran. Es fehlt der klare Rechtsrahmen. Auch hierzu lese ich im Arbeitsprogramm 2009 leider nichts. Ich würde mir hier mehr Engagement wünschen.

Als dritten Punkt möchte ich festhalten: Im Programm werden die Migration, das Migrationsnetzwerk, die Zuwanderung und die „blue card“, über die wir morgen diskutieren werden, beschrieben. Die Bürger werden dann den Weg zu mehr Offenheit für Zuwanderung mitgehen, wenn wir ihnen klar sagen, dass wir gegen die illegale Migration kämpfen und die illegale Migration auch stoppen. Das ist einer der Zusammenhänge, den wir nicht übersehen dürfen!

**Jan Andersson (PSE).** – (SV) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Es ist begrüßenswert, dass eine gemeinsame Aussprache über die Wirtschaftskrise, den Abschwung in der Realwirtschaft und das Arbeitsprogramm der Kommission stattfindet. Diese Themen gehören zusammen. Außerdem ist es gut, dass die Kommission vorschlägt, koordinierte Bemühungen zu unternehmen. Meiner Meinung nach geht dies aus dem Arbeitsprogramm jedoch nicht sonderlich deutlich hervor.

Im Rat wurden Stimmen laut, dass wir jetzt die Investitionen in ökologische Aspekte kürzen und uns weniger stark für die Umwelt engagieren sollten. Dieser Ansicht stimme ich keineswegs zu. Auch eine andere Meinung kann ich nicht teilen. Es wurde vereinzelt gefordert, dass wir im sozialen Bereich kürzen sollten. Wir müssen aber genau das Gegenteil tun. Wir brauchen Investitionen in Forschung und Entwicklung, neue Umwelttechnologien und eine neue Infrastruktur, die wesentlich umweltfreundlicher ist als die, die wir heute haben. Wir müssen die Arbeitnehmer schulen und dafür sorgen, dass junge Menschen die richtige Ausbildung bekommen, damit wir wettbewerbsfähig bleiben und die Arbeitnehmer auf künftige Anforderungen vorbereitet sind.

Wenn ich mich dann dem Arbeitsprogramm zuwende und den sozialen Bereich unter die Lupe nehme, erkenne ich, dass dies keine Kommission ist, in der man diesen Bereich als Priorität einstuft. Bitte erlauben Sie mir, zwei Beispiele anzuführen. Wir haben Poul Nyrup Rasmussen zugehört. Jetzt glaube ich, dass jetzt auch wir aus dem sozialen Bereich zu Wort kommen sollten. In dem Bericht, für den ich zuständig war, ging

es um die Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt innerhalb der EU und das Recht, hierfür Arbeitskampfmaßnahmen zu ergreifen. Die Kommission muss diesbezüglich nun konkrete Maßnahmen ergreifen, und zwar durch Änderung der Richtlinie zum Entsenden von Arbeitnehmern und Anwendung eines Sozialprotokolls. Dies wäre das erste Thema. Beim zweiten Thema geht es darum, was in der Arbeitswelt passiert. In der gesamten EU oder zumindest in einigen Mitgliedstaaten hat sich eine höhere Anzahl von Arbeitsunfällen ereignet, weil wir diesem Bereich nicht mehr so viel Aufmerksamkeit schenken. Auch auf diesem Gebiet muss die Kommission aktiv werden, damit wir insgesamt von langfristiger, nachhaltiger Entwicklung sprechen können, welche die wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung umfasst.

**Malcolm Harbour (PPE-DE).** - Frau Präsidentin! Ich möchte aus der Sicht des Ausschusses für Binnenmarkt über die derzeitigen Ereignisse in der Realwirtschaft sprechen. Vor zwei Wochen habe ich einigen Kleinunternehmen, die erfolgreich als Zulieferer für die Luftfahrt-, Automobil- und Energiebranchen tätig sind, einen Besuch abgestattet.

Ihr Problem ist, dass sie viele Fachkräfte eingestellt haben, die Auftragslage sich aber verschlechtert hat oder in einigen Fällen sogar ganz zum Stillstand gekommen ist. Wir müssen an diese Menschen denken, denn wenn sie nach der Rezession nicht mehr in Beschäftigung stehen, fehlen ihre Fähigkeiten, und wir bekommen ein echtes Problem. Dies sind die Unternehmen, von denen wir wollen, dass sie in neue Produkte und Dienstleistungen investieren sowie ihren Mitarbeitern berufliche Fortbildung und Schulungen ermöglichen.

Deshalb sage ich der Kommission, dass Kleinunternehmen bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen als Motor dienen werden. Wir haben einen Small Business Act, der zurzeit hier behandelt wird. Seine Umsetzung wird wahrscheinlich irgendwo in diesem recht langen und weitschweifigen Dokument behandelt, aber Sie, die Kommission, sollten sich der echten Prioritäten annehmen und einige der Dinge einführen, mit denen wir uns hier beschäftigt haben und die der Realwirtschaft wirklich helfen würden. Dort liegen Ihre Prioritäten. Ich habe überhaupt nicht den Eindruck, dass dies eine echte Reaktion auf die Krise ist.

An der Front lässt man zwar einige nette Worte verlauten, aber ich kann nicht erkennen, dass das Programm geändert wurde. Frau Wallström, ich möchte Ihnen daher sagen – und hoffe, dass Sie diese Nachricht an Präsident Barroso weiterleiten –, dass dies nicht genügt. Wir brauchen echte Maßnahmen in Bereichen, durch die sich die Stellensituation dort draußen jetzt und in Zukunft verbessern lässt.

Die anderen Menschen, die uns behilflich sein können, sind natürlich diese öffentlichen Investoren, also die Menschen, die Projekte und das Bauwesen aufrechterhalten, nachhaltig bauen, umweltfreundlichere Fahrzeuge erwerben und vor allem in die nächste Generation der Telekommunikationsnetzwerke investieren.

Mit diesem wichtigen Punkt werde ich abschließen. Nächste Woche hat der Rat (leider ist der Minister dann nicht mehr zugegen) Gelegenheit, einen gemeinsamen Standpunkt zum Telekommunikationspaket zu beschließen, das den Weg zu dieser Investition ebnen wird.

Wir hören, dass einige Kommissare davon nicht begeistert sind. Nun, ich hoffe, dass Sie ihnen mitteilen werden, dass die Genehmigung des Pakets durch den Rat am nächsten Freitag für die Zukunft der europäischen Wirtschaft von großer Bedeutung ist.

**Ieke van den Burg (PSE).** - (NL) Frau Präsidentin! Ich möchte eine Vorbemerkung machen. Es stimmt, dass Europa auf der Weltbühne eine größere Rolle spielen sollte – darauf wurde bereits mehrmals hingewiesen. Europa sollte aber auch verstärkt mit einer Stimme sprechen, anstatt – wie es derzeit der Fall ist – fragmentiert aufzutreten. Die großen Mitgliedstaaten müssen sich aufeinander abstimmen und einsehen, dass wir jetzt als vereinte europäische Front agieren müssen. Schließlich handelt es sich bei der Führungsrolle in Sachen Regulierung, Neuregulierung, Aufsicht und Verbesserung der Finanzmärkte nicht um die Idee von Gordon Brown oder Nicolas Sarkozy, sondern der europäischen Institutionen. Hier in Europa sollten wir jetzt das verteidigen, was wir uns vorgenommen haben.

Abgesehen von der Agenda für die Finanzmärkte sollten wir nun unsere volle Aufmerksamkeit auf die Wirtschaftskrise richten. Es läuten bereits sämtliche Alarmglocken. Auch in dieser Hinsicht sollten wir in Europa sowohl international als auch europäischer handeln und einen europäischen Rettungsplan vorlegen. Dies sollte nicht immer wieder nur das Gleiche sein, sondern wir würden gern eine echte Kehrtwendung sehen. Die Wirtschaftsexperten der Ideenschmiede Brueghel haben ihren Glauben wirklich verloren und plädieren jetzt für höhere Ausgaben. Zurückhaltung sollte in zum Nachdenken anregende Politik verwandelt werden. Meiner Ansicht nach ist ihr Vorschlag, die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt zu senken, viel zu zaghaft, weil die Zahlen, durch die der Rückgang zum Ausdruck gebracht wird, wesentlich höher ausfallen. In den Niederlanden erlebt man in der Baubranche beispielsweise einen Rückgang von 20 %, weshalb ich

denke, dass wir in diesem Bereich den niedrigen Mehrwertsteuersatz verlangen sollten, um dem Wohnungsmarkt in ganz Europa eine Injektion in den Arm zu verpassen.

**Lambert van Nistelrooij (PPE-DE).** – (NL) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Als Koordinator der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischer Demokraten für den Bereich der Regionalpolitik möchte ich einen äußerst proaktiven Beitrag leisten, was das Finden von Lösungen anbelangt. Europa sollte nun wirklich einen Aktionsplan vorlegen. Ich unterstütze die Position von José Manuel Barroso in dieser Hinsicht.

Durch Investitionen aus dem Struktur- und Kohäsionsfonds – in Höhe von 60 Milliarden Euro pro Jahr aus Europa, was durch die Mitgliedstaaten auf 120 Milliarden Euro verdoppelt wird – könnte man aktiv werden, flexibler handeln und an Geschwindigkeit gewinnen. Dies betrifft spezifische Investitionen, und zwar sowohl im Rahmen der Strategie von Lissabon in Sachen Wissen als auch der Strategie von Göteborg in Sachen Energie und Umwelt.

Wie immer geht es um Arbeitsplätze. Es geht darum, Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, umzuschulen, damit sie in der New Economy Fuß fassen können. Nur wenn wir diese Haltung haben und über gut ausgebildete Menschen verfügen, können wir nach der Krise zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Das Programm in seiner aktuellen Fassung muss in einigen Bereichen noch angepasst werden. Die Verordnungen 2007–2013 können zum Beispiel noch flexibler werden. Mittel können innerhalb der operationellen Programme in den Mitgliedstaaten selbst übertragen werden. Mittel, die noch nicht zugeteilt wurden – und dabei geht es um recht große Summen – können schneller ausgegeben werden. Wir können die Position des Parlaments realisieren, nämlich die Fonds zu nutzen, die gemäß den n+1-, n+2- und n+3-Regeln im derzeitigen Zeitraum noch nicht zugeteilt wurden, und möglicherweise Mittel, die noch aus dem vorherigen Zeitraum übrig sind.

Wir möchten die Europäische Kommission bitten, – und ich weiß, dass Danuta Hübner in diesem Fall aktiv ist – ein Änderungspaket zusammenzustellen, durch das wir der Öffentlichkeit noch vor den Wahlen im nächsten Jahr zeigen können, wie dynamisch wir vorgehen. Wir sehen diesen Vorschlägen mit Freude entgegen und möchten Sie dringend auffordern, rasch zu reagieren. Bisher kann man der Kommission gratulieren, aber in Zukunft sind noch größere Anstrengungen nötig. Das Parlament ist dazu bereit.

**Enrique Barón Crespo (PSE).** – (ES) Frau Präsidentin, verehrte Kommissare, meine Damen und Herren! Auf dem G-20-Gipfel wurde eine äußerst ehrgeizige Agenda festgelegt, bei der es einfach darum geht, dafür zu sorgen, dass für die finanzielle Globalisierung Regeln gelten. In Europa bedeutet dies, dass wir aus der Erfahrung lernen und von den Lektionen, die uns der Kapitalismus erteilt hat, profitieren sollten. Wir wissen jetzt, dass es sich beim Kapitalismus um interessenbasiertes System handelt, in dem man mittellos enden kann, wenn keine Regeln herrschen und man zu gierig wird.

Der Kommissionspräsident hat uns gegenüber einige Themen zur Sprache gebracht. Wir wollen nicht in Populismus verfallen, aber einige Dinge können erledigt werden. Durch die Rinderseuche haben wir gelernt, dass man keine schädlichen, verdorbenen Produkte in Supermärkten oder Metzgereien verkaufen kann und dass Regeln vorhanden sein müssen.

In Europa können wir Maßnahmen ergreifen, wenn wir – wie es in meinem Land der Fall war – aus unseren Fehlern lernen. Hier ein Beispiel: Wir könnten entscheiden, dass Banken, Bausparkassen und Finanzinstitutionen Krisenfonds einrichten müssen oder auch, Frau Präsidentin, dass bilanzexterne Transaktionen und nicht nachgewiesene Verbriefungsprozesse untersagt sind. Dies wäre ein Schritt in Richtung des klugen Managements, das man von Finanzinstitutionen erwartet, aber in Europa sind wir noch nicht so weit.

Meiner Auffassung nach sollte die Kommission auch in diesem Bereich tätig werden.

**Ingeborg Gräßle (PPE-DE).** – (DE) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Finanzkrise werden plötzlich auch zur Abmilderung der Wirtschaftskrise enorme Summen bewegt. Wenn ich die Kollegen recht verstehe, dann wollen wir alle, dass dieses Geld auch abfließen kann.

Ich möchte der Kommission bereits jetzt sagen, dass wir schon erwarten, dass sie dabei auch ihren Job macht. Das heißt, dass die Frage der Kontrollen dieser Gelder nach wie vor auf der Agenda bleibt. Deswegen können wir mit dem Arbeitsprogramm, das die Kommission für 2009 vorgelegt hat, nicht zufrieden sein. Wir vermissen, dass dieser Aspekt ihrer Arbeit in den Mittelpunkt gerückt wird. Die Barroso-Kommission hat in

diesem Punkt sehr viel gemacht, aber sie macht uns auch deutlich, dass sie dieses Thema für 2009 eigentlich nicht für wichtig empfindet. Ich möchte davor warnen!

Wir vermissen auch, dass das Amt für Betrugsbekämpfung mit einer neuen Rechtsgrundlage besser ausgestattet wird. Es besteht die Gefahr einer Ratsblockade, weil sich die 27 Mitgliedstaaten inzwischen beim Thema Betrugsbekämpfung nicht mehr einigen können. Auch hier haben wir Erwartungen an die Kommission, Erwartungen, die wir bei der Lektüre des Arbeitsprogramms nicht erfüllt gefunden haben.

Wir vermissen auch eine Vertiefung der nationalen Erklärungen. Wenn wir einerseits bei der Geldausgabe mehr Freiheit geben, müssen wir andererseits auch dafür sorgen, dass die Mitgliedstaaten entsprechend in die Pflicht genommen werden.

Was ich nicht verstehe, ist, dass die Barroso-Kommission ihren größten Erfolg, nämlich die Offenlegung der Subventionsempfänger, nicht in irgendeiner Form aufarbeiten und vorzeigen will. Warum machen Sie uns nicht damit bekannt, wie die EU-Gelder verwendet werden? Warum analysieren Sie nicht, ob wir eigentlich unsere Politikziele mit dem, was wir aus diesen Daten erfahren, erreichen?

Ich glaube, dass wir von Ihnen viel erwarten können, dass wir mehr erwarten sollten, als im Legislativ- und im Arbeitsprogramm vorgelegt wurde. Aber Sie sollten hier durchaus auf unsere kritische Solidarität und auch auf unsere Fragen bauen.

**Stavros Lambrinidis (PSE).** - (EL) Frau Präsidentin! Die Premierminister sollten mitten in der Krise nicht nur ihre wirtschaftlichen Interventionen gemeinsam planen, sondern auch die sozialen. Offensichtlich mussten die Banken gerettet werden, aber Europa sollte sich inzwischen darauf konzentrieren, Menschen mit niedrigen und durchschnittlichen Einkommen direkt zu retten sowie Anreize für Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt zu bieten.

Der Sozialstaat und der soziale Zusammenhalt können nicht auf offenen und unkontrollierten Märkten oder im Rahmen der europäischen Wirtschaftspolitik ins Abseits geraten und zu einem Rettungsring werden, den wir denjenigen zuwerfen, die in Krisenzeiten ins Straucheln geraten. Im Gegenteil – diese Aspekte sind für das Wirtschaftswachstum in Europa maßgeblich, und dies sollte man auch berücksichtigen.

Zweitens: Um dies zu erreichen, müssen wir dringend die Bedingungen des Stabilitätspakts anpassen. Wir brauchen ein neues soziales Maastricht, einen nachhaltigen Pakt für Wachstum, Beschäftigung und sozialen Schutz, der auf strengen Regeln und Voraussetzungen basiert.

Drittens: Europa sollte zur globalen Avantgarde bei Innovation und neuen Technologien zählen, indem Gelder in Bildung und Forschung für umweltfreundliche Entwicklung investiert werden. Hierzu müsste natürlich der europäische Haushalt wesentlich großzügiger ausfallen. Wir müssen endlich Fortschritte machen.

Sonne, Wind und Wasser werden das Öl der Zukunft sein. Wer sie frühzeitig nutzt, wird für seine Bürger Millionen von Arbeitsplätzen und Wohlstand für seine Gesellschaft schaffen. Wenn Europa ins Hintertreffen gerät, wie es einige Menschen bereits prognostizieren, wird das Amerika von Barack Obama, dessen Wahl wir alle begeistert aufgenommen haben, die Führungsrolle übernehmen, und wir werden den Kürzeren ziehen.

Viertens: Wir brauchen auf dem Markt neue Regeln für Transparenz, Kontrolle und Aufsicht. Durch das derzeitige System, das für die Krise verantwortlich ist und in dem einige wenige Privatpersonen Gewinne machen, aber die Gesellschaft insgesamt die Verluste übernimmt, werden nur neue Krisen hervorgerufen.

**Robert Sturdy (PPE-DE).** - Frau Präsidentin! Die Welt erlebt zurzeit nicht nur die bisher schlimmste Finanzkrise, sondern auch ein Versagen der Doha-Runde. Diese Runde ist von entscheidender Bedeutung. Ich habe soeben mit Baronin Ashton gesprochen – das heißt, inzwischen ist sie ja Kommissarin Ashton – und glaube, dass sie uns auf fortschrittliche, zukunftsbezogene Weise voranbringen wird. Die Finanzkrise muss betont werden, und dies gilt auch für die Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen Europa und wichtigen Partnern zu vertiefen, zu denen auch die neue US-Regierung zählt, aber dies gilt wahrscheinlich vor allem dann, wenn die sogenannte Wiederwahl von Generaldirektor Pascal Lamy ansteht. Noch wissen wir nicht, ob er die Position bekommt, aber die Chancen stehen gut. Wir brauchen in dieser Angelegenheit mehr Taten und weniger Worte.

Gordon Brown hat die politischen Führer aufgefordert, in Zeiten der Wirtschaftskrise die Errichtung von Handels- und Investitionsbarrieren zu vermeiden. Dieser Punkt ist im Rahmen der WTO-Verhandlungen

entscheidend. Die EU darf bei ihrem Handelsansatz nicht im Stil von Dickens vorgehen. Wir müssen unsere Grenzen öffnen. Wir dürfen keine Instrumente einführen, durch die Handel unterbunden wird. Eine Reform wird nur dann Früchte tragen, wenn das Prinzip des freien Marktes angewandt wird. Hierzu zählen, wie ich bereits erwähnt habe, Offenheit in Sachen Handel und Investitionen.

Letzte Woche hat sich Pascal Lamy mit Vertretern der G-20-Staaten zusammengesetzt, um an einem Vorschlag zu arbeiten, der möglicherweise in Kürze zu einer Übereinkunft führen wird. Wir hoffen, dass uns noch vor Weihnachten ein Ergebnis vorgelegt wird. So sieht die Kommission die Sache momentan. Ich gratuliere der vorherigen und der derzeitigen Kommissarin zu dem von ihnen verfolgten Ansatz. Die EU war erstmalig bei den Handelsgesprächen führend, und dies verdient unseren Glückwunsch.

**Andrzej Jan Szejna (PSE).** – (PL) Frau Präsidentin! Beim informellen Treffen des Europäischen Rates und beim G-20-Gipfel in Washington versuchte man, auf die dringlichste Herausforderung einzugehen: die Finanzkrise, die zweifelsohne eine Niederlage für neoliberale Wirtschaftstheorien darstellt. Die bei diesen Treffen vorgelegten Erklärungen lassen sich mit nichts besser vergleichen als mit dem Schließen der Stalltür, nachdem das Pferd durchgegangen ist, und ich habe mit Bedauern José Manuel Barrosos Worte gehört, dass sie ihre Denkweise nur aufgrund der Krise geändert hätten.

Sie sind nicht auf folgende brennende Themen eingegangen: Wie kann man die Rezession aufhalten, wie kann man neue Arbeitsplätze schaffen, und wie kann man letztendlich den Klimawandel bekämpfen, ohne dass dadurch unnötigerweise wirtschaftliche Kosten anfallen? Die europäischen Sozialisten fordern schon seit langem die Reform der Finanzmärkte und koordinierte Maßnahmen durch die Regierungen der Europäischen Union.

Ich vertrete die Auffassung, dass wir uns nicht nur auf die Finanzmärkte konzentrieren sollten, auf denen uns Finanzinstitutionen und gierige Manager in die derzeitige Lage gebracht haben. Wir müssen unsere Bürger davor bewahren, dass die Preise für Lebensmittel, Energie und Mieten steigen, damit ihr Realeinkommen nicht fällt und somit ihre Kaufkraft erhalten bleibt, denn die Konsumnachfrage wirkt sich zusammen mit Investitionen und Exporten sehr stark auf das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union aus. Auch der Rentabilität kleiner und mittlerer Unternehmen müssen wir Schutz gewähren.

Sollte das Klima- und Energiepaket in seiner derzeitigen Form beibehalten werden – insbesondere in Bezug auf das Emissionshandelssystem und die an Kraftwerke und die Schwerindustrie gestellten Forderungen –, dann muss ich davor warnen, dass dies in Polen und in anderen neuen Mitgliedstaaten beträchtliche Kosten hervorrufen und vor allem zu einem gewaltigen Anstieg der Energiepreise führen würde. Der Kampf gegen den Klimawandel ist ein legitimes Ziel, aber dadurch darf nicht gleich eine neue Krise ausgelöst werden, wo wir doch noch nicht einmal die derzeitige hinter uns gelassen haben.

**Carmen Fraga Estévez (PPE-DE).** – (ES) Frau Präsidentin! In Bezug auf die Pläne für die Fischereipolitik haben sich einige der von uns erwarteten Vorschläge so lange hingezogen, dass wir jetzt ein korrigiertes Arbeitsprogramm brauchen, dem wir mit größerer Gewissheit die Themen entnehmen können, um die wir uns in dieser Wahlperiode kümmern müssen.

Trotz unserer diesbezüglichen Anfragen und abgesehen von der Reform der Überwachungs politik, die gerade vorgelegt wurde, waren wir bisher nicht in der Lage, uns eine bessere Vorstellung davon zu machen, was auf uns zukommt.

Aus dem Kommissionsdokument geht hervor, dass eine der Prioritäten die Vorstellung des Grünbuchs über die Reform der gemeinsamen Fischereipolitik sein wird. In Wirklichkeit stellt dies aber einfach den Beginn einer Aussprache dar, die bis 2012 dauern wird.

Auch die versprochene Reform der gemeinsamen Marktorganisation wird in der Mitteilung erwähnt, aber auch hier wissen wir nicht, ob sie in der ersten Hälfte des Jahres 2009 auf dem Programm stehen wird.

Ich möchte darauf hinweisen, dass eine ganze Reihe von Themen im Legislativprogramm enthalten sein sollte, und zwar entweder aufgrund von internationalen Verpflichtungen wie Fischereiabkommen oder aufgrund von multilateralen Verpflichtungen wie der Notwendigkeit, die Empfehlungen der regionalen Fischereiorganisationen in Gemeinschaftsrecht umzusetzen.

Es gibt aber auch andere Themen – z. B. die Zukunft der europäischen Aquakultur oder der Vorschlag zu den Rückwürfen, der immer wieder durch das Arbeitsprogramm der Kommission geistert –, die unserer Meinung nach aufgrund der Bedeutung, die man ihnen sowohl in diesem Sektor als auch im Parlament zumisst, vorrangig behandelt werden sollten.

Frau Präsidentin! Aus diesem Grund hoffen wir, dass so bald wie möglich ein überarbeitetes Arbeitsprogramm für 2009 vorgelegt wird, bei dem diese immer wieder vom Europäischen Parlament vorgebrachten Forderungen berücksichtigt werden.

**Harald Ettl (PSE).** – (DE) Frau Präsidentin! Die wirtschaftlich Schwächsten sind bei Finanzkrisen immer die Hauptleidtragenden. Undurchschaubare Finanzdienstleistungsprodukte, deren Qualität von „rating agencies“ nicht mehr bewertet wurde, mangelnde Transparenz und der Irrglaube, dass sich der Markt selbst regelt, waren der Casino-Mentalität nur förderlich. Leider war es auch die Kommission, die sich mit aller Vehemenz geweigert hatte, legislative Regulierungsmaßnahmen für den Finanzmarkt in Betracht zu ziehen, und sie hat sich gegenüber dem EU-Parlament absolut beratungsresistent gezeigt.

Aber nun geht es darum, dies heute zu überwinden und die politischen Lehren daraus zu ziehen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die heute ihren Job verlieren und durch die Risikoinvestments der Pensionsfonds hohe Verluste bei ihren Renten hinnehmen müssen, sind die mehrfach Zahlenden. Vorrangig sind jetzt nach und mit der Analyse der Situation die Einleitung eines Notfallplans, bessere Kontrollmechanismen und die Schadensminimierung, aber auch die Sicherung des Zugangs zu Krediten für Schwellen- und Entwicklungsländer, um wieder nachhaltiges Wachstum aufbauen zu können. Nicht zuletzt müssen die großen Skeptiker bezüglich der Notwendigkeit eines höheren EU-Budgets begriffen haben, dass wir vorsorglich ein stärkeres Instrument aufbauen müssen, um Krisen besser ausgleichen zu können.

**Philip Bushill-Matthews (PPE-DE).** - Frau Präsidentin! Ich möchte nur kurz oder vielleicht auch etwas länger über mein Lieblingsthema sprechen, die KMU. Ich war begeistert, dass Kommissionspräsident Barroso in seinen einleitenden Kommentaren häufig auf die KMU einging. Allerdings bin ich etwas besorgt: Er hat Worte gesprochen – das ist ja immer so, wenn jemand spricht –, aber wir konnten noch nicht genügend Taten sehen. Malcolm Harbour hat darauf heute bereits hingewiesen.

Mir ist aufgefallen, dass in Teil 3 Ihres Legislativ- und Arbeitsprogramms für 2009 ein äußerst wichtiger Abschnitt den Titel „Bessere Rechtsetzung – Erfüllung von Zusagen und Wandel der Regelungskultur“ trägt. Es gibt da auch folgende Bemerkung: „Die Förderung einfacherer und besserer rechtlicher Rahmenbedingungen wird unter Vermeidung unnötiger Verwaltungslasten daher auch ein Kernelement der Legislativarbeit der Kommission sein.“

Bei allem Respekt, verehrte Kommissare – und in dieser Hinsicht spreche ich als großer Anhänger und Unterstützer der Kommission –, ich habe noch keine Beweise dafür gesehen, dass der Kommentar in diesem Legislativprogramm widerspiegelt wird. Es wird immer wieder gesagt: Ja, das werden wir tun, wir werden eine Senkung um 25 % vornehmen – aber wo bleibt sie denn? Wo ist die Senkung? Wir haben davon noch nichts bemerkt.

Wenn wir uns daher noch einmal den Titel ansehen, „Bessere Rechtsetzung – Erfüllung von Zusagen“, dann, verehrte Kommissare, sollten wir uns zumindest an ein Wort erinnern, wenn es um dieses Legislativprogramm geht, nämlich das Wort „Erfüllung“.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich mir bewusst bin, dass es eine Zeit lang dauert, bis sich eine Kultur ändern lässt, und auch, und hier spreche ich als Koordinator der PPE-DE-Fraktion für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, dass der Ausschuss, dem ich die Ehre habe, anzugehören, im Hinblick auf eine bessere und einfachere Rechtssetzung nicht immer der beste Verbündete ist. Aber ich muss in diesem Ausschuss leiden, und ich möchte Sie auffordern, gemeinsam mit mir dort zu leiden – wenn auch nur kurzzeitig –, weil wir ein Teil dieses Problems sein könnten. Wenn wir es jedoch irgendwie schaffen sollten, einen neuen Präzedenzfall herbeizuführen, bei dem sich im Idealfall der Kommissionspräsident an unseren Ausschuss richtet, wäre unser Ausschuss vielleicht in der Lage, Ihre Arbeit zu unterstützen und daher zu einem Teil der Lösung zu werden.

**Erika Mann (PSE).** – (DE) Frau Präsidentin! Ich würde gerne einen Punkt ansprechen, der bislang nicht so oft angesprochen wurde, nämlich die Rolle des Staates. Wir sehen, dass die Integration in die Weltwirtschaft auch bedeutet, dass wir zunehmend lernen müssen, dass der Staat sich international und global integrieren muss, damit er überhaupt in der Lage ist, einzugreifen und die notwendige Kontrolle auszuüben.

Ich denke, die Europäische Union hat eine exzellente Chance, diese Funktion wahrzunehmen. Wir sehen, dass ihr zunehmend mehr Vertrauen entgegengebracht wird. Wir sollten alles tun, um zu zeigen, dass dieses Vertrauen auch gerechtfertigt ist. Dazu gehört, dass die Europäische Union ihre Gesetzgebung noch einmal überprüft. Ich sehe Herrn Kommissar McCreevy da sitzen. Ich würde ihm dringend raten, im Fall des



VW-Gesetzes anders zu verfahren als er das plant. Das würde ein großes Zeichen dafür sein, dass er die Symbole der Zeit verstanden hat.

Ich unterstütze aber auch ausdrücklich die Kollegin Gräßle. Sie hat absolut Recht, dass wir hier bei den Kontrollmaßnahmen viel härter vorgehen müssen, und ich wünsche mir, dass es die Europäische Union auch versteht, sich auf internationaler Ebene zu organisieren. Warum nicht bei der Weltbank, beim IMF mit einer Stimme? Wir praktizieren das phantastisch bei der WTO, aber lernen das nicht in einem anderen Rahmen. Außerdem hoffe ich, dass Sie alle unterstützen, dass die G20 zu einer langfristigen Einrichtung wird.

**Piia-Noora Kauppi (PPE-DE).** - Frau Präsidentin! Ich denke, dass bereits viel über die Finanzkrise gesprochen wurde. Ein Standpunkt muss jedoch hervorgehoben werden. Wir sind zurzeit zu selbstkritisch in diesem Parlament und zu selbstkritisch auch gegenüber den EU-Institutionen.

Lassen Sie uns nicht vergessen, dass wir im Laufe der letzten acht Jahre die für Finanzdienstleistungen geltenden Rechtsvorschriften radikal überarbeitet haben. Wir verfügen über gute Gesetze. Wir haben gute Verordnungen, und auch am Aufsichtssystem wurden Verbesserungen vorgenommen. Natürlich konnten wir diese Krise nicht verhindern, aber ihr Ursprung lag nicht bei uns, sondern in Amerika. Sie wurde deshalb in den Vereinigten Staaten ausgelöst, weil dort keine entsprechenden Verordnungen vorhanden waren, die Überwachung unzureichend war und die Umsetzung nicht ordnungsgemäß erfolgte.

Wir sollten hier in Europa nicht überreagieren. Dies ist nicht der richtige Zeitpunkt, um nachzugeben, da wir ja eine gute Folgenabschätzung durchführen und über eine bessere Regulierungsagenda verfügen, wie es Philip Bushill-Matthews gerade gesagt hat. Dies ist der perfekte Zeitpunkt, um ganz gezielt verfasste und gut ausgearbeitete Vorschläge zu unterbreiten und diese dann umzusetzen. Wenn wir falsch reagieren, kann dies ernste Folgen haben. Dies könnte uns sogar in eine noch schlimmere Krise bringen. Wenn wir beispielsweise Rechtsvorschriften annehmen, durch die sich die Finanzmärkte schwerer erholen können, dann ist dies nicht zum Vorteil der europäischen Bürger.

Wir sollten jetzt einen kühlen Kopf bewahren und versuchen, unangemessene und schlecht vorbereitete Rechtsvorschriften, bei denen die falschen Ziele verfolgt werden, zu vermeiden und nicht zu selbstkritisch zu sein. Der Kommission sollte man dafür danken, dass sie diese äußerst wichtige Änderung der europäischen Rechtsvorschriften und des Aufsichtssystems bewirkt hat.

**Gunnar Hökmark (PPE-DE).** - Frau Präsidentin! Wir befinden uns inmitten einer tiefen Finanzkrise, die aus unterschiedlicher Sicht einzigartig ist. Sie ist einzigartig, weil es sich bei ihr um die erste globale Finanzkrise handelt, die wir erlebt haben, und darüber hinaus befindet sich die Weltwirtschaft in einer Phase der Rezession.

Es wäre aber vielleicht auch gut, wenn wir einen Blick auf die Ereignisse und Entwicklungen werfen würden, die sich gerade zutragen, weil wir weltweit auch 25 Jahre beispiellosen und einzigartigen Wirtschaftswachstums erlebt haben, durch das mehr als zwei Milliarden Menschen der Armut entronnen sind.

Ich muss sagen, dass ich diesbezüglich heute Abend aus diesem Teil des Plenarsaals, in dem behauptet wurde, dass die offene Wirtschaft ein Misserfolg gewesen sei, sehr wenig gehört habe. Ist es denn ein Misserfolg, wenn zwei Milliarden Menschen der Armut entronnen sind? Natürlich nicht. Die Weltwirtschaft besitzt jedoch heute eine neue Struktur, und die Tatsache, dass es sich bei dem Treffen in Washington um die G-20 und nicht um die G-7 handelte, ist ein Ausdruck der neuen Realität, in der wir leben. Ich denke, dass das gut ist, weil die Dominanz der transatlantischen Wirtschaft der Vergangenheit angehört. Dies ist im Allgemeinen zu befürworten, weil es bedeutet, dass andere Teile der Welt Wohlstand erlangen konnten.

Dies hat während dieser Periode jedoch zu Ungleichgewichten geführt: riesige Überschüsse in Ländern wie China und riesige Defizite in Ländern wie den USA, kombiniert mit einem einzigartig niedrigen und zudem künstlich niedrig gehaltenen Zinssatz in der US-Wirtschaft, wodurch das Kreditvolumen in noch nie da gewesenem Maß angestiegen ist.

Ein interessanter Aspekt ist, dass wir die gleiche Diskussion im Plenarsaal mit Kollegen dieser Seite geführt haben, die forderten, dass die Zinsen noch weiter gesenkt werden sollten. Hätten wir dies getan, wären die Probleme in Europa jetzt sogar noch größer.

Jetzt müssen wir uns darum kümmern, die Weltwirtschaft umzustrukturieren und dafür zu sorgen, dass sie sich erholen kann. Die Europäische Union spielt dabei meiner Ansicht nach eine entscheidende Rolle. Wir müssen gewährleisten, dass das getan wird, was auf der Tagung in Washington vereinbart wurde: Freihandel

und offene Märkte sowie die Ablehnung von Protektionismus, da die Erholung dadurch stärker als durch andere Aspekte behindert würde. Wir müssen sicherstellen, dass der Rechtsrahmen der weltweiten Finanzmärkte an die Umstände angepasst wird, die heute in der Weltwirtschaft herrschen. Dies ist unsere Aufgabe, und wir müssen dabei eine Führungsrolle übernehmen sowie den Wohlstand noch weiter ausbauen.

**John Purvis (PPE-DE).** - Frau Präsidentin! Es besteht eine große Gefahr, dass man schnell zu viel unangebrachte Regulierung einführt und sich dadurch unbeabsichtigte Folgen ergeben. Ein Beispiel hierfür ist die neue Eigenkapitalrichtlinie, die den Vorschlag enthält, 5 % der Erlöse aus der Verbriefung einzubehalten. Dadurch wird lediglich die Kreditschöpfung behindert. Der Mangel an Verbriefungsmöglichkeiten ist die Hauptursache dafür, dass keine Kredite mehr zur Verfügung stehen. Die Banken müssen Geld verleihen, aber dieses unangebrachte Prinzip, dem keine Folgenabschätzung zugrunde liegt, wird dazu führen, dass es nicht zu einem Neustart in Sachen Verbriefung und Krediten kommt, auf die die Unternehmenswelt und Industrie so sehr angewiesen sind. Fragen Sie die Automobilindustrie, wie sie wachsen will, wenn der Verbriefung die Luft abgeschnitten wird.

Und dies ist nur ein Beispiel. Wenn wir das wahrheitsgetreue und ordnungsgemäße Rechnungswesen außer Kraft setzen und keine Mühen scheuen, um Hedge-Fonds, Private Equity und Anreize für Innovatoren, Risikoträger und sogar Banker zu unterbinden, wie es von Martin Schulz und den Sozialisten gefordert wird, werden wir eine Erholung lediglich verzögern oder gar unmöglich machen.

**Proinsias De Rossa (PSE).** - Frau Präsidentin! Einige Redner, zu denen auch mein Kollege Brian Crowley aus Irland zählt, haben den Bankern vorgeworfen, wie Banker gehandelt zu haben, indem sie kurzfristige Gewinne unter Nutzung des gesamten Rechtsrahmens maximiert haben. Diese Krise konnte sich entwickeln, weil Regierungen überall nicht mehr ihre Verantwortung wahrgenommen haben, die Wirtschaft und somit auch die Banken hinreichend zu regulieren. Die meisten derjenigen, die an der Macht waren, haben die Geschichte ignoriert und das ideologische Kauderwelsch akzeptiert, das wir gerade von den letzten drei Rednern zu hören bekamen, nämlich, dass der Markt ein sich selbst ausgleichendes Naturphänomen sei und Regierungen sich nicht einmischen sollten.

Tatsache ist, dass die unsichtbare Hand von Adam Smith die Hand eines Taschendiebs ist. Die Taschen, in die gegriffen wird, sind die Taschen von arbeitenden Menschen, die ihre Arbeitsplätze verlieren, von Familien, die ihr Zuhause verlieren, sowie die Taschen der Armen, die ihre Ersparnisse und Renten verlieren. Banker und Politiker aus dem rechten Lager verlieren nichts. Dies wird erneut geschehen, wenn wir nicht einen neuen Wirtschaftsrahmen festlegen, durch den sich gewährleisten lässt, dass Banken und die Industrie der Gesellschaft dienen und Regierungen im Interesse der Öffentlichkeit handeln.

**Olle Schmidt (ALDE).** - Frau Präsidentin! Ich denke, dass Adam Smith sehr erfolgreich war, vor allem in Irland. Wir sind uns wohl alle bewusst, welche Folgen seine Lehren in diesem Land hatten.

(SV) Frau Präsident, Frau Kommissarin! Meiner Ansicht nach ist es wichtig, dass die EU und der Rest der Welt im Rahmen des G-20-Gipfels gemeinsam Maßnahmen ergriffen und ausgesagt haben, dass sie auch in Zukunft gemeinsam handeln wollen. In der Welt der Politik ist dies ein Novum. Ein europäisches und globales Aufsichtssystem stellt weitere wichtige Schritte dar. Wir sollten dann dafür sorgen, dass wir flexible Regeln für die Zukunft schaffen, und nicht, um die Probleme von gestern zu lösen.

Ich möchte in aller Bescheidenheit drei Warnungen aussprechen: eine Warnung vor Überregulierung, durch die die Weltwirtschaft noch mehr verlangsamt würde, eine Warnung vor einem zu großzügigen staatlichen Hilfspaket, mit dem Branchen gerettet werden sollen, die sich in einer Krise befinden – wie die Kommissarin nur zu gut weiß, haben wir hierfür in Schweden einige Beispiele –, und eine Warnung vor Protektionismus und geschlossenen Grenzen. Wir dürfen nicht in die gleiche Krise wie in den 1930er Jahren geraten.

**Marie Anne Isler Béguin (Verts/ALE).** – (FR) Frau Präsidentin! Ich wende mich an die Kommission, weil der Vertreter des Rates nicht mehr zugegen ist. Ich bin wirklich der Meinung, dass sich die derzeitige Krise durch die von José Manuel Barroso unterbreiteten Vorschläge nicht beheben lässt, weil er einen Aspekt außer Acht gelassen hat, nämlich die Ursachen dieser Krise: unser produktionsgesteuertes System und unser Entwicklungskonzept, durch die der Planet und seine Bewohner ausgebeutet und zerstört werden.

Die Krise ist noch nicht überstanden, und dessen müssen wir uns bewusst sein. Ich denke sogar, dass sie gerade erst beginnt. Unsere Gesellschaft wurde aus der Bahn geworfen, und uns steht noch einiges bevor. Ich sehe die Situation so: Während die führenden Politiker dieser Welt mit ihrer globalisierten Wirtschaft nicht erkennen, dass ein Richtungswechsel erforderlich ist, verstehen unsere Bürger nicht, wie Milliarden

von Euro lockergemacht werden können, um heute die Banken und morgen die Automobilindustrie zu retten – in einer Zeit, in der die Kaufkraft unserer Hausfrauen immer mehr nachlässt.

Sie schlagen Maßnahmen zum Konjunkturaufschwung vor, aber wenn es sich dabei um die gleichen Maßnahmen handelt, mit denen man es bereits in den vergangenen Jahr versucht hat und die zu Chaos geführt haben, dann befinden Sie sich auf dem falschen Pfad. Ich bin davon überzeugt, dass wir unseren ökologischen Fußabdruck verkleinern müssen. Dies ist das Problem. Und wie beabsichtigen Sie, es zu lösen?

*(Die Präsidentin entzieht der Rednerin das Wort.)*

**Mairead McGuinness (PPE-DE).** – Frau Präsidentin! Wir sprechen manchmal von großartigen Konzepten, hervorragenden Plänen und hohen Erwartungen. Die Worte des kanadischen Finanzministers haben mich kürzlich berührt, denn er sprach davon, langweilig, wenig aufregend und vernünftig zu sein. Ich schlage vor, dass wir uns vielleicht im Detail anhören sollten, was er zu sagen hatte, denn er meinte, dass gute Regulierung zu Hause beginnt und wir erst die Situation im eigenen Land analysieren sollten, bevor wir auf den Rest der Welt blicken – obwohl ich an sich mehr die Ansicht vertrete, dass übermäßige Regulierung genauso schlecht ist wie gar keine Regulierung. Wir müssen bei diesem Aspekt daher ein gesundes Mittelmaß finden.

Aber unabhängig davon, was wir tun, gibt es Unternehmer, Landwirte und Privatpersonen, denen man nicht einmal mehr geringe Kredite gewährt, damit sie sich über Wasser halten können. Kürzlich war ich auf einer Farm in Irland, und dort erzählten sie mir, dass sie ihren Kontokorrentkredit in Höhe von 25 000 Euro nicht verlängern konnten. Dies ist ein wirklich ernstzunehmendes Problem, dessen wir uns annehmen müssen.

In Bezug auf das Arbeitsprogramm stehen uns die Haushaltsüberprüfung, die Umsetzung des Gesundheitschecks und die Besprechung des Fischereisektors bevor. Es wird ein arbeitsreiches Jahr werden, und ich wünsche Ihnen viel Glück.

**Margot Wallström, Vizepräsidentin der Kommission.** – Frau Präsidentin! Vielen Dank für all diese interessanten Beiträge. Es ist vielleicht eine weitere unmögliche Mission, wenn man versuchen möchte, die unterschiedlichen Ansichten der Abgeordneten über das Legislativ- und Arbeitsprogramm auf zufriedenstellende Weise zusammenzufassen und auf sie einzugehen. Sie reichen von GVO, wie wir gehört haben, über Fisch und die WTO bis hin zu sämtlichen Aspekten der Finanzkrise. Ich habe vielleicht nicht die Zeit oder die Möglichkeit, zufriedenstellend auf all Ihre detaillierten Fragen einzugehen.

Zuerst möchte ich sagen, dass man seit Beginn dieser Krise keinesfalls von „Business as usual“ sprechen kann. Neben mir sitzt mein Kollege, der ebenfalls für einen großen Teil der Antworten verantwortlich ist, und Charlie McCreevy sitzt hinter uns. Diese beiden wissen am besten, dass wir uns von Anfang an in dieser Angelegenheit bemühen mussten. Ich würde auch sagen, dass die Kommission außergewöhnlich schnell auf die Finanzkrise reagiert hat. Ich erinnere mich gut daran, dass wir uns in der Vergangenheit selbst auf die Schulter klopfen, weil wir innerhalb von drei Monaten auf eine der Ölkatastrophen reagiert hatten, und wir dachten, dass dies eine Art Rekord sei. In diesem Fall haben wir es aber geschafft, innerhalb von 24 Stunden Vorschläge auf den Tisch zu bringen und wichtige Entscheidungen zu treffen. Von „Business as usual“ kann man daher meiner Ansicht nach keinesfalls sprechen, und das wird auch in Zukunft nicht der Fall sein. Wir müssen auf eine Rezession reagieren, deren Anfänge wir bereits sehen konnten. Das ist völlig klar.

Ich denke auch, Ihre Beiträge haben gezeigt, dass wir ein Gleichgewicht finden müssen. Dies gilt sowohl im Hinblick auf ökologische Bedenken als auch für soziale Themen, denn all diese Bereiche müssen berücksichtigt werden. Aber weshalb denken Sie, dass bei den strategischen Initiativen wie dem Bericht über die Strategie von Lissabon für Wachstum und Beschäftigung, den Vorschlägen für die Zeit nach 2010, einem europäischen Konjunkturrahmenprogramm oder dem Paket für die künftige Überwachung der Finanzmärkte soziale Themen und die Nachhaltigkeitskriterien unberücksichtigt bleiben? Natürlich muss dieses Gleichgewicht deutlich werden, und dafür werden wir uns unter anderem einsetzen, wenn wir die sehr detaillierten Vorschläge einarbeiten, die künftig vorgelegt werden. Dieses Gleichgewicht und auch das Gleichgewicht zwischen Regulierung und dem uneingeschränkten Marktgeschehen sind für uns von entscheidender Bedeutung, und dessen sind wir uns voll bewusst.

Ich denke, dass sich dies auch auf unsere Glaubwürdigkeit auswirken wird, denn nur, wenn wir diese strategischen Initiativen, die Dinge, die wir als strategische und vorrangige Initiativen aufgeführt haben, mit ganz konkreten Nachfolge- und Umsetzungsmaßnahmen füllen, werden wir glaubwürdig und können auch weiterhin im Rahmen der G-20 oder des IWF eine führende Rolle spielen oder den Rest der Welt beeinflussen, wenn es um Energie- und Klimafragen geht. Diese Glaubwürdigkeit werden wir nur erhalten, wenn wir die Versprechen einhalten, die wir im Rahmen dieses Arbeitsprogramms gegeben haben.

Wir schätzen den Dialog, den wir bereits seit langem mit den unterschiedlichen parlamentarischen Ausschüssen führen, und die allgemeine politische Diskussion, die wir hier führen, sehr und möchten Ihnen dafür herzlich danken. Ich denke, dass uns dies hilft, unsere Versprechen einzuhalten. Außerdem sind wir dadurch eher in der Lage, die richtigen Aspekte in die Liste an Vorschlägen aufzunehmen.

Wie Sie jedoch wissen, und dies geht auch aus unserem Arbeitsprogramm hervor, ist dies ein ganz besonderer Zeitpunkt. Wir befinden uns in einer Art Übergangsphase, da ein neues Parlament und eine neue Kommission ihre Arbeit aufnehmen werden. Aufgrund der Parlamentswahlen im nächsten Frühjahr haben Sie uns außerdem gebeten, nichts mehr zu unternehmen, was Sie nicht mehr entgegennehmen und in sinnvolle Maßnahmen umsetzen können.

Jetzt muss ich noch einen Punkt ansprechen, und zwar die kleinen und mittleren Unternehmen, weil einige von Ihnen darauf bereits eingegangen sind. Selbstverständlich werden sie eine absolute Schlüsselrolle spielen, was die erfolgreiche Bekämpfung der Finanzkrise angeht. Wir werden Ergebnisse anstreben und haben bereits einen Small Business Act für KMU beschlossen, für den natürlich entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden müssen und der auch umgesetzt werden muss.

Dies gilt darüber hinaus für das von uns vorgelegte Sozialpaket. Jetzt geht es um die Umsetzungsmaßnahmen. Wenn Sie also in diesem bestimmten Vorschlag nicht in allen Bereichen sämtliche Ideen finden, dann bedeutet dies nicht, dass wir daran nicht mehr arbeiten oder dass wir nicht später detaillierte Vorschläge unterbreiten werden, aber das Gleichgewicht ist hier von entscheidender Bedeutung.

Und wenn wir mit einer Stimme sprechen, dann wäre es auch besser, stets eine Botschaft bzw. eine koordinierte Botschaft zu übermitteln, und ich denke, dass dieser Punkt auch in Zukunft für uns alle von entscheidender Bedeutung sein wird.

Lassen Sie mich abschließend noch sagen, dass wir in diesem Legislativ- und Arbeitsprogramm erstmals gemeinsame Kommunikationsprioritäten herausgestrichen haben, und da dies mein Portfolio ist, möchte ich dies besonders betonen und Sie daran erinnern, dass wir für nächstes Jahr vier Themen als gemeinsame Kommunikationsprioritäten vorgeschlagen haben: natürlich die Wahlen für das Europäische Parlament, Energie und Klimawandel, der 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer sowie Wachstum, Beschäftigung und Solidarität. Die Finanzkrise wird von diesem Paket daher auch abgedeckt.

Wir arbeiten bereits gemeinsam an der Vorbereitung der Tätigkeiten für diese prioritären Bereiche, und ich kann Ihnen versichern, dass wir auch im Hinblick auf die Wahlvorbereitung das Parlament in seiner Arbeit unterstützen werden. Morgen werde ich mit der Arbeitsgruppe Ihres Präsidiums sprechen, die für Kommunikation zuständig ist, um herauszufinden, wie wir helfen und das Parlament bei seinen Arbeitsplänen zum Kommunizieren der Wahlen zum Europäischen Parlament unterstützen können.

Diese Arbeit wird für uns sehr wichtig sein. Wenn wir unsere Glaubwürdigkeit und Legitimität aufrechterhalten wollen, dann müssen wir die Wähler mobilisieren, damit sie nächstes Jahr im Juni ihre Stimme abgeben. Durch eine Kombination aus guter Politik und guter Kommunikation denke ich, dass wir für das schwierige Jahr, das vor uns liegt, gewappnet sind und ihm zumindest mit etwas Zuversicht entgegenblicken können, und wenn wir zusammenarbeiten, dann können wir sogar noch zuversichtlicher sein.

**Die Präsidentin.** – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über Entschließungsanträge zum Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2009 findet während der Dezember-Tagung in Straßburg statt.

### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)**

**Adam Bielan (UEN), schriftlich.** – (PL) Der jüngste Gipfel in Washington war praktisch der Beginn eines Prozesses, für den sich die führenden Politiker der einzelnen Länder engagieren müssen, wenn die Folgen der globalen Finanzkrise minimiert werden sollen.

In Zeiten der Globalisierung, in denen die Volkswirtschaften der einzelnen Länder eng miteinander verknüpft sind, ist eine internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel, der Krise Einhalt zu gebieten, vorrangig. Dabei denke ich nicht nur an eine gemeinsame EU-Position für viele Themen, sondern auch an spezifische Maßnahmen, die gemeinschaftlich ergriffen werden sollten, und an eine praktische Intervention, die darauf abzielt, die Auswirkungen der Finanzkrise abzumildern.

Experten vertreten die Meinung, dass Polen eines der wenigen Länder sein wird, die einer möglichen wirtschaftlichen Depression trotzen können, obwohl niemand vorhersagen kann, wie intensiv die Krise letztendlich weltweit sein wird.

Selbst jetzt müssen wir noch darauf vorbereitet sein, angemessene Maßnahmen zur Vermeidung einer Krise zu ergreifen, und die Regierungen der einzelnen Länder spielen dabei eine wichtige Rolle. Gegebenenfalls erwartet man von ihnen, dass sie Finanzinstitutionen, denen der Bankrott droht, finanziell unterstützen.

Ich möchte noch einmal betonen, welche wichtige Rolle der Staat bei der Vermeidung einer weltweiten Krise spielen muss, und zwar durch den Eingriff in die lokalen Finanzmärkte.

**Daniel Dăianu (ALDE), schriftlich.** – Auf gewisse Weise ist dies für die Problemlösung wichtig, denn wenn wir in der EU keine gemeinsame Haltung einnehmen können, wird das Aufstellen wirksamer globaler Regeln für die Finanzmärkte ein Wunschtraum bleiben. Vernünftige Menschen würden sagen, dass ein gewaltiges Versagen von Regulierung und Aufsicht sowie die Mängel, die in einer äußerst vereinfacht dargestellten Wirtschaftsphilosophie zum Vorschein kamen, eine klare Antwort auf die Frage geben, was zu tun ist.

Einige argumentieren jedoch auch jetzt noch, dass sanfte Vorschriften der Dreh- und Angelpunkt des neuen Systems sein sollten. Meiner Ansicht nach liegen sie falsch, und entweder ist dies wirklich ihre Meinung oder sie sind von engstirnigen Interessen getrieben. Die Welt hat sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch verändert. Wenn wir ein neues internationales Finanzsystem schmieden wollen, muss das irreführende Paradigma (bei dem freie Märkte mit fehlenden Verordnungen gleichgesetzt werden) ein Ende finden, und wir benötigen zunehmend eine multipolare Wirtschaftswelt.

Das Schicksal eines offenen Weltwirtschaftssystems hängt wohl vom letzten Punkt ab. Ich hoffe, dass die neue amerikanische Regierung in dieser Hinsicht Schritte ergreifen wird, aber wir hier in Europa müssen angesichts der Bedeutsamkeit dieser Zeit ebenfalls entsprechend handeln. Unser eigenes Gezänk und unsere Unfähigkeit, Kompromisse einzugehen, ist hier nicht gerade ein gutes Omen.

**Gábor Harangozó (PSE), schriftlich.** – (HU) Unsere erste Aufgabe besteht darin, das Vertrauen auf den Finanzmärkten wiederherzustellen, damit sich die Krise nicht noch verschlimmert. Aus dieser Sicht trägt die Politik enorme Verantwortung.

Wir brauchen nicht nur schnelle und vertrauensbildende makroökonomische Lösungen, sondern müssen auch dafür sorgen, dass sich eine Finanzkrise in dieser Form nicht wiederholt.

All dies ist nicht einfach eine niedrige Hürde für blinden Kapitalismus – wie wir in letzter Zeit zu hören bekamen –, sondern eher eine hervorragende Chance, ein wesentlich effektiveres und legitimes Regulierungssystem für Finanzangelegenheit und Aufsicht einzuführen.

Endlich können wir den Kapitalismus humaner gestalten!

Auch müssen wir daran denken, dass nicht nur Banken und Großunternehmen von der Krise in Mitleidenschaft gezogen werden, sondern auch die Bürger, und dies bekommen sie tagtäglich zu spüren.

Wir brauchen für diese Krise eine nachhaltige Lösung, und wenn das bedeutet, dass wir die Welt umgestalten müssen, dann müssen wir sie wesentlich gerechter, humaner und rationaler machen.

In Europa gibt es Gegenden, in denen das Leben bereits zuvor hoffnungslos erschien. Abgesehen davon, dass wir die Wirtschaft wieder in Ordnung bringen müssen, brauchen wir auch konkrete Lösungen für die am stärksten Benachteiligten, also für diejenigen, die unter den Folgen der Krise aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht am stärksten leiden und weiterhin leiden werden.

Schaffen wir dies nicht, wird die Durchschnittsperson die Krise überleben und sich danach wieder erholen, aber wir würden uns für geraume Zeit hinter der Armut verschanzen.

**Mieczysław Edmund Janowski (UEN), schriftlich.** – (PL) Die Finanzkrise hat sich auf die ganze Welt ausgebreitet. Meiner Ansicht nach handelt es sich um eine Wirtschaftskrise, bei der die Finanzen, durch die normalerweise die Räder der Wirtschaft geölt werden, vom Taifun wirklich voll erwischt wurden. Die Katastrophentheorie von René Thom scheint hier Bestätigung zu finden. Gleichzeitig – und darauf haben bereits viele Wirtschaftswissenschaftler hingewiesen – sind auch ihre moralischen Aspekte hervorzuheben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle Ettore Gotti Tedeschi zitieren: „Ist es logisch und moralisch, eine Entwicklungssillusion zu schaffen, die lediglich auf der Zunahme des privaten Konsums basiert, ist es logisch

und moralisch, dass diese Zunahme des Konsums die höheren sozialen Kosten (Renten und Gesundheitsversorgung) ganz für sich in Anspruch nimmt und so zu Steuererhöhungen führt, ist es logisch und moralisch, aus einem Volk der Sparer ein Volk der verschuldeten Konsumenten zu machen, und ist es logisch und moralisch, den globalisierten Menschen zu zwingen, weit von seiner Heimat entfernt nach Arbeit zu suchen?“

Dieser Mangel an einer moralischen Dimension birgt hohe Kosten, weil wir für die Profitgier und Risiken bezahlen, die von verantwortungslosen Menschen, welche sich selbst Steuerparadiese geschaffen haben, mit dem Geld anderer Menschen eingegangen wurden. Es sind die Steuerzahler – sowohl in Europa als auch in Amerika –, die für diese Habgier und Unehrllichkeit aufkommen müssen. Wir werden ärmer. Die Banken verlieren an Bedeutung in der Wirtschaft, in der weniger produziert wird und somit auch weniger Arbeitskräfte benötigt werden, und dies verursacht einen Dominoeffekt.

Für die Märkte ist es gegenwärtig wichtig, dass Gewissheit herrscht und Regeln eingehalten werden. Wir benötigen Maßnahmen, durch die die Ärmsten geschützt werden und gleichzeitig verhindert wird, dass unsere Vermögensgegenstände für einen Apfel und ein Ei verkauft werden. Es wird mindestens einige Jahre dauern, bis diese Notmaßnahmen Früchte tragen.

**Richard Seeber (PPE-DE), schriftlich.** – (DE) Besonders begrüßenswert im Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission sind die geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise in Europa. Im nächsten Jahr muss es der europäischen Politik gelingen, langfristige Perspektiven für die EU aufzuzeigen und auch unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger die nachteiligen Effekte der Finanzmarktkrise auf die gesamte europäische Wirtschaftslage zu begrenzen.

Ein Überschwappen auf die Realwirtschaft vollzieht sich oft zeitverzögert. Neben den einzelstaatlichen Maßnahmen muss Europa Aktionen setzen, um die negativen Auswirkungen möglichst gering zu halten.

Das Jahr 2009 wird entscheidend für den Kampf gegen den Klimawandel.

Europa erhält im nächsten Jahr die Chance, sich als starker internationaler Partner in Sachen Klimaschutz zu positionieren. Die Festlegung der Verhandlungsposition der EU für die Weltklimakonferenz in Kopenhagen ist nicht nur im Umweltbereich ein prioritäres Thema, sondern weist auch Querverbindungen zu anderen Politikfeldern auf. Die Europäische Gemeinschaft kann sich hier als richtunggebend erweisen, nicht nur in Bezug auf den europäischen Kontinent, sondern auch im Klimaschutz weltweit.

Nichtsdestotrotz darf im nächsten Jahr ob der wichtigen anstehenden Initiativen nicht auf laufende Aufgaben vergessen werden.

Obwohl der Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik in diesem Jahr durchgeführt wird, müssen die Anliegen der Landwirtschaft weiterhin einen wichtigen Stellenwert in der europäischen Politik einnehmen.

**Georgios Toussas (GUE/NGL), schriftlich.** – (EL) Die Kreditklemme, diese tiefe Krise des kapitalistischen Systems, peinigt derzeit die Arbeitnehmer, indem sie die Probleme der Arbeitslosigkeit verschärft, die Sozialversicherung und Rentensysteme untergräbt sowie das Einkommen und den Lebensstandard der Familien aus der Arbeiterklasse weiter reduziert.

Durch das Kapital und seine politischen Vertreter wird die Last der Kreditklemme auf die Schultern der Arbeitnehmer verteilt, und man unternimmt den Versuch eines Sturmlaufs auf die Arbeitnehmerrechte, um so die Rentabilität für sich selbst zu sichern.

Der Rat und die Kommission nehmen in ihren Erklärungen die Positionen des Kapitals an, und auch beim Europäischen Parlament ist dies so. Man besteht darauf, mit der bisherigen katastrophalen Wirtschafts- und Währungspolitik fortzufahren, indem man schnellere kapitalistische Umstrukturierungen und Reformen fordert, die zu Lasten der Arbeitnehmer gehen. Sie unterstützen die Wirtschafts- und Währungsunion, den Maastricht-Vertrag und die vier Freiheiten, den Stabilitätspakt sowie die Reduzierung der Sozialausgaben im Rahmen der Finanzdisziplin. Sie fordern die strengere Überwachung der Mitgliedstaaten durch die EU und begrüßen ihre sozial unkontrollierte Rolle nicht nur, sondern stärken sie auch, damit das Kapital wirksamer gefördert werden kann. Sie fordern die schnellere und gewissenhaftere Anwendung des arbeitnehmerfeindlichen Lissabon-Vertrags und der allgemeinen Orientierung der Wirtschaftspolitik der EU.

Aufgrund der Erfahrung der Arbeitnehmer geht die Arbeiterklasse selbst voran, wenn es darum geht, die Politik der Barbarei zurückzuweisen und ihr entgegenzusteuern.

**VORSITZ: DIANA WALLIS***Vizepräsidentin***12. Fragestunde (Anfragen an den Rat)**

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt folgt die Fragestunde (B6-0484/2008).

Folgende Anfragen wurden an die Kommission gerichtet.

Anfrage Nr. 1 von **Bernd Posselt** (H-0794/08)

Betrifft: Christen in der Türkei - Kloster Mor Gabriel

Wie beurteilt der Rat die Lage der christlichen Minderheiten in der Türkei und insbesondere den aktuellen Stand der Auseinandersetzungen um die teilweise Enteignung des Klosters Mor Gabriel in der Osttürkei?

**Jean-Pierre Jouyet**, *amtierender Präsident des Rates*. – (FR) Frau Präsidentin! Ich möchte gern Marian Harkin antworten und ihr mitteilen, dass der Rat – wie er bereits in mehreren Fällen bewiesen hat – dem Thema der Religionsfreiheit in der Türkei große Bedeutung beimisst.

Der spezifische Fall, auf den Marian Harkin verweist, wird noch von den türkischen Gerichten untersucht, und ich kann zu diesem Zeitpunkt keine Kommentare hierzu abgeben, aber wir beobachten diesen Fall sehr aufmerksam.

Ihre Frage bezieht sich ganz allgemein auf die Religionsfreiheit in der Türkei. Dieses Thema ist äußerst wichtig, und die Türkei muss diesbezüglich dringend Fortschritte machen und konkrete Maßnahmen ergreifen, um einen angemessenen Rechtsrahmen aufzustellen. Diese Aspekte werden von der Europäischen Union im Rahmen ihres Dialogs mit der Türkei immer wieder zur Sprache gebracht, und auch beim letzten Treffen des Assoziationsrats EU–Türkei, das am 27. Mai 2008 stattfand, wurde speziell darauf verwiesen. Bei dieser Gelegenheit und in Anbetracht der Tatsache, dass sich die türkische Regierung dazu erneut bereit erklärt hat, mit der Reform fortzufahren und etwas gegen die bisherigen Mängel zu unternehmen, betonte die Europäische Union, dass es wichtig sei, dass diese Zusicherungen in wirksame konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.

Einige Fortschritte sind offensichtlich: Die Türkei hat Schritte eingeleitet, indem sie beispielsweise im Februar 2008 Änderungen des Gesetzes für Stiftungen angenommen hat. Dank dieser Änderungen wurde das Verbot für Ausländer aufgehoben, in der Türkei Stiftungen zu gründen. Es gilt jetzt der Grundsatz der Gegenseitigkeit.

Trotz dieser lobenswerten Merkmale des Gesetzes für Stiftungen müssen noch zahlreiche Schwierigkeiten überwunden werden, denen sich religiöse Gemeinschaften und Minderheiten auch jetzt noch ausgesetzt sehen. Dies gilt vor allem im Hinblick auf ihren Rechtsstatus und, was besonders zu betonen ist, ihre Eigentumsrechte.

Entsprechend wurde das Thema der Religionsfreiheit im Rahmen des politischen Dialogs beim Ministertreffen in Brüssel am 15. September erneut angesprochen, und der Rat kann Marian Harkin versichern, dass er das Thema Religionsfreiheit – einschließlich der Umsetzung des neuen Gesetzes für Stiftungen – auch in Zukunft aufmerksam beobachten und die Angelegenheit den türkischen Behörden gegenüber auf allen Ebenen zur Sprache bringen wird, wenn sich eine geeignete Gelegenheit ergibt.

Leider habe ich gerade erfahren, dass diese Frage von Bernd Posselt gestellt wurde. Dies stand so nicht auf meinem Blatt, und ich entschuldige mich, Frau Präsidentin.

**Bernd Posselt (PPE-DE)**. – (DE) Vielen Dank, Herr Ratspräsident! Das war meine Anfrage. Ich danke Ihnen für die sehr gute Antwort. Frankreich war ja auch traditionell immer mit den orientalischen Christen verbunden. Ich möchte eine Zusatzfrage stellen: Mor Gabriel ist ja über die religiöse Funktion hinaus das kulturelle und wirtschaftliche Zentrum für die Minderheit der assyrischen Christen in der Region. Was unternimmt der Rat speziell zum Schutz dieser Minderheit, die in ihrer Existenz bedroht ist? Wie steht der Rat zu der Frage des Baus von Kirchen, der ja nach wie vor in der Türkei sehr schwierig ist, was die anderen christlichen Gemeinschaften betrifft?

**Jean-Pierre Jouyet**. – (FR) Frau Präsidentin! Zuerst möchte ich mich aufrichtig bei Bernd Posselt für meinen unbeabsichtigten Fehler entschuldigen. Ich hoffe, dass er es nicht persönlich genommen hat. Als Antwort auf seine Frage möchte ich sagen, dass wir – wie ich bereits zu Beginn erwähnt habe – besonders wachsam

sind, was die Ausübung der Religionsfreiheit in der Türkei, wie auch in anderen Ländern, sowie die Garantien nationaler Behörden angeht, vor allem im Hinblick auf Minderheiten.

In der Türkei und in einigen anderen Ländern sind Christen in der Minderheit, und – wie Bernd Posselt schon gesagt hat – wir sind in diesen Fällen besonders achtsam. Der Fall des Klosters Mor Gabriel ist noch anhängig, und wir müssen das diesbezügliche Urteil abwarten.

Im Hinblick auf unseren Dialog mit den türkischen Behörden ist es ganz deutlich, dass im Rahmen der Verhandlungen über die sogenannte überarbeitete Beitrittspartnerschaft für die Türkei alles zur Sprache gebracht wurde, was in Bezug auf Grundfreiheiten, Religionsfreiheit und die Notwendigkeit steht, Maßnahmen zu ergreifen, durch die sich ein Klima der Toleranz entwickeln lässt, in dem die vollständige Einhaltung der Religionsfreiheit garantiert wird. Diese Themen stellen das Kernstück unseres Dialogs mit den türkischen Behörden dar. Dies möchte ich noch einmal bestätigen, Herr Posselt.

**Reinhard Rack (PPE-DE).** – (DE) Herr Ratspräsident! Probleme mit christlichen Kirchen gibt es nicht nur in der Türkei selbst, sondern auch im Nordosten der geteilten Insel Zypern.

Gibt es auf Ratsebene zu diesem Thema Diskussionen, und gibt es insbesondere Aktionen in Richtung Türkei, damit sie ihren zweifellos vorhandenen Einfluss in diesem Bereich in die richtige Richtung wahrnimmt?

**Jim Allister (NI).** – Ich möchte die Aufmerksamkeit des Ministers auf die anhaltende Kampagne gegen die äußerst kleine protestantische Gemeinschaft in der Türkei richten, von der uns zurzeit das absurde Gerichtsverfahren einen Eindruck vermittelt, das seit einigen Monaten gegen zwei junge Männer – Turan Topal und Hakan Taştan – wegen Beleidigung der türkischen Identität geführt wird. Ihr Verbrechen besteht offensichtlich darin, ihre Religion auszuüben. Ist es angesichts dieser Haltung zur Religionsfreiheit nicht eindeutig, dass es in der Türkei wirklich noch ein weiter Weg ist, bis die grundlegenden Normen der Menschenrechte und der Religionsfreiheit eingehalten werden?

**Jean-Pierre Jouyet.** – (FR) Frau Präsidentin! Als Antwort auf die Frage von Reinhard Rack möchte ich sagen, dass wir uns des starken türkischen Einflusses auf den nördlichen Teil Zyperns natürlich bewusst sind, und wir müssen diese Probleme zur Sprache bringen. Wie Sie wissen, wird am Donnerstag eine Delegation gewählter Vertreter aus Nordzypern dem Europäischen Parlament einen Besuch abstatten, und dies wird eine Gelegenheit sein, unsere starken Bedenken in dieser Hinsicht zum Ausdruck zu bringen.

Lassen Sie mich Jim Allister gegenüber versichern, dass wir natürlich das Schicksal aller Glaubensgemeinschaften im Auge behalten, und ich danke ihm dafür, dass er den Fall dieser beiden jungen Männer aus der protestantischen Gemeinschaft gemeldet hat, die tatsächlich aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen Drohungen oder Aggression ausgesetzt sind. Herr Allister, wir werden dieses Thema daher den türkischen Behörden gegenüber zur Sprache bringen.

**Die Präsidentin.** – Anfrage Nr. 2 von **Manuel Medina Ortega** (H-0796/08)

Betrifft: Neuer Einwanderungsdruck auf Europa

In den letzten Wochen ist eine Zunahme des Einwanderungsdrucks auf die Mittelmeerländer der Europäischen Union zu verzeichnen.

Zieht der Rat neue diplomatische oder andere Schritte in Betracht, um diesen Ländern zu helfen, die neue Welle illegaler Einwanderung, die zurzeit in diesem Gebiet stattfindet, einzudämmen?

**Jean-Pierre Jouyet, amtierender Präsident des Rates.** – (FR) Frau Präsidentin! Als Antwort auf die Frage von Manuel Medina Ortega, wenn ich mich nicht irre, aber Sie haben mir diesbezüglich bereits geholfen, möchte ich sagen, dass die Einwanderungspolitik, die die Europäische Union umsetzen möchte, auf einem Solidaritätsprinzip basiert, und zwar hinsichtlich der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, vor allem denjenigen, die einem starken Einwanderungsdruck ausgesetzt sind, und der Solidarität mit den Herkunftsländern, um so vor allem auf die zugrundeliegenden Ursachen der Armut einzugehen.

Der globale Ansatz zur Migrationsfrage, der im Dezember 2005 vom Europäischen Rat festgelegt wurde, basiert auf diesem Grundsatz. Durch diesen globalen Ansatz zur Migrationsfrage sollen der Dialog und die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern der Migranten intensiviert werden. Beim Dialog mit diesen Ländern wird beabsichtigt, alle Dimensionen der Migration zu behandeln, vor allem die legale Migration, die Verhinderung der illegalen Migration und die Bekämpfung dieser Form der Migration sowie die Verknüpfung zwischen Migration und Entwicklung.



Infolgedessen hat der Europäische Rat immer wieder bestätigt, dass dieser Ansatz verfolgt werden muss, indem man ihn intensiviert und seine Umsetzung wirksamer gestaltet.

In diesem Geiste der Zusammenarbeit zwischen den Herkunfts-, Transit- und Zielländern fand im Juli 2006 in Rabat die erste Ministerkonferenz EU–Afrika über Migration und Entwicklung statt. Eine zweite Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung wird am 25. November 2008 in Paris stattfinden. Dabei soll ein operationelles Programm angenommen werden, das sich auf mehrere Jahre erstreckt und eine Reihe von Maßnahmen enthält, die von den Partnern, welche sich um die Migrationsströme entlang der westafrikanischen Wege sorgen, implementiert werden sollen, insbesondere im Hinblick auf die Vermeidung und Bekämpfung von illegaler Einwanderung und Menschenhandel.

Die Grenzverwaltung einschließlich der Verstärkung der physischen und menschlichen Ressourcen sowie der operationellen Zusammenarbeit mit Frontex sind beim Dialog und bei der operationellen Zusammenarbeit mit Drittländern, vor allem mit denen am Mittelmeerrand, von erstrangiger Bedeutung. Durch den gemeinsamen Einsatz Hera 2008, der unter der Ägide der Agentur Frontex durchgeführt wurde, ließ sich beispielsweise ein drastische Rückgang der Anzahl der Migranten erzielen, die an der Küste der Kanarischen Inseln an Land gehen.

Im selben Geiste werden Migrationsfragen auch Gegenstand der Verhandlungen sein, welche die Kommission diesen Monat unter Ausübung des ihr im September vom Rat übertragenen Mandats mit Libyen eröffnen wird. Das Ziel dieser Verhandlungen besteht darin, ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und Libyen abzuschließen.

Abschließend möchte ich erwähnen, dass – wie Sie wissen – das Verantwortungsprinzip im Oktober letzten Jahres durch den Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl erneut bestätigt wurde. Durch diesen Pakt wird auch betont, dass man den Mitgliedstaaten, die aufgrund ihrer geografischen Lage einem Zuwandererstrom ausgesetzt sind oder die über begrenzte Ressourcen verfügen, Solidarität entgegenbringen müsse, und die Kommission wird aufgefordert, Lösungen vorzuschlagen, bei denen im Geiste der Solidarität die Schwierigkeiten dieser Staaten berücksichtigt werden.

**Manuel Medina Ortega (PSE).** – (ES) Herr amtierender Präsident des Rates, ich stimme dem vom Rat verfolgten Ansatz zu. Es stellt sich aber die Frage, ob wir konkrete Maßnahmen ergreifen können. Es verstreicht immer mehr Zeit, und die Probleme werden immer größer. Vor allem die Länder im Mittelmeerraum haben Schwierigkeiten. Einige Länder haben die wirtschaftlichen Ressourcen, um sich diesen Schwierigkeiten zu stellen, bei anderen, wie beispielsweise Malta, ist dies aber nicht der Fall. Malta steht aufgrund seiner geringen Größe und der begrenzten Ressourcen enorm unter Druck.

Auch aufgrund internationaler Regeln wie dem Haager Übereinkommen über den Schutz von Kindern entstehen Probleme, da man Kinder wegen dieses Übereinkommens praktisch nicht in ihre Herkunftsfamilie zurückgeben kann. Ich weiß nicht, ob der Rat berücksichtigt hat, dass die Regeln für den Schutz von Kindern auf eine Art und Weise verfasst sind, die dazu führt, dass wir in einer absurden Lage sind: Wenn Kinder nach Europa kommen, können sie nicht in ihre Herkunftsfamilien zurückgegeben werden, auch dann nicht, wenn man weiß, aus welcher Familie sie stammen.

Abschließend muss ich noch die konkreteren Themen erwähnen: Ich weiß, dass derzeit mit einigen afrikanischen Ländern spezifische Initiativen laufen, zum Beispiel mit Mali, um Einwanderungszentren einzurichten. Dadurch soll den Herkunfts- oder Transitländern ermöglicht werden, sich selbst dieses Problems anzunehmen und so die dramatische Situation zu vermeiden, dass Dutzende von Menschen beim missglückten Versuch, unsere Küsten zu erreichen, auf dem Meer ums Leben kommen.

**Jean-Pierre Jouyet.** – (FR) Frau Präsidentin! Ich danke Manuel Medina Ortega für seine konstruktiven, relevanten Fragen. Er hat ganz recht. Wir müssen dafür sorgen, dass Länder mit weniger Ressourcen unterstützt werden. Ich weiß, der Fall von Malta ist völlig klar. Wir müssen in Betracht ziehen, die Ressourcen um Malta herum durch Umverteilung zu erhöhen, und wir müssen auch nach Wegen suchen, die Frontex-Mechanismen in dieser Hinsicht und vor allem im Fall von Malta zu stärken.

Zweitens: Wie Manuel Medina Ortega weiß, wird am 25. November 2008 in Paris eine zweite Ministerkonferenz EU–Afrika über Migration und Entwicklung stattfinden, die als Fortsetzung der Rabat-Konferenz gilt und bei der drei Fachsitzungen abgehalten werden: über legale Migration, über illegale Migration sowie über Migration und Entwicklung. Ich verspreche, dass ich das Generalsekretariat des Rates bitten werde, genauer über den Schutzstandard für Minderjährige zu berichten, da ich momentan nicht in der Lage bin, eine Antwort zu geben.

Im Hinblick auf das dritte Element, in Bezug auf Mali, hat Manuel Medina Ortega absolut recht, wenn er die Bedeutung dieser Übereinkommen betont. Im Rahmen der Präsidentschaft möchten wir – und wir bitten auch den Rat, entsprechend vorzugehen – mit den Herkunftsländern der Einwanderer solche Übereinkommen abschließen. In dieser Hinsicht sind gemeinschaftliche Entwicklungsbemühungen und der Dialog mit den Herkunftsländern wichtig, und für mich dient dieses Übereinkommen mit Mali als Referenz. Dies ist meine Antwort an Manuel Medina Ortega.

**Bernd Posselt (PPE-DE).** – (DE) Meine Frage bezieht sich auf die von Präsident Sarkozy initiierte Mittelmeerunion. Kann diese als Instrument in dieser Frage effizient genutzt werden? Zwei konkrete Punkte: Erstens die Migranten aus Nordafrika. Was tut man, um dort Arbeitsplätze zu schaffen? Zweitens die Transitmigranten aus Westafrika. Kann man nicht Auffangzentren in Nordafrika selbst schaffen?

**Jean-Pierre Jouyet.** – (FR) Frau Präsidentin! Ich möchte sagen, dass die Frage von Bernd Posselt relevant ist. Die Union für den Mittelmeerraum ist zuallererst eine Union für praktische Projekte. Es handelt sich bei ihr aber auch um eine interkulturelle Vision. Sie ist offensichtlich mit der Wirtschaftsentwicklung verknüpft, wozu auch alle Aspekte im Hinblick auf gemeinschaftliche Entwicklungsbemühungen zählen. So oder so kann ich daher Bernd Posselt bestätigen, dass man diese Aspekte zum geeigneten Zeitpunkt im Rahmen der Projekte und Diskussionen über wirtschaftliche Entwicklung behandeln wird, die zwischen den Ländern beider Seiten des Mittelmeeres abgewickelt bzw. geführt werden.

**Die Präsidentin.** – Anfrage Nr. 3 von **Luis Yañez-Barnuevo García** (H-0798/08)

Betrifft: Beginn eines Dialogs in Kuba

Die Schlussfolgerungen des Rates vom 23. Juni 2008 wurden von den demokratischen Segmenten der kubanischen Gesellschaft sehr gut aufgenommen. Diese schätzen es, dass die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen eine grundlegende Priorität für die EU darstellt und dass sich die EU für die Wahrung der Menschenrechte und für echte Fortschritte auf dem Weg zu einer pluralistischen Demokratie engagiert.

Welche wirksamen Maßnahmen ergreift der Rat im Einklang mit den von ihm in seinen Schlussfolgerungen eingegangenen Verpflichtungen, um den Dialog mit Vertretern der Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition zu vertiefen?

**Jean-Pierre Jouyet, amtierender Präsident des Rates.** – (FR) Frau Präsidentin, Herr Masip! Wie Sie betont haben, hat der Rat tatsächlich am 23. Juni entschieden, die Beziehungen zu Kuba wieder aufzunehmen, da sich in letzter Zeit in Sachen Menschenrechten gewisse positive Entwicklungen ergeben haben.

Zuerst entschied der Rat, wieder einen Dialog zwischen der Europäischen Union und Kuba aufzunehmen, für den keine Vorbedingungen gelten, der auf Gegenseitigkeit basiert und bei dem all die Themen behandelt werden, die in gegenseitigem Interesse stehen. Durch diesen Dialog sollen konkrete Ergebnisse erzielt werden, vor allem bei Menschenrechtsangelegenheiten. Herr Masip, hierzu fand am 16. Oktober in Paris die erste Sitzung des politischen Dialogs auf ministerieller Ebene statt, an der die Europäische Union und Kuba teilnahmen.

Zweitens: In seinen am 23. Juni veröffentlichten Schlussfolgerungen bestätigte der Rat erneut, dass er seinen Dialog mit Vertretern der Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition im Rahmen der hochrangigen Besuche fortführen werde, wobei stets Fragen über Menschenrechte mit auf der Tagesordnung stünden. Gegebenenfalls werden bei diesen Besuchen Treffen mit der Opposition organisiert.

Der Rat betonte darüber hinaus, dass die Union auch in Zukunft allen Sektoren der kubanischen Gesellschaft ihre praktische Unterstützung anbieten werde, was den friedlichen Wandel auf der Insel betrifft. Um diese Schlussfolgerungen umsetzen zu können, werden die oppositionellen Organisationen regelmäßig dazu aufgefordert, ihre Meinung über die aktuellen politischen Entwicklungen abzugeben.

Abschließend ist zu sagen, dass der Rat nochmals bekräftigt hat, dass die Union bereit sei, bei der Entwicklung aller Sektoren der kubanischen Gesellschaft einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Hierzu zählt auch die Entwicklungszusammenarbeit, und im Zusammenhang mit diesem Versprechen hat Kommissar Louis Michel, wie Sie wissen, gerade an einem offiziellen Kubabesuch teilgenommen, bei dem die Grundzüge dieser Zusammenarbeit und mögliche praktische Projekte beschlossen werden sollten.

Abgesehen vom Besuch Louis Michels werden Sie sehen, dass der Rat viele Maßnahmen ergriffen hat, um die Schlussfolgerungen vom Juni umzusetzen. Im Juni nächsten Jahres, also am Ende der tschechischen

Präsidentschaft, wird der Rat damit beginnen, den politischen Dialog mit Kuba und die erzielten Ergebnisse auszuwerten. Der Dialog wird auf dieser Grundlage weitergeführt, wenn man den Eindruck hat, dass Kuba die von der Union zum Ausdruck gebrachten Erwartungen erfüllt, vor allem bei Menschenrechtsthemen.

**Antonio Masip Hidalgo (PSE).** – (ES) Vielen Dank, Herr Jouyet, im Namen meines Kollegen Luis Yañez-Barnuevo García, der Würde und Demokratie verkörpert und der die kubanische Opposition und das kubanische Volk unterstützt.

Sie müssen sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass diese Prioritäten beibehalten werden und der Schwerpunkt auf diesem Dialog mit der kubanischen Opposition liegt. Wir müssen Kuba demokratisieren und sicherstellen, dass Europa sich gegenüber Kuba verpflichtet fühlt.

**Zita Pleštinšká (PPE-DE).** – (SK) Obwohl man in Berichten von „Veränderungen“ in Kuba spricht, weisen die Fakten darauf hin, dass das Land bisher weder frei noch demokratisch ist. Die Gründe, weshalb man Kuba gegenüber politische und diplomatische Sanktionen verhängt hat, sind auch jetzt noch vorhanden, weil sich 55 der ursprünglich 75 Dissidenten noch in Haft befinden.

Meiner Ansicht nach hätte einer politischen Entscheidung der Europäischen Union, die Sanktionen gegen Kuba zu beenden, eine transparente Beurteilung der Entwicklung der Situation vorangehen sollen. Dies gilt besonders für den Bereich Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten in Kuba.

Was hat der Rat unternommen, und was wird er künftig tun, um die Freilassung aller politischen Gefangen aus den kubanischen Gefängnissen zu bewirken?

**Bogusław Sonik (PPE-DE).** – (FR) Frau Präsidentin, Herr Minister! Ich wurde von Kuba im Mai 2005 aus dem Land geworfen. Als ich am Flughafen ankam, wurde ich gleich wieder ausgewiesen, weil ich ein Mitglied des Europäischen Parlaments bin. Kürzlich habe ich ein Visum beantragt, um mich zu versichern, dass ich auch über die Grenze kann, aber es wurde abgelehnt. Kann ich mich darauf verlassen, dass Sie und die Präsidentschaft sich dafür einsetzen werden, dass Mitglieder des Europäischen Parlaments nach Kuba reisen können?

**Jean-Pierre Jouyet.** – (FR) Frau Präsidentin! Ich würde gern Zita Pleštinšká und anschließend Bogusław Sonik antworten. Der gemeinsame Standpunkt des Rates von 1996 ist auch heute noch gültig. Dabei wird empfohlen, einen Übergangsprozess mit dem Ziel des demokratischen Pluralismus und der Einhaltung der Menschenrechte zu fördern und zu diesem Zweck den Dialog mit den kubanischen Behörden und allen Sektoren der Gesellschaft zu intensivieren. Die Europäische Union erklärt sich dazu bereit, den Öffnungsprozess des Landes zu unterstützen, während die kubanischen Behörden den demokratischen Pfad beschreiten.

Ihre Situation, Herr Sonik, habe ich zur Kenntnis genommen. Selbstverständlich müssen wir im Hinblick auf alle Mitglieder des Europäischen Parlaments äußerst aufmerksam sein und Sie bei Ihren Maßnahmen unterstützen. Dies ist die Haltung, die im Rat vertreten wird.

**Die Präsidentin.** – Anfrage Nr. 4 von **Robert Evans** (H-0801/08)

Betrifft: Lehren aus der Wirtschaftskrise

Welche Lehren zieht der Rat aus der aktuellen Finanzkrise? Über welche kurz- und langfristigen Maßnahmen wird derzeit beraten?

Geht es in diesen Gesprächen auch um Island und andere europäische Länder, die der EU nicht angehören, deren Volkswirtschaften aber eng damit verbunden sind?

Anfrage Nr. 5 von **Mairead McGuinness** (H-0830/08)

Betrifft: Reaktion der Mitgliedstaaten auf die internationale Finanzkrise

Vertritt der Rat die Auffassung, dass Maßnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten zum Schutz ihrer Banken und Volkswirtschaften vor den schlimmsten Auswirkungen der internationalen Finanzkrise zeitgemäß sind?

Anfrage Nr. 6 von **Gay Mitchell** (H-0832/08)

Betrifft: Reaktion der EU auf die Finanzkrise

Das Vertrauen in die Finanzmärkte ist gesunken und der Bankensektor in eine beträchtliche Schieflage geraten. Wird der Rat mit kohärenten und kombinierten Maßnahmen gegen diese Krise vorgehen und das

Vertrauen wieder herstellen oder herrscht die Auffassung vor, dass die einzelnen Mitgliedstaaten gegen diese Finanzkrise besser unilateral vorgehen sollten?

Anfrage Nr. 7 von **Dimitrios Papadimoulis** (H-0840/08)

Betrifft: Finanzmarktkrise und Stabilitätspakt

Die weltweite Finanzkrise hat gezeigt, dass die Europäische Union und die Europäische Zentralbank inkonsequent sind insofern als sie Gelder bereit stellen, um die Banken vor dem Bankrott zu retten, und dadurch gegen den Stabilitätspakt verstoßen, während sie andererseits jahrelang nicht die geringsten Abweichungen duldeten, mit denen auf dringende soziale Bedürfnisse hätte reagiert werden können.

Wie kommentiert der Rat dies? Ist er der Auffassung, dass es jetzt im Lichte der jüngsten Ereignisse angemessen wäre, die Bedingungen des Stabilitätspakts und das eindimensionale Konzept der Marktwirtschaft zu überprüfen, von dem das Europäische Aufbauwerk komplett bestimmt wird?

Anfrage Nr. 8 von **Laima Liucija Andrikiienė** (H-0875/08)

Betrifft: Osteuropa in der Finanzkrise: aktuelle Lage und Perspektiven

Die Anfälligkeit Osteuropas angesichts der Finanzkrise bietet den politischen Entscheidungsträgern in der EU Anlass zur Sorge. Die osteuropäischen Regierungen haben den Eindruck, dass ihre Volkswirtschaften anfälliger sind, als die Volkswirtschaften ihrer westlichen Partner. Welche Hauptbedrohungen durch diese Finanzkrise sieht der Rat für die osteuropäischen Länder, und insbesondere für die baltischen Staaten? Welche kurzfristigen (2009-2010) und welche langfristigen Prognosen stellt der Rat für die osteuropäischen Länder, und vor allem für die baltischen Staaten?

**Jean-Pierre Jouyet**, *amtierender Präsident des Rates*. – (FR) Frau Präsidentin! Ich werde versuchen, auf alle Fragen einzugehen, die zur Finanzkrise gestellt wurden, welche die Weltwirtschaft mindestens während der letzten 15 Monate in Mitleidenschaft gezogen hat und sich auch heute noch auf die Finanzen der europäischen Volkswirtschaften auswirkt.

Hinsichtlich der Union möchte ich Sie daran erinnern, dass der Europäische Rat vom 15. und 16. Oktober aussagte, dass man sich auf alle Fälle dafür einsetzen werde, die Maßnahmen zu ergreifen, die zum Aufrechterhalten der Stabilität des Finanzsystems erforderlich sind, die wichtigen Finanzinstitutionen zu unterstützen, Konkurse zu vermeiden und die Sicherheit von Spareinlagen zu gewährleisten.

Im Hinblick auf das Finanzsystem rief der Europäische Rat auch alle am System beteiligten Akteure mit Nachdruck dazu auf, verantwortlich zu handeln, vor allem im Bankensektor. Es wurde betont, dass die tatsächliche Leistung von Geschäftsführern in ihrem Gehalt widerspiegelt werden sollte. Dies gilt auch für Abfindungen und alle Aspekte Goldener Fallschirme. Auch wurde beschlossen, sicherzustellen, dass Geschäfte mit Aktienoptionen weder zum Eingehen übermäßiger Risiken noch zur Überbewertung kurzfristiger Ziele führen sollten.

Nach diesem Treffen fand am 7. November das informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs statt, dessen Aufgabe die Vorbereitung des koordinierten europäischen Ansatz für den G-20-Gipfel war, der am letzten Wochenende in Washington abgehalten wurde. Bei diesem Gipfel wurden folgende Ziele verfolgt: Treffen schneller Entscheidungen über Transparenz, weltweite Regulierungsstandards mit Schwerpunkt auf Rechnungslegungsstandards, Finanzaufsicht und Krisenmanagement, Vermeiden von Interessenkonflikten und Einrichten eines Frühwarnsystems, damit sowohl Sparer als auch Investoren wieder Vertrauen schöpfen können.

Um genauer auf die Frage des verehrten Abgeordneten, die im Namen der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament gestellt wurde, eingehen zu können und auch die Frage von Robert Evans über die praktischen Maßnahmen zu berücksichtigen, die zur Bekämpfung der Krise untersucht werden, möchte ich auf die Reform der Eigenkapitalrichtlinie verweisen, über die man sich im Rat derzeit Gedanken macht. Die Arbeit, die der Rat in diesen Vorschlag gesteckt hat, ist bereits recht weit vorangeschritten. Darüber hinaus hat die Kommission gerade erst eine Verordnung über ein Genehmigungssystem für Rating-Agenturen vorgeschlagen. Dieser Vorschlag geht insofern in die gleiche Richtung, als dass Kapitalanforderungen von den zugewiesenen Ratings abhängen.

Bezüglich des Schutzes von Spareinlagen hat die Kommission vorgeschlagen, die derzeitige Richtlinie dahingehend zu ändern, dass die Mindestgarantie auf 50 000 Euro und in Zukunft weiter auf 100 000 Euro angehoben wird. Das Europäische Parlament und der Rat beschäftigen sich derzeit mit diesem Vorschlag.

Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass nach dem Europäischen Rat vom 15. und 16. Oktober der Finanzkrisenstab ins Leben gerufen wurde. Dieses Team ist – wie Sie wissen – ein informeller Mechanismus für Warnung, Informationsaustausch und Beurteilung, der von Vertretern des Rates, des Präsidenten des Europäischen Rates, der Kommission, ihres Präsidenten, des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, des Präsidenten der Eurogroup und der Regierungen der Mitgliedstaaten sowie selbstverständlich von Vertretern des Präsidenten des Wirtschafts- und Finanzausschusses, der die Stütze des Frühwarnteams ist, genutzt wird.

Als Antwort auf die von Mairead McGuinness und Gay Mitchell gestellten Fragen möchte ich betonen, dass der Europäische Rat einen Aktionsplan genehmigt hat, um Mitgliedstaaten einen vollständigen gemeinsamen Rahmen für nationale Rettungs- und Hilfsmaßnahmen für den Finanzsektor zu bieten. Der Europäische Rat hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, zu berücksichtigen, welche Auswirkungen ihre nationalen Entscheidungen möglicherweise auf andere Mitgliedstaaten haben. Wir sind uns auch bewusst, dass sich Island immensen Schwierigkeiten ausgesetzt sieht. Der Europäische Rat hat diesem Land im Oktober eine Botschaft der Solidarität übermittelt. Beim ECOFIN-Rat am 4. November fanden Treffen statt, und schließlich traf ich beim Rat des Europäischen Wirtschaftsraums persönlich mit Vertretern aus Island zusammen und glaube, dass wir in der Lage waren, zufriedenstellende Solidaritätsmechanismen zu finden und auch die zwischen uns und diesem Land geschlossenen Übereinkommen im Rahmen des Rates für den Europäischen Wirtschaftsraum anzupassen.

In Bezug auf die von Dimitrios Papadimoulis über den Stabilitäts- und Wachstumspakt gestellte Frage möchte ich Sie an die Schlussfolgerungen erinnern, die der Rat am 7. Oktober getroffen hat. Dabei hat er bestätigt, dass der Pakt angewandt werden muss, wobei die außergewöhnlichen Umstände zu berücksichtigen sind, mit denen wir alle vertraut sind. Bei der Umsetzung der Entscheidung vom 7. Oktober müssen natürlich die G-20-Schlussfolgerungen berücksichtigt werden, bei denen die Nutzung aller zur Verfügung stehenden Ressourcen zur Aufrechterhaltung der Aktivität gefordert wird.

Jetzt zur Frage von Laima Andrikiénė. Ich möchte Sie daran erinnern, dass laut Kommission Ungarn, Litauen, Estland, Bulgarien und Rumänien von der Finanzkrise stärker in Mitleidenschaft gezogen wurden als die anderen Mitgliedstaaten. Diese Staaten haben jahrelang von günstigen Bedingungen für die externe Finanzierung profitiert, wodurch natürlich Defizite in den derzeitigen Zahlungsbilanzen und eine höhere Auslandsverschuldung entstanden sind. Jetzt sind die Finanzierungsbedingungen natürlich weit weniger vorteilhaft, und diese Staaten sehen sich nun dem Problem der Refinanzierung ihrer Auslandsverschuldung ausgesetzt.

Im Falle Ungarns hat der Rat gerade im Rahmen des Mechanismus für mittelfristige Finanzierungshilfe für Zahlungsbilanzen ein Darlehen in Höhe von 6,5 Milliarden Euro bewilligt. Neben dem Darlehen des Rates hat man Darlehen vom Internationalen Währungsfonds in Höhe von 12,5 Milliarden Euro und von der Weltbank in Höhe von einer Milliarde erhalten. Beim letztgenannten Darlehen bin ich mir nicht sicher, ob es sich um Dollar oder Euro handelt.

Bei einer derzeitigen Finanzierung von 12 Milliarden Euro besteht die Gefahr, dass dieser Mechanismus ungeeignet ist, um künftigen Anforderungen gerecht zu werden. Aus diesem Grund hat die Kommission kürzlich vorgeschlagen, die Finanzhilfe für dieses Land auf 25 Milliarden Euro zu erhöhen. Der Rat hat das Parlament um seine Meinung über diesen Vorschlag gebeten.

**Peter Skinner (PSE).** - Ich begrüße die Bemerkungen des Rates und den allgemeinen Ansatz, der angesichts der Krise der Finanzdienstleistungen verfolgt wird, und hoffe wirklich, dass wir in der Lage sein werden, auf den jüngsten G-20-Ergebnissen aufzubauen. Wie Sie bereits erwähnt haben, müssen wir diese Bewegung als Grundlage nutzen, um globale Ergebnisse für globale Regulierung zu erzielen, vor allem für die Finanzaufsicht.

Für die Finanzaufsicht ist aber auch eine Finanzunterstützung erforderlich. Dies haben wir bereits gesehen. Dabei geht es natürlich um das Geld der Steuerzahler. Um genau zu sein, braucht man für die Aufsicht eine angemessene Solvenz, und zwar nicht nur für Banken, sondern auch für Versicherungsgesellschaften. Ich frage mich daher, ob Sie auch die Gruppenaufsicht und -unterstützung befürworten werden, die in der Solvabilität-II-Richtlinie aufgeführt sind. Dies wird zwar nicht in Ihrer Liste der Finanzvorschriften aufgeführt, man kam jedoch in einer Zeit auf diese Idee, in der keine Krise herrschte, und es könnte uns in Krisenzeiten helfen. In diesem Fall könnte die Präsidentschaft vielleicht erklären, weshalb sie am 2. Dezember versucht hat, die Gruppenunterstützung aus diesem Vorschlag zu entfernen, und anerkennen, wie wenig hilfreich dies sein kann.

**Mairead McGuinness (PPE-DE).** - Unsere Fragen wurden vor einigen Wochen gestellt, und die Situation ist jetzt anders und auch schlimmer als damals. Auf dieser Basis würde ich gern wissen, wie geschlossen der

Rat hinsichtlich seiner gemeinsamen Aktion handelt und, wenn Mitgliedstaaten in einer Situation im Alleingang handeln müssen, ob das System wirksam ist.

**Gay Mitchell (PPE-DE).** - Wäre es nicht an der Zeit, etwas wie einen Marshallplan aufzustellen? Vielleicht einen Sarkozy-Plan für Europa?

Wie würden Sie ihn finanzieren? Angenommen, China müsste der Europäischen Investitionsbank oder der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Geld leihen und Sie den Mitgliedstaaten Finanzhilfen gewähren, dann würde sich dies nicht auf deren Verhältnis zwischen Schulden und BSP auswirken.

Wie würden Sie die Gelder zurückzahlen? Mit den Zöllen und Steuern, die Sie durch den Handel einnähmen, und vielleicht auch mit einem zusätzlichen halben Prozentpunkt Mehrwertsteuer, den die Mitgliedstaaten beisteuern würden, die diese Hilfe in Anspruch nähmen.

Werden Sie beim Treffen im Dezember über eine Art Marshallplan nachdenken und damit aufhören, nur an einigen Randbereichen herumzubasteln? Diese Rezession beginnt gerade erst, wenn wir sie aber frontal angehen und dabei die Risiken kalkulieren, können wir sie durchstehen.

**Dimitrios Papadimoulis (GUE/NGL).** - (EL) Herr amtierender Präsident des Rates! Selbst Romano Prodi, der frühere Kommissionspräsident, sagte, dass der Stabilitätspakt Blödsinn sei, weil es bei ihm nur um Inflation, Defizit und Schulden gehe – in einer Zeit, in der Europa gerade in eine Phase der Rezession absinke und Maßnahmen ergriffen werden müssten, durch die sich Entwicklung, Beschäftigung und sozialer Zusammenhalt fördern ließen.

Meine Frage lautet folgendermaßen: Beabsichtigen Sie, diesen Pakt zu ersetzen, anstatt nur die Regeln zu lockern? Sollen Sie dazu nicht in der Lage sein oder dies nicht wollen, dann vermitteln Sie dem Ratspräsidenten bitte, dass dieses Krisengerede ein Ende finden muss.

**Laima Liucija Andrikiienė (PPE-DE).** - (LT) Herr Jouyet! Sie sprachen über Ungarn und die Solidarität, die man dem Land gegenüber gezeigt hat. Dies ist ermutigend, aber ich habe auch großes Interesse an den anderen Ländern, die Sie genannt haben: Bulgarien, Rumänien und vor allem Litauen. Kann Litauen in der aktuellen Finanzkrise mit der Solidarität der Europäischen Union rechnen?

**Jean-Pierre Jouyet.** – (FR) Frau Präsidentin! Zu dem verehrten Abgeordneten, der die von Robert Evans gestellte Frage aufgriff, möchte ich sagen, dass er vollkommen recht hat. Solvenzhemen sind nicht nur für Banken relevant, sondern auch für Versicherungsgesellschaften. Unsere Überwachungsmechanismen müssen daher so angepasst werden, dass sie für in dieser Branche tätige Gruppen, die konsolidiert oder transnational sein können, geeignet sind.

Deshalb wollen wir die Arbeit an der Solvabilität-II-Richtlinie unbedingt zufriedenstellend zu Ende bringen. Wir hoffen, dass die Arbeit so schnell wie möglich abgeschlossen wird und werden die Kommission dabei unterstützen. Wir hoffen auch, in dieser Angelegenheit einen Kompromiss finden zu können, es ist aber klar, dass wir Elemente benötigen, durch die sich die Solvenzüberwachung auf Versicherungsgruppenebene stärken lässt.

Als Antwort auf die Frage von Mairead McGuinness möchte ich sagen, dass die Reaktion der G-20, die Art und Weise, wie man diese Reaktion vorbereitet hat, und die Tatsache, dass es einen von den G-20 vereinbarten Aktionsplan gibt, meines Erachtens zeigen, dass der Rat hier geschlossen gehandelt hat. Ich möchte Sie daran erinnern, dass es auch Menschen gibt, die im Zusammenhang mit diesem Aktionsplan sagen, dass wir alle zur Verfügung stehende Ressourcen zur Aufrechterhaltung der Aktivität nutzen sollten. Dieser Aktionsplan enthält äußerst praktische Maßnahmen zur Finanzregulierung, die ich erst kürzlich aufgeführt habe, jetzt aber nicht wiederholen möchte. Auf Ebene der Europäischen Union warten wir nun darauf, dass diese Maßnahmen schnell umgesetzt werden. Wir haben als Reaktion nicht nur auf die Finanzkrise, sondern auch auf die Wirtschaftskrise gefordert, dass die Kommission die erforderlichen gesetzgebenden oder praktischen Initiativen einleitet und dass das Parlament diese unterstützt, indem es die erforderlichen Texte so schnell wie möglich annimmt.

Hinsichtlich der Koordinierung seitens der Mitgliedstaaten würde ich zu Mairead McGuinness sagen, dass es meiner Meinung nach wichtig ist, dass das Frühwarnteam – dieses Koordinierungsteam – im Rahmen des Wirtschafts- und Finanzausschusses und der Vertreter der Mitgliedstaaten sowie der unterschiedlichen relevanten Institutionen – sei dies die Europäische Zentralbank oder die Eurogroup – gut funktionieren sollte.

In Bezug auf die Rede von Gay Mitchell denke ich, dass wir – ohne dabei den Marshallplan zu erwähnen und unter Anwendung der G-20-Grundsätze – im Namen der Präsidentschaft sagen können, wir wollen sehen, dass auf gemeinschaftlicher und nationaler Ebene alle Hebel in Bewegung gesetzt werden. Dabei kann es sich unter anderem um Folgendes handeln: bereits vorhandene Darlehensmöglichkeiten der Europäischen Investitionsbank, die im Gemeinschaftshaushalt vorhandenen Mittel, die ebenfalls zur Aufrechterhaltung der Aktivität genutzt werden sollten, natürlich die Mittel der nationalen Haushalte und dabei vor allem die Mittel, die für künftige Ausgaben und Projekte zur Unterstützung von Unternehmen vorgesehen sind, oder sogar auf Gemeinschaftsebene die Lockerung oder Anpassung bestimmter Regeln, durch die Branchen geholfen werden soll, die sich in großen Schwierigkeiten befinden. Aus dieser Perspektive betrachten wir die Dinge mit größtem Pragmatismus, es ist aber klar, dass wir in diesem Bereich aktiv werden müssen. Sie haben auf alle Fälle recht, und die Präsidentschaft ist mit Ihnen völlig einer Meinung.

Im Hinblick auf den Kommentar von Laima Andrikienė tut es mir leid, aber Ungarn hat Finanzhilfe erhalten. Der Fonds betrug, wie ich bereits gesagt habe und hier bestätigen kann, 12,5 Milliarden Euro, wovon 6,5 Milliarden von der Union kamen, und es ist klar, dass diese Solidarität den Ländern zugute kommt, in denen hinsichtlich der Zahlungsbilanz eine ernsthafte Krise eingetreten ist und man Probleme bei der Refinanzierung der Auslandsverschuldung hat.

Sie können sicher sein, dass wir in der Union die erforderlichen Solidaritätsmechanismen einführen werden. Im Falle Ungarns war die Situation besonders schwierig. Auch auf Island habe ich mich bezogen. Wir befanden uns in einer schwierigen Lage. Falls, was ich nicht hoffe, die baltischen Staaten oder bestimmte andere Länder, mit denen Sie im Detail vertraut sind, in die gleiche Lage geraten, sollten diese Solidaritätsmechanismen ebenfalls eingesetzt werden. Dies ist die Haltung der Präsidentschaft, und eine Gemeinschaft ist ohne Solidarität natürlich nicht möglich.

Zu Dimitrios Papadimoulis möchte ich zuerst sagen, dass ich nicht immer mit Präsident Prodi einer Meinung bin. So ist es nun manchmal. Zweitens: Wir benötigen eine gewisse Haushaltsdisziplin. Drittens: Wie ich bereits bei meinem Verweis auf die G-20-Schlussfolgerungen sagte, scheint es offensichtlich zu sein, dass diese Grundsätze an die außergewöhnlichen Umstände angepasst werden müssen und dass außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich sind. Es ist plausibel – und hier stimme ich zu –, dass man niemals dogmatisch sein sollte. Und nun zu meinem vierten und letzten Punkt: Tourismus. Ich kenne den Ratspräsidenten gut genug, um zu wissen, dass er andere Lieblingsspunkte hat und all seine Energie in den Dienst der Europäischen Union stellt. Ich hoffe, Ihnen ist bewusst, dass dies für uns unentbehrlich ist.

**Josu Ortuondo Larrea (ALDE).** – (ES) Herr Jouyet! Durch die Finanztechnik der Verbriefung wurden US-amerikanische Subprime-Hypotheken in Schuldbriefe und andere Fonds aufgenommen, die von europäischen Banken und Bürgern erworben wurden.

Weiß der Rat, wie viel dieses Finanzmülls uns von der anderen Seite des Atlantiks verkauft worden ist?

**Avril Doyle (PPE-DE).** – Ich würde gern wissen, ob sich die französische Präsidentschaft in der Runde des Rates aufgrund ihrer historischen Begeisterung für die Regulierung des Marktes und in diesem Fall der Finanzdienstleistungen auf irgendeine Weise allein fühlt.

**Jean-Pierre Jouyet.** – (FR) Frau Präsidentin! Ich möchte dem verehrten Abgeordneten antworten, dass ich die genaue Zahl nicht im Kopf habe. Die Größenordnungen, die mir bekannt sind, sind wirklich beträchtlich, und die Exzesse bei der Verbriefung – vor allem von der anderen Seite des Atlantiks, die sich aber auf Europa ausgeweitet haben – sind größer als das BIP vieler Mitgliedstaaten oder sogar der EU. Dies hat wirklich ein beträchtliches Ausmaß angenommen. Das kann ich Ihnen dazu sagen. Die Verbriefung hat uns daher einen bisher einmaligen destabilisierenden Schock verpasst, auf den wir nun reagieren müssen. Das kann ich Ihnen heute dazu sagen.

Als Antwort auf Avril DoYLES Frage: Ich hoffe in diesem Fall, wie auch bei anderen Themen, dass wir nicht völlig allein dastehen und dass die Präsidentschaft zuversichtlich ist. Finanzregulierung ist sicherlich keine einfache Angelegenheit, Frau Doyle, aber ich denke, dass wir Fortschritte machen. Heute Nachmittag fand im Parlament ein Austausch mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission statt, und wir sehen dem Aktionsplan relativ zuversichtlich entgegen. Dieser Aktionsplan wurde vom Europäischen Rat festgelegt, erhielt anschließend durch ganz Europa auf dem informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs Gestalt und wurde dann durch die Arbeit gelenkt, die an diesem Wochenende in Washington von den G-20 geleistet wurde.

Ich würde sagen, dass es zumindest über den theoretischen Aspekt keinen Streit mehr gibt. Mit diesem Mangel an Regulierung müssen wir jetzt fertig werden. Wir brauchen keine weitere Regulierung, und es besteht auch kein Wunsch in dieser Hinsicht, aber wir müssen einige der Regeln anpassen und gewährleisten, dass ein System vorhanden ist, das für Sparer und Investoren sicher und transparent ist. Hier stimmt uns wohl die ganze Welt zu. Danach ist es eine Frage der Anpassung.

**Die Präsidentin.** – Anfrage Nr. 10 von **Hélène Goudin** (H-0806/08)

Betrifft: Politische Verantwortung für Übergriffe im Rahmen militärischer Operationen im Rahmen der EU

In Schweden wurde berichtet, dass laut mehreren Zeugenaussagen Mitglieder der französischen Streitkräfte, die im Rahmen der EU-Operation Artemis in Bunia (Kongo) eingesetzt waren, Folter angewendet und die Scheinhinrichtung eines Gefangenen inszeniert haben. Diese Vorkommnisse sollen sich am 13. Juli 2003 zugetragen haben, und es wurden sowohl in den schwedischen als auch den französischen Streitkräften Ermittlungen durchgeführt. Diese Angelegenheit wirft hinsichtlich der künftigen Zusammenarbeit viele Fragen auf.

Gibt es die Sicherheit, dass die Mitgliedstaaten der EU Streitkräfte entsenden, die die unterzeichneten Übereinkommen einhalten und sich bei den EU-Operationen völkerrechtlich gewissenhaft verhalten? Wie gedenkt der Rat nach Vorliegen des Ergebnisses der derzeitigen französischen Ermittlungen in der Angelegenheit von Bunia weiter vorzugehen?

Anfrage Nr. 11 von **Hanne Dahl** (H-0807/08)

Betrifft: Politische Verantwortung für Übergriffe im Rahmen militärischer Operationen im Rahmen der EU

In Schweden wurde berichtet, dass laut mehreren Zeugenaussagen Mitglieder der französischen Streitkräfte, die im Rahmen der EU-Operation Artemis in Bunia (Kongo) eingesetzt waren, Folter angewendet und die Scheinhinrichtung eines Gefangenen inszeniert haben. Diese Vorkommnisse sollen sich am 13. Juli 2003 zugetragen haben, und es wurden sowohl in den schwedischen als auch den französischen Streitkräften Ermittlungen durchgeführt. Die verschiedenen schwedischen Zeugenaussagen waren widersprüchlich, und die französische Ermittlung kam zu dem Schluss, dass keine Übergriffe stattgefunden haben. Die Angelegenheit wirft jedoch mit Blick auf die Zukunft viele Fragen auf.

Wer trägt die politische Verantwortung, wenn die Streitkräfte eines Mitgliedstaats bei einer Militäroperation der EU im Ausland Übergriffe begehen? Falls die Streitkräfte eines Mitgliedstaats sich bei einer Militäroperation der EU eines Kriegsverbrechens schuldig machen, besteht dann die Möglichkeit, diesen Mitgliedstaat für eine längere Zeit von Militäroperationen der EU auszuschließen, um den guten Ruf der Streitkräfte der EU-Länder zu schützen?

**Jean-Pierre Jouyet**, *amtierender Präsident des Rates*. – (FR) Frau Präsidentin! Hélène Goudin und Hanne Dahl haben ernstzunehmende Fragen gestellt. Ich kann den beiden und dem Parlament versichern, dass die Einsätze der Europäischen Union unter Einhaltung der Konventionen zum Schutz der Menschenrechte und des Völkerrechts erfolgen.

Dieser Grundsatz ist in allen vom Rat genehmigten Planungsdokumenten deutlich aufgeführt und in den einzelnen Anleitungen enthalten, die aktiven Kräften erteilt werden. Man spricht dabei auch vom „Soldatenkorps“.

Ergreifen bestimmte Personen, die in ausländischen Einsätzen und zur Verteidigung tätig sind, Maßnahmen, die nicht in ihren Aufgabenbereich fallen, sind die Mitgliedstaaten für disziplinarische und rechtliche Konsequenzen zuständig. Die Konventionen zum Schutz der Menschenrechte werden von allen Mitgliedstaaten eingehalten.

Erlauben Sie mir im Hinblick auf den Fall, auf den bei dieser gemeinsam gestellten Frage hingewiesen wurde, meine Funktion als amtierender Präsident des Rates kurz außer Acht zu lassen, um Folgendes zu sagen: Um der Transparenz willen führten die französischen Behörden nach der Kontaktaufnahme mit den schwedischen Behörden eine gründliche Untersuchung durch. Diese Untersuchung wurde für die französischen Behörden durch die Aufsichtsbehörde für aktive Kräfte und nationale Verteidigung durchgeführt.

Bei dieser Untersuchung stellte sich heraus, dass der junge Mann, der von französischen Truppen am 13. Juli 2003 während der Operation Artemis in der Demokratischen Republik Kongo festgenommen wurde, weder gefoltert noch grausam behandelt wurde. Die schweren Anschuldigungen, die gegen die französischen und schwedischen Truppen erhoben wurden, sind daher nicht begründet.



**Hélène Goudin (IND/DEM).** - (SV) Ich möchte folgende Frage stellen: Wie wir wissen, ist dieser junge Mann verschwunden. Wie lässt sich nachweisen, dass ihm nichts zugestoßen ist?

**Hanne Dahl (IND/DEM).** - (DA) Frau Präsidentin! Ich möchte hierzu eine weitere Frage stellen, um für mehr Klarheit zu sorgen. Ist es möglich, dass ein Mitgliedstaat von der Teilnahme ausgeschlossen wird, wenn Zweifel darüber bestehen, dass er die internationalen Konventionen für einen EU-Einsatz eingehalten hat? In einigen Fällen könnte dies meiner Meinung nach erforderlich sein, und man muss in dieser Hinsicht unbedingt eine klare Aussage machen.

**Jean-Pierre Jouyet.** - (FR) Frau Präsidentin! Ohne zu sehr ins Detail gehen zu wollen, möchte ich auf die von Hélène Goudin und Hanne Dahl gestellten Fragen eine auf Fakten basierende Antwort geben. Aus diesem Grund werde ich dem Parlament neben den Informationen aus meinem eigenen Bereich auch die Informationen aus dem Bericht geben, der für die von der französischen Aufsichtsbehörde für aktive Streitkräfte und nationale Verteidigung durchgeführte Untersuchung erstellt wurde.

Nur zur Information des Parlaments: Im Rahmen meiner Funktion bin ich nicht dazu verpflichtet, auf diese Fragen einzugehen, aber ich werde es dennoch tun. Ich werde für Sie zusammenfassen, was im Rahmen der Untersuchung für die Ereignisse vom 13. Juli 2003 im Camp Chem-Chem von Bunia, Demokratische Republik Kongo, herausgekommen ist. Bei dieser Untersuchung, die mit Unterstützung der schwedischen Truppen und in Zusammenarbeit mit ihnen durchgeführt wurde, stellte man fest, dass der junge Mann, der von den französischen Truppen am 13. Juli 2003 im Rahmen der Operation Artemis in der Demokratischen Republik Kongo festgenommen wurde, weder gefoltert noch grausam behandelt wurde. Er wurde einige Stunden lang im Camp festgehalten und dann freigelassen. Die Untersuchung wurde am 31. März 2008 vom Leiter der Armee angeordnet, um die vorläufigen Ermittlungen zu ergänzen, die von den schwedischen und französischen Behörden im jeweiligen Land durchgeführt wurden. Diese Behörden haben sehr gut zusammengearbeitet, und infolge der Ermittlungen scheint es, dass die schweren Anschuldigungen gegen die französischen und schwedischen Soldaten und die beiden beteiligten Obersten nicht begründet sind.

Abschließend ist zu sagen, dass der Schutz der Menschenrechte und die Einhaltung der internationalen Konventionen selbstverständlich in jeder Phase der im Rahmen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik durchgeführten Einsätze zu gewährleisten sind – von der Planung bis zur Umsetzung. Dies muss vor allem durch kontinuierliche Schulung der in diesem Bereich tätigen Teams erzielt werden.

**Paul Rübig (PPE-DE).** - (DE) Herr Ratspräsident! Mich würde interessieren, wie Sie die Rolle der UNO in diesen Fragen sehen. Glauben Sie, dass der UNO in diesen Bereichen eine Aufgabe zukommen würde?

**Mairead McGuinness (PPE-DE).** - Ihre Kommentare beruhigen mich, und zwar sowohl die Kommentare, die Sie in Ihrer Funktion als Vertreter Frankreichs abgegeben haben, als auch die für den Rat im weiteren Sinne.

Aber sind Sie nicht auch der Meinung, dass dieser Vorfall und vergleichbare Vorfälle uns hinsichtlich unserer EU-Einsätze in einem äußerst negativen Licht erscheinen lassen und dass wir sehr deutlich und vorsichtig sein müssen, wenn es darum geht, wie wir mit diesen Berichten umgehen? Denken Sie nicht auch, dass wir auf diese Berichte rechtzeitig eingehen und dafür sorgen müssen, dass solche Vorfälle unsere gute Arbeit sozusagen nicht verunglimpfen?

**Jean-Pierre Jouyet.** - (FR) Frau Präsidentin! Was die Bemerkungen von Mairead McGuinness angeht, so stimme ich ihrer Meinung vollkommen zu. Es ist offensichtlich, dass, unabhängig davon, um welchen Auslandseinsatz es sich handelt, also unabhängig davon, ob er im Rahmen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder eines gemeinschaftlichen Rahmenprogramms ausgeübt wird, ein solcher Einsatz natürlich angekündigt werden sollte und man davon berichten muss. Transparenz muss an oberster Stelle stehen.

Ich stimme Mairead McGuinness vollkommen zu, und deshalb müssen wir alles für das militärische Erasmus-Programm tun. Ich hoffe, dass durch die Arbeit des nächsten Europäischen Rates, der im Dezember stattfinden wird, hinsichtlich der Aspekte Fortschritte erzielt werden, bei denen es um die Schulung und den Austausch von bewährten Verfahren und Erfahrungen zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht.

Als Antwort auf die von Mairead McGuinness gestellte Frage möchte ich sagen, dass dies meiner Ansicht nach ein extrem wichtiges Element ist, wenn wir für die europäische Sicherheit und unsere Präsenz auf ausländischem Boden eine Strategie entwickeln wollen. Da haben Sie vollkommen recht, Frau McGuinness.

In Bezug auf die von Paul Rübig gestellte Frage ist zu sagen, dass dieses Thema morgen in unserer Aussprache über die Demokratische Republik Kongo eine Rolle spielen wird. Ich bin der Meinung, dass den Vereinten Nationen tatsächlich eine wichtige Rolle zukommt. Es ist nur noch zu klären, wie man sie ressourcenmäßig stärken und ergänzen könnte.

**Die Präsidentin.** – Frau Dahl bittet darum, noch einmal das Wort ergreifen zu dürfen. Ich kann Ihnen leider nur eine Zusatzfrage genehmigen. Es tut mir leid, aber mehr geht nicht.

*(Zwischenruf aus dem Plenum)*

Ich bin nicht in der Lage, genau das zu erzwingen, was Sie vielleicht hören wollen. Der amtierende Präsident hat geantwortet, und damit müssen wir es leider belassen, es sei denn, Sie greifen auf einen weiteren Schriftwechsel zurück.

Anfrage Nr. 12 von **Marie Panayotopoulos-Cassiotou** (H-0808/08)

Betrifft: Koordinierung der einzelstaatlichen Systeme der sozialen Sicherheit

Welche Fortschritte sind im Prozess der Modernisierung und Vereinfachung der europäischen Rechtsvorschriften über die Koordinierung der einzelstaatlichen Systeme der sozialen Sicherheit zu verzeichnen, dessen erste Stufe die Verordnung (EG) Nr. 883/2004<sup>(2)</sup> war, damit sich die Unionsbürger frei in Europa bewegen können, dabei aber ihre Rechte und sozialen Ansprüche behalten (Gesundheitsfürsorge, Renten, Ansprüche auf Arbeitslosengeld)?

In welchem Stadium befindet sich die Annahme einer Durchführungsverordnung, die die Verordnung (EWG) Nr. 574/72<sup>(3)</sup> ersetzt und Bestimmungen umfasst, die auf die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Organen und auf die Verbesserung der Verfahren für den Datenaustausch abzielen?

**Jean-Pierre Jouyet**, *amtierender Präsident des Rates*. – (FR) Frau Präsidentin! Als Antwort auf die Frage von Marie Panayotopoulos würde ich sagen, dass ihr der Rat vollkommen zustimmt. Wir müssen so bald wie möglich zu einer Übereinkunft über den Vorschlag einer Verordnung kommen, bei dem es darum geht, Methoden für die Anwendung der Verordnung Nr. 883/2004 für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit zu bestimmen.

Dies bedeutet, dass wir die Bedingungen für die Annahme dieser Verordnung festlegen müssen, damit die Reform der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit möglichst bis Mai 2009 abgeschlossen wird. Dieser Verordnungsvorschlag, der im Januar 2006 von der Kommission eingereicht wurde, wurde von den nachfolgenden Präsidentschaften aufgrund des Umfangs und der äußerst technischen Natur seiner Vorschriften kapitelweise untersucht.

Dank der nicht nachlassenden Anstrengungen der vorhergehenden Präsidentschaften konnten partielle allgemeine Ausrichtungen angenommen werden. Dieses Verfahren wurde im letzten Monat unter der französischen Präsidentschaft mit der Annahme partieller allgemeiner Ausrichtungen für die letzten beiden Kapitel abgeschlossen, bei denen es um Leistungen geht, die bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie im Todesfall fällig sind.

Zwischenzeitlich gab das Parlament im Juli letzten Jahres in erster Lesung seine Stellungnahme ab. Der Rat begrüßt es, mit dem Parlament in vielen Bereichen einer Meinung zu sein. Man erkennt daran die Früchte einer äußerst konstruktiven Zusammenarbeit, die gleich zu Beginn der Analyse dieses Texts zwischen den beiden Institutionen in die Wege geleitet wurde.

Die Annahme eines gemeinsamen Standpunkts für den Verordnungsentwurf stellt für die französische Präsidentschaft einen der wichtigen Schritte dar, die unternommen werden müssen, damit die Unionsbürger in den Genuss eines höheren Maßes an Mobilität kommen. Aus diesem Grund wird die Präsidentschaft alles tun, damit dieser gemeinsame Standpunkt im Rahmen der Sitzung des Rates am 15. Dezember angenommen wird, damit ihn dann das Parlament auf seiner Tagung im Januar nächsten Jahres annehmen kann.

<sup>(2)</sup> ABl. L 166 vom 30.4.2004, S. 1.

<sup>(3)</sup> 2 ABl. L 74 vom 27.3.1972, S. 1.

**Marie Panayotopoulos-Cassiotou (PPE-DE).** - (EL) Frau Präsidentin! Ich möchte dem amtierenden Präsidenten des Rates eine Frage zum neuen Kommissionsvorschlag 2008/414 stellen, bei dem es um die Rechte der Patienten auf grenzübergreifende Leistungen geht.

Welche Haltung vertritt die französische Präsidentschaft im Hinblick auf diesen neuen Vorschlag?

**Jean-Pierre Jouyet.** - (FR) Frau Präsidentin! Für die französische Präsidentschaft ist es klar, dass wir diesen Vorschlag der Kommission unterstützen müssen.

Aus praktischer Sicht erleichtert dieser Vorschlag Personen mit Versicherungsschutz die Abwicklung und sorgt dafür, dass in grenzübergreifenden Situationen schneller reagiert werden kann und auch die Bearbeitungszeit kürzer ausfällt. Dies gilt für Institutionen der unterschiedlichen Sozialversicherungsbereiche wie zum Beispiel im Falle von Arbeitsunfall, Berufskrankheit und Erwerbsunfähigkeit. Wir müssen hinsichtlich der Annahme von Regeln in dieser Hinsicht Fortschritte machen. Wie Sie wissen, hat die französische Präsidentschaft dem Ihnen bekannten Alain Lamassoure eine Frage über Methoden gestellt, durch die sich die Hürden für die grenzüberschreitende Mobilität überwinden lassen. Die Harmonisierung im Sozialversicherungsbereich ist eine der Antworten.

Wir müssen einen gesunden Mittelweg zwischen dem Beibehalten nationaler Traditionen im Sozialversicherungsbereich, die jedem Mitgliedstaat teuer sind, und Änderungen finden, die zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Mobilität erforderlich sind.

In dieser Hinsicht unterstützen wir den von Ihnen erwähnten Vorschlag, und die Präsidentschaft tut unter der Ägide von Xavier Bertrand alles in ihren Kräften Stehende, um seine Annahme zu erreichen.

**Paul Rübig (PPE-DE).** - (DE) Ich glaube, eines der größten Probleme, das wir haben, ist die Doppelbesteuerung in Europa, die natürlich gerade im Bereich der sozialen Sicherheit unerwartet zu zusätzlichen Belastungen aus dem Bereich der Steuern führt. Mich würde interessieren, ob hier eine Initiative der französischen Ratspräsidentschaft zu erwarten ist.

**Avril Doyle (PPE-DE).** - Bedenkt man, dass Überweisungen elektronisch möglich sind und auch elektronische Erstattungen problemlos vonstatten gehen, dann sind die europäischen Institutionen sicherlich dazu berechtigt und fähig, diese Technologie zu nutzen, um das grundlegende Recht des Binnenmarktes, nämlich die Freizügigkeit oder grenzüberschreitende Mobilität unserer Bürger, und hierzu zählen unter anderem auch Behinderte und Rentner, wahrzunehmen. Oder fehlt uns hierzu vielleicht der gemeinsame Wille? Stellt sich irgendein Land gegen die gemeinsame Lösung dieses Problems?

**Jean-Pierre Jouyet.** - (FR) Frau Präsidentin! Ich möchte Paul Rübig und Avril Doyle antworten, da diese Fragen bereits meine Aufmerksamkeit erregt haben.

Zuerst möchte ich sagen, dass Avril Doyle meiner Meinung nach recht hat. Sämtliche Technologien – und vor allem die elektronischen sind hier besonders nützlich – sollten eingesetzt werden, um die Bearbeitung von Patientenakten zu beschleunigen.

Zweitens: Frau Doyle, wir befürworten eine kollektive Lösung, vorausgesetzt, dass wir dadurch nicht im Namen der Mobilität die im Sozialversicherungswesen des jeweiligen Landes geltenden Traditionen gefährden.

Drittens: Ich stimme Paul Rübig zu. Es hat sich herausgestellt, dass im Hinblick auf Probleme bei der Beitragszahlung, also bei der Doppelbesteuerung, noch rechtliche Fragen zu klären sind. Paul Rübig hat recht.

Ich möchte Ihnen hierzu meine persönliche Meinung sagen. Ich habe diese Probleme erst letzte Woche genauer analysiert, da wir aus benachbarten Ländern kommen, Herr Rübig, und denke, dass das Personal in den nationalen Behörden nicht immer entsprechend geschult, zuversichtlich und ausreichend motiviert ist, um diese Art von Problemen zu lösen. Um auf die von Avril Doyle gestellte Frage einzugehen – hierin liegt meiner Meinung nach die tatsächliche Schwierigkeit. Aus diesem Grund ist ein gemeinschaftlicher Ansatz erforderlich. Die Kommission muss sich dafür wirklich stark einsetzen. Auch die Präsidentschaft setzt sich für Fortschritte ein, weil es in jedem einzelnen Mitgliedstaat aus administrativer, bürokratischer und kultureller Sicht an Bereitschaft mangelt.

Das Thema der grenzüberschreitenden Mobilität ist nicht nur für die europäische Integration von großer Bedeutung, sondern auch im Hinblick auf die Entwicklung einer neuen europäischen Generation und darauf, dass wir es einfach unseren Bürgern ermöglichen wollen, die praktischen Vorteile der Europäischen Union

zu erkennen. Bei diesen grenzüberschreitenden Transaktionen gibt es viel zu viele administrative Hürden, vor allem in den Bereichen Sozialwesen und Steuern.

Dies ist ein echtes Problem. Ich denke, dass hierfür auch tiefgreifende Reformen und die Koordinierung zwischen den Institutionen der Gemeinschaft, mit Schwerpunkt auf der Kommission, und den nationalen Behörden erforderlich sind.

**Die Präsidentin.** – Damit ist die Fragestunde beendet.

Die Anfragen, die aus Zeitgründen nicht behandelt wurden, werden schriftlich beantwortet (siehe Anlage).S

*(Die Sitzung wird um 19.05 Uhr unterbrochen und um 21.00 Uhr wieder aufgenommen.)*

### **VORSITZ: MANUEL ANTÓNIO DOS SANTOS**

*Vizepräsident*

## **13. Veröffentlichungs- und Übersetzungspflichten von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen (Aussprache)**

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt folgt der Bericht (A6-0400/2008) von Piia-Noora Kauppi im Namen des Rechtsausschusses über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Ratsrichtlinien 68/151/EWG und 89/666/EG über die Veröffentlichungs- und Übersetzungspflichten von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen (KOM(2008)0194 - C6-0171/2008 - 2008/0083(COD)).

**Piia-Noora Kauppi, Berichterstatterin.** – Herr Präsident! Dieser Bericht ist Teil des Vereinfachungspakets für das Gesellschaftsrecht. Es ist von großer Bedeutung, dass wir in der Europäischen Union versuchen, das Umfeld für Unternehmen so zu vereinfachen, dass sie aufblühen und der europäischen Wirtschaft Wachstum beschieren. Das Ziel besteht darin, den Verwaltungsaufwand im Hinblick auf die Veröffentlichungs- und Übersetzungspflichten von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen zu reduzieren. Der Vorschlag ist Teil des weitreichenden Programms zum Abbau des Verwaltungsaufwands. So könnte man Unternehmensressourcen freisetzen und umlenken, wodurch sich die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften steigern ließe.

Derzeit sind Unternehmen aufgrund der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie verpflichtet, bestimmte Informationen, die in die Handelsregister der Mitgliedstaaten einzutragen sind, in den Amtsblättern zu veröffentlichen. Durch die Veröffentlichung in den Amtsblättern entstehen den Unternehmen meist nur zusätzliche Kosten, ohne dass sich dadurch ein echter Mehrwert ergibt. Dieser Vorschlag zielt daher darauf ab, weitere Veröffentlichungspflichten in nationalem Recht zu vermeiden, durch die den Unternehmen zusätzliche Kosten entstehen.

Auf alle Fälle gibt die Kommission den Mitgliedstaaten aber etwas Flexibilität, was diese weiteren Veröffentlichungspflichten anbelangt. Es ist noch immer möglich, dass Mitgliedstaaten zusätzliche Anforderungen stellen, diese sollten jedoch von einer einmaligen Gebühr abgedeckt werden, die für die neue elektronische Plattform vorgeschlagen wurde.

Alle Mitgliedstaaten sollten über elektronische Plattformen verfügen, auf denen sämtliche Informationen enthalten sind und die den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen, die sich im Register in der elektronischen Datei des jeweiligen Unternehmens befinden. So ließen sich die erforderlichen Informationen zu den Unternehmen auf kostengünstige und einfache Weise bereitstellen. In einigen Mitgliedstaaten sind diese elektronischen Register und Datenbanken bereits vorhanden, aber in anderen hat diese Digitalisierung noch nicht stattgefunden.

Am wichtigsten ist es jedoch, dass diese einmalige Gebühr eingeführt wird, die von den Mitgliedstaaten festgelegt wird und alle Kosten abdeckt, die mit den Veröffentlichungs- und Verwaltungsaufgaben einhergehen. Darüber hinaus sollte diese einmalige Gebühr eventuell zusätzlich vorhandene nationale Auflagen an die Veröffentlichung von Informationen in lokalen und regionalen Zeitungen abdecken.

Der Rechtsausschuss wollte aber auch hinsichtlich dieser Kosten etwas Flexibilität einführen, und wir vertreten jetzt den Standpunkt, dass Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben sollten, zusätzliche Gebühren in Rechnung zu stellen, wenn dafür gute Gründe vorliegen.

Im Hinblick auf die 11. gesellschaftsrechtliche Richtlinie geht es bei diesem Vorschlag um die Auflage, Dokumente, die in den Registern der Firmenniederlassungen hinterlegt werden müssen, übersetzen zu lassen. Bei der Eintragung einer Niederlassung müssen Unternehmen auch bestimmte Informationen in das Register der Firmenniederlassung eintragen. Dies verursacht in Unternehmen häufig beträchtliche Zusatzkosten, weil sie sich nicht nur um die Übersetzung bestimmter Dokumente in die Sprache des Mitgliedstaats kümmern müssen, in der die Niederlassung angesiedelt ist, sondern auch gelegentlich exzessive Auflagen einhalten müssen, die an die Zertifizierung und/oder Beglaubigung dieser Übersetzung gestellt werden. Wir versuchen jetzt, diese Übersetzungsverpflichtungen zu reduzieren, indem Zertifizierung und Beglaubigung abgeschafft werden.

Dadurch sollen die Kosten, die für Übersetzung und Zertifizierung anfallen, auf ein Minimum gesenkt werden. Dies bringt auch Unternehmen Vorteile, da gewisse Kosteneinsparungen erzielt werden und gleichzeitig für zuverlässige Übersetzungen gesorgt wird.

Ich stimme dem Vorschlag der Kommission zu und habe versucht, meine Formulierung so gut wie möglich an den Vorschlag der Kommission anzulehnen. Hier im Parlament konnte basierend auf dem Vorschlag der Kommission jedoch kein Konsens erreicht werden.

Im Bericht haben wir einige Änderungen aufgenommen, um zu klären, wie die Vorschriften zu den Veröffentlichungskosten und die Übersetzungsvorschriften in der Praxis umgesetzt werden sollen. Darüber hinaus haben wir auch einige technische Änderungen eingefügt, um zu gewährleisten, dass die richtigen Querverweise auf die Zweite gesellschaftsrechtliche Richtlinie angebracht werden.

Der Rechtsausschuss hat drei Kompromissänderungsanträge einiger Kollegen eingebracht, die wünschen, dass diese zusätzlichen Veröffentlichungspflichten unter Umständen genehmigt werden, wenn dafür gute Gründe vorliegen. Wir haben sie aber in die Erwägungen aufgenommen und nicht in die Artikel. Es ist meiner Ansicht nach sehr wichtig, dass die Erwägungen eine Empfehlung enthalten, durch die die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, diese Flexibilität zu nutzen. Wir fordern sie jedoch nicht auf, dies zu tun. Sollten die Mitgliedstaaten den Eindruck haben, dass die Unternehmen diese Veröffentlichung im Amtsblatt vornehmen sollten, dann ist ihnen dies überlassen. Wir haben jedoch keine entsprechenden Aufforderungen in die Artikel geschrieben.

Beim zweiten Punkt geht es darum, dass ich persönlich versucht habe, eine Übergangsphase einzuführen, und von ihren Vorzügen bin ich auch jetzt noch überzeugt. Während der Übergangsphase würden diese Veröffentlichungspflichten noch gelten, aber nach Ablauf dieser Frist würden wir nur noch die elektronische Datenbank verwenden. Ich denke, dass dieser Vorschlag einer Übergangsphase auch mit dem Thema des Internetzugangs vereinbar ist, denn in einigen Mitgliedstaaten ist es bekanntlich leichter, Internet zu bekommen, als in anderen. Bis zum Ende der Übergangsphase könnten wir dann vielleicht dafür sorgen, dass die Informationsverteilung in allen Mitgliedstaaten gut genug ist. So könnten wir die Tatsache berücksichtigen, dass der Internetzugang nicht in allen Mitgliedstaaten gleich gut ist.

**Charlie McCreevy, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident! Ich möchte der Berichterstatterin für die Arbeit danken, die sie für dieses Dossier geleistet hat, das sich als komplizierter herausstellte als erwartet. Wir nehmen unsere Verpflichtung, die Regulierungslast für Unternehmen abzubauen, äußerst ernst und sind für die kontinuierliche Ermutigung seitens des Parlaments in dieser Sache dankbar.

Es fällt allerdings schwer, über einige der vorgeschlagenen Änderungsanträge für die Erste gesellschaftsrechtliche Richtlinie nicht enttäuscht zu sein. Lassen Sie mich daran erinnern, dass das Europäische Parlament in seiner Entschliebung vom 12. Dezember 2007 über das Arbeitsprogramm der Kommission für 2008 die Entschlossenheit der Kommission begrüßte, bei Vorhaben auf EU- und nationaler Ebene bis 2012 das Ziel eines Bürokratieabbaus von 25 % zu erreichen. Das Parlament erklärte, dass es diesen Bereich als Schlüsselpriorität für die kommenden Monate betrachte, insbesondere im Hinblick auf KMU, und dass dies ein wichtiger Beitrag zum Erreichen der Lissabon-Ziele sei. Im Parlament hat man daher betont, dass man Legislativvorschläge unter diesem Gesichtspunkt untersuchen würde.

Zudem unterstützte das Parlament in seiner Entschliebung vom 21. Mai 2008 über vereinfachte wirtschaftliche Rahmenbedingungen diesen speziellen Vorschlag für Änderungen an der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie und erklärte sich so damit einverstanden, dass die Veröffentlichung gesetzlich vorgeschriebener Informationen für Unternehmen erleichtert werden sollte. Vor allem hat man sich im Parlament stark für die Nutzung neuer Technologie ausgesprochen.

Durch den jetzt vorgelegten Bericht des Rechtsausschusses wird das Ziel, das beim Vorschlag der Kommission verfolgt wird, jedoch vollkommen untergraben. Bei der Folgenabschätzung der Kommission wird das Senkungspotenzial mit jährlich etwa 600 Millionen Euro veranschlagt. Gemäß dem Berichtsentwurf könnten die Mitgliedstaaten aber nicht nur weiterhin sämtliche bisher vorhandenen Verwaltungslasten beibehalten, sondern auch noch neue hinzufügen. Während der Vorschlag der Kommission auf der Idee basiert, dass die derzeit genutzten umständlichen Veröffentlichungsmethoden durch dieses neue Tool einer elektronischen Plattform ersetzt werden, würden durch den Berichtsentwurf die Verwaltungslasten nicht reduziert, sondern es würden sogar noch neue hinzugefügt.

Das Ziel, das beim Vorschlag der Kommission verfolgt wird, wurde von einer überwältigenden Mehrheit der Akteure unterstützt. Auch eine sehr große Mehrheit der Mitgliedstaaten hat sich im Rahmen der bisher im Rat geführten Diskussionen für diesen Vorschlag ausgesprochen. Nähme man die Richtlinie jedoch in der Form an, die vom Rechtsausschuss vorgeschlagen wurde, würde das die Glaubwürdigkeit des gesamten Programms im Hinblick auf den Abbau des Verwaltungsaufwands gefährden.

Der Rechtsausschuss verfolgt mit seinem Änderungsantrag das Ziel, die Finanzierung von Zeitungen zu sichern, die derzeit von den für Unternehmensveröffentlichungen zu entrichtenden Gebühren abhängen, und dieses Ziel wird von der Kommission im Prinzip mitgetragen. Allerdings müssen andere Arten der Finanzierung gefunden werden. Unternehmen können nicht zur Einhaltung von Veröffentlichungspflichten gezwungen werden, wenn dies in der technologisch geprägten Welt von heute keinen beträchtlichen Mehrwert darstellt.

**Margaritis Schinas**, *Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft und Währung*. – (EL) Herr Präsident! Ich möchte Ihnen im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung mitteilen, welche Meinung wir vertreten. Wir befürworten größtenteils den Hauptanlass dieses Vorschlags der Kommission, der gut strukturiert ist und natürlich darauf abzielt, die Verwaltungslast zu verringern.

Wir denken, dass neben der Übersetzung die Vereinfachung der Verfahren und die Anerkennung von Übersetzungen, die von zertifizierten Übersetzern aus anderen Mitgliedstaaten angefertigt wurden, vollkommen gerechtfertigt sind, und unterstützen diesen Ansatz in jeglicher Hinsicht.

Jetzt komme ich zum Thema Veröffentlichung. Unser Ausschuss vertritt – meiner Meinung nach zu Recht – die Auffassung, die auch vom Rechtsausschuss verteidigt wird: Nicht nur Unternehmen, sondern auch Bürger haben ein Recht auf Informationen. Herr Kommissar! Die Bürger haben leider nicht den Zugang zu elektronischen Medien, von dem in Ihrem ursprünglichen Vorschlag die Rede ist.

Wir leben in einem pluralistischen Europa mit unterschiedlichen Modellen und Werten. Als Kommissar aus Irland wissen Sie, dass das Ergebnis des in Ihrem Land abgehaltenen Referendums, also die Einstellung, die viele Ihrer Landsleute zu einem Modell für ganz Europa haben, uns teuer zu stehen kommt. Wir möchten dieses Modell daher nicht in Europa einführen, da wir sehr genau wissen, dass in meinem Land bzw. in meiner Region nur ein eingeschränkter Zugang zum Internet vorhanden ist. Weshalb sollten wir daher diesen Menschen, diesen Bürgern Europas, das Recht nehmen, sich mittels anderer traditioneller Kanäle über Dinge zu informieren, die für sie wichtig sind?

Herr Kommissar, ich stimme daher mit dem Wirtschaftsausschuss und dem Rechtsausschuss dahingehend überein, dass die elektronische Plattform zu Recht obligatorisch sein muss. Allerdings darf es sich nicht um die einzige Plattform handeln. Wir müssen allen Bürgern Europas den Zugang zu Informationen ermöglichen. Wir wollen keine Situation hervorrufen, in der jemand in einer Region Europas per BlackBerry herausfinden muss, was sich in dieser Region gerade zuträgt, weil dort, wo ich lebe, kaum jemand ein BlackBerry hat.

Ich denke daher, dass Sie als Vertreter der Kommission – und dem Rat sollten wir wohl die gleiche Botschaft übermitteln – die Haltung, die wir einstimmig im Rechtsausschuss und mit einer großen Mehrheit im Wirtschaftsausschuss zum Ausdruck gebracht haben, ernsthaft in Erwägung ziehen sollten. Wenn Sie sie ignorieren möchten, dann würde ich Ihnen raten, darüber noch einmal nachzudenken, weil wir nur durch einen produktiven demokratischen Dialog Lösungen finden werden, die für beide Seiten akzeptabel sind und von denen viele Menschen und nicht nur ein paar wenige profitieren.

**Georgios Papastamkos**, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – (EL) Herr Präsident! Der Europäische Rat hat im März 2008 gefordert, dass neue, im Schnellverfahren durchzuführende Legislativinitiativen ergriffen werden müssen, um so die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Union zu verbessern, und zwar durch Verringerung der Verwaltungspflichten und -kosten. Meiner Meinung nach trägt der Vorschlag

der Kommission für eine Richtlinie, den wir gerade besprechen, wenig zum Erreichen des festgelegten Ziels bei.

Für Unternehmen, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, besteht das Kernproblem darin, dass objektive Bedingungen benötigt werden, durch die sich das Umfeld für die bürokratischen, legislativen und steuerlichen Aspekte generell verbessern lässt, und wir erwarten, dass die Kommission in dieser Hinsicht einen noch größeren Beitrag leistet.

In diesem speziellen Fall werden die Jahresabschlüsse und anderen Finanzberichte hauptsächlich veröffentlicht, damit bei geschäftlichen Aktivitäten dem Grundsatz der Transparenz und Öffentlichkeit entsprochen wird. Die niedrige Verfügbarkeit des Internets in recht vielen Mitgliedstaaten der Union stellt jedoch keine angemessene Garantie dar.

Abgesehen davon würde die Einführung obligatorischer Einträge in rein elektronischem Format auch bedeuten, dass bei den traditionellen Druckmedien Tausende von Stellen für Fachpersonal verloren gingen. Zudem ist die Presse eine wichtige Komponente des Grundsatzes der Transparenz und des demokratischen Lebens in der Union, und der Beitrag, den sie zur Mehrsprachigkeit und Vielfalt der Europäischen Union leistet, steht außer Zweifel.

Ich denke, dass folgende Sicherheitsvorkehrungen die ausgewogene und rationale Lösung darstellen, die wir benötigen: Annahme einer einmaligen Gebühr und Beibehaltung der parallelen Möglichkeit, Informationen in Druckmedien zu veröffentlichen, sowie Einführung eines elektronischen Registers gemäß dem Konsens, für die alle – und hier betone ich das Wort „alle“ – Flügel im Rechtsausschuss gestimmt haben.

Lassen Sie mich abschließend betonen, dass vom Europäischen Parlament erwartet wird, dass es bei Gemeinschaftsgesetzen auf produktive Weise seine Zustimmung erteilt und gleichzeitig in seinem gesetzgeberischen Willen völlig unabhängig bleibt. Dies ist seine Aufgabe. Der Rechtsausschuss wünscht, wie bereits gesagt wurde, dass das Plenum den von Piia-Noora Kauppi, der ich zu ihrer Arbeit gratuliere, erstellten Bericht annimmt.

Ein Nachtrag an Sie, Herr Kommissar. Ich weiß nicht, ob Sie vom Konsensvorschlag des Rechtsausschusses enttäuscht sind. Ich möchte Ihnen aber Folgendes sagen: Ich hoffe aufrichtig, dass sich die Kultur der Zusammenarbeit zwischen der Kommission und dem Europäischen Parlament nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags ändern wird und ändern muss. Darauf warten wir jetzt, und darauf wartet das demokratisch gewählte Europäische Parlament.

**Ieke van den Burg**, im Namen der PSE-Fraktion. – Herr Präsident! Zuerst möchte ich etwas zum Verfahren sagen. Herr Kommissar, es ist schade, dass wir dies nicht heute Morgen besprochen haben, als wir zusammensaßen, weil ich etwas überrascht war, dass Sie in Ihrer Rede an das Parlament jetzt so harsch waren. Beim Verfahren bin ich besonders streng, wenn es darum geht, wie die französische Präsidentschaft mit unseren Vorschlägen umgegangen ist, indem sie keine der Voraussetzungen für Verhandlungen erfüllt bzw. nicht versucht hat, über einen möglichen Kompromiss einen Dialog zu führen.

Für die Kommission gilt dies ebenfalls. Bei dieser Art von Themen ist es normal, dass man sich zusammensetzt und versucht, eine Lösung zu finden, bei der die Anliegen der unterschiedlichen Parteien berücksichtigt werden. Ich bedauere dies sehr und hoffe, dass sich in der Zeit zwischen der Plenarsitzung und der Abstimmung im Ausschuss eine Gelegenheit ergeben wird, entsprechend zu handeln.

Inhaltlich unterscheiden sich unsere Auffassungen meiner Meinung nach nicht so stark. Auch ich bin sehr daran interessiert, dass die Verwaltungslast reduziert wird. Ich habe mich schon immer für das XBRL-Buchhaltungssystem und für diese Art der elektronischen Plattform eingesetzt. Wir sind uns wohl alle einig, dass dies erforderlich ist, gerade weil der Zugang zu elektronischen Tools für die Bürger in einigen Mitgliedstaaten noch nicht so gut ist. Diese zeitlich begrenzte Übergangslösung ist erforderlich, damit Mitgliedstaaten noch die Option haben, die Registrierung auf Papier durchzuführen.

Dies ist wirklich ein temporäres Problem, für das es eine pragmatische Lösung geben könnte. Diese Woche habe ich gehört, dass E-Mail und Internet erst vor 20 Jahren zum ersten Mal genutzt wurden. In 10 oder 20 Jahren wird es also ganz normal sein, dass alles elektronisch bearbeitet wird. Dies ist wirklich nur ein temporäres Problem, das wir nicht aufbauschen sollten. Wir sollten versuchen, eine angemessene, pragmatische Lösung zu finden, und Sie sagen uns ja immer, dass Sie daran ebenfalls interessiert seien.

**Jean-Paul Gauzès (PPE-DE)**. – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Zuerst möchte ich unserer Kollegin Piia-Noora Kauppi für ihren hervorragenden Bericht und ihre Bemühungen

danken, für die unterschiedlichen Themen und vor allem in Bezug auf die Plattform eine vernünftige Lösung zu finden.

Die vorgeschlagene Richtlinie ist Teil einer breiter angelegten Aktion, um den Verwaltungsaufwand von Unternehmen abzubauen, die für sie geltenden Einschränkungen zu reduzieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Selbstverständlich unterstützen wir dieses Ziel, von dem KMU profitieren. Wir sind für die Schaffung einer elektronischen Plattform, auf der sämtliche Informationen zur Verfügung stehen, und für das Prinzip einer einmaligen Gebühr, durch die alle Kosten gedeckt werden, die durch notwendige Veröffentlichungen anfallen.

Es wäre jedoch angebracht, bestmögliche Informationen zur Verfügung zu stellen und zuzulassen, dass die bisherigen Veröffentlichungsmethoden, auf die man auch jetzt noch angewiesen ist, weiter genutzt werden, insbesondere die Druckmedien. Im von der Berichterstatterin nach den Verhandlungen vorgeschlagenen Text, der vom Rechtsausschuss einstimmig angenommen wurde, ist vorgesehen, dass in den Mitgliedstaaten die bisherigen Veröffentlichungsmethoden beibehalten werden können, da die für sie anfallenden Kosten in der einmaligen Gebühr enthalten sind.

Herr Kommissar, wir handeln im Geiste des Vorschlags, indem wir die Plattform obligatorisch machen und das Prinzip einer einmaligen Gebühr beibehalten. Wir haben aber auch die Realität berücksichtigt, dass die IT-Infrastruktur nicht in allen Ländern gleich gut ist und dass bestimmte Informationsgewohnheiten nicht ignoriert werden sollten.

Herr Kommissar, Sie wissen, dass wir die Meinung der Bürger berücksichtigen müssen und Europa nicht als Quelle neuer Einschränkungen oder Schwierigkeiten erscheinen darf. Aus diesem Grund sind wir an der Flexibilität interessiert, durch die der in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten herrschende Realität Rechnung getragen wird, das System aber gleichzeitig auch in Zukunft wirtschaftlich ist.

Herr Kommissar, Sie haben deutlich darauf hingewiesen, dass die Haltung der Kommission durch den Vorschlag des Rechtsausschusses untergraben wird. Ich denke nicht, dass dies so stimmt, und man kann auch nicht sagen, dass durch den Vorschlag des Rechtsausschusses neue Formalitäten eingeführt werden. Das Gegenteil ist der Fall. Man einigte sich darauf, dass bereits vorhandene Formalitäten beibehalten werden sollen, und wir sind natürlich gegen die Einführung neuer Formalitäten.

Herr Kommissar, meiner Ansicht nach muss Europa jetzt zeigen, dass es in der Lage ist, die Bürokratie und den Verwaltungsaufwand abzubauen, gleichzeitig aber die nationalen Identitäten zu respektieren.

**Manuel Medina Ortega (PSE).** – (ES) Herr Präsident, ich möchte der Kommission dafür danken, dass sie diesen Vorschlag eingereicht hat. Ich finde ihn positiv und denke, dass er uns helfen wird, unnötigen Verwaltungsaufwand abzubauen.

Wie meine Vorredner bereits sagten, ist dieses Parlament dazu verpflichtet, die äußerst großzügigen und sehr selbstlosen Vorschläge der Kommission etwas realistischer zu machen. In Wirklichkeit sieht es so aus, dass wir 27 Länder mit unterschiedlichen Rechtssystemen und sehr verschiedenen Sprachen haben. Dies bedeutet, dass wir uns in jedem einzelnen Land an die in diesem Land herrschende Realität anpassen müssen, und hierzu zählt auch das Thema der Sprachen.

Wie gerade erst Jean-Paul Gauzès und vorher auch andere Redner gesagt haben, ist es äußerst wichtig, dass die Anerkennung dieser nationalen Eigenheiten nicht zu höheren Kosten führt, dass die Gebühren einheitlich sind und dass die Regierungen diese Zusatzkosten bei Bedarf tragen.

Da ist aber noch ein anderes Thema, nämlich das der Übersetzungen. Wir haben in der Europäischen Union keine gemeinsame Sprache. In den 27 Ländern werden unterschiedliche Sprachen gesprochen, und manche Länder, wie das des Kommissars, haben sogar mehr als eine Sprache. Damit müssen wir uns abfinden.

In rechtlicher Hinsicht sehen wir uns zudem einer Realität ausgesetzt, in der Rechtsdokumente voneinander abweichen. Im Rechtsausschuss wurde beispielsweise vorgeschlagen, hinsichtlich der Zertifizierung von Dokumenten, und hierzu zählen auch Übersetzungen, Änderungen einzuführen. Der Rechtsausschuss bereitet zurzeit einen Bericht über die Anerkennung zertifizierter Dokumente in unterschiedlichen Ländern der Europäischen Union vor, der diesen Bericht ergänzen soll.

Abschließend möchte ich erwähnen, dass die Kommission meiner Meinung nach gut daran getan hat, diesen Vorschlag einzureichen. Die Berichterstatterin hat hervorragende Arbeit geleistet, und wir alle haben uns bemüht, einen Vorschlag für einen Legislativtext auszuarbeiten, der in der ganzen Union Anklang findet.



Dadurch sollen Rechte garantiert und die Realität berücksichtigt werden, die in einer Union herrscht, welche sich noch immer im Aufbau befindet, denn in den einzelnen Ländern herrschen verschiedene Rechtssysteme, und auch der Zugang zur elektronischen Kommunikation fällt unterschiedlich gut aus.

**Françoise Grossetête (PPE-DE).** - (FR) Herr Präsident! Zuerst möchte ich der Berichterstatterin, Piia-Noora Kauppi, zu ihrer hervorragenden Arbeit gratulieren, da man dank ihrer Initiative im Rechtsausschuss einen Kompromiss finden konnte, der – und dies möchte ich noch einmal betonen, Herr Kommissar, – einstimmig angenommen wurde. Dies ist doch ein klares Zeichen. Hier wird sich der Bedarf der Unternehmen, vor allem der KMU, nach Vereinfachung der Verwaltung mit dem Recht der Bürger auf Informationen vereinbaren lassen, wobei die Mitgliedstaaten noch die Option haben, gewisse Pflichten in Bezug auf die Veröffentlichung bei Bedarf beizubehalten.

Ich bin überzeugt, dass das Europäische Parlament dem Rechtsausschuss folgen wird. In den 27 Mitgliedstaaten hat man eigene Traditionen. In einigen Ländern verwendet man nur noch das Internet. In anderen Ländern nutzt man jedoch noch eher traditionelle Methoden der Kommunikation, also Papier. Diese Traditionen müssen respektiert werden. Lassen Sie uns nicht vergessen, dass 50 % der Bürger Europas keinen Internetzugang haben. Stünden die Informationen nur auf einer einzigen elektronischen Plattform zur Verfügung, würden diejenigen, die keinen Internetzugang haben oder lieber Papier verwenden, nicht in der Lage sein, Informationen über Unternehmen in ihrer Region zu erhalten.

Das Europäische Parlament versteht bestimmt, dass es katastrophale Folgen hätte, wenn man beispielsweise die Veröffentlichung gerichtlicher oder rechtlicher Ankündigungen in regionalen Zeitungen einfach abschaffen würde. Infolgedessen müssen die Mitgliedstaaten unter bestimmten Bedingungen in der Lage sein, die Verbreitung von Informationen über komplementäre Kanäle zu organisieren.

Herr Kommissar, dies ist keine ideologische Debatte. Denken Sie nicht, dass Sie angesichts der derzeitigen Umstände nicht andere Dinge zu tun haben, als etwas zu unterbinden, was in den Mitgliedstaaten gut funktioniert?

Wenn man immer versucht, Dinge zu vereinfachen, besteht manchmal auch die Gefahr, dass man sie letztendlich komplizierter macht. Kosten senken? Ja, aber zu welchem Preis? Die Auflagen vereinfachen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern? Natürlich, aber was passiert mit der Wettbewerbsfähigkeit, wenn die Risiken, die mit der Vereinfachung einhergehen, die wirtschaftliche Lage einer ganzen Branche stark beeinträchtigen? Die Kommission muss unbedingt die Tatsache berücksichtigen, dass wir für Lösungen sind, durch welche die Druckmedien in der Lage sein werden, die derzeitigen Schwierigkeiten hinter sich zu lassen.

Herr Kommissar, Sie sollten den Traditionen der Mitgliedstaaten nicht gleichgültig begegnen. Tun Sie dies, sind Sie für das Risiko verantwortlich, dass eine gewisse Anzahl an Journalisten ihre Stellen verlieren und ein Großteil der Bevölkerung keinen Zugang zu Informationen hat.

Wir sind an einer ausgewogenen Richtlinie interessiert, welche die elektronische Plattform und die einmalige Gebühr beinhaltet. Wir sind davon überzeugt, dass wir diese Lösung gefunden haben, und Sie müssen die Abstimmung des Europäischen Parlaments respektieren.

**Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (PSE).** - (PL) Herr Präsident! Das Europäische Parlament weist schon seit langem auf das Thema der unnötigen und unverhältnismäßig hohen Verwaltungskosten hin, die in europäischen Unternehmen anfallen. Durch diese Kosten wird nicht nur die Geschäftsführung schwierig, sondern sie stellen auch eine Hürde dar, wenn man sich den Herausforderungen stellen möchte, die angesichts des inzwischen starken Wettbewerbs in der Weltwirtschaft herrschen.

Es ist daher erfreulich, dass man sich in der Kommission endlich diesem Thema widmet, indem man vorschlägt, für die Änderungsanträge zur 1. und 11. gesellschaftsrechtlichen Richtlinie das Schnellverfahren anzuwenden. Dadurch lassen sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für europäische Unternehmen schneller verbessern. Im Falle der 1. Richtlinie scheint es durchaus angebracht zu sein, sämtliche Angabepflichten, die sich in Unternehmen kostensteigernd auswirken, aus dem nationalen Recht zu entfernen. Die vorgeschlagene elektronische Plattform, auf der sämtliche Informationen über Unternehmen zur Verfügung stehen, wird eine wirtschaftliche und leicht zugängliche Lösung darstellen, und dies gilt auch für die einmalige Gebühr, durch die alle Kosten abgedeckt werden, unabhängig davon, ob sie administrativer Natur sind oder mit Angabepflichten in Verbindung stehen.

Beim Vorschlag über die 11. gesellschaftsrechtliche Richtlinie geht es um die Übersetzung und Zertifizierung von Dokumenten, die für das Handelsregister einer Niederlassung eines Unternehmens erforderlich sind,

die in einem anderen Mitgliedstaat gegründet wurde. Die gegenseitige Anerkennung von Übersetzungen, die von der Kommission zum Abbau des Verwaltungsaufwands vorgeschlagen wurde, wird zweifelsohne dazu beitragen, die Kosten für die Unternehmen zu reduzieren und gleichzeitig die Zuverlässigkeit der Übersetzungen zu gewährleisten. Abschließend möchte ich der Berichterstatterin Piia-Noora Kauppi zu ihrem hervorragenden Bericht gratulieren.

**Costas Botopoulos (PSE).** - (EL) Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich möchte das Privileg des letzten Redners nutzen, um eine politische und zwei technische Anmerkungen zu der von uns besprochenen Richtlinie zu machen.

Meine politische Anmerkung ist die, dass wir heute im Europäischen Parlament einen seltenen Moment erleben: Es herrscht in allen Flügeln – von rechts bis links – vollständige Einigkeit darüber, in welche Richtung sich eine spezifische Legislativinitiative entwickeln soll. Zahlreiche Abgeordnete haben darauf bereits hingewiesen, und auch ich möchte betonen, dass dies selten der Fall ist und bei der endgültigen Entscheidung der Kommission unbedingt berücksichtigt werden muss.

Wir untergraben den Vorschlag der Kommission nicht. Wir versuchen, ihn zu modernisieren und ihn humaner, logischer und praktischer zu machen. Dies war meine politische Anmerkung.

Nun zu meinen beiden kurzen technischen Anmerkungen: Zum Thema der Veröffentlichung haben Abgeordnete gesagt, und dem stimme ich zu, dass es völlig fair und richtig sei, Mitgliedstaaten, in denen der Internetzugang stark eingeschränkt ist, die Möglichkeit zu geben, neben der allgemeinen Regel der elektronischen Veröffentlichung aus deutlichen gesellschaftlichen und finanziellen Gründen die Veröffentlichung in der Presse zu vorzunehmen.

Auch über das Thema der Übersetzungen, bei dem es absolut kein Problem gibt, möchte ich kurz sprechen. Die Option, nur eine anerkannte Übersetzung zu haben, stellt für uns eine praktische Lösung dar. Beim Thema der Übersetzungen geht es weder um Sprache noch um Transparenz oder Stil. Es handelt sich um ein praktisches Problem, das sich sehr leicht durch die Anerkennung der Übersetzung lösen lässt.

Man muss daher zwischen politischen und fachlichen Themen unterscheiden. Wir untergraben den Vorschlag nicht, sondern verbessern ihn.

**Charlie McCreevy, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident! Zu Beginn möchte ich erwähnen, dass ich gerne darauf eingegangen wäre, wenn Ieke van den Burg das Thema heute Morgen zur Sprache gebracht hätte. Ich habe Sie gefragt, ob Sie noch irgendwelche Themen besprechen wollen. Hätten Sie diese Gelegenheit wahrgenommen, hätte ich mich gern mit Ihnen darüber unterhalten. Dabei hätte es sich um ein beliebiges Thema handeln können, selbst das irische Wetter. Ich bin in dieser Hinsicht offen.

Ich habe überhaupt kein Problem damit, wie sich das Europäische Parlament entscheidet, denn das ist Ihre Aufgabe, das müssen Sie tun. Allerdings dürfen wir den Hintergrund zu diesem Vorschlag nicht vergessen, und, da ich ja auch Ihre Haltung schätze, bitte ich Sie, meine ebenfalls zu schätzen.

Dieser Vorschlag wurde eingereicht, um den Verwaltungsaufwand von Kleinunternehmen zu reduzieren. Er ist ein Bestandteil des Vorhabens, das Geschäftsumfeld zu vereinfachen. Laut Schätzungen könnten die Kosten durch diesen Vorschlag jährlich um 600 Millionen Euro reduziert werden. Der Grund für diesen Vorschlag war also, dass wir die Verwaltungskosten für Kleinunternehmen senken wollen. Wie ich bereits bei meinen vorherigen Bemerkungen gesagt habe, wurde das gesamte Projekt der Kostensenkung vom Europäischen Parlament in unterschiedlichen Entschlüssen begrüßt.

Dies ist also der Kontext für die Einreichung dieses Vorschlags. Hintergrund für diesen Vorschlag ist die Senkung der Verwaltungskosten und eine Vereinfachung für Kleinunternehmen.

Sie können von mir dann wohl kaum erwarten, dass ich Änderungsanträgen des Europäischen Parlaments zustimme, die in eine entgegengesetzte Richtung zielen und die Verwaltungskosten nicht reduzieren, sondern erhöhen. Ist das Europäische Parlament der Auffassung, dass in diesem Fall die Vorteile überwiegen, wenn man die bisherige Meinung aufrechterhält, dann kann man nichts machen. Dies ist eine völlig legitime Ansicht. Allerdings lässt sich dies nicht mit dem ursprünglichen Ziel in Einklang bringen, nämlich die Kosten zu senken. Wenn das Parlament und andere der Meinung sind, dass man aufgrund all der Gründe, die Sie aufgeführt haben, dabei bleiben sollte, können Sie von mir nicht erwarten, dass ich aufstehe und Ihnen dahingehend zustimme, dass sich die Verwaltungskosten senken lassen, wo doch genau das Gegenteil der Fall sein wird.

Die von den beiden Ausschüssen des Europäischen Parlaments eingereichten Änderungsanträge bedeuten, dass die Mitgliedstaaten nach Annahme dieser Richtlinie nur eine Änderung umsetzen müssen, und zwar wäre die Nutzung einer elektronischen Plattform obligatorisch. Die derzeit anfallenden Verwaltungskosten würden sich nicht senken lassen, obwohl wir bei unserem ursprünglichen Vorschlag davon ausgingen, dass – wie ich bereits gesagt habe – laut der Folgeneinschätzung Einsparungen in Höhe von jährlich 600 Millionen Euro möglich wären. Würden wir eine Richtlinie annehmen, die nicht zu einer Reduzierung führt, sondern nur zu kosmetischen Änderungen, würde man definitiv ein schlechtes Signal geben, was den Abbau des von uns besprochenen Verwaltungsaufwands insgesamt betrifft.

Ich möchte die Abgeordneten des Europäischen Parlaments daher bitten, auch meine Haltung zu respektieren. Vertritt man im Parlament diese spezielle Haltung – und morgen wird darüber eine Abstimmung stattfinden –, dann ist dies Ihre Meinung, zu der Sie natürlich berechtigt sind. Damit habe ich kein Problem. Sie müssen aber auch meine Meinung respektieren. Ich kann ja wohl kaum Änderungsanträge annehmen, die genau das Gegenteil von dem bewirken, was wir zu Beginn mit unserem ursprünglichen Vorschlag beabsichtigt haben. Darüber sollten wir uns nicht streiten, aber ich kann nicht die Logik außer Acht lassen und sagen, dass das Europäische Parlament richtig handelt, weil die Verwaltungskosten ansteigen werden, anstatt zu fallen.

Ich kann mir die Gründe anhören, die Sie zur Beibehaltung der Position vorbringen, und sie enthalten vielleicht auch einige gültige Argumente, aber deshalb haben wir diesen Vorschlag nicht eingereicht. Ergo: *C'est la vie!*

**Piia-Noora Kauppi, Berichterstatterin.** – Herr Präsident! Ich möchte etwas zum Verfahren sagen. Ieke van den Burg hat bereits erwähnt, dass das Verhalten der französischen Präsidentschaft in Bezug auf dieses Dossier nicht gerade löblich war. Wir haben mehrmals versucht, Gelegenheiten für Trilogtreffen vorzuschlagen, auf denen man mögliche Kompromisslösungen besprechen könnte. Leider war die französische Präsidentschaft nicht bereit, an diesen Treffen teilzunehmen. Man ist nicht bereit, in der Ratsarbeitsgruppe Treffen zu veranstalten, um zu besprechen, wie vorgegangen werden sollte. Auch heute ist die Präsidentschaft nicht anwesend, um mit uns dieses äußerst wichtige Thema zu besprechen.

Die Haltung des Rechtsausschusses bietet den Mitgliedstaaten viel Flexibilität, und zwar wesentlich mehr Flexibilität, als meiner Ansicht nach nötig gewesen wäre. Die Position des Rechtsausschusses bringt uns jedoch an die Grenzen des Möglichen. Dies ist der einzige Vorschlag, der dem Parlament derzeit vorliegt. Meiner Meinung nach müssen wir in die zweite Lesung gehen, wenn der Rat die Position des Parlaments, das heißt, die Position des Rechtsausschusses, über die gemäß unserer Forderung morgen abgestimmt wird, nicht annehmen kann.

Wir können nicht zulassen, dass der Rat gegen uns antritt. Wenn der Vorschlag nicht in der Form angenommen wird, in der morgen im Parlament über ihn abgestimmt wird, wird sich das Verfahren sicherlich verzögern. Vielleicht werden wir es nicht schaffen, das Projekt noch vor den Wahlen abzuschließen, und es besteht auch die Gefahr, dass die Kommission den Vorschlag zurückzieht. Ich fände es sehr enttäuschend, wenn der Rat keine qualifizierte Mehrheit hätte und man keine Vorschläge unterbreiten würde, die zu einem Kompromiss führen.

Wir sind bereit, über Kompromisse zu diskutieren. Ich persönlich wäre sehr froh darüber, wenn der Rat im Rahmen der Trilogtreffen Vorschläge machen würde, die als Grundlage für einen Kompromiss dienen könnten, aber er versteckt sich, er nimmt nicht an Treffen teil, und er veranstaltet keine Trilogie. Dies bringt uns in eine äußerst schwierige Situation.

Deshalb bin ich über die Verfahrensgespräche verärgert. Ich hoffe, dass die Kommission den Vorschlag nicht zurückzieht. Ich hoffe auch, dass sich noch eine Gelegenheit ergeben wird, einen Kompromiss einzugehen, mit dem alle Mitgliedstaaten und auch das Europäische Parlament einverstanden sind.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt morgen.

## 14. Europäische Statistiken (Aussprache)

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt folgt der Bericht (A6-0349/2008) von Andreas Schwab im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Statistiken (KOM(2007)0625 - C6-0346/2007 - 2007/0220(COD)).

**Andreas Schwab**, *Berichterstatter*. – (DE) Herr Präsident, Herr Kommissar! Zunächst einmal tut es mir leid, dass Kommissar McCreevy den Saal jetzt verlässt, weil er bei diesem Dossier den Abschluss einer ganz erfolgreichen und relativ langwierigen Prozedur mit dem Europäischen Parlament hätte miterleben können. Das ist nun Ihnen, Herr Kommissar Almunia, vorbehalten. Ich freue mich, dass wir heute ein erfolgreiches, langwieriges Verfahren sehr einvernehmlich in erster Lesung zum Abschluss bringen dürfen. Ich darf zu Beginn auch – und das ist anders als beim vorhergehenden Dossier – der slowenischen aber auch der französischen Ratspräsidentschaft für die nachhaltigen und teilweise auch schwierigen Verhandlungen danken, die Sie geführt haben, um hier zu einem Kompromiss zu kommen.

Es geht allerdings bei diesem Dossier auch um die Verringerung von Verwaltungslasten im Bereich der Statistik in der Europäischen Union und damit auch bei den Unternehmen vor Ort. Deswegen glaube ich, dass wir diesen Bericht in den Kontext des Bürokratieabbaus stellen dürfen. In Deutschland beispielsweise liegt der Anteil der Kosten für die amtliche Statistik nach Berechnungen des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* bei einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung unter 10 % der gesamten Bürokratiebelastung. Das sind ungefähr 230 Millionen Euro. Wenn wir hier als Europäische Union wirklich angreifen können, glaube ich, dass wir mit der Reduzierung der Statistikpflichten einen wichtigen Schritt zu weniger Bürokratie leisten. Ihnen, Herr Kommissar Almunia, für Ihren Vorschlag herzlichen Dank.

Nun konkret zur neuen Verordnung über europäische Statistik. Die Verordnung über europäische Statistik stellt das rechtliche Rückgrat für die Erstellung von Statistiken auf europäischer Ebene dar und überarbeitet den bestehenden grundlegenden Rechtsrahmen für die Erstellung von Statistiken auf europäischer Ebene. Auch wenn die Schattenberichterstatter der anderen Fraktionen heute Abend nicht zugegen sind, so möchte ich Ihnen an dieser Stelle dennoch herzlich für die gute Zusammenarbeit danken. Es waren keine einfachen Gespräche, aber sie waren am Ende erfolgreich.

Der Vorschlag ist Teil einer Reihe von Regelungen, die die Kommission in der laufenden Legislaturperiode im Bereich der Erstellung und Verbreitung von Statistiken erlassen hat und die im Ausschuss für Wirtschaft und Währung beraten wurden. Inhaltlich werden wir mit diesem Verordnungsvorschlag folgende Änderungen durchführen: Wir werden das europäische statistische System neu definieren und seine Tätigkeiten im Gemeinschaftsrecht verankern. Wir werden die Funktionen der nationalen statistischen Ämter im europäischen statistischen System festlegen, gleichzeitig aber die volle Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in den Mitgliedstaaten beibehalten, wie es vorgeschrieben ist, und eine Erwähnung des Verhaltenskodex für europäische Statistiken und dessen Verankerung im Gemeinschaftsrecht anstreben. Insoweit gibt es eine Antwort auf die schwierige Situation der Statistik nach der Einführung des Euro in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der Vorschlag richtet zu guter Letzt zwei getrennte Gremien ein: eine so genannte ESS-Partnerschaftsgruppe und einen ESS-Ausschuss, die beide den bisherigen Ausschuss für das statistische Programm ersetzen.

Das klare Ausschussvotum und ein erfolgreicher Trilog beweisen, dass hier Gesetzgebung aus einem Guss gemacht wurde. Ich möchte in den verbleibenden Minuten dieses gesetzgeberische Projekt nochmals an zwei wichtigen Stellen darstellen. Wir haben sicherstellen können, dass Eurostat mittels dieser Verordnung in Zukunft uneingeschränkten schnelleren Zugang zu allen statistischen Daten, die für die Erhebung wichtiger volkswirtschaftlicher Kriterien erforderlich sind, bekommt. Wir werden damit ein Stück mehr Transparenz in die Statistik auf europäischer Ebene bringen und damit auch die Eurozone ein Stück weit wettbewerbsfähiger machen. Das sind gerade vor dem Hintergrund der Finanzkrise und schwieriger Diskussionen über das statistische System gute Nachrichten.

Zum Zweiten glaube ich, dass es sehr wichtig ist, dass wir mit diesem Bericht die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Statistik weiter stärken. Das ist ein positives Signal für die in diesem Bereich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zuletzt bin ich dankbar, dass es gelungen ist, einen Kompromiss mit allen Mitgliedstaaten zu finden. Ich weiß – auch wenn die Bänke des Rates heute Abend leer sind –, dass es für viele nicht einfach war, aber ich glaube, dass wir mit diesem Verordnungsvorschlag alle Beteiligten zufriedenstellen können und mit der Regelung zufrieden sein können. Ihnen danke ich für die Aufmerksamkeit und für die gute Zusammenarbeit.

**Joaquín Almunia**, *Mitglied der Kommission*. – (ES) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Offizielle Statistiken spielen in der Gesellschaft von heute zweifelsohne eine wesentliche Rolle. Institutionen, politische Entscheidungsträger, Wirtschaftsakteure, Märkte und Menschen verlassen sich stark auf Statistiken, wenn es darum geht, die Entwicklung im wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie in anderen Bereichen so genau wie möglich zu beschreiben.

Die Transparenz und Offenheit politischer Entscheidungen lässt sich durch statistische Informationen untermauern, und offizielle Statistiken stellen daher ein öffentliches Gut dar, das eine Grundlage für das reibungslose Funktionieren der Demokratie darstellt. Auf europäischer Ebene sind europäische Statistiken immer wichtiger, wenn es um die Entwicklung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung politischer Strategien geht, die hier im Parlament und im Rat beschlossen werden. Dies spiegelt sich im Kommissionsvorschlag wider.

Das Ziel des heute diskutierten Vorschlags der Kommission ist es, den grundlegenden Rechtsrahmen zu überarbeiten, der für die Erstellung von Statistiken in Europa gilt. Ich begrüße die gründliche Arbeit, die in einem konstruktiven Geist vom Parlament und insbesondere von Andreas Schwab als Berichterstatter, Elisa Ferreira, die hier heute durch Ieke van den Burg vertreten wird, und Margarita Starkevičiūtė geleistet wurde, die diese Aussprache in Zusammenarbeit mit Eurostat und der Kommission vorbereitet haben.

Dieser Überarbeitung gehen gesellschaftliche Veränderungen und die Notwendigkeit voraus, die Funktion des Europäischen Statistischen Systems (ESS) genauer zu definieren. Die letzte Verordnung zu diesem Thema stammt aus dem Jahr 1997, und da sich seitdem vieles geändert hat, ist eine Überarbeitung erforderlich. Durch die Überarbeitung wird der bereits etablierten Zusammenarbeit zwischen den nationalen Statistikinstituten der 27 Mitgliedstaaten und Eurostat neues Leben eingehaucht, und sie wird zweifelsohne die Grundlage bieten, um sich den in Zukunft auftretenden statistischen Herausforderungen zu stellen.

Darüber hinaus stellt diese Überarbeitung den Höhepunkt einer Reihe von Maßnahmen dar, die von der Kommission mit Unterstützung von Parlament und Rat seit 2005 zur Modernisierung der Funktionsweise des Europäischen Statistischen Systems ergriffen wurden. In diesem Zuge wurden das Europäische Beratungsgremium für die Statistische Governance und der Europäische Beratende Ausschuss für Statistik gegründet, die bald ihre Arbeit aufnehmen werden.

In dieser Hinsicht müssen die Statistikbehörden – wie in der neuen Verordnung vorgeschlagen wird – fachliche Unabhängigkeit genießen, unparteiisch sein und hochwertige europäische Statistiken erstellen können, damit diesen Statistiken mehr Vertrauen geschenkt wird. Dabei sind die Grundsätze zu berücksichtigen, die im Verhaltenskodex für europäische Statistiken enthalten sind, der von der Kommission in ihrer Verordnung über die Unabhängigkeit, Integrität und Rechenschaftspflicht der Statistikbehörden der einzelnen Länder und der Gemeinschaft bestätigt wurde.

Bei den Grundsätzen, die für den Vorschlag der Kommission als Grundlage galten und im Bericht von Andreas Schwab aufgeführt sind, sollte ich auch das Ziel erwähnen, dass die geplanten Verbesserungen des Regulierungsumfelds für europäische Statistiken der Notwendigkeit entsprechen sollten, die Rückmeldepflichten für Unternehmen zu reduzieren und dazu beizutragen, dass das allgemeinere Ziel des Abbaus des Verwaltungsaufwands auf europäischer Ebene erreicht wird.

Herr Präsident! Abschließend möchte ich noch einmal dem Berichterstatter Andreas Schwab und dem gesamten Ausschuss für Wirtschaft und Währung für die hervorragende Arbeit danken, durch die sie der Union eine solidere und zuverlässigere Statistikstruktur geben wollen. Dies wird, zusammen mit vollkommener Sicherheit, in Krisenzeiten wie diesen äußerst nützlich sein, da die Erstellung von Statistiken – vor allem der für die Staatshaushalte – eine immer größere Rolle spielt.

**Ieke van den Burg, im Namen der PSE-Fraktion.** – Herr Präsident! Es gibt Zeiten, in denen Politiker vielleicht den Wunsch haben, auf Statistiken Einfluss zu nehmen. Momentan befinden wir uns in solch einer Zeit. Wenn die Wirtschaftsstatistiken so schlecht sind, neigt man vielleicht dazu, sie wegschieben zu wollen und davon zu träumen, dass die Realität anders ist und sich beispielsweise die Verbraucher nicht von diesen Zahlen beeinflussen lassen.

Ich stimme all denen zu, die sich bereits zu diesem Bericht geäußert haben. Korrekte, richtige und faire Statistiken sind für die Politik tatsächlich ein wichtiges Instrument, und dies ist ein wichtiger Grund dafür, dass diese Statistiken von unabhängigen Statistikgremien vorgelegt werden sollten.

Ich möchte auch dem Berichterstatter und der Kommission zu den für diese Verordnung eingereichten Vorschlägen gratulieren. Die Zusammenarbeit mit dem Rat war gut, um Kompromisse zu finden zu dem, was hier in diesem Dokument steht. Wir brauchen diese unabhängigen Gremien als eindeutige Kontaktstelle für die Kommission in den Mitgliedstaaten, und im Rahmen dieses europäischen statistischen Systems muss der Verhaltenskodex für Statistiken, der von Fachleuten ausgearbeitet wurde, in die europäische Gesetzgebung aufgenommen werden. Ich denke, dass dies eine gute Leistung war, und hoffe, dass es wirklich funktionieren

und uns helfen wird, in Zukunft bessere Statistiken zu erstellen und uns der bevorstehenden Rezession zu stellen, damit wir deutlichere Maßnahmen ausarbeiten können, um dieser Rezession entgegenzuwirken.

**Margarita Starkevičiūtė, im Namen der ALDE-Fraktion. – (LT)** Wir beschäftigen uns mit einem sehr wichtigen Dokument, das helfen soll, das Europäische Statistische System zu reformieren. Wie meine Kollegen dies bereits getan haben, möchte auch ich betonen, dass der Berichtersteller des Europäischen Parlaments, die Arbeitsgruppe für die statistische Reform und Experten aus dem Rat, der Präsidentschaft und der Kommission bei der Vorbereitung dieses Dokuments sehr gründlich vorgegangen sind. Dies ist ein hervorragendes Beispiel für unsere gemeinsamen Anstrengungen. In den letzten Tagen haben wir uns aufgrund zahlreicher Probleme vielleicht manchmal gegenseitig beschuldigt, aber wenn wir alle zusammenarbeiten, können wir wirklich gute Ergebnisse erreichen. Die ALDE-Fraktion unterstützt den eingereichten Vorschlag und hofft, dass so die für den Bereich der Statistiken geltenden Vorschriften festgelegt werden.

Vor allem müssen Statistiken zuverlässig sein und dürfen nicht von den unterschiedlichen Interessengruppen beeinflusst werden. Auch heute noch kommen gelegentlich Zweifel auf, und häufig geht es dabei um die Qualität der Statistiken, die für Staatsfinanzen erstellt werden. Im Hinblick auf Finanzmarktstatistiken bestehen Probleme der Vertraulichkeit, und in diesem Fall müssen wir auch mit der Europäischen Zentralbank zusammenarbeiten.

Die Qualität statistischer Daten hängt nicht nur davon ab, wie gut die von spezialisierten Institutionen geleistete Arbeit ist, sondern auch von den verwendeten Methoden. Wir sind dafür, dass sich akademische Institutionen aktiver an der Erstellung von Statistiken beteiligen.

Die Erfassung statistischer Daten muss effektiver organisiert werden, indem Daten verwendet werden, die bereits in staatlichen Registern vorhanden sind, und es müssen verallgemeinerte Methoden angewandt werden. So lässt sich der Verwaltungsaufwand der Unternehmen beim Erstellen statistischer Berichte reduzieren. In diesem Bereich gibt es sicherlich viele noch ungenutzte Reserven.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist in der heutigen Welt dynamisch, weshalb statistische Daten effektiver bereitgestellt werden sollten, damit schneller Entscheidungen getroffen werden können. Hoffentlich wird die statistische Reform auch zur Lösung dieses Problems beitragen.

Das Europäische Statistische Programm wird aus dem Haushalt der Europäischen Union finanziert. Ich hoffe, dass die vorgelegten Vorschläge helfen werden, diese Programme besser zu koordinieren, denn dadurch könnte das Kapital der Gemeinschaft effektiver eingesetzt werden.

**Joaquín Almunia, Mitglied der Kommission. – (ES)** Herr Präsident! Ich möchte nur noch einmal dem Berichtersteller und den Abgeordneten, die gerade gesprochen haben, für ihre hervorragende Arbeit danken. Wie Margarita Starkevičiūtė schon gesagt hat, solche Ergebnisse lassen sich durch Zusammenarbeit erzielen, und davon profitiert letztendlich jeder. Wir alle hoffen, dass wir unseren Bürgern durch diese hervorragenden Statistiken bald gute Nachrichten über die Wirtschaftslage überbringen können.

**Andreas Schwab, Berichtersteller. – (DE)** Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für die konstruktiven Kommentare jetzt am Ende und vor allem für die konstruktive Zusammenarbeit. Ich möchte nun nichts mehr wiederholen, was bereits gesagt wurde. Deswegen würde ich gerne zwei Punkte ansprechen, die aus meiner Sicht im Nachgang zu dieser Berichtsdebatte durchdacht werden sollten. Zum einen ist es ja so, dass wir uns hier mit Artikel 285 des EU-Vertrags beschäftigen haben, der von der wissenschaftlichen Unabhängigkeit der statistischen Behörden spricht. Wir haben jetzt in diesem Bericht sehr stark auch die fachliche Unabhängigkeit herausgestellt, weil wir festgestellt haben, dass es hier in der Vergangenheit Schwierigkeiten gab. Das müsste möglicherweise irgendwann auch im Primärrecht entsprechend verankert werden, damit hier auf Dauer Klarheit herrscht. Ich möchte allerdings auch ausdrücklich hinzufügen, dass das für das deutsche Recht nicht bedeutet, dass es eine fachaufsichtsrechtliche Unabhängigkeit geben kann.

Zweitens haben wir in diesem Bericht sehr stark die Prioritätensetzung bei der Ermittlung statistischer Daten und auch bei deren Erfassung in den Vordergrund gestellt. Frau Starkevičiūtė hat darauf auch hingewiesen. Lieber Kommissar Almunia, ich hoffe, dass wir durch diese Prioritätensetzung auch dazu kommen können, die statistischen Lasten für mittelständische Betriebe mittelfristig zu senken, weil wir einfach noch viel zielgenauer nach den Daten suchen können, die wir wirklich für unsere Statistik brauchen. In diesem Sinne herzlichen Dank. Ich hoffe, dass wir morgen eine schnelle Abstimmung hinbekommen.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt morgen.

## **15. Fazilität zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten - Finanzielle Unterstützung der Mitgliedstaaten (Aussprache)**

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache über:

- den Bericht (A6-0450/2008) von Pervenche Berès im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 332/2002, wodurch eine Fazilität zur mittelfristigen Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten eingerichtet werden soll (KOM(2008)0717 - C6-0389/2008 - 2008/0208(CNS));

- die Erklärung der Kommission über die finanzielle Unterstützung der Mitgliedstaaten.

**Pervenche Berès, Berichterstatterin.** – (FR) Herr Präsident! Unter diesem undurchsichtigen Titel beurteilt jeder die Bedeutung der Diskussion, die wir heute Abend führen, nachdem Ungarn finanzielle Unterstützung gefordert hat, und zwar zuerst beim Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Europäische Union hat die Bedingungen analysiert, unter denen einem der Mitgliedstaaten Unterstützung gewährt werden könnte.

Es stimmt, dass die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung darüber gesprochen haben, weshalb sich Ungarn zuerst an den IWF wandte. Dies ist ein Thema, das Ungarn als Land und jahrelanges Mitglied der Europäischen Union und auch die Institutionen der Europäischen Union angeht, und zwar in der Hinsicht, dass wir bisher offenbar nicht ausreichend in der Lage waren, ein Klima des Vertrauens, der Solidarität und der Zusammenarbeit zu schaffen, damit ein Land wie Ungarn angesichts seiner schwierigen Situation die Europäische Union als ersten Ansprechpartner betrachtet.

Ich denke, dass der Plan, mit dem man basierend auf Artikel 119 eine Fazilität zur Stützung der Zahlungsbilanzen einrichten möchte und der auf die Initiative der Kommission und von Joaquín Almunia zurückgeht – dem ich hiermit danken möchte –, ermöglichen wird, zusammen mit dem IWF eine angemessene Lösung zu finden.

Wir denken jetzt offensichtlich alle, dass Ungarn leider kein Einzelfall ist, und müssen auf irgendeine Weise die Grundlage konsolidieren, die es der Europäischen Union ermöglichen wird, auf solche Forderungen einzugehen.

In der EntschlieÙung, die wir im Ausschuss für Wirtschaft und Währung angenommen haben und die hoffentlich morgen in der Plenarversammlung unterstützt wird, fordern wir die Kommission auf, zu untersuchen, ob und gegebenenfalls wie die Banken einiger Mitgliedstaaten der Union zur Verschlimmerung dieser Situation beigetragen haben. Meiner Ansicht nach sind diese Informationen für das Europäische Parlament im Hinblick auf die bevorstehende Aussprache wichtig, und die Gruppe von Jacques de Larosière wird sie zweifelsohne anschließend analysieren.

Wir haben auch erwähnt, dass wir im Grunde denken, dass der Vorschlag des Rates eingebracht wurde, um Hilfen auf einen bestimmten Schwellenwert anzuheben, was wir in der Annahme akzeptiert haben, dass dies vielleicht nicht die letzte Diskussion sein wird, die wir mit der Kommission führen werden. Zu diesem Zeitpunkt sehen wir ein, dass dies im Rahmen der mit dem Rat geführten Verhandlungen die Grundlage für eine Übereinkunft ist, weshalb wir diese Situation akzeptieren.

In Zukunft hoffen wir, dass die Europäische Kommission, der Rat und das Parlament diese Beträge regelmäßig genehmigen werden, weil wir im Jahr 2002 – als das Europäische Parlament über die Verordnung abstimmte, die wir jetzt ändern wollen – forderten, dass eine regelmäßige Aktualisierung durchgeführt werden sollte. Leider ist es nun ganz offenkundig, dass wir damit richtig lagen. Herr Kommissar, wir fordern diesen Punkt jetzt erneut, und es ist meiner Ansicht nach angebracht, dass er auf diese Art und Weise gelöst wird.

Abschließend ist zu sagen, dass ich im Ausschuss für Wirtschaft und Währung gefordert habe, dass uns die Instrumente und Prozesse von Artikel 100 des Vertrags in die Lage versetzen sollten, einige Mitgliedstaaten breiter zu unterstützen und nicht nur, wenn Probleme mit der Zahlungsbilanz auftreten. Leider erhielt ich in dieser Angelegenheit vom Ausschuss für Wirtschaft und Währung keine Unterstützung, aber ich nutze meine Position als Berichterstatter, um die Kommission dringend aufzufordern, diese Möglichkeit zu untersuchen, die uns im Vertrag angeboten wird, die wir bisher aber nicht voll genutzt haben.

**Joaquín Almunia, Mitglied der Kommission.** – (ES) Herr Präsident, Frau Berès, meine Damen und Herren! Als die Gründungsväter der Europäischen Union den Römischen Vertrag verfassten, waren sie so weitsichtig, in einen der Artikel einen Mechanismus aufzunehmen, durch den Mitgliedstaaten geholfen werden kann, deren Zahlungsbilanzen ernsthaft bedroht sind.

Diese Weitsicht, die in diesem Artikel des Römischen Vertrags steckt, wurde bei nachfolgenden Vertragsreformen beibehalten und stellt nun Artikel 119 des derzeitigen Vertrags dar. Nachdem diese Rechtsgrundlage jahrelang ungenutzt blieb, wurde sie von der Kommission nun herangezogen, um einem Mitgliedstaat zu helfen, der auf diese Unterstützung dringend angewiesen war, nämlich Ungarn.

Dieser Artikel des Vertrags wurde durch eine Verordnung aus dem Jahr 2002 ausgearbeitet. Auf diese Verordnung haben wir jetzt im Falle Ungarns zurückgegriffen, und wir schlagen nun vor, sie in Bezug auf den Höchstbetrag zu ändern, der Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden kann, die sich dieser Art von Problem ausgesetzt sehen.

Gestern haben wir hier in diesem Parlament das zehnjährige Bestehen der Wirtschafts- und Währungsunion diskutiert. Heute Nachmittag ging es um die Wirtschaftslage. Gestern und auch heute haben wir uns über die Probleme unterhalten, die durch diese Situation verursacht wurden, und leider gibt es einige EU-Mitgliedstaaten, die nicht Teil der Eurozone sind und deren makroökonomische und finanzielle Ungleichgewichte sie angesichts des Marktdrucks in eine besonders gefährdete Position bringen.

Im Falle Ungarns und angesichts dieser Schwierigkeiten haben sich die ungarischen Behörden irgendwann an den Internationalen Währungsfonds (IWF) gewandt. Der Kontakt mit der Europäischen Kommission erfolgte gleich nach der Kontaktaufnahme mit dem IWF.

Wie ich den ungarischen Behörden mitteilte, sollte ein Mitgliedstaat anders vorgehen. Logischerweise sollte man sich zuerst an die europäischen Behörden und dann bei Bedarf – und im Falle Ungarn war diese Kondition definitiv gegeben – gemeinsam an den IWF wenden.

Ich muss Ihnen allen sagen, dass der IWF und sein Geschäftsführer, Dominique Strauss-Kahn, für diese Zusammenarbeit zwischen dem IWF und der Europäischen Kommission, den europäischen Behörden und den EU-Mitgliedstaaten, die der Eurozone angehören und auf die vom IWF angebotene Unterstützung zurückgreifen müssen, absolut offen waren.

Im Falle Ungarns haben wir zusammengearbeitet. Obwohl das Verfahren nicht den Regeln entsprechend eingeleitet wurde, war das Endergebnis doch in Ordnung, weil wir zusammengearbeitet haben. Die Europäische Union bietet Ungarn im Rahmen eines globalen Hilfspakets im Wert von 20 Milliarden Euro eine Unterstützung von 6,5 Milliarden Euro an. Der gleiche Ansatz wird jetzt von einem anderen Land verwendet, hier werden jedoch die Regeln eingehalten: Zuerst wurden die europäischen Behörden kontaktiert, und man wandte sich dann gemeinsam an den IWF.

Leider erweist sich die Situation als derart schwierig, dass dies vielleicht nicht der letzte Fall sein wird. Zumindest sollten wir darauf vorbereitet sein, dass vielleicht noch andere Mitgliedstaaten auf diese Art der Unterstützung angewiesen sein werden. Aus diesem Grund haben wir bei der Vorlage des Vorschlags, Ungarn unter Verwendung von Artikel 119 des Vertrags und der Verordnung von 2002 zu helfen, im Rat gleichzeitig einen Vorschlag eingereicht, die Höchstgrenze für die im Rahmen der Verordnung von 2002 geschaffenen Fazilität auf 25 Milliarden Euro zu erhöhen.

Hoffentlich werden wir nicht auf diese Mittel zurückgreifen müssen, aber diese Möglichkeit lässt sich nicht ausschließen. Sollten wir diese Mittel benötigen, dann müssten wir unsere Solidarität genauso zeigen wie die Gründungsväter beim Römischen Vertrag von 1957, und falls es erforderlich sein sollte, müssten wir uns auch auf eine weitere Steigerung über den Wert von 25 Milliarden Euro hinaus einstellen. Infolgedessen bitte ich das Parlament, bei der Diskussion dieses Themas im Bedarfsfall künftig ein genauso großes Maß an Bereitschaft zu zeigen, wie dies erfreulicherweise heute hier der Fall war. Ich appelliere an das Parlament, sich schnell und flexibel zu Hilfeleistungen zu äußern, die aufgrund ihres Wesens und ihrer Merkmale sehr dringend benötigt werden.

Gemeinsam mit der Debatte über den Vorschlag zur Anhebung der Obergrenze für die Fazilität zur Stützung der Zahlungsbilanzen hat das Parlament im Entschließungsantrag bestimmte Punkte angeführt, denen ich zustimme. Es handelt sich hierbei um Bedenken hinsichtlich der Verwundbarkeit einiger unserer Mitgliedstaaten und die notwendige Erwägung, wie wir uns selbst und auch diejenigen Mitgliedstaaten schützen können, die besonders verwundbar sind. Dies war bei Ungarn der Fall, kann aber auch in anderen Ländern auftreten.



Diese Verteidigung der Stabilität der Wirtschaftssysteme und Finanzpositionen der Mitgliedstaaten muss im Einklang mit dem freien Kapitalverkehr und den grundlegenden Prinzipien des Binnenmarkts stehen. Wir müssen uns jedoch bewusst sein, dass wir gegen unnötige Risiken und Situationen vorgehen müssen, bei denen bestimmte private Belange nicht nur die wichtigeren Interessen der Bürger der Mitgliedstaaten, sondern auch die wirtschaftliche und allgemeine Sicherheit unserer Staaten gefährden könnten.

Ich habe die Vorschläge dieses Entschließungsantrags gebührend zur Kenntnis genommen. Wir werden sie in der Kommission prüfen und unsere Ergebnisse dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung berichten. Wie bereits von Frau Berès erwähnt, werden sie auch an Herrn De Larosière weitergereicht, damit diese Gruppe ihre Ergebnisse innerhalb des für diese Arbeit festgelegten Zeitraums vorlegen kann, das heißt also bis März.

**Zsolt László Becsey**, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (HU) Danke für das Wort, Herr Präsident. Wir setzen uns heute mit einer bedrückenden Situation auseinander, da wir einen Antrag auf sofortige Hilfeleistungen besprechen. Ich hätte dazu jedoch etwas, wie ich meine, durchaus Positives anzumerken: Die Europäische Union hat endlich, nach einer langen und alles andere als einfachen Suche, Artikel 119 und damit die rechtliche Basis gefunden, die als Grundlage für eine solche Unterstützung dienen kann. Nach den Neuigkeiten zu urteilen, die uns aus Ungarn erreichen, ließ sich über lange Zeit keine rechtliche Basis für diese Maßnahmen finden.

Lassen Sie uns die Gründe hierfür betrachten, bevor wir fortfahren. Ein Grund ist die Konvergenz – wie wir bereits gestern erwähnt haben – oder besser gesagt, ihr Fehlen. Im Laufe der letzten Jahre wurde nicht in Kapitalbewegungen von Osten nach Westen innerhalb der EU reinvestiert, was einen enormen Kapitalabfluss von den östlichen in die westlichen Mitgliedstaaten zur Folge hatte. Das bedeutet, wir sind mit einem fortlaufenden Ungleichgewicht der Zahlungen konfrontiert, die außerdem eine wahre Konvergenz verhindern.

Das andere Problem besteht darin, dass das Überwachungssystem offensichtlich nicht flächendeckend funktioniert, da die Nicht-Euro Länder einfach Schulden in Fremdwährungen anhäufen können. Wenn ich richtig informiert bin, hatte die Europäische Union – obwohl sie meiner Meinung nach eine Stimme hat – bisher nicht die volle Befugnis, diese Ländern aufzufordern, „darauf zu achten, dass die Bevölkerung und die Unternehmen keine unbegrenzten und unvernünftigen Schulden in Fremdwährungen anhäufen, denn dies könnte in einer Krise zu Problemen führen“. So ist das Problem auch in der Tat aufgetreten.

Daher muss die Überwachung bis zu einer ausreichenden Abdeckung erweitert werden. Dies hätte schon lange geschehen sollen, denn, wie ich schon sagte, die Kommission hat eine starke Stimme in Mittel- und Osteuropa und kann ihre Meinung kundtun.

Nun ist der Krisenfall eingetreten. Die ungarische Regierung wandte sich, wie wir wissen, voller Sorge zunächst an den Internationalen Währungsfonds (IWF), aber laut ihrer Aussage habe sie es auch bei der EU versucht, die daraufhin systematisch nach einer rechtlichen Basis gesucht habe. Die Regierung sagt auch, dass sie nicht über ausreichend Kapazität verfüge, um die Krise zu analysieren. Dazu sage ich nur: Lassen Sie uns diese Kapazität schaffen. Es sollte wirklich nicht vorkommen, dass sich jeder auf den IWF verlassen muss, wenn er eine Krisenanalyse benötigt. Was soll denn der Rest der Welt von uns denken, wenn wir die Gelder des IWF dazu nutzen, Mitgliedstaaten mit 1 bis 1,5 Millionen Einwohnern vor einer unausgeglichene Zahlungsbilanz zu retten?

Ein Krisenmechanismus kann nicht funktionieren, wenn ein System in Krisenzeiten einen Kapitalabfluss aus einem Nicht-Euro Land stoppen muss, wie zum Beispiel im Währungsbereich, denn dort nimmt der Kapitalabfluss in Wirklichkeit seinen Anfang. Hier kann selbst die Europäische Zentralbank nicht viel ausrichten, denn sie hat trotz einer Deckung in Forint kein echtes Interesse daran, bei diesem Liquiditätsproblem zu helfen, obwohl Ungarn nicht mehr benötigte als eine Fremdwährungsliquidität, weil die Banken nicht übermäßig verschuldet waren.

Soweit es den ungarischen Bericht betrifft, begann die Analyse für 2006 mit einer Verbesserung der Situation. Das erinnert mich ein wenig an Tschernobyl im Jahr 1986, als wir am ersten Tag hörten, es gäbe kein Problem, und sich die Situation danach kontinuierlich verbesserte. Am Ende mussten wir uns um die negative Strahlung sorgen. Auch in diesem Fall tendieren alle zum Vergessen. Angefangen haben wir mit dem, was bis 2006 passiert ist, und seitdem war die Überwachung der Währungsflüsse äußerst lückenhaft.

Diese Obergrenze von 25 Milliarden Euro, das möchte ich sagen, scheint mir sehr niedrig. Sie rührt daher, dass wir mit dem IWF zusammenarbeiten wollen, obwohl es wohl kaum eine schrecklichere Lage gibt, als sich auf den IWF verlassen zu müssen.

Es wäre natürlich für das Europäische Parlament sehr wichtig, einbezogen zu werden und gleichzeitig schnell zu handeln. Meiner Ansicht nach geschehen diese beiden Dinge gleichzeitig, und dafür bin ich der Kommission wie auch dem Parlament dankbar. Ich möchte jedoch erneut erwähnen, dass wir einen Mechanismus zur Vorbeugung der verschiedenen Widrigkeiten schaffen sollten, die in Verbindung mit der ungarischen Krise aufgetreten sind und die dem Ansehen der Europäischen Union in Mittel- und Osteuropa in keiner Weise zuträglich waren. Vielen Dank, Herr Präsident.

**Szabolcs Fazakas**, im Namen der PSE-Fraktion. – (HU) Danke für das Wort, Herr Präsident. Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Da ich kein Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung bin, würde ich gerne die vorliegende Frage aus einem anderen Blickwinkel beleuchten. Die finanzielle Krise, die letztes Jahr in Amerika ausgebrochen ist, hat dieses Jahr Europa erreicht und unsere Finanzmärkte, die wir für stabil hielten, bis ins Mark erschüttert.

Statt eine einheitliche Lösung für die EU auszuarbeiten, konnten wir die Krise erst nach langem Zögern mit einer individualisierten und harmonisierten Reaktion angehen, die für jedes Land mehrere Milliarden Euro kostet. Diese individuellen nationalen Lösungen können nicht die richtige Methode zur Bewältigung der Krise in den neuen EU-Mitgliedstaaten sein, die allein keine Milliarden Euro mobilisieren können. Da ihre Banken nicht in zweifelhafte und spekulative Geschäfte in Übersee involviert waren, vertrauten diese Länder darauf, von der internationalen Kreditkrise verschont zu bleiben.

Der Liquiditätsengpass und die Vertrauenskrise, die mit der internationalen Finanzkrise einhergingen, haben jedoch die Finanzen derjenigen Staaten stark ins Schwanken gebracht, die von Fremdkrediten abhängig sind, und die spekulativen Angriffe auf die nationalen Währungen trugen zusätzlich zu dieser Turbulenz bei. In dieser Situation war es wichtig für die neuen Mitgliedstaaten, nicht nur moralische, sondern konkrete, greifbare finanzielle Unterstützung von der Europäischen Union zu erhalten, und für die EU war es von Bedeutung, ihren Schutz auf diejenigen Länder auszuweiten, die der Eurozone noch nicht beigetreten sind.

Hierbei handelt es sich nicht nur um die von fundamentalen europäischen Werten inspirierte Solidarität, sondern um ein gemeinsames europäisches Interesse an der Vermeidung eines Dominoeffekts, damit auch nicht eine einzige Bank – geschweige denn ein ganzes Land – in Insolvenz gerät.

Vor diesem Hintergrund erwägen wir nun die Anhebung der Fazilität von 12 Milliarden Euro auf 25 Milliarden Euro. Die Europäische Zentralbank stellte Ungarn, das durch die Krise auf den Währungsmärkten am schwersten getroffen wurde, ein Rettungspaket von 6,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Dies war eine sehr faire und würdige Lösung, denn Ungarn stand nicht nur jahrzehntelang an der Spitze von Reform und europäischer Einigung, sondern hatte darüber hinaus im Einklang mit dem 2006 verabschiedeten Konvergenzprogramm seit letztem Jahr sein Haushaltsdefizit von etwa 10 % um die Hälfte gesenkt. Dieses Programm wurde seitdem systematisch umgesetzt, und das diesjährige Defizit zeigt einen Rückgang auf 3 %.

Damit der von der EU geforderte Konsolidierungsprozess andauern kann, ist Unterstützung durch internationale Finanzorgane nötig. Infolge der Finanz- und Kreditkrise steht die gesamte Weltwirtschaft vor Schwierigkeiten. Trotzdem versuchen einzelne EU-Mitgliedstaaten, diese mit ihren eigenen Instrumenten und im Einklang mit ihren eigenen individuellen Zielen zu bewältigen. Die neuen Mitgliedstaaten, die nicht über derartige Instrumente verfügen, dürfen bei diesem Prozess nicht benachteiligt werden. Deshalb muss Europa, wenn es dieser Krise geeint die Stirn bieten will, nicht nur die aktuellen Maßnahmen aufeinander abstimmen, sondern auch eine gemeinsame europäische Strategie entwickeln, um der Wirtschaftskrise zu begegnen.

Ich hoffe, dieses finanzielle Rettungspaket ist der erste Schritt in diese Richtung, und wir werden nach seiner Annahme in der Lage sein, gemeinsam alle unsere Kräfte zu bündeln, um die Krise der Realwirtschaft zu lösen. Vielen Dank.

**Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk**, im Namen der UEN-Fraktion. – (PL) Herr Präsident! Ich spreche im Namen der UEN-Fraktion über die Verordnung des Rates zur Einrichtung einer Fazilität zur Bereitstellung von mittelfristiger finanzieller Unterstützung für EU-Mitgliedstaaten, und würde diesbezüglich Ihre Aufmerksamkeit gern auf die folgenden Punkte richten. Erstens: Die Situation der Weltfinanzmärkte hat einen zunehmend nachteiligen Effekt auf die Realwirtschaft mit dem Ergebnis, dass ein Rückgang des BIP für das Jahr 2009 in den Vereinigten Staaten und in vielen der hochentwickelten Staaten der Europäischen Union erwartet wird.

Zweitens: Da diese Länder den Hauptmarkt für die neuen EU-Mitgliedstaaten darstellen, bedroht dies ihr Wirtschaftswachstum und hat daher auch negative Auswirkungen auf ihre Zahlungsbilanzen. Drittens:

Angeichts dieser Tatsache müssen wir die Obergrenze der Finanzhilfe der Gemeinschaft für jeden Nicht-Euro Mitgliedstaat definitiv auf 25 Milliarden Euro anheben, weil nur eine Obergrenze in dieser Höhe die Wirksamkeit einer von der Gemeinschaft gewährten Unterstützung sicherstellt.

Viertens: Sollte ein Nicht-Euro-Mitgliedstaat sofortige finanzielle Unterstützung benötigen, sollten der Rat, die Europäische Kommission und das Parlament schnell genug handeln, damit das Vertrauen in ihre Effektivität nicht untergraben wird.

Fünftens und letztens: Wir begrüßen die schnelle Reaktion der Europäischen Kommission auf Ungarns finanzielle Nöte, die trotz der Tatsache erfolgte, dass sich Ungarn zuerst an den Internationalen Währungsfonds wandte und nicht an die Europäische Kommission.

**Nils Lundgren**, im Namen der IND/DEM-Fraktion. – (SV) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Wenn ich mich in das Thema des Zahlungsbilanzproblems, das wir hier diskutieren, erneut vertiefe, fühle ich mich wie Marcel Proust mit seinem Madeleine-Kuchen in *Auf der Suche nach der verlorenen Zeit*. Das riecht für mich nach den 1950er und 1960er Jahren.

Das Zahlungsbilanzproblem? Dafür sollen wir also 25 Milliarden Euro beiseite legen. Warum in aller Welt sollten wir das tun? Ist das hier und heute unsere Aufgabe? Die Gelder sind für diejenigen bedauernswerten Länder bestimmt, die zur EU, nicht aber zur Währungsunion gehören und möglicherweise vor einem Schicksal gerettet werden sollen, das schlimmer ist als der Tod: das Zahlungsbilanzproblem. Das Problem wurde natürlich in diesem Fall von der Europäischen Union selbst geschaffen. Das, worüber wir hier reden, gibt es eigentlich nicht mehr.

Mein eigenes Land, Schweden, leistet der EU als Mitglied loyale Unterstützung und setzt alles, was dort entschieden wird, wesentlich besser um als die meisten anderen Länder, aber auch wir sind der Währungsunion nicht beigetreten. Meiner Meinung nach war dies ein weiser Entschluss. Wenn in Schweden jetzt dennoch Probleme auftreten, haben wir dann ein Problem mit der Zahlungsbilanz? Die Antwort lautet selbstverständlich „Nein“. Natürlich ist es vorstellbar, dass Schweden beginnt, Misswirtschaft zu betreiben und dort wesentlich höhere Inflationsraten und Gehaltssteigerungen auftreten als in anderen Ländern. Was wird dann geschehen? Werden wir dann auch ein Zahlungsbilanzproblem haben? Nein, denn dann wird zum Ausgleich die schwedische Krone abgewertet. Weiter passiert nichts. Dies ist auch der Fall in anderen Ländern, die sich in der gleichen Situation befinden, wie zum Beispiel das Vereinigte Königreich.

Was ist also das Problem? Nun, das Problem besteht darin, dass, wenn diese Länder zwar Mitglieder der Europäischen Union sind – was sie auch sein sollten –, aber nicht zur Währungsunion gehören – was sie ja auch nicht brauchen –, dann müssen sie dazu veranlasst werden, sich wie vorgesehen an einen festen Wechselkurs mit dem Euro halten. Der schlimmste Fall ist eine zwangsweise Einhaltung eines festen Wechselkurses bei den wichtigsten Handelspartnern. Wenn ein Land Misswirtschaft betreibt, eine höhere Inflationsrate erlebt oder einen strukturellen Rückschlag in seinen wichtigsten Exportbranchen erleidet, werden seine Exporte unweigerlich zurückgehen und seine Importe ansteigen. Plötzlich taucht die Frage auf, wie dies finanziert werden soll.

Das ist allerdings eine vollkommen konstruierte Situation. Es ist gänzlich überholt, dass Länder, die keine Mitglieder der Währungsunion sind, sich für einen festen Wechselkurs entscheiden und dann vom Internationalen Währungsfonds oder der EU oder jemand anderem gerettet werden müssen. Warum, um Himmels Willen, sollte das geschehen? Es handelt sich hier um eine völlig veraltete Wirtschaftspolitik. Entweder tritt ein Land einer Währungsunion bei – was unter Umständen richtig sein kann, das gebe ich zu –, oder aber es steht außerhalb dieser Union auf eigenen Beinen mit Hilfe einer eigenen unabhängigen Währungspolitik und kümmert sich um sich selbst. Wenn das Land für sich selbst sorgt, wird nichts Außergewöhnliches passieren. Wenn es sich selbst in die Misswirtschaft treibt, kann auch die Währung dies nicht ausgleichen. Das ist an sich auch nicht besonders gefährlich.

Während wir hier also diskutieren, ob wir 25 Milliarden Euro zu diesem Zweck abstellen, möchte ich darauf hinweisen, dass dieser Zweck gegenwärtig keine wirkliche Notwendigkeit darstellt. Es ist ein von uns selbst oder besser von *Ihnen* geschaffenes Problem. Setzen Sie dem ein Ende. Diejenigen Länder, die Mitglieder der EU sind, aber nicht zur Währungsunion gehören, sollten ein System mit einem freien Wechselkurs beibehalten. Dann verschwindet das Problem.

**Sergej Kozlík** (NI). – (SK) Die Grenze der gegenseitigen Unterstützung für einen Nicht-Euro Mitgliedstaat, der sich in Schwierigkeiten mit der Zahlungsbilanz befindet oder sich dem Risiko ernster Probleme infolge seiner allgemeinen unausgeglichene Zahlungsbilanz ausgesetzt sieht, liegt derzeit bei 12 Milliarden Euro.

Die Beispiele von Dänemark und Ungarn zeigen, dass die Folgen von Finanzkrisen in manchen Staaten sehr weitreichend sein können. Sollte dieser Fall in einem größeren Land eintreten, wäre diese Grenze zu niedrig.

Ich möchte daher betonen, dass meiner Meinung nach weder die Erweiterung der Europäischen Union noch die größere Anzahl von Nicht-Euro Staaten der Hauptgrund für die Anhebung dieser Grenze sind, wie im erläuternden Bericht behauptet wird. Wir müssen uns bewusst sein, dass die finanziellen Probleme in einigen Mitgliedstaaten vorwiegend auf eine inkohärente Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückzuführen sind. Die Finanzkrise hat diese Probleme verschlimmert und vertieft, und so wuchs die Dringlichkeit eines verstärkten Maßes an Unterstützung. Ungarn ist nur ein typisches Beispiel hierfür.

Ich unterstütze die Anhebung der Grenze für die mittelfristige Unterstützung auf 25 Milliarden Euro. Ich teile weiterhin die Meinung des Europäischen Parlaments, dass keine Notwendigkeit besteht, ein besonderes Verfahren einzurichten, damit die Kommission diese Grenze außerhalb der üblichen Entscheidungsfindungsverfahren korrigieren kann. Ich denke, dass diese Herangehensweise eine hohe Sorgfalt für das System der Hilfeleistungen gewährleistet und gleichzeitig ausreichend Handlungsspielraum bietet.

Ich verweise hier auf Ungarn als Paradebeispiel, da seine politische Führung über lange Zeit nicht in der Lage war, über Reform- oder Konjunkturmaßnahmen zu entscheiden. Letztlich könnte die Annahme und Umsetzung solcher Maßnahmen die Auswirkungen der Finanzkrise in diesem Land lindern und den Bedarf an finanzieller Unterstützung von der Europäischen Union verringern.

Andererseits muss ich Ungarn verteidigen, wenn ich bedenke, dass die neuen Regeln für Finanzmärkte keinen übermäßigen Zahlungsverkehr von Tochter- zu Elternbanken zulassen dürfen und die nationalen Zentralbanken in ausreichendem Maß überwacht werden müssen.

Es ist wahr, dass derjenige doppelt zahlt, der übereilt handelt. Ebenso wahr ist jedoch, dass derjenige, der übereilt nimmt, nicht immer rechtzeitig und vollständig zurückzahlen kann. Darum ist es von zentraler Bedeutung für das System, klare Regeln hinsichtlich der Unterstützung aufzustellen, die auf einem Regime von Konjunkturmaßnahmen basieren, das sowohl die Zeitpläne als auch die sachlichen Probleme umfasst.

**Dariusz Rosati (PSE).** - (PL) Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich würde mich gerne einleitend kurz zu zwei Behauptungen meiner Abgeordnetenkollegen äußern. Erstens möchte ich darauf hinweisen, dass Nicht-Euro Länder keinen festen Wechselkurs für den Euro einhalten brauchen. Polen ist ein Beispiel für ein Land mit einem freien Wechselkurs. Zweitens möchte ich bemerken, dass sogar ein Land mit einer perfekten Innenpolitik, das keine Fehler macht, aufgrund des Ansteckungseffekts von der Krise betroffen sein kann. Natürlich liegt die Ursache der ungarischen Situation vor allem in einer falschen Regierungspolitik, aber Ungarn war zudem von einer Kapitalflucht betroffen, die nicht durch die ungarische Situation, sondern durch äußere Faktoren verursacht wurde.

Herr Kommissar, ich stimme dem Vorschlag der Kommission zu. Er scheint die Tatsache zu berücksichtigen, dass wir alle zu einem Markt gehören und die Situation einzelner Länder auch für alle anderen von Wichtigkeit ist. Wir sollten uns daher an unsere gegenseitigen Bande erinnern und ein gemeinschaftliches Verantwortungsgefühl für unsere Partner entwickeln. Der Vorschlag ist auch ein Ausdruck der europäischen Solidarität, die zu den höchsten Werten für unser Handeln gehören sollte.

Obwohl in gewissen Situationen auch mehr Geld erforderlich sein könnte, halte ich die von der Kommission vorgeschlagene Summe von 25 Milliarden Euro für vernünftig und unterstütze außerdem den Vorschlag, der Kommission das Recht auf die eigenmächtige Korrektur dieser Grenze in dringenden Fällen zuzugestehen. In meinen Augen wäre das vollständige Verfahren mit einer Zustimmung des Parlaments oder einer parlamentarischen Beratung unter solchen Umständen nicht praktikabel. Nehmen wir an, während der sitzungsfreien Periode des Parlaments im Sommer träte eine Krise ein. Es ist schwer vorstellbar, dass wir ganze sechs Wochen auf eine Versammlung des Parlaments warten sollten, bevor wir dem betroffenen Staat helfen könnten. Ich unterstütze daher den Vorschlag der Kommission, ihr das Recht auf eine Anhebung der Obergrenze innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums zu gewähren.

Ich möchte weiterhin bemerken, dass ich bei diesem Vorschlag keinen Bezug zu einer möglichen Maßnahme seitens der Europäischen Zentralbank sehe. Die Bank gewährte Ungarn einen Kredit. Diese Maßnahme sollte koordiniert werden, und ich bin der Ansicht, dass hier eine Referenz eingefügt werden sollte. Abschließend möchte ich noch sagen, dass ich denke, der Vorschlag sollte sich nicht auf Artikel 100 des Vertrags beziehen. Artikel 100 betrifft völlig andere Situationen und sollte daher separat gehandhabt werden.

**VORSITZ: EDWARD McMILLAN-SCOTT***Vizepräsident*

**Edit Herczog (PSE).** – (HU) Ich danke Ihnen, Herr Präsident. Herr Kommissar, Frau Berès! Es ist eben das Prinzip der Solidarität, das Europa zu mehr als einer wirtschaftlichen Vereinigung macht und es mit den Eigenschaften einer starken politischen Gemeinschaft ausstattet. Zu Beginn der Krise schien es einen Moment lang, als würde sich Europa wirtschaftlich und sozial aufspalten, aber dank dem schnellen und effektiven Handeln der Kommission konnte dies verhindert werden.

Ungarn wandte sich bei seiner Suche nach Hilfe zuerst an die Europäische Union. Die Summe von 20 Milliarden Euro, die wir zur Unterstützung oder Finanzierung benötigten, konnten wir aber unmöglich nur aus einer einzigen Quelle erhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte dem Kommissar und dem Europäischen Parlament für ihre umgehende Reaktion und den Kollegen für ihre Solidarität danken, die uns den Wert unserer Zugehörigkeit zu Europa verdeutlicht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Harald Ettl (PSE).** – (DE) Herr Präsident! Der Vorschlag zur Änderung der Verordnung für Beistandsleistungen von Mitgliedstaaten, die nicht dem Euroraum angehören, um den Plafonds von 12 auf 25 Milliarden anzuheben, wenn sie von gravierenden Zahlungsschwierigkeiten betroffen sind, kommt gerade im letzten Moment.

Die wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren dieser *Ad-hoc*-Maßnahmen wird sein, dass die EU bei Gegenforderungen nicht die gleichen Fehler macht wie der IWF. Beim IWF ist Strauss-Kahn allein noch kein Garant für eine vernünftige Politik. Nur zu gut sind uns die Schocktherapien, die im alten neoliberalen Stil für krisengeschüttelte Länder erfolgten, bekannt.

Die ehemaligen Profiteure davon kennen wir nur zu gut. Ich hoffe, dass am Beispiel Ungarns unter Mitwirkung des EU-Instruments eine bessere und nachhaltige Stabilisierung erwirkt wird. Gerade am Beispiel Ungarns muss sich die EU vergegenwärtigen, dass es die konservative Opposition war, die Ungarns Premier an Stabilisierungs- und Reformmaßnahmen gehindert hat. Über die Drosselung an sich nicht zu hoher Sozialausgaben wird die Stabilisierung Ungarns sicher nicht allein erreicht werden, sondern es wird nur dem europafeindlichen Rechtspopulismus geholfen. Ja, Ungarn ist unter Druck geraten und nicht zuletzt durch die rasante Abwertung des Forint, für die auch Hedgefonds mitverantwortlich gemacht werden.

Der IWF hat an Island gezeigt, dass er noch immer Schocktherapien, z. B. durch hohe Leitzinsdiktate zum Schaden der jeweiligen Volkswirtschaft – in diesem Fall der Volkswirtschaft Islands – aufzwingt. Bitte, Herr Kommissar, berücksichtigen Sie, dass ich nicht wünsche, dass mein Nachbarland Ungarn durch solche Berichtigungsmaßnahmen bei Gegenforderungen in soziale Konflikte gestürzt wird. Ungarn braucht vertrauensbildende und flankierende Maßnahmen der Europäischen Union, die letztlich nicht nur Ungarn, sondern uns allen helfen werden.

**Paul Rübzig (PPE-DE).** – (DE) Herr Präsident! Ich glaube, dass diese Debatte genau zur rechten Zeit geführt wird.

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass Ungarn das Land ist, das das Budgetdefizit am meisten in Anspruch genommen hat: minus 5 %. Das zeigt, dass die Stabilität in diesem Land natürlich auch einen politischen Hintergrund hat. Es ist nicht sinnvoll, dass wir in Zukunft dem Staat – und das sind letztlich alle Steuerzahler – das Risiko überlassen, das in manchen Geschäften steckt. Ich gebe hier dem Kollegen Ettl völlig Recht: Wir können nicht das Risiko von Hedgefonds und von Derivaten den Steuerzahlern aufbürden, denn das würde zu einer Einschränkung der Kaufkraft führen.

Genau das aber brauchen wir in Ungarn, nämlich höhere Kaufkraft. Wir brauchen, dass die Leute dort wieder investieren, die Betriebe investieren, das heißt, wir brauchen dort Steuersenkungen, damit dementsprechend investiert werden kann, und zwar nicht nur für die Betriebe, sondern vor allem für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich glaube, hier die richtigen Schlüsse zu ziehen. Es ist entscheidend, dass man Freibeträge z. B. für Energieeffizienzmaßnahmen gibt, dass man Investmentprämien gibt, dass man dementsprechende progressive Abschreibungen macht.

Hier würde ich den Kommissar Kovács bitten, der aus Ungarn kommt, entsprechende Initiativen auf europäischer Ebene zu setzen.

**Mairead McGuinness (PPE-DE).** - Herr Präsident! Ich habe die Debatte bisher von meinem Büro aus verfolgt und bin jetzt herunter in den Plenarsaal gekommen, um eine, wie ich meine, deutliche Erklärung abzugeben.

In Irland haben wir durch die Finanzkrise jetzt das System der Bankbürgschaft, und es besteht jetzt in der EU mehr Einigkeit darüber, wie damit umzugehen ist. Aber nun stellen wir fest, dass unsere Banken eine Rekapitalisierung benötigen werden, die möglicherweise dringender ansteht, als wir zunächst annahmen. Ich möchte nun die Hoffnung äußern, dass dies geschehen wird, weil wir ein echtes Problem haben, wie bereits mein Vorredner angemerkt hat. Wir sind darauf angewiesen, dass die Leute Geld ausgeben und investieren, aber es sind keine Kreditlinien verfügbar. Ich denke es ist wichtig, dass schnell etwas geschieht, um das Vertrauen in die Banken und das Kapital wiederherzustellen.

**Marian Zlotea (PPE-DE).** – (RO) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir heute Abend die Gelegenheit haben, ein solch wichtiges Thema zu diskutieren, nämlich die Wirtschaftskrise, die nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern die ganze Welt betrifft.

Wir müssen daher Lösungen für dieses Problem finden. Die gegenseitige Unterstützung für Mitgliedstaaten sollte einer der Schritte in diese Richtung sein. Vor dem Hintergrund unseres Wunsches, dass die EU-Mitgliedstaaten bei Bedarf auf diesen Fonds zurückgreifen, müssen wir die Entscheidung der europäischen politischen Führer beim Gipfeltreffen von letzter Woche begrüßen.

Ich denke, dass dieser europäische Finanzhilfefonds für Mitgliedstaaten auf mindestens 25 Milliarden Euro erhöht werden muss. und zwar aus folgendem Grund: Wir müssen diese Marktwirtschaft retten. Bevor ich schließe, möchte ich meine Zuversicht ausdrücken, dass wir die nötigen Maßnahmen für die Bewältigung der Krise ergreifen werden – sowohl auf europäischer wie auch auf globaler Ebene. Wir müssen unverzüglich die erforderlichen Ressourcen finden, um die Probleme abzuwenden, mit denen die Bürger konfrontiert werden, zum Beispiel die Arbeitslosigkeit. Wir wollen alle das Beste für die EU.

**Margarita Starkevičiūtė (ALDE).** - (LT) Ich möchte dem Kommissar danken, denn er hat heute ganz richtig darauf hingewiesen, dass dieses Problem mit der Frage verknüpft ist, wie der freie Kapitalverkehr mit der Stabilität makroökonomischer Staaten in Einklang zu bringen ist. Ich schätze es nicht, wenn meine Kollegen behaupten, dies sei ein Problem der armen Staaten der Europäischen Union. Meine Damen und Herren! Ein Wachstum der deutschen und französischen Wirtschaft um 2 bis 3 Prozent würde kein Problem für diejenigen von uns darstellen, die bereits in den Binnenmarkt integriert sind. Wenn also auch eine bestimmte Art von Paket als Anreiz für nationale Wirtschaften benötigt wird, sollte es von den erwähnten Ländern umgesetzt werden und wir würden in diesem Fall nicht über Stabilisierungsfonds sprechen. Wir brauchen dieses Geld nicht wirklich, aber es garantiert ein gutes Funktionieren und ein Wachstum des europäischen Binnenmarkts. Wenn solche Garantien geschaffen werden, was wir durch unsere gemeinsamen Anstrengungen erreichen müssen, können alle Probleme gelöst werden.

**Joaquín Almunia, Mitglied der Kommission.** – (ES) Herr Präsident! Ich möchte den Abgeordneten für die Unterstützung der Entscheidungen und Vorschläge der Kommission zu diesem Thema danken, die in den meisten ihrer Beiträge deutlich geworden ist.

Ich würde gerne drei sehr kurze Anmerkungen zu drei der in Ihren Reden aufgeworfenen Fragen machen. Erstens teile ich die Bedenken von Herrn Becsey hinsichtlich der Gefahr, die von Familien und Unternehmen ausgeht, welche Schulden in Fremdwährungen aufnehmen in Ländern mit einem freien Wechselkurs, die den Risiken einer exzessiven Volatilität ihres Wechselkurses ausgesetzt sind, wie es bei Ungarn der Fall war. Herrn Becsey weiß, dass ich mich Sorge, weil die Haushalts- und Wirtschaftsüberwachung in der Kommission zuweilen nicht ausreichend gehört und ernstgenommen wird oder Bemerkungen zu dieser Art Risiko nicht die gewünschte Wirkung zeigen.

Unsere Haushaltsüberwachung ist meiner Meinung nach wirkungsvoller. Angesichts der umfangreichen Haushaltsanpassung, die in diesem Land von 2006 bis jetzt erfolgt ist, kann Ungarn hier als wirklich positives Beispiel gelten. Wir haben jedoch andererseits bezüglich der Risiken durch die Aufnahme von Schulden in Fremdwährungen keinen Erfolg erzielt. Angesichts der Umstände, die sich durch die Krise und die extreme Volatilität vieler finanzieller Indikatoren, und hier besonders der Wechselkurse, nicht nur in Ungarn, sondern auch in anderen EU-Ländern ergeben haben, hoffe ich, dass diese Art von Anmerkungen und Empfehlungen in Zukunft mehr Beachtung erfährt.

Herr Lundgren ist jetzt nicht mehr anwesend, aber er hat Anmerkungen gemacht, die völlig falsch sind. Er kritisierte Ungarn und die Kommission, weil sie Ungarn einen festen Wechselkurs empfohlen hat, obwohl die Situation dem eindeutig widerspricht. Mit anderen Worten: Der Wechselkurs in Ungarn ist frei, und die

überschießende Volatilität dieses Wechselkurses verschlimmerte die Probleme und war einer der Auslöser der Krise, die zu diesem Hilfsantrag geführt hat. Wenn Kritik geübt wird, sollte man sich daher vergewissern, dass sie auf korrekten und nicht auf völlig falschen Informationen basiert. Wäre Herr Lundgren bis zum Ende dieser Debatte geblieben, hätte er festgestellt, dass seine Informationen völlig falsch waren. Da er aber nicht anwesend ist, hoffe ich, Sie werden es ihm mitteilen.

Schließlich möchte ich noch auf die Bemerkung von Herrn Rübig eingehen, Ungarn habe ein Defizit von 5 %. Das stimmt nicht, denn dies wurde beträchtlich reduziert. Im Jahr 2008 wird das Defizit eindeutig unter dieser Zahl liegen, sogar unter 3 %. Ungarn hat sich im Rahmen der Bedingungen für diese Hilfeleistung verpflichtet, für das nächste Jahr ein Defizit von 2,6 % anzustreben. Wenn dieses Ziel erreicht ist – und darauf hoffe ich –, wird Ungarn daher eine andere Art von Problem lösen müssen. Ungarn wird unzweifelhaft und leider auch dauerhaft damit konfrontiert werden, wird aber wenigstens im nächsten Jahr kein übermäßiges Defizit aufweisen.

**Pervenche Berès, Berichtsteratterin.** – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Ich möchte vier Anmerkungen machen.

Erstens wurden wir vom Kommissar aufgefordert, schnell und flexibel auf einen solchen neuen Antrag zu reagieren. Ich denke, das Europäische Parlament hat diesbezüglich seine Fähigkeiten unter Beweis gestellt. Wir nehmen heute die Schwelle von 25 Milliarden Euro als Änderung der Haftungsregelung von 2002 an, soweit uns die Bedingungen für eine Verhandlung mit dem Rat bekannt sind, aber selbstverständlich werden für den bedauerlichen Fall weiterer Szenarien offen bleiben und zur Verfügung stehen.

Mit meiner zweiten Anmerkung möchte ich Sie an eine unserer Lektionen in diesem Stadium der europäischen Integration erinnern, die besagt, dass für jeden Mitgliedstaat, ob er nun zur Eurozone gehört oder nicht, die Europäische Union die erste Anlaufstelle für Solidarität und Diskussion sein sollte. Ich hoffe, das ist heute allen hier, den Institutionen ebenso wie den Mitgliedstaaten, eindeutig klar.

Drittens stelle ich mit Freuden fest, dass die Kommission sich verpflichtet hat, die Lektionen, die wir durch die in Ungarn entstandene Situation lernen können, sowohl in unserem Ausschuss für Wirtschaft und Währung als auch Herrn De Larosières Gruppe zu veröffentlichen oder erst zu prüfen und dann zu veröffentlichen.

Abschließend möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass während der Krise jeder glaubte, die komplexen Finanzmärkte und die Realwirtschaft seien die beiden Übertragungskanäle der Krise.

Aber jetzt erkennen wir, dass der Kapitalverkehr als dritter Übertragungskanal auch auf einfachere, weniger undurchsichtige Finanzmärkte einwirken kann. Aus diesem Grund ist die Verflechtung der Realwirtschaft und der Finanzmärkte, deren Ausmaße wir meiner Ansicht nach noch nicht ganz ermessen können, so wichtig. Leider finden wir Tag für Tag mehr heraus und sind mit einem Problem konfrontiert, das uns Flexibilität und kollektive Intelligenz abverlangt, um passende Lösungen zu finden.

Ich denke, das Parlament hat erneut unter Beweis gestellt, dass es kompetent und bemüht ist, für jeden neuen Aspekt dieser Krise eine passende Lösung zu finden – in der Hoffnung, dass auch wir endlich das finden, was wir brauchen, damit unsere Wirtschaft die Herausforderungen in diesen schweren Zeiten bewältigen kann.

**Der Präsident.** – Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Donnerstag, den 20. November 2008.

## **16. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**

## **17. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**

## **18. Schluss der Sitzung**

(Die Sitzung wird um 22.50 Uhr geschlossen.)